DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 4 April 1989 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Bundesrepublik:
Bonns Weg zur 16. Sowjetrepublik

Bilanz der USA: Die Staatsschuld beträgt stolze 14 Billionen Dollar

Wiedervereinigung:
Erst Deutschland – dann Europa

US-Dollar:
Japaner kaufen die USA

Eine-Welt:
Völkerbrei statt Vaterländer

Metalle: Platin oder Gold

Deutsche Bank:
Über tausend Girmes-Aktionäre verklagen die Bank auf Schadensersatz



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch von Des Griffin »Wer regiert die Welt?«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Wer regiert die Welt?«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bezieht in der deutschen Frage selten Position.

Finanzen



Andreas Kleffel, langjähriges Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, spielte eine unrühmliche Rolle und ist schuld an der finanziellen Misere des einstigen Textil-Konzerns Girmes.

Internationales



Die Bilanz der Regierungszeit von Ronald Reagan wird in den USA mit einer spektakulären Bierreise verglichen.

Nr. 4 April 1989

Technik

Medizin

Ständige Rubriken

Wiedervereinigung

Erst Deutschland – dann Europa

Dieter Schubert

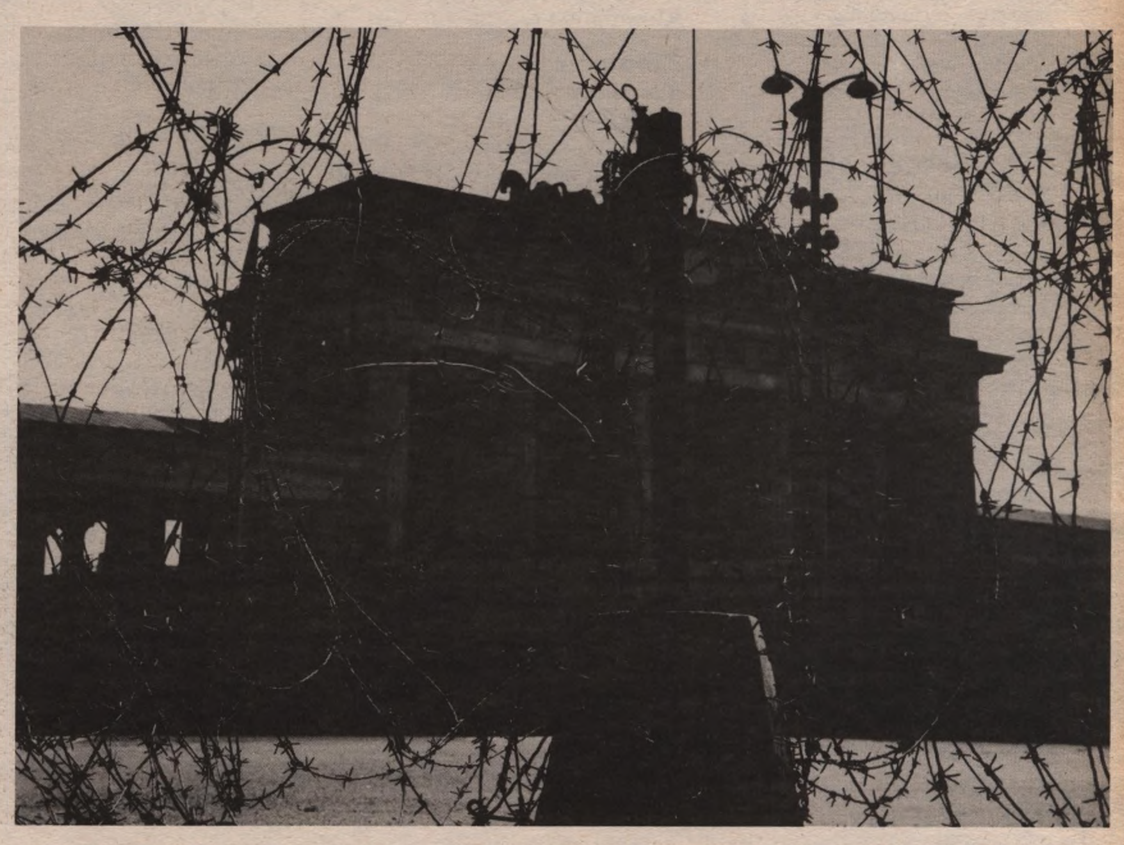
Die Geschichte wird einmal als merkwürdigste und unbegreiflichste Erscheinung die Tatsache festhalten, daß die Deutschen 44 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Wiedervereinigung ihres Landes als gleichgültiges, ganz fernes Thema abhaken, das hinter tausend anderen, angeblich viel wichtigeren Problemen eigentlich gar keiner Beachtung mehr wert ist.

Es geht hier vor allem um die Politik und die Bevölkerung der Bundesrepublik, denn den Deutschen der DDR ist jede freie Äußerung zu dieser zentralen Thematik verwehrt. Mehr noch als diese Gleichgültigkeit: Der bloße Begriff »Deutsche Wiedervereinigung« ist verpönt, so, als beinhalte er etwas sehr Anstößiges oder Unschickliches.

Ursachen für das Versagen

Als ein CDU-Abgeordneter vor wenigen Monaten dieses unser zentrales nationales Anliegen behandelte, indem er richtig auf die Chancen hinwies, die sich durch den Kurswechsel der Moskauer Politik unter Gorbatschow eventuell für die deutsche Einheit ergeben könnten, wurde dieser einsame Rufer und Denker im wahrsten Sinne des Wortes »abgekanzelt«.

Anstatt einem solchen Mann einen Orden zu verleihen und ihn zumindest ins Auswärtige Amt zu ziehen, tat Helmut Kohl die Gedanken seines Parteifreundes als »blühenden Blödsinn« ab. Es ist diesem Kanzler und der ganzen Öffentlichkeit wohl gar nicht klargeworden, wie sehr er sich selbst dadurch vor der Geschichte für immer disqualifiziert hat, ganz gleich, wie die übrigen Leistungen oder Fehlleistungen Kohls sonst noch bewertet werden mögen.



Bonn und Pankow tun beide alles, um die jeweiligen Besatzer möglichst bequem zu betten. Das Land bleibt dabei geteilt.

Es bleibt daher zunächst ein Fazit, daß es in der Gegenwart keine Partei, keinen Verband, keine Institution gibt, die die Wiedervereinigung unseres zerstückelten Landes und seiner Hauptstadt täglich als oberstes Ziel anspricht, bekennt und vor allem dafür kämpfen würde. Mehr noch, es hat in der Bundesrepublik keine einzige große Demonstration gegeben, die ausdrücklich diesem selbstverständlichen nationalen Hauptanliegen gedient hätte. Statt dessen interessieren sich unsere Studenten für die Abschaffung des § 218, der dem Schutz des ungeborenen Lebens diente.

Die Gründe für dieses nationale Versagen sind naturgemäß sehr vielschichtig und können hier nicht erschöpfend abgehandelt werden. Doch eines ist schon rein psychologisch offenkundig.

Wenn man einem Volk aus »Umerziehungsgründen« täglich eintrichtert, die Zeiten, in denen es seine nationale Einheit besaß, seien die »dunkelsten Kapitel«, ja geradezu die Erbsünde seiner ganzen Geschichte gewesen, so kann man nicht erwarten, daß es sich begeistert für die Wiederherstellung dieser Einheit einsetzt, wie es ganz sicher jedes andere Volk der Welt in der gleichen Lage tun würde.

Gleichgültigkeit in nationalen Belangen

Der junge Deutsche besitzt als Folge dieser jahrzehntelangen Beeinflussung meist nur noch eine negative Identifizierung mit seiner Nation. Dazu kommt eine fast manische Verhaftung allen Denkens im rein Wirtschaftlichen. Produktion, »Lebensstandard«, sozialer Aufstieg, Geld, Genuß, Luxus erfüllen so ausschließlich die Gehirne der Massen, daß für Geistiges, Seelisches, Biologisches, für Ehre und alle höheren Werte schlechterdings kein Raum mehr bleibt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Menschen im Westen mehr noch als im Osten vor allem zur Ichsucht und plattem Materialismus erzogen werden. Der ganze Horizont ist durch volle Fleischtöpfe zubarrikadiert.

So ist auch in Vergessenheit geraten, daß selbst nach Ende des Krieges, als der Haß noch am größten war, sich alle vier Besatzungsmächte und sämtliche Parteien in Ost und West, zumindest verbal, für die Einheit Deutschlands ausgesprochen haben; ob es ihnen ernst damit war, steht auf einem anderen Blatt. Das ist aber nicht der springende Punkt; sondern entscheidend ist doch folgendes: Die Mächte in Ost und West glaubten, es einem so großen Volk wie dem deutschen einfach nicht zumuten zu können, sein Land aufzuteilen und zu zerreißen.

Davor scheuten sie sich. Erst als sie die neudeutsche Gleichgültigkeit allen nationalen Belangen gegenüber erkannten, den innenpolitischen Haß auf jede gesunde nationale Regung, erst dann taten sie entscheidende Schritte zur Zementierung der deutschen Spaltung. Trotzdem gab es zum Beispiel noch bis 1968 eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft.

Vor allem die Franzosen merkten, zunächst verblüfft, daß für die Deutschen die Teilung ihres restlichen Landes anscheinend zumutbar war, daß sie gleichgültig blieben, weder darüber klagten noch dagegen protestierten. Dann allerdings versuchte die Pariser Politik, Bonn völlig ins Schlepptau nehmend, durch die »europäische Integration« Tatbestände zu schaffen, die die Bundesrepublik gänzlich in den Westen »einbinden« und so eine deutsche Wiedervereinigung möglichst für immer ausschließen sollten. Ähnlich die Zielsetzung der NATO. Also eine Europakonzeption, die auf der Zertrümmerung Mitteleuropas besteht.

Auf Bajonetten ist schlecht sitzen

Und dafür finanzierten wir die Brüsseler EG-Kasse fast allein. Die deutsche Bevölkerung aber wurde jahrelang dahingehend belogen, gerade die einseitige Westwendung der Bundesrepublik fördere auch eine deutsche Wiedervereinigung. Bewußte Verdrehung!

Daß es noch nicht zu einer solchen Wiedervereinigung kam, ist in erster Linie die Schuld der Neudeutschen, ihrer Parteien und Massenmedien selbst, jener Konsummenschen, die sich als »Bundesspießer« und »DDR-Bürger« auseinanderdividieren lassen. Wir sind Deutsche! Denn die Einheit des Landes muß man zunächst einmal selbst wollen. Sie ist nämlich ein Naturrecht.

Was ist zu tun? Zunächst muß jene satte Gleichgültigkeit, die nach Ansicht vieler Philosophen das eigentlich Böse auf dieser Welt ist, in unserem Volk überwunden werden. Dann müssen wir zurückfinden zu jedem einfachen und natürlichen Denken, das den meisten Menschen abhanden gekommen ist. So wie Goethe gesagt hat: »Auch bei dem schwersten Verlust müssen wir sogleich umherschauen, was es noch zu retten und wiederzugewinnen gibt.«

Und wenn ein Land seit 44 Jahren besetzt ist, ist es die natürlichste Sache von der Welt, daß die Besetzten sagen: Wir fordern den Abzug aller fremden Truppen in Ost und West. Dies muß die erste und beständige Forderung werden.

»Auf Bajonetten ist schlecht sitzen«, heißt es. Aber Bonn und Pankow tun beide alles, um die jeweiligen Besatzer möglichst bequem zu betten. Es ist bei dieser Forderung auch gleichgültig, ob sie schnell realisierbar ist oder erst in zehn Jahren; denn das Notwendigste hat man zu tun, auch wenn es zunächst noch so »unrealistisch« erscheint. Das muß man gerade den deutschen Perfektionisten sagen. Denn NATO und Warschauer Pakt nützen uns Deutschen, dies sollte immer wieder in aller Klarheit ausgesprochen werden, weniger als nichts. Beide »schützen« bestenfalls unsere Spaltung, in allen anderen Fällen beschwören sie die völlige Vernichtung unseres Landes herauf.

Die Bundeswehr erfüllt für Frankreich und Amerika Vorfeldzwecke. Bundeswehr und »Nationale Volksarmee« aber könnten nur an der Selbstzerstörung des deutschen Volkes teilnehmen. Gerade das Damoklesschwert eines deutschen Bruderkrieges, der unter allen Umständen verhindert werden muß, verlangt gebieterisch die deutsche Wiedervereinigung und Selbstbestimmung. Nur sie beendet auch die Spaltung Europas.

Mehr Rückgrat und Selbstachtung

Oder wollen wir der Welt eines Tages das jämmerliche Schauspiel bieten, daß Deutsche auf Deutsche als Fremdenlegionäre schießen, hier für »Frieden und Freiheit«, dort für »Frieden und Sozialismus«? Eben diese fürchterliche Drohung dürfte uns keine Sekunde ruhig schlafen lassen.

Wer läßt sich heute noch in der Welt fremde Besatzer bieten, die schon durch ihre Manöver Boden verbrauchen und Luftverschmutzung erhöhen, also ökologisch schädlich sind? Nicht einmal die Kanaken auf der fernsten Südseeinsel! Gerade jetzt werden die sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die kubanischen aus Angola zurückgezogen. Warum sollte dies nicht auch für Deutschland möglich sein?

Etwas mehr Rückgrat und Selbstachtung wären uns als altem Kulturvolk im Herzen Europas dringend vonnöten. Eine Neutralisierung Deutschlands mit anschließenden Wahlen unter Zulassung aller Parteien wäre mit den vier Siegermächten abzuhandeln. Deutschland und Europa sind kein Widerspruch, im Gegenteil.

Diejenigen, die dauernd vom »europäischen Dach« reden, sollten wissen, daß wir als Ganze und nicht als Hälfte unter dieses Dach wollen. Von diesem »halben« Deutschen sprach selbst Martin Walser, einst ein Wortführer der Umerziehungsschikkeria. Wem das Wort Neutralisierung nicht paßt, der sollte bedenken, daß wir beim jetzigen Zustand auf die furchtbarste Weise neutralisiert sind, die überhaupt denkbar ist. Aber ohne eine solche militärische Ausklammerung durch die Mächte in Ost und West ist zunächst jeder Gedanke an Wiedervereinigung illusorisch.

Wir haben daher deutsche und keine »westliche« Politik zu betreiben! Die westliche Politik wird in Paris, London und Washington gemacht. Es ist lächerlich, wenn Bonn da immer hinterherblökt. Politik fängt eben dort erst an, wo versucht wird, in dem ungemein schwierigen Spannungsfeld widerstreitender Interessen die eigenen Lebensrechte durchzusetzen. Und es wurde von Bonn nicht honoriert, sondern ignoriert, daß das riesige China sich unzählige Male für die Wiedervereinigung unseres Landes ausgesprochen hat.

Wir zahlen Entwicklungshilfe an über hundert Staaten. Von keinem einzigen wird die selbstverständliche Gegenleistung gefordert, sich für unser nationales Anliegen einzusetzen, was alle Länder gar nichts kosten würde außer einem Lippenbekenntnis. Aber schon dies wäre wichtig. Es ist durchaus nicht so, daß »alle« gegen die deutsche Wiedervereinigung wären.

Der einfache Mann auch in Frankreich, England oder Polen hat durchaus Verständnis für den Wunsch nach nationaler Einheit bei den Deutschen, weil dieser Wunsch natürlich ist. Nur unsere eigenen Hemmungen und die antideutsche Machtpolitik stehen einer Lösung im Wege.

Man muß in Zukunft mit den Deutschen rechnen

Einer der Väter der deutschen Spaltung, der Rheinbundpolitiker Konrad Adenauer (CDU), beschwor die westlichen Alliierten, jedes russische Angebot einer »kleinen« Wiedervereinigung abzulehnen.

Der Verzichtspolitiker Willy Brandt (SPD) erklärte seinerzeit, die Bundesrepublik werde das Forum der UNO nicht als »Klagemauer« benutzen, und er warnte nach seinem unrühmlichen Abgang eindringlich vor einem Erwachen nationaler Regungen bei der westdeutschen Jugend.

Brandt: »Ohne Europa stärkerer Drang zur Wiedervereinigung!« Falls die Europahoffnungen enttäuscht werden, schließt der SPD-Vorsitzende und ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt eine Stärkung des Wiedervereinigungswillens der jungen deutschen Generation nicht aus.

Im Augenblick herrsche besonders unter denen, die ins politische Leben eintreten, die feste Entschlossenheit, keine ausgeprägt nationale Haltung einzunehmen, erklärte Brandt in einem Interview im französischen Fernsehen.

Aber wenn die Hoffnungen in Europa enttäuscht werden, muß man in Zukunft mit den Deutschen rechnen, die klarer als wir es konnten und wollten den Willen haben, sich unter ein und demselben Dach in einem Staat zu vereinen.

Alle Bonner Parteien und Regierungen bis heute halten sich – trotz gelegentlicher hohler Phrasen zur Wählerberuhigung – an diese Grundlinien deutscher Nachkriegspolitik, denen wir unablässig unsere Forderungen entgegenzustellen haben: Erst Deutschland – dann Europa! □

Bonns blauäugige Politik

Gerhard Wilde

In seinem hervorragenden Buch »Vorbeugende Unterwerfung«, erschienen im Universitas-Verlag in München, rechnet der ehemalige DDR-Spitzenfunktionär Hermann von Berg nicht nur mit der SPD ab, wirft dieser Verrat an Deutschland vor, auch die derzeitige Bundesregierung bekommt »ihr Fett weg«. Sie betreibe eine blauäugige Politik, die nicht an den Interessen des deutschen Volkes ausgerichtet sei, sondern unterwerfe sich dem kommunistischen Terrorregime in der DDR.

Diese Tatsache zeigt sich von Berg zufolge vor allem darin, daß die Bundesregierung nicht kraftvoll genug die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, vor allem auch auf wirtschaftlichem Sektor, zur Durchsetzung grundlegender Reformen einsetzt, sondern sich mit vordergründigen, die dortige sowjetische Marionettenregierung sogar noch stabilisierenden Zugeständnissen zufriedengibt. Den früheren FDP-Vorsitzenden und dienstältesten Außenminister der Welt, Hans-Dietrich Genscher, beschreibt von Berg wie folgt: »Genscher bezog selten Position, praktische Dinge ließ er durch seine Mitarbeiter abwickeln.«

Die Russen schätzen ein klares Wort

Die politische Naivität in Genschers Kreisen kennzeichnet sehr gut folgende Passage: »Klaus Kinkel, damals Chef in Genschers Büro, war ein ruhiger, extrem zurückhaltender Mann. Gelegentlich hatte er zum Frühstück eine kleine Runde versammelt neben Genschers Arbeitszimmer, mit Karl-Hermann Flach, Josef Gerwald, dem heutigen Chefredakteur der Deutschen Welle, und anderen Spitzenleuten der FDP. Bei einer solchen Gelegenheit versuchte ich den Inhalt einer gerade stattfindenden ZK-Tagung zu erläutern. Dabei grub sich mir eine Bemerkung von Flach tief ins Gedächtnis ein. Nachdem ich fertig war mit meinen Darlegungen, sagte er: ›Seltsam, seltsam, das soll nun ein gesunder normaler Menschenverstand begreifen. So ist das also zu verstehen – eine fremde Welt, eine fremde Welt!‹

Mir ging schlagartig auf, wie selbst Profis, die sich mit Politik und Ostproblemen andauernd befassen, der Abgrund ungeheuer erscheint, der Ost und West voneinander in der geistigen Bewertung und der politischen und sprachlichen Handhabung der Probleme trennt. Was soll man dann vom sogenannten ›Mann auf der Straße‹ erwarten? Sollte wirklich gedolmetscht werden, müßte wohl Schluß gemacht werden mit der nicht nur semantischen Unterwerfung unter die kommunistische Fachterminologie, angefangen beim DDR-Handbuch.«

Notwendig – und von den Sowjets eigentlich auch erwartet – seien dagegen harte Verhandlungen: »Die Russen wissen ein klares Wort zu schätzen. Ich habe von ihnen in langen Dienstjahren immer und immer wieder gehört: Sag mal, den Bonnern kann man doch nicht trauen, die formulieren doch keine nationalen Interessen, damit man verhandeln kann, die fordern doch nicht einmal das Selbstverständliche. Die wollen uns bei passender Gelegenheit militärisch alles wieder wegnehmen, oder? . . . Sie haben ein gesundes Gespür und können daher die antinationale Haltung deutscher Politiker nicht begreifen . . .



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bezieht in der deutschen Frage selten Position.

Wenn die deutsche Politik nicht endlich Bedingungen schafft durch aktives Handeln, die auf fordernde und fördernde Durchsetzung des nationalen Selbstbestimmungsrecht gerichtet sind, das hat überhaupt nichts mit Nationalismus zu tun, können wir nach einer möglichen Rückkehr der Russen zum stalinistischen Faschismus und dem Abzug der Amerikaner aus Europa, der kommen wird, uns gleich als 16. Sowjetrepublik einschreiben lassen . . .

Die Deutschen auf dem Weg zur 16. Sowjetrepublik

Selbst die ›Weitergabe nicht geheimer Nachrichten‹ kann seitdem (seit Honeckers rabiater Verschärfung der Straf- und Zensurbestimmungen 1979; der Verfasser) ins Betonloch des SSD führen, das heißt, jede Begegnung zwischen einem West- und einem Mitteldeutschen kann kriminalisiert werden. Mir ist unbegreiflich, wieso nicht der Bundestag geschlossen eine Aufhebung dieser Nazigesetzgebung überbietenden ›Rechtsordnung‹ angesichts der Städtepartnerschaften etc. verlangt – als Gegenleistung für die nächste Barzahlung. Vertragsbruch wird trotz dieser Verschärfung laufend praktiziert, und Bonn nimmt die Ohrfeigen hin, zuletzt am 1. Mai 1988, und am 20. Juni erneut, als der SSD wieder filmende Kamerateams, abdrängte mit dem menschenfreundlichen Hinweis, ›wir schlagen euch kaputt‹ . . .

Kein westdeutscher Journalist durfte ohne Betreuer in der DDR reisen. Man stelle sich dagegen die bundesdeutsche Praxis mit Ostkorrespondenten vor! Dabei klagen alle Ostblockmedien über ›mangelnde Arbeitsmöglichkeiten‹ ihrer Korrespondenten! Wie wäre es, wenn die Westkorrespondenten im Osten ›gleiche‹ Rechte und Freiheiten genießen würden wie ihre ›Kollegen‹ im Westen? Zählen nicht einmal solche Selbstverständlichkeiten zum Koexistenz-Konzept des Westens, wo der Osten doch immer die Gleichberechtigung auf allen Ebenen vertritt?

Geistige Russifizierung und Unterwerfung

Von unserem Komitee wurde jede Begegnung (mit westlichen Repräsentanten; der Verfasser) sorgfältig vorbereitet. Zunächst wurde gefragt: Was haben wir für fachliche und politische Ziele, wie gliedern wir sie arbeitstei-

lig auf, mit welchen scheinbar taktischen Differenzen treten wir in Erscheinung, damit wir nicht von vorneherein als ›genormt‹ erscheinen, welche spezifische Literatur wird ausgewertet und welche Autoritäten der Wissenschaft werden zitiert, um gegenteilige Meinungen der Gesprächspartner widerlegen zu können?

Mein Freund Baldur Wiebecke, heute Medizinprofessor in München, erinnerte mich nach meiner Übersiedlung lachend daran, wie hilflos Westdeutsche in der Regel unseren dialektisch-sophistischen Argumentationen ausgeliefert waren. ›Weißt du noch, wie ihr uns damals einen nach dem anderen über den Tisch gezogen habt?‹

Das werden die Vertreter der Städtepartnerschaften später auch von sich sagen können, falls sie nicht gerade Daniels heißen (der Bonner Oberbürgermeister Daniels hatte angesichts der Stasi-Ausschreitungen gegenüber bundesdeutschen Journalisten schwere Vorwürfe gegen die DDR erhoben und damit die Städtepartnerschaft zwischen Bonn und Potsdam belastet; der Verfasser).«

Selbstaufgabe deutscher Positionen

So fragt dann von Berg am Ende dieses Themenkreises auch: »Ist es moralisch vertretbar, daß eine lautstarke, inzwischen rot-grüne Front so tut, als hätten die Ost- und Mitteldeutschen den Krieg allein verloren, als hätten die Westdeutschen nicht die selbstverständliche Pflicht, das Selbstbestimmungsrecht, das tragende Prinzip der Vereinten Nationen, für unser Volk in ganz Deutschland durchzusetzen? Haben wir nicht als Nation das Recht wie andere auch, unter einem gemeinsamen Dach zu leben, unsere nationalen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen gemeinsam zu verfolgen, weil sich dann die Beseitigung des politischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Rückstandes in der DDR besser bewältigen ließe als im geteilten Land?

Es ist eine schlimme, unverantwortliche Lüge, geistige Russifizierung, Unterwerfung unter die Geschichtsverfälschung der stalinistischen Siegermacht und Zerstörung demokratischer Werte, zu behaupten, Deutschland sei am 8. Mai 1945 befreit worden. Dr. Kurt Schumacher, deutscher Patriot und Widerstandskämpfer der Tat, Geschundener aus dem KZ, hat den KZ-Staat Stalins sofort beim richtigen Namen genannt.«

Doch nicht nur diese antinationale Politik der bundesdeutschen Regierung stärkt dem DDR-Regime den Rücken, auch die »Informationspolitik« über die DDR zählt hierzu. Dazu von Berg: »Man beachte außerdem die kritiklose Übernahme der DDR-Ideologie, finanziert durch Steuergelder, etwa im ›Handbuch‹ und im Deutschland-Archiv. Seit Hegel wissen wir, daß jeder unterliegt, der sich der inhaltlichen Sprache seiner Feinde bedient.

Vorreiter dieser Vernebelung, der schlimmsten, der geistigen Form der Unterwerfung, sind die SPD-Genossen. Ausnahmsweise muß ich Marx recht geben: Deren geistige Führer hat er immer ›schwammig‹ geheißen . . .

Wie laufen die sonstigen gesamtdeutschen Ringelspiele? Die Hinweise und das Material der DDR-Kommunisten gehen nach hier, zum Beispiel in den Rias; von dort geht alles weiter und wird verarbeitet, hier gedruckt, und dann geht es in die DDR zurück als ›westliche Stellungnahme‹ – und die wirkt natürlich eher als eine SED-Verlautbarung, weil man den Lügenblättern der Altstalinisten sowieso nicht glaubt . . .

Apropos Presse, da fällt mir ein: Im Südwesten sagt mir ein Chefredakteur: Was soll ich nur machen? Die MfAA (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) in Ost-Berlin lehnen es ab, meinen neuen Mann zu akkreditieren, sie kommen mit dem alten so gut aus . . . Wer bestimmt die Kaderpolitik? Der SSD (Staatssicherheitsdienst), wer sonst? Was haben wir für eine freie Presse? Es ist gar nicht so wichtig, was gesagt und geschrieben wird, es ist viel wichtiger, wo was gesagt und vor allem verschwiegen wird.«

Wie weit die Selbstaufgabe deutscher Positionen in der hiesigen Presse geht, kennzeichnet von Berg an einem Beispiel: »Während weder die Russen noch die Polen heute das Verbrechen von Katyn noch andere der Kommunisten verschweigen, bringt die Hamburger ›Zeit‹ vom 15. April 1988 ein Bild eines dortigen Massengrabs polnischer Offiziere mit der Unterschrift: ›Erschossen – vermutlich (!!) durch die Rote Armee‹.«

Bedrückend ist auch, wie gut die DDR über die Vorgänge in höchsten deutschen Regierungsstellen informiert ist und wie lasch alle bisherigen bundesdeutschen Regierungen die Sicherheitsvorkehrungen handhabten.

Von Berg schreibt dazu: »Ich empfand die Sicherheitsvorkehrungen der Ämter und Behörden im Senat und in der Bundesregierung damals als unmöglich leichtfertig, in Brüssel hatte man im EG-Gebäude wenigstens im Vorraum der Chefetage eine mehrköpfige Sicherheitsgruppe sitzen.«

Der Stasi weiß immer alles

Als von Berg seinerzeit erstmals nach Bonn geschickt wurde, mit einem Brief Ulbrichts an den Bundeskanzler, erklärte ihm Stasi-Chef Mielke: »Er breitete einen Lageplan des Bundeskanzleramtes aus und erklärte uns: ›Hier laufen die Wachen. Die sind zu dem und dem Zeitpunkt an diesem Tor, an diesem Tor, an diesem Tor. Wenn das Zusammenspiel mit dem Fernschreiber und mit der Übergabe klappen soll, dann muß hier um zehn Uhr euer Trata stehen, und dann fahrt ihr hier rein zum ersten Tor, es ist nicht geschützt. Man kann euch in dem Moment nicht abweisen‹ . . .

Als wir draußen waren, sagte ich zu M. M.: ›Hast du gesehen, was dein großer Chef für Augen hat? Bernsteingelb, wie eine Eule!‹ . . . Die Augenfarbe fällt mir ein, weil ich in der Hamburger ›Zeit‹ aus sicherer Quelle, dem Dossier eines westlichen Dienstes, las, daß Mielke himmelblaue Augen habe. Oh, warum nicht kornblumenblau, wie manches am Rhein.«

In einem anderen Zusammenhang sagte Stoph zu von Berg: »›Dein Part besteht darin, eine bestimmte Information zu einer bestimmten Zeit an einen bestimmten Mann in West-Berlin zu bringen. Das kannst nur du. Es dreht sich darum, daß wir die Zustimmung des Bundeskanzlers Erhard zum Stand der Verhandlungen und deren Abschluß bekommen. Man wird dafür sorgen, daß Erhard mitten in der Nacht, wenn er zu einer Beerdigung nach Südwestdeutschland im Schlafwagen unterwegs ist‹ – wenn ich mich richtig erinnere, ging es um das Begräbnis eines früheren Bundespräsidenten –, ›vor die Entscheidung gestellt wird. Im Zug aus dem Schlaf gerissen, wird nur Schröder in der Nähe sein, und das ist einer jener in der CDU, die dafür sind, daß das Passierscheinabkommen wieder unterzeichnet wird. Der wird den Dicken trösten und sagen, ›machen Sie es nur, Herr Bundeskanzler!‹, und er wird's machen‹.«

So kann man dann nur bedauerlicherweise dem zustimmen, was von Berg sagt: »Mir machte die Arbeit in diesem Bereich bald klar, wie ungemein ausspioniert die gesamte bundesdeutsche Gesellschaft ist.«

Und er kommt zu dem Schluß: »Ich wünsche dem Verfassungsschutz nur einen Bruchteil der Rechte des Staatssicherheitsdienstes. Sie genügten, um den Romeos in den Betten der Bonner Sekretärinnen den Garaus zu machen.«

Doch folgende kleine Episode soll zeigen, daß auch der Stasi nicht immer alles weiß. In den sechziger Jahren bekam von Berg einmal Ärger, als er bei einem Vortragsabend über den französischen Schriftsteller François Villon mit Zitaten von diesem die Wortführer der »Moralisten«, die die damals von Ulbricht formulierten »zehn Gebote der sozialistischen Moral« verteidigten, so provozierte, daß die Veranstaltung abgebrochen werden mußte.

Marx und Engels billige Plagiatoren

»Mit einem Marx-Zitat hätte ich meine Widersacher natürlich sofort verstummen lassen können. Mit den Zitaten der ›Klassiker‹ konnte man sich gegen jeden Feind durchsetzen, aber die Zitate haben ihre Tücken. Sie wi-

Bundesrepublik

Bonns blauäugige Politik

dersprechen sich. Vielleicht liegt gerade darin die fast allmächtige Weisheit des Marxismus . . .

Jedenfalls mußte ich mir dann, als die Auseinandersetzung unter oberster Aufsicht der zentralen Schulleitung in Ost-Berlin fortgesetzt wurde, mit Zitaten von Ilja Ehrenburg über die hohe Bedeutung des François Villon behelfen. Aber auch damit hatte ich gesiegt, denn gegen einen sowjetischen Schriftsteller wagte niemand Einwände zu erheben. Zum Glück prüfte keiner die Zitate. Um das Suchen abzukürzen, hatte ich sie mir selbst schöpferisch formuliert. Die Parteileitung bedankte sich danach für die so erfolgte kulturelle Weiterbildung.«

Und der ganz große Witz ist der, daß von Berg nachweist, daß Marx und Engels nichts anderes als billige Plagiatoren waren; das war auch einer der Hauptgründe, warum von Berg aus der DDR ausreisen mußte: »Für mich war klar geworden anhand der Quellen, daß Marx in keiner Disziplin wissenschaftlich Neuwert geschaffen hatte. Er war nie ein Wissenschaftler, er war immer ein Ideologe . . . Diese kritischen Feststellungen bezogen sich auch auf jene angeblichen wissenschaftlichen Leistungen, die Marx nach Engels' Auskunft gebracht haben soll, nämlich auf die Entdeckung des gesetzmäßigen Ablaufs der Geschichte – ich habe nachgewiesen, daß dies aus einer anderen Geistestradition stammt und von Marx unter Niveau bei Wilhelm Schulz u. a. abgeschrieben worden ist . . .

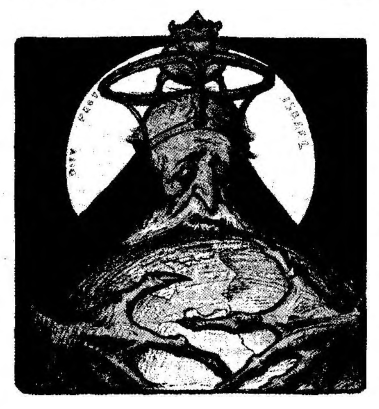
Marx, der ökonomische Autodidakt, hatte selbst sein sogenanntes Hauptwerk, das ›Kapital‹, genauer den einen Band, den er von den angekündigten sechsen je schrieb, unter dem Niveau der wissenschaftlichen Erkenntnis seiner Zeit abgeschrieben . . . Aber Marx ist vollkommener, er stiehlt und synopst zugleich, zum Beispiel in der Einleitung des von ihm endredigierten Manifests der kommunistischen Partei. Dort ist er wirklich so dumm und schreibt von seinem Professor Gans wortwörtlich ab.«

Und jetzt kommt etwas, was eigentlich alle Marxisten zur Verzweiflung bringen müßte. Wieder von Berg wörtlich: »Ich weise nach – mit neuen Dokumenten –, daß Marx statutengemäß von der absoluten Mehrheit aus dem Bund der Kommunisten, der kommunistischen Partei des 19. Jahrhunderts, ausgeschlossen worden ist. Übrigens hat ihn keine kommunistische Partei jemals wieder aufgenommen . . .

Tatsache war, wie ich bei Forschungen später feststellte, daß Marx und Engels als Journalisten während der Revolution am Rande der proletarischen Bewegung standen, während die wirklichen Führer der deutschen Arbeiter, welche die gesamtdeutsche Arbeiterverbrüderung als Organisation aufbauten, an den Brennpunkten der Revolution gekämpft hatten.

Bisher hatte man uns die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung als konfliktlose Konsequenz der Marxschen Lehre dargestellt. Marx und Engels hätten die Gesetze des wissenschaftlichen Kommunismus erkannt, die Arbeiter hätten sich diese Erkenntnisse zu eigen gemacht, und so wären Marx und Engels zu unangefochtenen Führern der deutschen Arbeiterbewegung geworden. In Wahrheit hatten die Arbeiter im ›Bund der Kommunisten‹ Marx und Engels nach der Revolution 1848/49 als ›halb gebildete Elemente‹, als klassenfremde Journalisten ausgeschlossen. Keine nationale Arbeiterpartei hatte sie je wieder aufgenommen.«

So kann man Hermann von Berg nur zustimmen, wenn er Karl Marx als »Charlie Murks« bezeichnet. □



Deutschland

Wir und Europa

Hans W. Schimmelpfeng

»Wenn wir unseren Platz in Europa und der Welt behaupten wollen«, so hieß es in der Neujahrsansprache des Bundeskanzlers und CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl. Hierzu ist klarzustellen – denn viel Klarheit gibt es nicht in der heutigen Staats- und Weltpolitik: Wer ist eigentlich »wir«?

Nach der Präambel des Grundgesetzes müßte es das gesamte deutsche Volk sein, denn der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz entwarf, nahm für sich in Anspruch, auch für jene Deutschen zu sprechen, denen mitzuwirken versagt war. Die Präambel fordert das gesamte deutsche Volk auf, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Neuvereinigung wird offensichtlich ausgeschlossen

Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Bundeskanzler es so gemeint hat. In seiner politischen Tätigkeit tut er nichts, um die deutsche Einheit zu vollenden, sondern er betreibt die »Integration« des Westteils Deutschlands in ein westliches Teileuropa unter Aufgabe der eigenen Staatssouveränität, die sowieso schon wegen des fehlenden Friedensvertrages und der Fortsetzung der militärischen Besatzung fraglich genug ist. Dieses Verhalten, das auch von der »Opposition« mitvertreten und somit mitverantwortet wird, schließt die Möglichkeit der deutschen Neuvereinigung offensichtlich und bewußt aus.

Denn auch in wirtschaftlicher Hinsicht geschieht nichts, um die geteilten Kräfte des deutschen Volkes zu verbinden und zusammenzufassen. Vielmehr wird die westdeutsche Wirtschaft durch die Aufhebung der westlichen Zollschutzgrenzen der Weltkonkurrenz ausgeliefert, wobei sogar unter Aufopferung des Bauernstandes auf eine auch nur annähernd gesicherte Ernährungsgrundlage verzichtet wird.



Deutsche Politik wird nicht in Bonn, sondern in Washington gemacht.

Vollkommen unter den Teppich gekehrt wird dabei der Umstand, daß die steigende Turbulenz der Weltpolitik uns nicht die geringste Gewähr dafür bietet, jederzeit den notwendigen Lebensbedarf irgendwoher beziehen zu können. Nichtsdestoweniger wird das stark übervölkerte Land auch noch mit Massen an Wirtschaftsflüchtlingen vollgestopft, die auch dann noch im Lande behalten werden, wenn sie nicht als Asylanten anerkannt sind oder sich sogar strafbar machen.

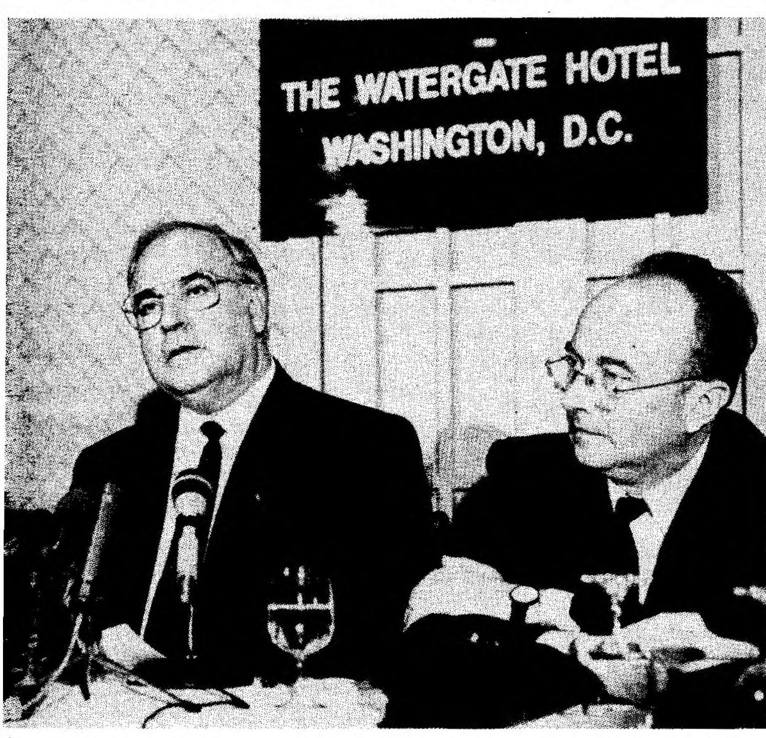
Das geschieht unter Berufung auf den Satz in Artikel 16 des Grundgesetzes »politisch Ver-

folgte genießen Asylrecht«. Will man uns etwa glaubhaft machen, daß die Verfasser des Grundgesetzes damit eine Völkerwanderung einleiten wollten?

Wen meint Kohl mit »wir«?

Es kann doch damals nur die Aufnahme verfolgter Einzelpersonen gemeint gewesen sein. Die heutige Handhabung ist ein schwerer Mißbrauch des Artikels 16 des Grundgesetzes.

So ist es nicht verwunderlich, daß auch auf dem Gebiet des Kultur- und Gesellschaftslebens der Dekadenz und der erschreckend wachsenden Kriminalität kaum mehr Grenzen gesetzt werden können. Hier allerdings ist die sehr erfreuliche Feststellung zu treffen, daß aus dem Volke heraus dem hintergründig gesteuerten Verfall eigenen Kulturlebens und eigener Sitte eine deutliche Grenze gesetzt wird, nachdem die verheerenden Folgen gesteuerter Überfremdung bereits zu erschreckenden Zuständen geführt haben, die nicht mehr zu übersehen sind und nun offen diskutiert werden.



Wer also ist in der Neujahrsansprache des Bundeskanzlers gemeint mit »wir«?

Bestimmt nicht das deutsche Volk laut Grundgesetz. Solange man es noch für wichtig hält, darüber zu streiten, ob die »Grenze« zwischen den Besatzungsgebieten mitten in der Elbe verläuft oder an deren Ostufer, denkt man doch wohl nicht daran, den auf das Grundgesetz geleisteten Eid genau zu bedenken und das deutsche Volk wieder zusammenfassen zu wollen.

Nein, mit »wir« muß wohl das Völkergemisch gemeint sein, das ohne Rücksicht auf die vielseitigen Folgen durch Menschenimport aus aller Welt in der derzeitigen Bundesrepublik »Deutschland« planmäßig erzeugt wird, indem man nicht nur vertriebene Volksgenossen aufnimmt, sondern unter viel Aufwand humanitärer und ideologischer Phrasen alles, was an Mädchenhändlern, Rauschgiftschiebern und dergleichen geflogen und gefahren kommt.

Warum auch nicht? Solange man zu der Billion Schulden in den öffentlichen Kassen auch noch so durchschnittlich 30 Milliarden im Jahr hinzuborgen kann, läßt sich das auch alles auf Gesamtkosten finanzieren, bis der Tag der Wahrheit kommt.

Aber auch die Frage ist zu stellen, was in der Neujahrsansprache mit »Europa« gemeint ist.

Das Vaterland endet an der Zonengrenze

Früher verstand man damit in Richtung Osten das Land bis zum Ural. Geographisch ist dieser Begriff zwar nicht abgeschafft, aber bei Herrn Kohl dürfte es sich wohl um den Bereich handeln, der an der Kunst- und Machtgrenze der Siegermächte von 1945 aufhört und irrtümlich »Europäische Gemeinschaft« (EG) genannt wird.

Irrtümlich und irreführend deshalb, weil es sich da eben nicht um Europa und auch keineswegs um eine Gemeinschaft handelt, sondern um einen Streitverein des europäischen Westens. Der hat unter anderem für uns den Nachteil, daß wir in Anbetracht unseres vierundvierzigjährigen Scham- und Bußbedürfnisses fast immer die Nachgebenden und Zahlungspflichtigen sind, um was auch immer der Streit gerade geführt wird.

Hier müssen wir unter Berufung auf die Präambel des Grundgesetzes – sie sollte in unseren Schulen beim Unterrichtsbeginn jeder Woche und im Bundestag vor Sitzungsbeginn stehend verlesen werden – um eine Korrektur des Begriffes Europa ersuchen, es hört nicht an der Zonengrenze auf, es umfaßt die Deutsche Demokratische Republik ebenso wie Österreich und reicht bis zum Ural.

Die Presse berichtete nichts davon, daß der Bundeskanzler davon gesprochen habe, laut Grundgesetz »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden« zu wollen. Er beschränkte sich auf die Grüße an die Landsleute in der DDR und mag es wohl so halten wollen wie sein Vorgänger und Parteifreund Konrad Adenauer, der das Saargebiet an Frankreich abtreten wollte und der neben anderen ähnlichen Aussprüchen am 11. April 1953 vor amerikanischen Journalisten in San Francisco sagte:

»Die Bundesregierung wird die europäische Verteidigungsgemeinschaft auch dann nicht aufgeben, wenn die Sowjetunion freie Wahlen in der Sowjetzone und die Wiedervereinigung Deutschlands anbieten sollte.«

Zwar sprach Herr Kohl von »Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland«, aber für ihn hört das Vaterland offenbar an der Zonengrenze auf, und der westliche Teil soll in einem Teil-West-Europa endgültig untergehen. Ein Aufgehen der Bundesrepublik in der vorgesehenen westeuropäischen Union würde die Aufhebung des Grundgesetzes der Bundesrepublik zur Voraussetzung haben.

Wir haben uns diesem Volks- und Landesverrat mit allen gesetzlichen und grundgesetzlichen Mitteln entgegenzustellen.

Ein Beispiel ist das jüdische Volk

Diese territoriale Auflösung des Deutschen Reiches geht einher mit dem rassistischen Plan der Auflösung des deutschen Volkes. Der Plan ist klar und befindet sich schon in der Ausführung. Man locke aus der DDR, aus dem polnisch beziehungsweise sowjetisch besetzten Ostdeutschland und aus den deutschen Siedlungsgebieten des ganzen europäischen Ostens möglichst viele Deutsche heraus, um Territorialansprüche ad absurdum zu führen, und man öffne die Grenzen für Scheinasylanten aller Rassen und aus aller Welt, um eine beliebig lenkbare Menschenmasse ohne Gemeinschaftsgrundlage zu erzeugen. Als Hoffnungspunkt für das Überleben eines Teiles des deutschen Volkes bleibt dann nur noch die Deutsche Demokratische Republik übrig.

Wenn wir uns nicht einer internationalen Macht unterwerfen wollen, die mit dem Mittel der Geldherrschaft die Weltherrschaft über eine wurzellose Masse Mensch erstrebt, dann mögen wir uns ein Beispiel am jüdischen Volk nehmen, das bei zweitausendjähriger Streuung über die Welt seinen völkischen Zusammenhalt bewahrt hat.

Das Ziel heißt nicht: Vermassung unter einer Weltdiktatur, sondern das Streben nach friedlichem Zusammenleben der gewachsenen Völker und naturgewollten Menschenrassen. Das Wort »Es ist alles gleich, was Menschenantlitz trägt« widerspricht dem Naturgesetz. Die Natur kennt keine Gleichheit, Vielfalt ist ihr Gesetz.

Wollen wir das Menschenrecht und das Überlebensrecht des deutschen Volkes nach dem Naturgesetz bewahren, dann ist die Erhaltung seines Selbstbewußtseins und seines Lebenswillens

Deutschland

Wir und Europa

die unentbehrliche Voraussetzung. Unser völkischer Überlebenswille wird untergraben durch ein seit Jahrzehnten laufendes Bombardement über alle Massenmedien zur Erzeugung eines unterwürfigen Schuldbewußtseins wegen der 12 Jahre nationaler Erhebung nach Überwindung der Ausbeutung durch das Versailler Diktat vom 28. Juni 1919.

Im Sinne der Tötung des Selbstbewußtseins war es eine wirklich grandiose politische Aktion, die in der Bundesrepublik zum fünfzigjährigen Gedenken an die »Kristallnacht« vom 9. November 1938 aufgezogen wurde. Die gesamte Presse sowie Funk, Fernsehen und die politische Prominenz aller etablierten Parteien stellten sich etwa zwei Wochen lang in den Dienst dieses gut gezielten Zweckunternehmens. Dem aufmerksamen Beobachter zeigte sich hier deutlich, wie streng zentral gelenkt das politische Leben unseres Staatsprovisoriums funktioniert.

Der Zweck des Ganzen, die jahrzehntelange Bußfertigkeit und Unterwerfungswilligkeit in der Bundesrepublik solange wie möglich zu erhalten und jede inzwischen aufgekommene Widerstandsregelung zu diffamieren, wäre fast voll erreicht worden, wenn nicht der überraschende Jenninger-Zwischenfall erfolgt wäre.

Wer aber war bis zum »Eklat« Herr Philipp Jenninger, Mitglied der CDU und des Bundestages, Bundestagspräsident seit 1984? Er lag genau in der der politischen Prominenz gestatteten Linie: Er trat für die West-Integration in der Bundesrepublik ein, betonte stets die nationalistische Gewaltherrschaft, die Ruchlosigkeit der nationalsozialistischen Diktatur und trat für das »Lebensrecht Israels auf anerkannte und gesicherte Grenzen« ein. Soweit lag Jenninger durchaus in der Linie, mit der man in Bonn Karriere macht.

Aber da fällt noch etwas anderes auf: Jenninger hat sich mindestens zweimal bei Besuchen in Israel auch für das »Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes« neben dem Existenzrecht Israels eingesetzt. Und dann liest man in einer Tageszeitung über Jenninger: »Er gehörte zu den Leuten, die dagegen waren, daß der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Galinski, vor dem Bundestag sprechen durfte.«

Man muß also feststellen, daß Jenninger bei aller Bußfertigkeit und Unterwerfungsbereitschaft doch auch etwas Mut zu richtigen, aber unerwünschten Stellungnahmen und Entscheidungen besaß, und das ausgerechnet gegenüber der mächtigsten Aufsichtsinstanz in der Bundesrepublik, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Nicht alles darf beim Namen genannt werden

So erklärt sich die Sensation, daß der zweithöchste Repräsentant der westdeutschen Parteiendemokratie, der doch sonst höchste Freiheitlichkeit attestiert wird, über Äußerungen stolpern mußte, die nur vom israelischen Gesichtspunkt aus zu beanstanden waren.

Denn was hat er eigentlich Sensationelles gesagt? Er hat unter anderem bestätigt, daß 1938 die meisten Deutschen in Hitler den größten Staatsmann unserer Geschichte erblickten. Er hat die außenpolitische Schwäche, das Parteiengezänke, das wirtschaftliche Elend, Chaos, Straßenschlachten und politische Unordnung im System der zwanziger Jahre bestätigt. Auch, daß es den Staatsbürgern später in den dreißiger Jahren besser ging. Er hat die damalige Frage zitiert, ob nicht die Juden sich in der Vergangenheit eine Rolle angemaßt hätten, die ihnen nicht zukam.

Gegen diese Äußerungen Jenningers ist sachlich nichts einzuwenden. Es fragt sich nun, ob es tatsächlich in der Bundesrepublik Deutschland nicht erlaubt ist, solche Feststellungen zu treffen und eine solche Frage zu stellen. Mit seiner späteren Äußerung »Man muß daraus lernen: Nicht alles darf man beim Namen nennen in Deutschland« hat er selbst eine Antwort gegeben.

Demnach ist es auch nicht möglich, sehr wichtige strittige Fragen der deutschen Vergangenheit hier und heute sachlich zur Diskussion zu stellen, obwohl ihre Beantwortung für unser Volk lebenswichtig ist. Ein unzweideutiges Zeichen hierfür ist das 21. Strafrechtsänderungsgesetz, um dessen Durchsetzung im Bundestag gegen schwerwiegende Bedenken von Abgeordneten – es kam der Name »Maulkorbgesetz« auf – sich ab etwa 1980 der Bundesjustizminister Engelhardt bemühte, bis ihm dies im Jahre 1985 gelang.

Anregungen an den Bundesjustizminister

Seitdem sind in der Bundesrepublik Personen mit Strafe bedroht, die gewisse Fragen, zum Beispiel über die Konzentrationslager Auschwitz und Maidanek, öffentlich aufzuwerfen wagen. Sie können dann sogar ohne Strafantrag »von Amts wegen« angeklagt werden, zum Beispiel wegen Beleidigung von Juden oder Leugnen des NS-Völkermords an den Juden.

Das hat zur Folge gehabt, daß in verschiedenen Staaten außerhalb der Bundesrepublik umfangreiche Darlegungen erfolgt sind, mit denen in der Bundesrepublik festgeschriebene Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hartnäckig und unter Vorlage umfangreicher Begründungen bestritten werden. Hierdurch könnte in aller Welt die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik in Frage gestellt werden. Weil wir aber die Bundesrepublik Deutschland bis zur deutschen Neuvereinigung als unseren provisorischen Rechtsstaat ansehen, wünschen wir, daß diese vom Grundgesetz garantierte Rechtsstaatlichkeit auch bewahrt beziehungsweise erreicht wird.

Weil es wohl ganz selbstverständlich ist, daß der Herr Bundesjustizminister über so wichtige und seit Jahrzehnten immer wieder aufgeworfene Streitfragen wie die Millionenzahl vergaster Juden und die angewandte Technik der Massenvergasung genau und unwiderlegliche Unterlagen besitzt, ist es an der Zeit, daß er diese Unterlagen zumindest in- und ausländischen »Revisionisten«, wie die unabhängigen Historiker bezeichnet werden, zugänglich macht, damit sie ihre Ableugnungsversuche endgültig einstellen, und zwar nicht durch Zwangsmaßnahmen, mit denen niemand überzeugt werden kann, sondern durch sachliche Klarlegung der Tatsachen.

Die Dinge sollten aufgeklärt werden

Hierzu könnten folgende Vorschläge gemacht werden: Erstens: In Boston, USA, lebt ein Fachmann für Menschenvergasung, der Ingenieur Fred Leuchter, der zum Tode Verurteilte auf verschiedene Weise, so durch Gas, hinzurichten hat. Er hat vor einem kanadischen Gericht als Zeuge – District Court, Toronto, am 20. April 1988 – sinngemäß ausgesagt, er habe bei genauer Prüfung der in Auschwitz, Birkenau und Maidanek gezeigten Gaskammern festgestellt, daß dort kein Mensch vergast werden konnte, so wie es in der Holocaust-Literatur und in Filmen beschrieben worden sei.

Der Herr Minister möge den Fachmann, der angibt, für die Vergasung eines Menschen in einer Spezialanlage umfangreiche Vorsichtsmaßnahmen durchführen zu müssen, darüber belehren, wie man Millionen vergast, damit er seine Aussage zurücknimmt.

Zweitens: Aus der Zahl der weltweit vor dem Zweiten Weltkrieg und danach vorhandenen Juden wollen Revisionisten die Schlußfolgerung gezogen haben, daß die Kriegsverluste der Juden im Zweiten Weltkrieg sehr weit unter einer Million gelegen hätten und nicht die Folge eines Holocaust gewesen seien. Hierzu eine längst überfällige Anregung für den Herrn Minister:

In Arolsen arbeitet seit Jahrzehnten der Internationale Suchdienst (ITS), dessen Ursprung eine Einrichtung des interalliierten Hauptquartiers 1943 in England war. Späterer und heutiger Träger ist das Internationale Komitee vom Roten Kreis (IKRK), finanziert wird das Institut mit hohen Millionensummen von der Bundesregierung. Obwohl ein gewisser Abschluß erzielt wurde, wurde im März 1987 die gänzlich unverständliche Mitteilung veröffentlicht: »Die Personalakten sollen vorerst nicht der allgemeinen Forschung zugänglich gemacht werden.« □

Medizinbetrieb

Terror gegen den Krebsforscher Hamer

Hans-Joachim Gerdesheim

Ein hervorragendes Beispiel, wie die Schulmedizin mit ihr nicht gewogenen Ärzten der Alternativ-Medizin umgeht, bietet der Fall des Internisten Dr. Ryke Gerd Hamer, der die »Eiserne Regel des Krebses« entdeckte und hervorragende Heilungserfolge erzielt. Doch Hamers Theorie hat einen Nachteil: Sie kostet zu wenig und bringt der vereinigten Lobby der Schulmedizin zu wenig Geld in ihre Kassen. Also wird Hamer mit allen erlaubten und nicht erlaubten Mitteln bekämpft.

Dr. Ryke Gerd Hamer vor dem Bild seines ermordeten Sohnes, in den Händen hält er seine Habilitationsarbeit.

Begonnen hatte eigentlich alles am 17. August 1978. An diesem Tag erschoß der italienische Kronprinz Emmanuelle von Savoien auf der Mittelmeerinsel Cavallo Hamers Sohn Dirk, wobei der Schuß eigentlich gar nicht ihm galt, sondern dem Sohn des Hausarztes des Prinzen. Der Prinz von Savoien war damals bezeichnenderweise auch Großmeister der geheimen Freimaurer Loge P-2.

Ein tiefgehender Schock als Krebsursache

Hamer wörtlich: »Die Frau des Prinzen, Marina Doria, hatte die nächtliche Szenerie mit Hilfe der auf Fernlicht geschalteten Lampen ihres Jeeps wie in einem Amphitheater erhellt. Die etwa 20 Freunde des Prinzen waren als Zuschauer rechts und links um den kleinen Hafen auf den Anhöhen verteilt. Der Prinz und seine Frau hatten eigens für die Aktion von ihrem Haus auf Cavallo den größten ihrer Karabiner geholt.«

Nachdem Dirk Hamer vier Monate später nach 20 Operationen aufgrund eines Nierenversagens in den Armen seines Vaters starb, bemerkte der bislang kerngesunde Internist, daß sich bei ihm ein Hodenkrebs entwickelte. Hamer führte seine Erkrankung auf den tiefen, durch den Tod seines Sohnes verursachten Schock zurück und begann diese Theorie bei seinen Patienten zu überprüfen.

Dabei stellte er fest, daß bei allen von ihm überprüften Fällen die Krebserkrankung unmittelbar nach einem tiefen Konfliktschock, also beispielsweise einer Fehlgeburt oder einem tödlichen Unfall des sich von der Hand der Mutter losgerissenen Kindes, begann. Hamer nannte dies in Gedenken an seinen Sohn das »Dirk-Hamer-Syndrom« (DHS-Syndrom). Dies ist nach der von Hamer aufgestellten »Eisernen Regel des Krebses« das erste Kriterium für die Krebs-Erkrankung.

Kriterium zwei ist Hamer zufolge, daß der empfundene Konfliktinhalt die Lokalisation des Krebses bestimmt. Der Konfliktschock führt demnach zur Bildung eines sogenannten »Hamerschen Herdes« an einer jeweils ganz bestimmten Stelle des Gehirns – laienhaft ausgedrückt könnte man dies vielleicht einen »Hirntumor« nennen, obwohl dieses Wort nicht ganz zutrifft – und zur Lokalisation der Krebserkrankung am speziell dazu korrespondierenden Organ.

Kriterium drei besagt, daß der Verlauf der Konfliktentwicklung den Verlauf der Krebserkrankung bestimmt. Stoppt der biologische Konflikt, dann stoppt auch das Krebswachstum am Organ. Selbst wenn das Karzinom sich nicht zurückbildet, stellt es doch keine Gefahr mehr für den Menschen dar. Eine Chemotherapie oder eine Drogen-Therapie ist nicht vonnöten; lediglich abschwellende Mittel, wie beispielsweise Cortison oder Digitalis, können noch verabreicht werden. Gefährlich wird der Krebs erst dann, wenn ihn ein Schulmediziner entdeckt oder in Fällen, bei denen sich der Krebs schon seit vielen Jahren im Körper eingenistet hat und der dem zugrunde liegende Konflikt nicht gelöst ist. Dann kann auch Hamer diesen Personen nicht helfen, ansonsten liegt seine dokumentierte Heilungsrate bei sage und schreibe 97 Prozent.

Die Schulmedizin lehnt Hamers Theorie ab

Da sollte man doch eigentlich annehmen, daß sich die medizinische Fachwelt – oder was sich zumindest dafür hält – mit aller zuerst sicherlich gebotenen Skepsis – schließlich gibt es viele Personen, die glauben, für irgend etwas den »Stein der Weisen« gefunden zu haben – auf Hamers Forschungsergebnisse stürzt und diese überprüft. Schließlich hatte der heute 53jährige Internist seine Erkenntnisse zu einer Habilitationsarbeit zusammengefaßt.

Doch weit gefehlt. Hamer ging auch den Weg, den beispielsweise ein Robert Koch, ein Kopernikus, ein Galilei und ein Giordano Bruno beschreiten mußten – die Schulmedizin beziehungsweise die Fachwelt wies ihre sich später als richtig herausstellenden Erkenntnisse kategorisch ab – jedenfalls überwiegend.

Lediglich die Ärztekammer Niedersachsen konstatierte im Fall Hamer einmal: »Nach den vorliegenden Beratungsergebnissen kann die von Dr. Hamer vertretene Therapie die bisher bewährten Behandlungsmethoden krebskranker Patienten unterstützen, aber nicht ersetzen.«

Doch blieb es nicht bei der reinen Ablehnung der Hamerschen Theorie, vielmehr setzte ein Kesseltreiben ungeheuren Ausmaßes ein, und zwar sowohl auf

Medizinbetrieb

Terror gegen den Krebs-forscher Hamer

dem medizinischen Gebiet als auch auf dem politischen Sektor; hierbei war Auslöser, daß Hamer mit ganzem Einsatz versuchte, eine Verurteilung des Prinzen von Savoien wegen der Tötung seines Sohnes herbeizuführen.

Hamer nannte dabei in Interviews den Prinzen einen »Mörder«. Der jetzt nun endlich nach vielen Verzögerungen am 19. April 1989 in Cavallo stattfindende Prozeß hat als Anklagepunkt »Vorsätzliche schwere Körperverletzung mit Todesfolge«, was zwar formaljuristisch nicht hundertprozentig korrekt ist, angesichts der Situation aber verständlich.

Interpol-Fahndung im Auftrag eines Mörders?

Was geschah nun aber? Der Prinz von Savoien – der Dirk Hamer nach Angaben Ryke Gerd Hamers eine Rente von zwei Millionen Mark für den »Unfall« zahlen wollte, dies aber nach dem Tode Dirks bis auf eine zwischenzeitlich gezahlte Summe von 200 000 Mark dann verweigerte – zeigte seinerseits Hamer wegen »Beleidigung« an.

Nun sollte man eigentlich davon ausgehen, daß jede Staatsanwaltschaft dies sofort ablehnt, doch weit gefehlt. Gegen Hamer, der sich zu diesem Zeitpunkt in Italien aufhielt, wurde eine Interpol-Fahndung eingeleitet. Man überlegte auch des öfteren eine Inhaftierung »wegen der Schwere des Vergehens« oder auch wegen »Fluchtgefahr«, obwohl sich Dr. Hamer überall ordnungsgemäß angemeldet hatte. Neben der Interpol-Fahndung wurde Hamer lange auch von Privatdetektiven beschattet.

Nachfolgend soll hierzu der Inhalt einiger dieser Berichte kurz wiedergegeben werden: So heißt es in einem Fernschreiben vom 26. Juli 1984 von der Bahnhofspolizei Kufstein an die Staatsanwaltschaft Lüneburg »Betreff: Hamer – Inpol-Ausschreibung –, Straftat Beleidigung«: »Hamer kam am 24. 1. 1984 mit dem verspäteten Schnellzug D 280 Alpenexpreß gegen 21.50 Uhr am Grenzübergang Kufstein/Bhf. zur Anreise.«

In einem Schreiben vom 13. Juli 1985 von der Deutschen Grenzschutzstelle Basel Bad. Personenbahnhof »Ermittlung auf Grund einer Ausschreibung im Deutschen Fahndungsbuch Inpol-EDV«: »Der zur Aufenthaltsermittlung ausgeschriebene Dr. med. Hamer wurde am 9. 7. 1985 in Basel Bad. Personenbahnhof Einreise: D 878 ermittelt.«

Im Auftrag des Prinzen von Savoien überwachte auch das Münchener Detektiv- und Überwachungs-Institut Friedrich Spohrer Dr. Hamer. In einem Schreiben an den deutschen Rechtsanwalt des Prinzen, Hansjoachim Gaub (übrigens Informationen zufolge ein Duzfreund von Franz Josef Strauß), vom 28. Mai 1979 heißt es wörtlich: »6.00 Uhr Abfahrt in München – Heidelberg an im Hotel Central 11.00 Uhr. In der Uni-Klinik nach den Prof. Röhl und Prof. Linder durchgefragt. Herrn Dr. Röhl nur kurz auf dem Gang gesprochen und er versprach mir für morgen, den 29. 5. 1979 einen Termin in mein Hotel durchgeben zu lassen. Anschließend versuchte ich in der Rechnungsstelle der Chirurgie über die Rechnung an Dr. Hamer etwas zu erfahren. Über einige Umwege kam ich an Herrn Schwegele, der sich an den Fall Dr. Hamer sehr gut erinnern konnte und mir vertraulich folgendes berichtete.« Hier wollen wir es gut sein lassen.

Neben diesen schier unglaublichen Vorgängen wurde mehr als zwanzigmal versucht, Dr. Hamer Verfolgungswahn zu unterstellen. Versuchte Dr. Hamer sein Recht durchzusetzen, wurde einfach ein Psychiatrisierungsverfahren vorgeschaltet. So unter anderem auch in dem von Hamer angestrengten Prozeß, als er versuchte, klären zu lassen, ob der Prinz von Savoien für einen Einbruch in Hamers Wohnung, bei dem diesem sämtliche persönlichen Sachen gestohlen wurden, verantwortlich war.

Nur am Rande soll erwähnt werden, daß Hamer mit seinem zweiten Sohn nur durch großen Zufall einen Mordanschlag überlebte. Als er dem italienischen Fernsehen einmal ein Interview wegen der Tötung seines Sohnes Dirk gab, mußten Hamer und sein anderer Sohn vorher sehr lange in einem Raum warten. Als Hamer auf die Toilette mußte, wurde sein Sohn urplötzlich in die Maske gerufen – obwohl dies eigentlich nicht notwendig war, da nur Dr. Hamer interviewt werden sollte –, so daß die am Tisch stehende Dose Cola unbewacht war.

Mordanschlag mit vergifteter Coca

Zwölf Stunden später brachen Dr. Hamer und sein Sohn am Flughafen in Rom bewußtlos zusammen; der Blutzuckerspiegel war in Sekundenschnelle auf Null gesunken. Nur weil die Maschine sich verspätet hatte und dadurch noch nicht in der Luft war, konnten Hamer und sein Sohn durch eine sofortige in der Unfallstation eingeflößte Traubenzuckerlösung gerettet werden. Wobei ihnen noch der weitere Zufall zu Hilfe kam, daß beide sich die Cola teilten und dadurch nur die Hälfte der sonst auf jeden Fall tödlichen Dosis abbekamen.

Der gegen den Prinzen von Savoien angestrengte Prozeß wurde dann unter mysteriösen Umständen immer wieder verschoben, obwohl zwei französische Gerichte 1983 und 1986 die Eröffnung des Hauptverfahrens angeordnet hatten. Zwischendurch bekam Hamer keine Akten oder Terminmitteilungen zugestellt, obwohl diese ordnungsgemäß abgesandt wurden.

Nun soll der Prozeß jedoch, wie bereits berichtet, am 19. April 1989 in Cavallo eröffnet werden.

Nicht viel besser erging es Hamer bei seinen medizinischen Bemühungen. Auch hier blockte die Schulmedizin rigoros ab. Die von Hamer bei der Universität Tübingen eingereichten Habilitationsunterlagen wurden einfach nicht geprüft und seine Habilitation abgelehnt, da er keine 100seitige Zusammenfassung seines 744 Seiten starken Buches »Vermächtnis einer neuen Medizin, Band 1 – Das ontogenetische System der Tumoren« beigefügt hatte. Seine Thesen wurden nicht ein einziges Mal auf Reproduzierbarkeit geprüft.

Daß niemals eine derartige Prüfung stattgefunden hat, geht auch aus einem Schreiben der Universität vom 29. Dezember 1987 an Hamer hervor, in dem diese schreibt, daß der Habilitationsausschuß in dem »Habilitationsverfahren eine Überprüfung der ›Eisernen Regel des Krebses‹ nicht für erforderlich erachtet hatte«. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß der deutsche Rechtsanwalt des Prinzen von Savoien gleichzeitig auch der Rechtsvertreter der Universität Tübingen war und ist.

Am 17. Dezember 1986 verurteilte dann das Verwaltungsgericht Sigmaringen die Universität Tübingen, die Habilitationsprüfung noch einmal vorzunehmen. Was dabei herauskam? Dreimal darf geraten werden, wobei das Verfahren allerdings formal noch nicht beendet ist.

Die Lex Hamer der Uni Tübingen

Zwischenzeitlich hatte die Bezirksregierung Koblenz mit Entscheidung vom 8. April 1986 gegen Dr. Hamer auf Betreiben der Universität und mehrerer Behörden ein Berufsverbot verhängt – Aktenzeichen: 027-2 (507/508). Wörtlich heißt es darin: »Das Gesetz (die Bundesärzteordnung, der Autor) sieht mithin u. a. in dem Umstand, daß der Arzt wegen einer nachträglich eingetretenen Schwäche der geistigen Kräfte zur Ausübung des ärztlichen Berufes unfähig ist, einen Widerrufsgrund (der Approbation, der Autor).

Die diesbezüglichen Voraussetzungen sind erfüllt, wenn der Arzt mangels entsprechender Einsicht nicht mehr in der Lage ist, den ärztlichen Pflichten in vollem Umfange nachzukommen. Auf die Frage, ob der Arzt im rechtlichen Sinne geschäftsunfähig ist, kommt es nicht an. Ein wegen geistiger Schwäche insoweit Ungeeigneter muß keineswegs gleichzeitig auch schon geschäftsunfähig sein. Anders ausgedrückt: die gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BÄO hinsichtlich der geistigen Kräfte zu stellenden Anforderungen sind höher als die, denen derjenige genügen muß, der lediglich nicht für ge-

schäftsunfähig gehalten werden will . . .

Anhaltspunkte dafür, daß Herr Dr. Hamer bereit wäre, der ›Eisernen Regel des Krebses‹ abzuschwören, sind nicht erkennbar. So soll er – einer Pressenotiz zufolge – noch im März dieses Jahres versucht haben, einen Kreis angesehener Professoren von seiner Theorie zu überzeugen. Vor dem Hintergrund der Feststellungen unter A – insbesondere im Hinblick auf die Ausführungen des Gutachters Prof. Dr. Glatzel – erscheint es im übrigen als ausgeschlossen, daß Herr Dr. Hamer überhaupt in der Lage wäre, sich zu ›bekehren‹ . . .

Dazu kommt, daß der Gesichtspunkt ›geistige Schwäche‹ teilweise – wenngleich in nicht genau nachvollziehbarer Weise – von Unzuverlässigkeitsmomenten überlagert wird (Unzuverlässigkeit: Behörde verpflichtet, Approbation zu widerrufen) . . .«

Die Universität Tübingen änderte dann auch sofort ihre Habilitationsordnung, in die, quasi als »Lex Hamer«, die Anordnung aufgenommen wurde, daß nur der seine Habilitation erlangen kann, der auch approbiert ist. Ein Teufelskreis, aus dem Hamer kaum herauskommen kann.

Er versucht es jedenfalls. So begann am 15. März 1989 erneut vor dem Verwaltungsgericht Sigmaringen ein von Hamer angestrengter Prozeß, in dem dieses die Universität Tübingen zur Rehabilitierung Hamers und zur Überprüfung seiner Habilitation veranlassen soll. Die Rehabilitierung hätte dann die Wirkung, daß Hamer seine ärztliche Zulassung wiedererlangen würde (aufgrund des Redaktionsschlusses dieser Ausgabe muß das Ergebnis leider nachgereicht werden).

Ein trauriges Kapitel ist auch die »Deutsche Krebshilfe«, die damals noch unter der Leitung von Mildred Scheel stand. In der Fernseh-Talkshow »3 nach 9« deckte Hamer folgendes auf: Der Mitarbeiter der Krebshilfe, ein gewisser Dr. Jonas, soll in der Universitätsklinik Heidelberg Hamers Thesen auf Reproduzierbarkeit geprüft haben und zu dem Ergebnis gekommen sein, daß Hamers Theorie bei 80 Prozent der von ihm untersuchten Fälle gestimmt habe. Die restlichen 20 Prozent wisse er nicht genau. Hierbei handelt es sich Hamer zufolge um vor langer Zeit eingekapselte Karzinome, die keine gesundheitlichen Beschwerden mehr verursachten. Mildred Scheel habe dann direkt angeordnet, diese Untersuchung unter Verschluß zu halten.

Krebshilfe verheimlicht Hamers-Erfolge

Kein Wunder, wenn folgendes zutrifft. Nach CODE vorliegenden Informationen soll Mildred Scheel für Kliniken mehrfach bei Siemens Kobalt-Bestrahlungsgeräte gekauft und zu dem Einzelpreis von fünf Millionen Mark jeweils 500 000 Mark Zuschuß der Deutschen Krebshilfe gezahlt haben. Als Vermittlungsprovision habe Mildred Scheel dann aber zehn Prozent der Verkaufssumme, also 500 000 Mark, erhalten, die dann auf ein Schweizer Konto geflossen seien.

Interessant ist auch folgendes: Am 22. Oktober 1981 hatte Hamer ein Exemplar seines Buches »Krebs – Erkrankung der Seele« an Mildred Scheel geschickt, mit der Bitte, seine Theorie überprüfen zu lassen. Mit Datum vom 18. Februar des darauf folgenden Jahres erhielt Hamer folgendes, von der Vorstandsassistentin der Deutschen Krebshilfe, Annemarie Kerp, unterzeichnetes Schreiben: »Sehr geehrter Herr Dr. Hamer, in der Anlage sende ich Ihnen das Frau Dr. Scheel überlassene Manuskript zurück.«

Vor rund anderthalb Jahren hatte Hamer dann den Marburger Gynäkologen Professor Schulz gebeten, zehn Krebsfälle auf seine Theorie hin zu überprüfen, er würde auch für die Kosten der Computer-Tomogramme, mit denen das Gehirn »geröntgt« werden kann, aufkommen. Professor Schulz antwortete, er fühle sich der Größe der Aufgabe nicht gewachsen und habe Hamers Wunsch daher an seinen Dekan, den Zahnmediziner Professor Jakob Hering, weitergeleitet.

Nachdem ein Anhänger der Hamerschen Theorie die damalige Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth auf den »Fall Hamer« anschrieb, erhielt dieser eine vollkommen unbefriedigende Antwort einer gewissen Gabriele Hundsdörfer. Als dieser Rita Süßmuth dann nochmals schrieb und weitere tiefergehende Erläuterungen hinzufügte, erhielt er folgende Antwort, wieder von Gabriele Hundsdörfer: »Ich bestätige Ihr Schreiben an Frau Ministerin vom 12. 2. 1988. Aus gegebenem Anlaß wird zu Ihren Ausführungen keine weitere Stellungnahme abgegeben.«

Die Angst der Schulmedizin und Chemie-Lobby

Während Rita Süßmuth sonst für jeden Aids-erkrankten Schwulen oder Süchtigen viele um Verständnis heischende Worte findet – ebenso bei der Abtreibungs-, Rauschgift- und Asylantenfrage –, zeigte sie sich hier äußerst wortkarg. Es geht ja auch nur um eine Theorie, die Millionen Menschen das Leben retten kann.

Warum fürchten die Schulmedizin und die Chemie-Lobby Hamer so? Die Antwort hierauf ist ganz einfach: Wenn er nämlich recht hat, und alles spricht dafür, dann kann nahezu jeder Mensch von dieser »Geißel der Menschheit« gerettet werden, und dies mit einem winzigen Bruchteil der bisherigen Kosten. Die gesamte Schulmedizin will aber nicht zugeben, daß sie sich jahrzehntelang geirrt hat, und die Chemie- und Pharma-Lobby, aber auch die Krankenhäuser sind aus reinen Profitgründen dagegen.

Schließlich kostet ein Bestrahlungsgerät mehrere Millionen Mark. Die Gewinne aus der Krebsmedizin gehen in die Milliarden. Hamer sagt auch in seiner Theorie, daß es, abgesehen von mechanischen Verletzungen, also Zerrungen, Brüchen und Vergiftungen, keine eigenständigen Krankheiten gibt, sondern alle nur Heilungsphasen von ausgeheilten Karzinomen sind.

Da aber auch diese bei konsequenter Beachtung nach der von ihm aufgestellten Therapie weitgehend ohne Chemie ausgeheilt werden, sind auch hierfür nur Kosten in geringer Höhe notwendig.

Wie hoch aber die Gewinne aus dem Pharmabereich sind, kann man daraus erkennen, daß Pressemeldungen zufolge die Pharmaindustrie alleine im vergangenen Jahr 427 Millionen DM alleine für Werbung ausgegeben hat. Die Krankenhäuser sind dagegen, da sie, um nur ein Beispiel zu nennen, rund 30 000 DM je Chemotherapie von den Krankenkassen ersetzt bekommen.

Also wird Hamer, der über keine Lobby außer seinen dankbaren geheilten Patienten verfügt, mit allen Mitteln wie ein Hase gejagt. Anwälte, die zwei Tage vor der Verhandlung plötzlich ohne Erklärung ihr Mandat niederlegen, sind angesichts der oben geschilderten Vorfälle noch harmlos.

Dabei sagt Hamer ganz richtig: »Meine Forschungsergebnisse können an einem Vormittag überprüft werden. Man braucht bloß Computer-Tomogramme der Gehirne von an Krebs Erkrankten anzufertigen. Wenn nicht jede Krebsart an einer von mir in meinen Arbeiten vorhergesagten jeweils speziellen Stelle im Hirn eine Schwellung erkennen läßt, bin ich sofort als Schwätzer entlarvt. Es würde nur wenige Stunden dauern. Ich bin sogar bereit, die Kosten hierfür zu zahlen. Daß dies aber bislang nicht geschehen ist, spricht Bände.«

Zum Abschluß soll noch kurz auf eine am 9. Dezember 1988 von mehreren österreichischen Ärzten, darunter dem europaweit auf dem Gebiet der Labormedizin als Kapazität anerkannten Professor Jörg Birkmayer, unterschriebene Erklärung eingegangen werden. Diese Ärzte hatten Hamer mit sieben ihm bislang unbekannten Personen konfrontiert. Die Untersuchung hatte dabei den ausdrücklichen Zweck festzustellen, ob alle Krankheitsbilder und Krankheitsverläufe dieser Patienten, die an Krebs, Multipler Sklerose und weiterer Krankheiten erkrankt waren, eindeutig nach der »Eisernen Regel des Krebses« verlaufen waren, was eindeutig der Fall war. Professor Jörg Birkmayer äußerte sich später in einem Interview »fasziniert von den diagnostischen Fähigkeiten des Herrn Dr. Hamer«. Und das über einen Arzt, der seit drei Jahren in der Bundesrepublik Berufsverbot hat. □

Revisionismus

Ein Requiem für Vidkun Quisling

Günter Kaufmann

In einem »Fragebogen« der »Frankfurter Allgemeinen« antwortete der 1930 geborene Schriftsteller Horst Bienek auf die Frage »Was verabscheuen Sie am meisten?« mit den Worten: »Alle Quislinge«. Der Ausruf, wie er vermutlich auch Millionen unserer Zeitgenossen zugeschrieben werden könnte, belegt die Erfolge der mit und an uns betriebenen Umerziehung, offenbart die erschreckende, totale Unwissenheit über geschichtliche Abläufe und zeigt, in welchen Klischee-Vorstellungen sich die öffentliche Meinung bewegt.

Im Jahr 1930 erschien in Oslo ein Buch unter dem Titel »Rußland und wir«, das 1942 auch in deutscher Ausgabe zur Verfügung stand, in dem der Autor einen Nordischen Bund, bestehend aus Briten, Skandinaviern, Holländern und Deutschen, vorschlug, eine Zollunion propagierte und dabei feststellte: »Die Hegemonie einer einzelnen Nation ist katastrophal für andere und für sie selbst.«

Die Zukunft gehört den Staatenbünden

Der Verfasser dieses Buches, der 1931/32 Verteidigungsminister der norwegischen Regierung gewesen war, Abraham Vidkun Quisling, wandte sich am 11. Oktober 1939 an den britischen Premierminister Neville Chamberlain und beschwor ihn, den Bruderkrieg zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich aufzuhalten, der für Norwegen eine Katastrophe bedeute, und offerierte ihm sein Programm für eine europäische Föderation als Mittel zur Friedenssicherung.

Als Quisling am 1. Februar 1942 das Amt des Regierungschefs in Oslo antrat, erklärte er: »Die Zukunft gehört den großen Staatenbünden. Die moderne Entwicklung hat die kleinen und mittelgroßen Staaten aus dem Spiel gebracht und das Schicksal der Völker in die Hand der großen Staaten gelegt. Aber nur die wirklich großen Staaten oder Staatenbünde, die Weltmächte genannt werden, haben die Möglichkeit, sich in Zukunft zu behaupten . . .

Trotz seiner Kultur wird sich Europa nach dem siegreichen Frieden bald in einer gefährlichen und bedrohten Situation zwischen den beiden Kolossen sehen, die an seiner Seite herangewachsen sind, wenn es nicht in einem festen Zusammenschluß freier, nationaler Staaten vereint wird. Wenn eine solche Neuordnung nicht auf irgendeine effektive Weise verwirklicht wird, kann sich Europa nicht behaupten, ihm droht sogar die Gefahr, in Trümmer zu verfallen.«



Der norwegische Regierungsschef Vidkun Quisling (Mitte) im Gespräch mit dem Reichsführer SS Himmler.

Voraussicht, Zivilcourage und Beharrlichkeit

Der Mann, der so etwas im Jahre 1942 sagte, hatte am 10. März 1941, also ein Jahr zuvor, von der Reichsregierung die baldige Einleitung von Friedensverhandlungen angemahnt und den Reichsminister Lammers dabei wissen lassen, daß »die Eigenart und geschichtliche Entwicklung des norwegischen Volkes zu respektieren und zu fördern sowie dessen nationale Freiheit zu garantieren« sei.

Dieser Demarche in der Reichskanzlei entsprechen eine ganze Serie bis zum 2. Novemer 1944 reichender Denkschriften Quislings, die in dem lesenswerten, verdienstvollen Buch von Hans Werner Neulen »Europa und das Dritte Reich« (Universitas Verlag, München, 1987) nachzulesen sind. Keiner der Politiker in den von Hitlers Armeen besetzten Gebieten hat mit soviel Voraussicht, Zivilcourage und Beharrlichkeit seine Gedanken vertreten.

Wie aber und wann waren in diesem Mann Vorstellungen von einem Staatenbund der nordischen Völker entstanden? Wie konnte es geschehen, daß seine im Mai 1933 gegründete Partei »Nasjonal Samling« in einem 3,3-Millionen-Staat bald 50 000 eingeschriebene Mitglieder zählte? Wie ist es zu erklären, daß sich tatsächlich rund 100 000 Norweger freiwillig als »Gastarbeiter« ins Reich verdingten, und im Januar 1941 das erste freiwillige SS-Regiment aus Norwegen aufgestellt und an die Ostfront geschickt wurde?

Dieser 1887 geborene Sohn eines norwegischen Landpfarrers hatte 1918 als junger Militärattaché den Ausbruch der russischen Revolution in Petersburg erlebt. In den Jahren 1922 bis 1926 betätigte er sich als Mitarbeiter von Fridtjof Nansen in dessen »Hilfskomitee für das hungernde Rußland«. Danach war er 1927/28 Mitglied der norwegischen Botschaft in Moskau gewesen.

In jenen Jahren hatte er Ausmaß und Folgen der bolschewistischen Revolution hautnah miterlebt und war erschüttert von dem Umfang und der Entsetzlichkeit der beobachteten Greueltaten. Diese ordnete er nicht nur Stalins Apparat sondern wohl auch der slawischen Mentalität zu, was zu Überlegungen führte, für Abwehr und Schutz der nordischen Rasse gegen diese sich ausbreitende Gefahr zu plädieren.

Es kam noch hinzu, daß er als Verteidigungsminister die Arbeiterpartei seines Landes der landesverräterischen Beziehungen zu Moskau glaubte beschuldigen zu müssen, so daß er auf seinem konsequent antibolschewistischen Kurs nach »nordischen« Verbündeten Ausschau halten mußte, und sie glaubte, in Hitler gefunden zu haben.

In Rußland wird das Schicksal der Welt entschieden

Aber sein Traum vom großgermanischen Reich sah anders aus, als das Reich, das Hitler zu begründen sich anschickte. So verlangte er, daß in den eroberten Ostgebieten »eine nationale russische Bundesregierung gebildet« werde, »die das russische Land unter einheitlicher Führung gegen den Bolschewismus zusammenfassen kann. Dieser

Regierung muß die Propaganda gegen den Bolschewismus in Rußland überlassen werden, und sie muß national wirtschaftlich so freie Hände bekommen, daß sich die nationalen Schichten der Bevölkerung an die Regierung anschließen. Der Sitz dieser nationalen russischen Bundesregierung müßte Kiew oder eine der größeren Städte auf russischem Boden sein, solange Moskau oder Petersburg nicht genommen ist.«

Um geradezu hellseherisch erscheint seine Feststellung zu sein: »In Rußland wird das Schicksal der Welt entschieden. Die russische Frage ist die Hauptfrage der heutigen Weltpolitik. Man muß alles von diesem Gesichtspunkt aus beurteilen.«

Im Banne dieser Vorstellungen ist wohl nachzuvollziehen, daß er – enttäuscht, von Chamberlain auf den eingangs zitierten Friedensappell keine Antwort erfahren zu haben – in einer Unterredung am 11. Dezember 1939 dem Chef der deutschen Kriegsmarine, Raeder, vorschlug, einer von ihm befürchteten Besetzung Norwegens durch die Engländer mit einer deutschen Landung zuvorzukommen. Ohne daß dabei Quisling eingeweiht wurde, gab Hitler am 21. Februar 1940 an General von Falkenhorst den Auftrag, in Norwegen Landemöglichkeiten zu erkunden. Quisling erfuhr davon erst am 4. April, als die Schiffe bereits unterwegs waren, gleichsam im letzten Augenblick, denn am 14. April begannen auch schon die Engländer mit ihren gleichfalls von langer Hand vorbereiteten Landeopperationen in Namsos und Andalnes.

Den Haß der Alliierten zog sich Quisling vor allem dadurch zu, daß es ihm gelang, wenigstens solange die deutschen Truppen in Europa erfolgreich waren, die Bevölkerung seines Landes in guten Beziehungen zur Besatzungsmacht leben zu lassen, wozu auch das geschickte Verhalten des deutschen Reichskommissars Terboven beitrug.

Zwei Jahre jedenfalls dauerte die Loyalität des norwegischen Bischofs Joseph Bergraw zum Besatzungsregime, und nicht ohne Wirkung dürfte die bedingungslose Zuwendung des größten norwegischen Dichters zum Dritten Reich, Knut Hamsun, für die weitgehend stabilen Verhältnisse in diesem Land gewesen sein.

Nach dem Zusammenbruch wurden darum auch 92 000 Kollaborateure angeklagt, mehr als, gemessen an der Bevölkerungszahl, in jedem anderen von Hitler eroberten Land erfaßt wurden. Allerdings hat Norwegen mit jeder Art von Vergangenheitsbewältigung bis 1950 Schluß gemacht. 45 Norweger wurden hingerichtet, an ihrer Spitze am 25. Oktober 1945 Vidkun Quisling. An dem Abtransport von 750 Juden von Norwegen nach Deutschland hatte er, wie der Prozeß gegen ihn ergab, nachweislich nicht mitgewirkt.

Ein Patriot und Europäer

Von Rosa Luxemburg stammt der Satz: »Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen.«

In diesem Bürgerkrieg stand Vidkun Quisling auf der Seite der Verlierer. Er handelte als Patriot und Europäer. Wenngleich er wie jeder von uns Fehler machte, so ist ihm keine unehrenhafte Handlung nachzusagen. Als er sich an Hitlers Seite begab, tat er das unter voller Wahrung seiner nationalen norwegischen Position. Er unterlag dem Irrtum, der Führer der deutschen Nation werde Maß halten, nicht von Hybris geblendet sein und Weisheit in seine Entschlüsse einfließen lassen.

Mit solchem Denken war er in seiner Zeit in Europa nicht allein. Wir Deutschen haben jedenfalls keine Veranlassung, wie sogar Meyers Lexikon vermerkt, den Namen eines Verbündeten als Synonym für abscheulichen Verrat zu gebrauchen. Wenn sogar Gorbatschow den von Stalin umgebrachten Kumpanen der bolschewistischen Herrschaft ein Denkmal setzen läßt, dann sollten die Deutschen wenigstens bei Rückbesinnung auf den Bundesgenossen der Hitler-Ära die sprachliche Beschmutzung des eigenen Nests beenden – und das Andenken an Quisling in Ehren halten, die er verdient. □

One-World

Völkerbrei statt Vaterländer

Günther Viercke

Mit einer Selbstverständlichkeit und Unverschämtheit ohnegleichen mischen wir uns weltweit ein, wenn Gott oder der »große Bruder« es als angenehm empfinden oder es uns nahegelegt hat. Die Don Quichottes, die Weltreisenden in Sachen Menschenrechte, werden von den Medien wie Helden gefeiert, bringen sie uns doch der Erlösung ein Stück näher.

Früher waren es die Ritter, die Seefahrer und die christlichen Missionare, die sich überall einmischten und damit sich und dem »Geld« die Welt erschlossen. Die Stellvertreter Gottes gaben ihnen den Auftrag und Gott war ihnen Schwert und Gewissen. Im blinden Eifer, aber auch mit der hinter Gott versteckten Gier, haben sie Völker ausgerottet, Heimatländer und Kulturen zerstört und die Eroberungen ausgebeutet. Wie mit einem Lineal gezogen, durchschnitten die europäischen Eroberer und die von Gott »Begnadeten«, die Seelen der Menschen, der Stämme und Völker der Welt, um den neuen Besitz zu markieren.

Völkermord im Namen Gottes

Das missionarische Sendungsbewußtsein in dieser Zeit legte den Grundstein für den katastrophalen Zustand der Gegenwart. Die tödlichen Eingriffe in die Natur und ihre Gesetzlichkeit rächen sich heute, und schon sind Missionare mit neuen glücklichen Lösungen am Werk.

Die durch künstliche und widernatürliche Grenzen zerrissenen Völker und Kulturen werden zusätzlich durch fremde Religionen, Ideologien, Parteien und sonstige Organisationen gespalten, immer in »für« oder »gegen« etwas.

Wir, die »Gerechten«, die Don Quichottes, sind immer dabei, wenn es gilt das Böse in der Welt zu besiegen. Wir haben für den Ein-Gott gekämpft, die Heiden mit Feuer und Schwert bekehrt und ihnen Kultur beigebracht. Wir haben in Gottes Namen und zu unserem Nutzen Amerika durch Völkermord urbar gemacht. Wir waren in der Französischen, der russischen Revolution dabei und haben im internationalen Bürgerkrieg in Spanien, dem Vorspiel des Zweiten Weltkrieges, ebenfalls für die »Gerechtigkeit« gekämpft.

Immer sind wir dabei, immer kämpfen wir auf der Seite der Gerechtigkeit, sind wir doch die Besitzer der einzig wahren Wahrheit.

Heute leben wir in dem wohl dramatischsten Zeitabschnitt der menschlichen Geschichte und sind Zeugen, Geburtshelfer, Nutznießer, Täter und Opfer einer Entwicklung, die stürmisch ihrem Höhepunkt zustrebt. Die ideologische »Eine-Welt« verwirklicht sich und die »Gottgleichen« haben sich ihre Tempel gebaut.

Die Väter des »Zeitgeistes«

Soll das Werk gelingen, so ist es geradezu die heilige Pflicht eines jeden fortschrittlichen Bürgers, dem künftigen »Weltbürger«, sich einmischen zu müssen, um das Glück der Zukunft zu sichern. Selbstlos kämpft man für das »Gute« und hat dabei die Gelegenheit – man kann ja nie wissen – schädlich kann es auch nicht sein – die »edle Gesin-

One-World

Völkerbrei statt Vaterländer

nung« öffentlich zur Schau zu stellen.

Die Herrschaft des Volkes – die »Einzelnen« machen Geschichte!

Wir sind immer dabei, ob in Nicaragua, Südafrika, Äthiopien, Angola, in Afghanistan oder im Libanon. Morgen vielleicht in Chile, Mexiko, im Iran oder in Bolivien, bestimmt nicht in Polen oder Ungarn, um nur einige hypothetische Beispiele zu nennen.

Was die Wahrheit ist, sagen uns die »großen Brüder«, die Väter des »Zeitgeistes«. Die Kirchen, die Parteien, Gewerkschaften, die gleichgeschalteten Medien in Schrift, Wort und Bild, sind die gehorsamen Verteiler und Erfüllungsgehilfen.

Auf der Weltbühne geht es zu wie in einem Kasperle-Theater. Wir Zuschauer lachen, gröhlen, sind freudig erregt oder ergehen uns in edler Empörung, wenn der Kasperle, als Vertreter des »Guten«, gegen das »Böse« kämpft. Wir sind mitgerissen von dem dramatischen Kampf und feuern unseren braven Kämpfer für das »Gute« mit Heilrufen, oder Protestrufen gegen das »Böse«, an. Wir stehen grundsätzlich auf der Seite des »Guten«, sind wir doch »humane« Menschen und haben die »Brüderlichkeit« entdeckt.

Bei dem utopischen Schauspiel »Die ideologische Eine-Welt«, die größte Tragödie aller Zeiten, übersehen wir kleinen Heilrufer in unserem Eifer, daß die beiden Kontrahenten auf der Weltbühne, der Kasperle und der Teufel, nicht selbständig agieren, sondern von den unsichtbaren Händen des Regisseurs gesteuert werden.

Es ist der blinde, naturgesetzliche Herdentrieb, der uns gemeinsam handeln läßt, wenn die Erreger in unserem Unterbewußtsein gereizt werden. Es sind nicht das Wissen und der Verstand, die uns leiten, sondern die Instinkte, gleichgültig ob wir uns zur Prozession für Gott vereinigen, ob wir in die Schlacht für oder gegen etwas ziehen, ob wir morden, plündern oder Wunden verbinden und Hungernde retten.



Die Internationalisten haben mit Revolutionen und Kriegen die Erde zu einem Hexenkessel gemacht, in dem die Menschheit für das System der Eine-Welt-Regierung gargekocht wird. Die rote Revolution kostete bisher 120 Millionen Menschen das Leben.

Neue Variationen des alten Liedes

Im Ränkespiel um die Macht haben die »blaublütigen« Europäer schon vor Jahrhunderten ihre Seelen dem Gott »Mammon« verkauft, vielfach die Bindung zum Volk verloren und verrotteten in der »Selbsterfüllung«.

Dieser Ausverkauf wurde durch die ideologischen »Internationalisten« in den letzten 200 Jahren sehr beschleunigt. Haben wir kleinen Erdenbürger diese Welt wirklich so gewollt, oder hätten wir »Weißen« gerne auf diese Ideologie verzichtet und uns mit dem Wohlstand begnügt?

Ich glaube nicht, denn unsere angeborene »Glaubensbereitschaft« zwingt uns immer gegen oder für etwas zu sein, und die Chefideologen wissen es. Immer haben wir den Göttern, Gott oder den weltlichen Ideologen der Gegenwart unser Schicksal überlassen und nicht die Vernunft zum Maßstab aller Dinge gemacht.

Wie das unendliche Heer der Lemminge auf dem Marsch in den Tod, laufen wir Menschen den Ideologien hinterher. Wir handeln wie die Ratten, die dem Rattenfänger von Hameln und der Melodie seiner Flöte gefolgt sind, die in immer neuen Variationen das alte Lied von der Freiheit, der Brüderlichkeit und der Gleichheit seit Jahrtausenden spielt.

Der Wohlstand hat die weißen Rassen fett und träge gemacht. Körper und Seelen berauschen sich am Materialismus, und der Verstand ist völlig damit ausgenutzt das »Wohl« zu mehren.

Die Lemminge gehorchen den Instinkten. Wir, die »zur Vernunft begabten Wesen«, wem gehorchen wir? Nur die »Wissenden« und die »Erleuchteten« wissen, daß sie das »Schwert Gottes« sind, und daß zwei Weltkriege nötig waren, um endlich den »ewigen Frieden« in der »Eine-Welt« verwirklichen zu können.

Täglich bitten wir die Götter um die Erhaltung des Friedens, danken wir für den Frieden, der unsere »Selbsterfüllung« sichert. Alleine schon in der Abwesenheit des dritten Weltkrieges sehen wir kleinen Gläubigen den »großen Fortschritt« und übersehen dabei völlig die dringenden Signale, die auf die zunehmende Gefahr der Selbstzerstörung hinweisen.

Die »großen Brüder« sind unser Schicksal, denn sie sind die Verkörperung des zum Gott gewordenen Menschen und »ihre« Atombomben sind die Garanten ihrer Macht und die des Friedens.

Sie erzwingen die Friedfertigkeit der Ohnmächtigen und ermöglichen die »künstliche Schöpfung«, die Umgestaltung von Europa und dem Rest der Welt, zur Erfüllung der Utopie, die »Eine-Welt«, the »One-world«, der glücklichen Einheitsmenschen. Wir können diesen Prozeß in allen Teilen der Erde mitverfolgen. Wohl nie in der Geschichte der Menschheit hat es soviel Not, Elend, Kleinkriege, Brudermorde, Revolutionen, Vertreibungen und Flüchtlingsströme gegeben wie in gegenwärtiger Zeit.

Opfer für eine verheißungsvolle Zukunft

Die »Internationalisten« haben die Erde zu einem Hexenkessel gemacht, in dem die Menschheit für das neue Paradies gargekocht wird. Für die, so verheißungsvolle Zukunft müssen

eben Opfer gebracht werden, so meinen sie, und in schwarzen und roten Bibeln steht es schwarz auf weiß.

Ein neuer Weltkrieg im europäischen Raum, das ständig von den Medien gemalte Schreckgespenst, findet nicht statt. Mit dem Sieg im Zweiten Weltkrieg waren die Dämme endgültig gebrochen und die ständig und künstlich erzeugten Friedenssehnsüchte der Menschen sind die Stützen für die Umgestaltung und Umerziehung, wie auch für die Hochrüstung der Giganten.

Rassen und Kulturen, unter nur einem Gott vereint.

Wie die fleißigen Bienen werden wir zur Selbstlosigkeit umerzogene Weltbürger künftig unsere Leistungen im großen »Einheitstopf« abliefern und dafür von den Funktionären der Macht, je nach Leistung und Wohlverhalten, Futter und Prämien aus ihm erhalten.

Zum Funktionieren der Funktionäre der bürokratischen Krake, die die »Eine-Welt« mit ihren Fangarmen und gierigen Saugnäpfen fast umschlungen hält, und für die Zentralbürokratie vom »Einheitsbrei Europa«, ist es eine zwingende Notwendigkeit alle Lebensbereiche »computergerecht« zu konzentrieren und zu erfassen.



Die sozialistische Utopie mit ihrem ideologischen Internationalismus war ein Irrweg und eine Mißachtung der Gesetze der Schöpfung.

Die »Eine-Welt«, die sozialistische Welt der Brüderlichkeit und Gleichheit der Gleichen, die unerfüllte Utopie seit Jahrtausenden. Eine Menschheit frei von Hunger und Unterdrükkung, Neid und Haß. Befreit von unterschiedlichen Klassen,

Wie in der Sowjetunion, wird das Leben zum Wohl der »Gleichen« fürsorglich verwaltet. Zentrale Erfassung, Planung der Erfordernisse und Leistungen sind notwendig zur gerechten Verteilung der Weltproduktion und des Leerlaufes in Kilogramm, Liter, Joule und Millirem. Planung und Verteilung der Duftstoffe zur Erhaltung des jeweils nötigen Zeitgeistes. In dieser »Schöpfung«, einer Mischung aus menschlicher Genialität, gepaart mit der Arroganz der primitiven Instinkte, müssen natürlich auch die Daten eines jeden Bürgers gespeichert sein. Dieser Tatbestand ist wohl für jeden Bürger verständlich, hat er doch seinen »Datenschutz-Beauftragten«.

Bei dieser modernen Konstruktion der Schreibtischtäter sind Bauern, Handwerker und mittelständische Unternehmen überflüssig und haben in der Welt der »Gleichen« und der Computer keinen Platz mehr. Gott sei es geklagt, kämpfen doch alle Parteien der linken Mitte, weltweit vor jeder Wahl, in restlosem Einsatz für die »Überflüssigen«.

Der zum Gott gewordene Mensch

Der Fortschritt verlangt nun einmal seine Opfer, und wer wagt es, gegen den Fortschritt zu sein?

Wir sollten in Zusammenhängen denken. Haben sie nicht schon nach dem Ersten Weltkrieg die Farmer in Nord- und Südamerika durch Dezimierung konzentriert und sind immer noch dabei?

Haben sie nicht im gleichen Zeitraum die Kulaken der Sowjetvölker (Bauern) zum Teufel gejagt und sie brutal in fehlendes Industrieproletariat umgewandelt – zur Erfüllung der Utopie zur Errichtung der Speerspitze des zum »Gott gewordenen« Menschen.

Ereilte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht allen osteuropäischen Bauern und dem Mittelstand das gleiche Schicksal zur Erfüllung der Utopie?

Die parallelen Abläufe in diesem Jahrhundert, bis zum heutigen Tage, sind kein Zufall, sondern die gewollte und geplante Politik der »Internationalisten« und nicht nur das Werk Moskaus. Es sind die Anzeichen dramatischer Fehlentwicklungen, seitdem der Gott gewordene Mensch eine »Kunstwelt« errichtet, die nicht Gottes ist und darum in einer Selbstzerstörung zusammenbrechen wird.

Die osteuropäischen Völker haben sich durch verzweifelte Aufstände gegen die Vergewaltigung gewehrt, wurden aber von den Beschützern und Helfern an die »neue Realität« erinnert. Die privaten westlichen Menschen weinten Tränen des Mitleids und der ohnmächtigen Wut, denn auch sie haben nichts begriffen.

Die »großen Brüder«, die zum Gott gewordenen »Auserwählten«, spenden Beileid oder Beifall und machen Politik.

Im Namen der Welterlösung, im Namen der demokratischen Wahlbürger, haben die Monopole: Geldwirtschaft – Gewerkschaften – Parteien und ihre Regierungen die »Belastbarkeit« der Bauern, Handwerker und des unternehmerischen Mittelstandes geprüft, wie es ein linker Funktionär einmal formulierte. Durch ständige Überforderung hat man die Säulen der Völker an den Rand der Existenzfähigkeit getrieben. Ihr Eigenkapital ist erschöpft, und damit sind sie auf die Banken angewiesen und der Gnade der Bürokratie der Geldwirtschaft ausgeliefert.

Das ist die künftige heile Welt, in der die kleinen Farmer, Kulaken, Bauern und mittelständische Unternehmen überflüssig und von Übel sind.

Das goldene Kalb der liberalen Gier

Haben wir das alles wirklich schon vergessen oder gar nicht bemerkt. Haben wir keine Zeit über die Zusammenhänge nachzudenken, weil wir uns am »goldenen Kalb« der liberalen Gier mit ihren bisher unbekannten Möglichkeiten und ständigen Zuwachsraten des Wohlstandes berauschen?

Die Weltgeschichte, aber auch die der Völker, besteht aus »Wendepunkten«. In den letzten Jahrhunderten sind sie durch eine schnelle Folge gekennzeichnet, die ein Hinweis auf »menschliches Schöpfen« ist. Ein Wendepunkt ist die Französische Revolution im Jahr 1789, nicht nur für die Franzosen und Juden. Beide Weltkriege waren

One-World

Völkerbrei statt Vaterländer

Wendepunkte, nicht nur für die geschlagenen Deutschen, sondern für Europa und den Rest der Welt.

Ein Wendepunkt war das Tribunal der Sieger in Nürnberg im Jahr 1946. Als Zeichen von Schuld und Sühne wurde dem Verlierer die Dornenkrone, als ewig blutende Wunde, auf das Haupt gedrückt. Das Urteil der Sieger ist Gottesurteil – die absolute Wahrheit und für alle Zeiten unanfechtbar – ist sie doch erwiesen. Die »Wahrheit von Nürnberg« wurde zum Fundament der Zukunft erklärt – im Namen der Utopie der Internationalen.

Ein Wendepunkt war die Beendigung der Waffengenossenschaft der »großen Brüder«, nachdem sie zuvor Europa und die Welt, zur getrennten brüderlichen Zusammenarbeit, geteilt hatten. Damit konnte 1948 der »kalte Krieg« eröffnet werden, und er wurde ein großes Erfolgserlebnis für die Menschheit und die »großen Brüder« gleichermaßen. »Rüsten für den Frieden«, war die Parole beider.

In aller Welt war die Saat verteilt, und wie durch eine wundersame Fügung, schossen »Friedensforscher« und ihre Institute wie Pilze aus dem Boden. Sie waren sich ihrer großen Aufgabe voll bewußt und berechneten mit Ideologie, Zollstock und Rechenschieber die Gefährdung des Friedens durch Vor-, Nach-, Auf- und Abrüstung. Sie zählten gewissenhaft die Raketen, maßen ihre zerstörerische Kraft, addierten sie und verarbeiteten sie zu einem Horrorgemälde.

Wie im Fieberwahn verfolgten wir kleinen Bürger das »Ringen um den Frieden« und waren zu jedem Opfer bereit. Wir kämpften immer auf der Seite der jeweiligen Wahrheit und fühlten uns berufen für die »Erhaltung des Friedens« zu streiten – zu opfern – zu leiden.

In der Spanne des kalten Krieges, des Wettrüstens und des gegenseitigen Hasses, war es für jeden anständigen Bürger und Genossen, heilige Pflicht, den »großen Bruder« von der Gegenseite zu hassen und Ehre war damit verbunden. Gehorsam überschlugen sich die Zuhälter der jeweiligen Macht in der Formulierung des Hasses und der Erniedrigung der Gegenseite.

Dem Kriegsgott Opfer bringen

Eine geniale Idee – für den Frieden rüsten – ohne den großen Krieg führen zu müssen. Milliarden Stunden menschlicher Arbeitsleistung werden so dem Kriegsgott geopfert, damit er gnädig auf den Krieg verzichtet.

Jetzt endlich haben wir kleinen Friedenskämpfer mit den reinen Herzen begriffen, daß man dem Kriegsgott Opfer bringen muß, damit er uns mit der Erhaltung des Weltfriedens belohnt.

Das Jahr 1988 war wieder ein Wendepunkt in der menschlichen Geschichte und ein Ereignis, das an Wichtigkeit vielleicht der Geburt Christi nicht nachstehen wird. Michail Gorbatschow, ein neuer Messias, wurde der Menschheit geschenkt. Wie ein strahlender Komet kündigte er sich und den Beginn eines neuen Zeitalters an.

»Abrüsten für den Frieden«, ist die neue Parole nach der Wende und sie läßt uns mit ihrer Verheißung, die eben noch gültige Parole »Aufrüsten für den Frieden« schnell vergessen. Unerschrocken und mutig hat Michail Gorbatschow die Wende verkündet und die Führung der Schicksalsrakete auf dem Flug in die Zukunft übernommen.

Wie damals die Weisen aus dem Morgenland an der Krippe, stehen sie heute an der Abschußrampe, die ehemals »Ungläubigen«, und in fassungslosen Staunen und mit verklärten Blicken bekennen sie sich ohne Vorbehalt zum Wunder. Das ist er – das muß er sein – der Erlöser und der Steuermann in die Zukunft. Heiligenscheine krönen ihre Häupter und die früher so gehässigen Mäuler sind geschlossen. Mit leuchtenden Augen bekennen sie sich zur Wende – zur Erfüllung der sozialistischen Utopie durch eine evolutionäre Entwicklung der Zukunft.

Alle Fernsehaugen dieser Erde zeigen der Menschheit das größte Ereignis der Gegenwart und dokumentieren es für die Nachwelt. Wir sehen den strahlenden und siegesgewissen Helden und die »leuchtenden« Augen der ehemaligen Feinde und Zweifler. In der Tat, Michail Gorbatschow ist die neue Fahne und das leuchtende Symbol der Wende. Alle Lautsprecher der Erde verkünden mit Paukenschlägen »Glasnost« und »Perestroika« – die Parolen für den Neuanfang, für die Zukunft.

Die ganze Menschheit und nicht nur die Sozialisten und Christen sitzen im gleichen Boot, wie ehemals die Menschen und Tiere in der Arche Noah. Es ist der Flug in eine noch unbekannte Zukunft, und auf Gedeih oder Verderb sind wir mit der Rakete und ihrem Führer verbunden, wo immer sie auch landen wird.

Wir müssen Vertrauen in die Zukunft und zum Steuermann der Rakete haben. Und doch muß es erlaubt sein, die Götter anzurufen und um ihren Beistand zu bitten.

Ein wahrer Triumph der Instinkte

Die Triebkraft der Rakete zum Flug in die Zukunft liefert die gebündelte Macht der »Internationalisten«, die mit ihren Plänen unsere Gegenwart schon so wirkungsvoll gestaltet haben. Sie liefern dem neuen Steuermann auch den Fahrplan zum Flug in die Zukunft, und wir kleinen Mitfahrer fragen ängstlich: Wird der Fahrplan der alte des sterbenden Jahrhunderts sein, weil die Internationalisten vielleicht glauben, nur durch den Wechsel des Steuermanns die Zukunft gewinnen zu können?

Oder wird es einen revidierenden Fahrplan geben, der erkannt hat, daß es den zum »Gott« erhobenen Menschen nur geben kann, wenn er sich demütig den Gesetzen der Schöpfung unterwirft? Wenn er erkannt hat, daß man nicht gegen die Natur, sondern nur mit ihr und ihren Gesetzen für eine gerechtere Welt kämpfen kann?

Werden sie erkannt haben, daß nicht die Zielsetzung, wohl aber die Rezepte zur Weltbeglückung wesentlich noch Produkte des »mechanischen Zeitalters« sind, in der Teile der Wissenschaft und die zu Götzen gemachten »Denker« in eine geistige Verirrung gerieten.

Jean Jacques Rousseau: »Er muß dem Menschen seine eigenen Kräfte nehmen, um ihm fremde zu geben, die er nur mit Hilfe anderer gebrauchen kann.«

Und begeistert folgten sie dem Genie, und dieser Satz ist wohl das Kernstück aller Ideologien. Welch ein Hochmut des zum Gott gewordenen Menschen, welche geistige Verirrung, welch ein Triumph der Instinkte. Sie glaubten den »Stein der Weisen« gefunden zu haben und schöpften fortan die Welt nach ihrem Ermessen. Ihre Schöpfung wurde eine von allen Bindungen gelöste Kunstwelt und der Gestank der Verwesung steigt in den Himmel.

Der Mensch und alle Arten des Lebens, ihre Traditionen und Kulturen sind eben mehr als nur die Summe der Einzelteile, die man mit mechanistischem Wissen auseinandernehmen und wieder neu zusammensetzen kann.

Die Menschen, ihre Traditionen, Kulturen und Mentalitäten und auch die Umwelt sind keine tote und knetbare Materie, die man beliebig teilen, mischen, färben und kneten kann, um daraus den idealen Einheitsmenschen zu formen, der alle sozialistischen Tugenden jetzt in sich vereint. Das Experiment mit lebender Materie, mit gewachsenen Kulturen ist ein Verbrechen wider die Natur und an den betroffenen Völkern. Man nahm den Menschen die Heimat der Seele und ihre Würde, so daß die natürlichen Quellen des Glücks und des Leistungswillens versiegten und leere Herzen hinterließen.

Gelungene Konzentration des Geldes

Wann werden die Mächtigen dieser Erde begreifen, daß Völker aus Menschen, Rassen, Traditionen und Kulturen naturgesetzliche Einheiten und Bestandteile des Lebenskörpers sind? Wann wird man endlich begreifen, daß politische Grenzen im-

mer völkische Grenzen sein müssen – zum Wohle der Menschen – zum Wohle des Friedens.

Entmachtet müssen die Völker ohnmächtig zuschauen, wie die Funktionäre mit den Rezepten aus der Vergangenheit dabei sind den Völkerbrei herzustellen. Der von den Erlösern geplante Völkerbrei ist kein Garant für die Sicherung der Macht, und wohl die schlechteste Grundlage zum Aufbau einer brüderlich verbundenen Welt.

Im technischen Zeitalter, nach gelungener Konzentration des Geldes, der Rohstoffe und der Medien, sind die gegenseitige Abhängigkeit die besseren Waffen zur Erhaltung der Macht, aber auch des Friedens und des geplanten, weltumfassenden Sozialismus, anstatt die Pläne aus dem Mittelalter.

Nicht genug damit, mit echter Funktionärsmentalität löschten sie die Vergangenheit der Völker und die organisch gewachsenen und überlieferten Strukturen der Wirtschaft aus und zerstörten damit die natürlichen Lebensgrundlagen der Völker und auch die Leistungsbereitschaft des Einzelnen. Ein zum Roboter gemachter Mensch denkt nicht mehr – er handelt nur noch, man hat ihm den eigenen Antrieb genommen.

Werden sie erkannt haben, daß es ein Fehler war die gesunde schöpferische Leistungskraft der Völker und ihrer Bauern, Handwerker und mittelständischer Unternehmer zu zerstören, um auf den Trümmern die wesenslose Großindustrie, die Voraussetzung ihrer Utopie, zu errichten?

Nationen, Völkergemeinschaften, ihr Leben und ihr Wohlbefinden werden erhalten durch die Leistungen, Entwicklungen, Forderungen, Wünsche und Hoffnungen der vielen einzelnen Individuen. Sie bilden den Blutstrom, der durch den Volkskörper fließt. Alles greift ineinander, ergänzt sich und sichert damit den gesunden Stoffwechsel, das Leben des Einzelnen und der Gemeinschaft.

Dieses, ebenfalls der natürlichen Evolution unterworfene System bricht zusammen, wenn zum »Gott« gewordene Menschen glauben, dieses System durch eine künstliche Schöpfung nach ihren Konstruktionsplänen verändern und verbessern zu können.

Die technische Welt, die überbevölkerte Erde und die gierige Menschheit ist ohne weltumfassende Konzerne nicht mehr denkbar. Sie produzieren Wohlstand, Notwendigkeiten und Selbstzerstörung gleichzeitig. Produkte, die mittelständische Unternehmen aus verschiedenen Gründen nicht produzieren könnten. Leider haben das Geld und seine Monopole im Höhenrausch den Boden unter den Füßen verloren und sich selbstherrlich zu wesenlosen Monstern entwickelt, die nur nach eigenen Gesetzen funktionieren, nicht nach den der Volkskörper.

Die Menschheit verrennt sich in einen bösen Irrglauben

Das Geldmonopol hat nicht erkannt, daß auch im technischen Zeitalter die Bauern, die Handwerker und mittelständischen Unternehmen immer noch die tragenden Säulen jeder Volksgemeinschaft sind und gleichberechtigt neben der Großindustrie ihren Platz haben müssen. Diese Säulen zu zerstören ist tödlich, und wohl in allen Erdteilen mußten Nationen und Völker für die, ihnen von außen aufgezwungene Fehlentwicklung mit Hunger, Verelendung und dem Verlust der Kultur und der Würde bezahlen.

Die Menschheit verrennt sich in dem bösen Irrglauben, daß der ständige Fortschritt der Weg in die Glückseligkeit ist und merkt nicht, daß es der Weg in den Selbstmord sein wird. Der Lauf der Geschichte ist nicht mehr aufzuhalten und der Weg, auch in die Verderbnis, wird bis zum Ende durchwandert werden müssen.

Die Zukunft der Menschheit wird die Welt der Blöcke sein, und wir wollen hoffen, daß die Weltbeglücker den rechten Weg finden werden. Die Welt der großen »Wohnhäuser« in denen jedes Volk, auch die Minderheiten, in der eigenen Wohnstube in der Tradition und Kultur leben und sterben kann. Die Blockwarte der künftigen Welt sind zur Erhaltung ihrer Führungsfähigkeit auf »in sich ruhende Völker« angewiesen. Gemeinschaften dieser Art, und nicht der wesenlose Völkerbrei, werden sich der Führungsmacht völlig unterordnen, denn diese gibt ihnen Schutz und Hilfe und garantiert die völkischen Grenzen und Erhaltung der Kulturen.

Die Experimente zur Verwirklichung der »sozialistischen Utopie« in der Sowjetunion während der »Feierstunden des Sozialismus«, wie sie Lenin einmal nannte, endeten, wie auch die Schulreform, in einer Sackgasse. »Wollen« und »Können« klaffen weit auseinander und die Ideologie ersetzte die Vernunft. Der »Sozialismus« konnte sich nicht verwirklichen, und der Teufel hatte seine Hände im Spiel.

Nicht der Sozialismus, sondern ein Monster mit dem Namen »Bürokratie« ward geboren, in einer Größe, wie die Welt es vorher nicht gekannt hat. Dieses gefräßige und schnellwüchsige Monstrum, diese Politkrake, die alles Leben mit ihren gierigen Fangarmen und Saugköpfen fest umschlungen hält und es zu ersticken droht dient nicht dem Sozialismus – nicht den Menschen – nur sich selbst.

Der Gesinnungswandel in Moskau ist nach dem Nürnberger Urteil wohl das größte Ereignis der Nachkriegszeit und ein Lichtblick in die Zukunft.

Ein Tempel der Ideologie

Die Vertreter der »neuen Offenheit« sollten auch den Mut aufbringen und zugeben, daß das Monster »Bürokratie« das Kind einer Erlösungsideologie ist, die ihre Rezepte zu Dogmen mit Ewigkeitswert erhoben hat. Das Dogma lebt und lebt und ist scheinbar, wie auch die christlichen Religionen, zu keiner Reform fähig, trotzdem das technische wissenschaftliche Zeitalter völlig neue Fakten geschaffen hat, die die Dogmen von gestern als Erkenntnisse des Mittelalters erscheinen lassen.

Während die neue Sowjetführung versucht über die Schatten aus der Vergangenheit zu springen, indem sie mit Mut und Todesverachtung versucht, die Ursache allen Übels, das Monster »Bürokratie« zum Teufel zu jagen, stürzen die Internationalisten und ihre Stellvertreter die europäischen Völker, völlig ohne zwingende Notwendigkeit, mit den bekannten und jetzt als falsch erkannten Rezepten, in das gleiche Verhängnis, dem die Sowjetunion zum Opfer fiel.

Brüderlich und voller Edelmut öffnen die westeuropäischen Parteien-Demokratien dem Monster »Bürokratie« Tür und Tor und empfangen es mit offenen Armen. Diesem Monster zu Ehren erbauen sie, als Hilfsmaurer beschäftigt, den »Tempel der Bürokratie« in Brüssel, und er soll dem Turmbau zu Babel an Mächtigkeit und Schönheit nicht nachstehen, ist er doch das Zeugnis menschlicher Genialität und dummer Überheblichkeit gleichermaßen.

Zur Legitimation und Krönung seiner Macht wird diesem Tempel der Ideologie, das »Europa-Parlament« als weithin sichtbare Krone aufgepflanzt, die den Wahnsinn krönt und bestätigt.

Diese ideologische Schöpfung des zum »Völkerbrei« verurteilten Europa entspricht nicht dem freien Willen seiner Völker, und die »Erbauer« zerstören damit die schöpferische und kulturschaffende Kraft der Völker des Abendlandes, so wie ihre ideologischen Vorgänger fast die Zukunft der Sowjetunion zerstört haben.

Wir Mitfahrer in der Schicksalsrakete auf dem Flug in die Zukunft wissen nicht, ob unser Steuermann nach dem veralteten Fahrplan des sterbenden Jahrhunderts fliegen muß, oder ob er nach einem revidierten Fahrplan fliegen darf, in dem die jetzt erkannten Fehler des alten Planes ausgelöscht sind.

Wir werden die Landung in der Zukunft miterleben so oder so. Wo wird sich unser Schicksal erfüllen? In einem europäischen Wohnhaus mit vielen Zimmern – vielleicht in einem einzigen Zuchthaus oder auf dem Friedhof der ewigen Ruhe?

Ideologischer Internationalismus ist ein Irrweg der Herzen und eine Mißachtung der Gesetze der Schöpfung. Internationale Zusammenarbeit und eine oberste Zentralgewalt, als die Oligarchie der Vernunft, sind die dringenden Gebote der Stunde. □

Banker-Journal

Europa 1992 wirft bereits Schatten

»Europa 1992« bedeutet »drastische und schmerzvolle Umstrukturierung«, erfuhr eine Konferenz in London, die über den Plan der Beseitigung der Zollschranken unter den zwölf Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) beriet, aus dem Munde von Sir John Harvey-Jones, dem ehemaligen Vorsitzenden der Imperial Chemicals Industries (ICI). Er warnte davor, daß in den kommenden zehn Jahren mehr als die Hälfte der europäischen Fabriken geschlossen und die Hälfte der Firmen in Europa verschwinden oder durch Fusionen aufgesaugt werden könnten.

Seine Bemerkungen waren das Echo ähnlicher Warnungen, die vor einigen Wochen durch den Generalsekretär der Confederation of British Industry. Percy Barnevik, der Präsident des vereinigten schwedisch-schweizerischen Elektro-Konzerns ASEA-Brown Boveri Corporation, teilte dem Londoner Konzern mit, es werde für die EG nicht leicht sein, gleichzeitig überfüllte Bereiche umzustrukturieren und Märkte für die Konkurrenz aus anderen Ländern zu öffnen. »Dies sind die harten Realitäten hinter den schönen Worten ›größere Produktivität‹ und ›wettbewerbsfähiger‹.« □

Zentralbanker hoffen, den Zusammenbruch zu steuern

Der Vorsitzende des amerikanischen Federal Reserve Systems Alan Greenspan »ist sich mit seinen Kollegen von den Zentralbanken einig, ein Sparsamkeitsprogramm durchzusetzen und die Weltwirtschaft, nicht nur die der USA, in die Rezession zu stürzen«, stellte ein Experte aus Bankkreisen der City of London fest. »Wie bei Paul Volcker im Jahr 1979 lassen sich Greenspan und die Bank von England auf einen ›gesteuerten Verfall‹ ein, um die Stammaktien mit zu hohem Anteil an Vorzugsaktien auf den Devisenmärkten der Welt zu liquidieren«, meinte er.

Aus gleicher Quelle heißt es, daß wahrscheinlich in den nächsten Monaten, wenn der neue amerikanische Kongreß im Amt Fuß gefaßt hat, die Zentralbanken eine neue, weit ernsthaftere Dollar-Krise herbeiführen werden, die dann zu einer bedrohlichen Wiederholung des »schwarzen Montags« auf den Aktienmärkten führt. Unter diesen Umständen werden die Zinssätze stark und stetig steigen.

Die Erwartungen in Kreisen der City of London laufen auf einen amerikanischen Leitzins von mindestens zwölf Prozent bis zum Sommer und auf vergleichbare britische Zinssätze von 16 Prozent hinaus.

»Anders als vor dem 19. Oktober 1987«, heißt es aus der gleichen Quelle, »als politische Finanzminister den Prozeß steuerten, sind die Zentralbanken jetzt sehr zuversichtlich, den Prozeß in ihrer Gewalt zu haben. Unter solchen Verhältnissen des wirtschaftlichen Rückgangs wären alle Forderungen nach Kürzungen des Gramm-Rudman-Haushaltes in den USA sang- und klanglos vergessen. Das ist nur ein Vorwand, um die Dinge ins Rollen zu bringen.« □

Venezuelas Moratorium von den Bankern gebilligt

Venezuelas Image als Musterschuldnerland »hat seinen Glanz verloren« durch sein scheinbares »Schulden-Moratorium« (Schuldenerlaß). Aber es ist nachweisbar, daß die Ende des letzten Jahres durch den abtretenden Präsidenten Jaime Lusinchi erklärte Zahlungseinstellung von Kapitalsummen vorher mit dem gewählten Präsidenten Carlos Andrés Pérez vereinbart worden ist und, so kann man daraus schließen, auch mit den ausländischen Gläubigern selbst.

Venezuela, praktisch das einzige Land in Ibero-Amerika, das seinen Zahlungsverpflichtungen weiterhin nachkam, anstatt nur Zinsen zu zahlen, gingen langsam die flüssigen Devisen aus. Daher der Zahlungsaufschub auf Kapitalien.

Venezuelas Bankgemeinde ist über die Maßnahme sehr erfreut. Der Banker Pedro Tincaro sagte, die Maßnahme »garantiert die Möglichkeit, unsere Handelskreditgrenzen zu nutzen« und die gewohnten Importhöhen beizubehalten. Der Leiter der Zentralbank, Mauricio Garcia Araujo, pflichtete ihm bei.

Dies deutet darauf hin, daß die venezuelanische Finanzelite schon im voraus wußte, daß es keine Gegenmaßnahmen gegen die Handelskredite des Landes geben würde, ganz anders als die gegen Brasilien während seines Zahlungsaufschubs von ausländischen Gläubigern erzwungenen Sanktionen.

Der Banker Tinoco steht Carlos Andréz Pérez, einer führenden Persönlichkeit der Sozialistischen Internationale, sehr nahe und ist daher eine Stütze für das Kartell der Gläubiger. Tinocos Feststellungen genügen, um zu demonstrieren, daß Lusinchis Schritt hinsichtlich der Schulden mit Pérez' Billigung getan wurde, und ist zweifellos Plan einer Inszenierung, in der ausländische Gläubiger seinen Aufstieg zur Macht begleiten sollen. □

Drexel von der Kasino-Schieberei ausgeschlossen

Unter dem Lizenzierungsgesetz im US-Bundesstaat New Jersey könnte Drexel Burnham Lambert, das kürzlich wegen Beschuldigungen des Insider-Trading verurteilte Pfandbrief-Bankhaus, Spitzname »junk bond firm«, in Atlantic City von Geschäften mit Kasinos ausgesperrt werden. In diesem Falle wäre die Bally Manufacturing Corporation, ein größerer, vom Meyer-Lansky-Syndikat gegründeter Konzern, der die Interessen von Kasinos vertritt, der erste verlorene Kunde, da dieses Unternehmen nach dem Aktientausch ihrer Hotel- und Kasinogeschäfte eine größere Schulden-Refinanzierung plant.

Anthony Parrillo, Direktor der New Jersey Devision of Gaming Enforcement bei der Generalstaatsanwaltschaft, sagte der »New York Post«: »Wenn Sie rechtskräftig eines Verbrechens verurteilt werden, sind Sie automatisch für den Erwerb einer Spielbanklizenz disqualifiziert.«

Drexel war im vergangenen Jahr gezwungen, sich um eine Lizenz der Kasino-Dienstleistungsindustrie zu bemühen, weil diese geholfen hatte, Milliarden von Dollar für die Kasino-Industie in New Jersey aufzubringen. Nach dem Gesetz von New Jersey muß eine Firma, die 50 000 Dollar von einem Kasino oder 150 000 Dollar von mehreren Kasinos erhält, eine Lizenz haben.

Drexel, einer der größten Finanziers der Kasino-Großschieberei von New Jersey, war die einzige Kapitalanlage-Gesellschaft, die eine solche Lizenz erwerben mußte. Zu ihren Kunden gehörten Ramada, Holiday Corporation, Golden Nugget, Bally und Caesar. Von 1987 bis Juli 1988 verwaltete Drexel mehr als zwei Milliarden Dollar an Finanzierungen für Spielkasinos.

In Erwartung des Ausgangs ihrer Gespräche mit der Securities and Exchange Commission (Kommission für Wertpapiere und Devisen) und der Staatsanwaltschaft über die Regelung des Insider-Trading hat die Division of Gaming Enforcement (Spielgesetz-Vollzugsabteilung der Staatsanwaltschaft) jedoch hinsichtlich Drexels Lizenz in New Jersey bisher noch keine Entscheidung getroffen. □

Bank of England gegen Europa 1992

Der Gouverneur der Bank von England, Robin Leigh-Pemberton, versetzte kürzlich dem Plan einen Schlag, als Teil von »Europa 1992«, der Gesetzgebung der

Europäischen Kommission, die alle Zollschranken für die Bewegung von Menschen, Gütern und Kapital zwischen den europäischen Mitgliedstaaten beseitigen wird, eine übernationale Zentralbank ins Leben zu rufen. Zum ersten Mal auf seine Übereinstimmung in dieser Sache mit Premierministerin Thatcher hinweisend, die den ganzen »Europa-1992«-Plan »luftig-feenhaft« genannt hat.

Leigh-Pemberton sagte auf einer Konferenz über ausländische Zahlungsmittel in Luxemburg, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft sollten sich auf »sofortige praktische Schritte zur Förderung der wirtschaftlichen Integration in die EG konzentrieren, anstatt die Endziele einer europäischen Einheitswährung und Einheits-Zentralbank anzusteuern«.

Er fügte hinzu, eine »verfrühte Besessenheit« von der geldlichen Einheit könne die Vollendung eines zollschranken-freien Einheitsmarktes verhindern.

Die Londoner »Times« bemerkte dazu, daß diese Feststellung, verbunden mit den negativen Äußerungen des Chefs der Deutschen Bundesbank, Karl-Otto Pöhl, bedeutet, daß die »Zukunft der Delors-Kommission und der Europäischen Zentralbank nun ziemlich düster aussehen muß. Der Gedanke erscheint wirklich zu den Akten gelegt worden sein.«

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, ist auch der Leiter eines Sonderausschusses, der die Pläne für eine europäische Zentralbank ausgearbeitet hat. □

Norwegische Währung gerät unter Druck

Die Nationalbank von Norwegen gab zum Jahresende zehn Prozent ihrer Devisenreserven zum Schutz der norwegischen Währung, der Krone, vor Devisenspekulationen aus. Hintergrund der Angriffe auf die Währung sind Gerüchte über eine Vertrauenskrise der Regierung und einer bevorstehenden Abwertung.

Der sozialistische Finanzminister Gunnar Berge sagte, die Regierung von Gro Harlem Bruntland würde nötigenfalls die Zinssätze erhöhen, um den Sturz der Krone zu stoppen. Er lehnte den Gedanken an eine Abwertung scharf ab.

Die norwegische Wirtschaft ist unter dem Druck des Zusammenbruchs der Ölpreise und einem schwindenden Dollar – Norwegens Exporte werden in Dollar abgewickelt – zu »Europas Texas« geworden.

Auf Forderung der Zentralbank verhängte die sozialistische Regierung Sparmaßnahmen, um »die Nachfrage zu verringern«, darunter einen Lohnstopp, Steuererhöhungen und Einschränkungen bei der Gewährung von Krediten, vorgeblich um das »Defizit der laufenden Rechnungen« zu verringern. Das Ergebnis war ein Sturz der Immobilienwerte im ganzen Land um 20 Prozent und ein tiefgreifender wirtschaftlicher Rückgang, wodurch die Probleme der letzten zwei Jahre auf dem Ölsektor erheblich verschlimmert wurden.

»Man hätte uns dieses Ausmaß an Sparmaßnahmen nicht auferlegen können, wenn die Sozialisten nicht die Gewerkschaften beherrschen würden«, meinte ein norwegischer Banker. □

Finanzskandal erschüttert Frankreich

Ein großer Finanz- und Politskandal erschüttert die französische sozialistische Regierung wie auch die nicht an der Macht stehende Konservative Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Jacques Chirac.

Frankreichs Devisen-Wachhund-Agentur, die Sicherheiten-Kommission, dementiert Berichte in den französischen Medien, sie habe dem französischen Präsidenten François Mitterrand einen Geheimbericht zugesandt, in dem einer seiner engen Freunde mit einem keimenden Insider-Trading-Skandal in Verbindung gebracht wird.

Zwischenzeitlich meldeten sich einige französische Journalisten, die über den Vorfall berichtet hatten, sie hätten Todesdrohungen erhalten, und die Polizei teilt mit, daß in der Wohnung von Daniel Lacotte, dem Herausgeber der täglich erscheinenden Wirtschaftszeitung »Agefi«, Feuer gelegt wurde. Yves Guihannec, ein Reporter des Nachrichtenmagazins »Le Point«, sagte, er habe drei Drohbriefe erhalten.

Die Pariser Tageszeitung »Le Monde« berichtete, die Sicherheiten-Kommission habe Mitterrand davon unterrichtet, daß sein enger Freund, Roger-Patrice Pelat, oder dessen Sohn gleichen Namens 50 000 Anteile der Triangle Industries Inc. erhalten hat, und zwar kurz bevor die amerikanische Firma im November 1988 zu einer freundschaftlichen Übernahme durch Pechiney, einer vom Staat betriebenen Aluminiumfirma, veranlaßt wurde.

Der Wert der Triangle-Aktien stieg kurz vor der Bekanntgabe der Übernahme um das Fünffache, während Pelat die Aktien zu ihrem Übernahmepreis von 10 Dollar pro Anteil erwarb.

Pelat sagte, er habe die Triangle-Aktien auf Empfehlung von Max Theret, 72, eines ehemaligen Finanzmannes mit engen Bindungen zur sozialistischen Partei, gekauft.

Theret, ein ehemaliger Freiwilliger im spanischen Bürgerkrieg und einstmaliger Leibwächter des bolschewistischen Führers Leo Trotzky, sagte, Pelat habe nur einen kleinen Anteil an Triangle erworben, und dementierte die Beschuldigungen hinsichtlich des Insider Trading.

Der Skandal verstärkte sich, als Alain Boublil, eine erfahrene Hilfskraft des Finanzministers, mitteilte, er wolle seinen Namen heraushalten, und daraufhin zurücktrat. Der Mann, der den Handel vermittelte, der libanesische Finanzier Samir Traboulsi, bezeichnete sich als Boublils enger Freund. Die Ermittlung dehnt sich auf eine Fahndung nach geheimen Schweizer Bankkonten führender Persönlichkeiten des politischen Establishments beider großen Parteien aus.

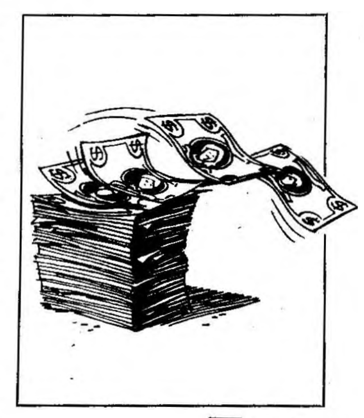
In der Tat, die einzige Partei, die von dem Skandal nicht belastet ist, ist die Front National, geführt von Jean Marie LePen. Nach Beobachtern der französischen politischen Szene könnte die Tatsache, daß LePen nicht in den Skandal verwickelt ist, der große Auftrieb zum politischen Glück der Nationalen Front sein, die in den letzten Jahren trotz stärkster Opposition seitens des französischen Establishments ungeheuere Stimmengewinne erzielt hat. □

Krisensitzung über die Sparkasse Tuscan

Italienische Bankbeamte traten zu einer Krisensitzung zusammen über den Konkurs der Cassa di Risparmio di Prato, um in der, wie es heißt, »schlimmsten italienischen Bankkrise seit dem Zusammenbruch von Roberto Calvis Banco Ambrosiano, zu beraten.

Diese Geldinstitution, in der Innenstadt von Trato im Gebiet der Toskana unweit von Florenz gelegen, hat mindestens 1,08 Milliarden Dollar Schulden in Form von uneinbringlichen Forderungen und, wie verlautet, es gibt einen Run auf die Einlagen, die innerhalb von wenigen Tagen um 25 Prozent sanken.

Die Verluste sollen mit regionalen Darlehen an die Textilindustrie in Zusammenhang stehen, aber es werden auch Fragen über Betrug und Unterschlagung diskutiert. Ein Banker meinte: »Wir haben es mit einer sehr ernsten Angelegenheit zu tun. Es ist unser Ziel, eine Panik unter den Anlegern zu vermeiden.« □



Aktien

Ein Mann allein gegen die Deutsche Bank

Ludwig Bader

Der jüngste Unternehmensskandal, in dem die Deutsche Bank erneut eine höchst unrühmliche Rolle spielt, ist der Konkurs des Grefrather Textilkonzerns Girmes. Jahrelanges Mißmanagement der Verwaltung, die viele Jahre unter dem Aufsichtsratsvorsitzenden des Deutsche-Bank-Vorstandsmitglieds Andreas Kleffel stand, und knallharte Interessenpolitik der Banken führten hierzu. Lediglich ein Mann wagt es seit einiger Zeit, und auch in diesem Fall, sich der Macht der Banken, und speziell der Deutschen Bank, entgegenzustemmen. Die Rede ist von Bolko Hoffmann, dem Herausgeber von Europas größter Börsenzeitschrift, dem »Effecten-Spiegel«.

Nachdem die einstige »Textilperle vom Niederrhein« in den siebziger Jahren sehr gut verdiente, die den Beschäftigten dabei gemachten großzügigen Pensionszusagen aber nicht in der Bilanz passivierte, geriet das Unternehmen dann Anfang der achtziger Jahre immer mehr in die Krise, da am Markt vorbei produziert wurde, und gelangte dann sogar in die Verlustzone.

Börsengerüchte wußten es besser

Der Kurs der Aktie, der 1978 noch bei knapp 400 DM gelegen hatte, fiel dann parallel zur immer katastrophaler werdenden Lage des Unternehmens bis auf unter 100 DM im vergangenen Jahr.

Der mittlerweile neue Vorstandsvorsitzende Klimant äußerte sich über den Verlauf der Sanierung stets positiv – was sich jetzt als glatte Lüge entpuppte. So hatte beispielsweise auch das »Manager-Magazin« im Mai des vergangenen Jahres unter Berufung auf Klimant folgendes geschrieben: »Zu beidem – Pleite oder Kapitalherabsetzung – wird es nach Lage der Dinge kaum kommen. Hält der positive Umsatztrend der vergangenen sechs Monate einigermaßen an, hofft Klimant vielmehr bereits für dieses Jahr auf ein Ergebnis nahe Null. Im Jahre 1989 soll Girmes dann endlich die Gewinnschwelle überschreiten und allmählich wieder an frühere große Zeiten anknüpfen.«

Ebenfalls auf der Hauptversammlung Ende Juni 1988 hatte Klimant noch die Gefahr eines Kapitalschnitts kategorisch abgelehnt und positive Erklärungen über die zukünftige Entwicklung des Unternehmens abgegeben.

Auch gegenüber dem »Effecten-Spiegel« äußerte sich Klimant mehrfach in dieser Richtung. Anfang November 1988 erklärte Klimant dann, daß eine Kapitalherabsetzung, von der Börsengerüchte wissen wollten, »totaler Quatsch« sei. Die Sanierung befinde sich fast voll im Plan, die Kreditlinien seien ohne Probleme verlängert worden, fuhr Klimant fort.

Um so überraschter kam dann Ende November des vergangenen Jahres die Ankündigung des Girmes-Vorstands, daß angesichts der Überschuldung des Unternehmens eine Kapitalherabsetzung von knapp 50 auf 20 Millionen DM notwendig sei, die Aktionäre also auf 30 Millionen DM verzichten müßten. Dies sollte auf einer am 3. Februar in Düsseldorf stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung beschlossen werden; notwendig ist hierbei die Zustimmung von 75 Prozent des auf der Hauptversammlung anwesenden Grundkapitals. Honigsüß wurde dabei immer darauf hingewiesen, daß die Aktionäre im Grunde nichts verlören – schließlich seien sie auch nach der Kapitalherabsetzung im gleichen Verhältnis wie vorher an dem Unternehmen beteiligt.

Aufsichtspflicht dilettantisch gehandhabt

Dies ist falsch. Als erste Reaktion fiel nämlich erst einmal die Aktie von rund 100 DM auf dann knapp 60 DM, um sich dann allerdings wieder bis auf etwa 80 DM zu erholen. Eine Kapitalzusammenlegung von fünf auf zwei Aktien hätte aber bedeutet, daß sich der Kurs in etwa diesem Verhältnis angepaßt hätte, also voraussichtlich auf etwa 40 bis 50 DM gesunken wäre, was einem Verlust von rund 300 DM gleichkommt.

Insgesamt sah das Sanierungskonzept einen außergerichtlichen Vergleich in einer Gesamthöhe von rund 108 Millionen DM vor. Hierzu sollten die Aktionäre 30 Millionen DM, der Pensions-Sicherungs-Verein (PSV) 44 Millionen DM, Lieferanten und Beschäftigte 24 Millionen DM beitragen – die Banken aber bei einem Gesamtkreditvolumen von 100 Millionen DM nur zehn Millionen DM. Davon die Deutsche Bank sogar nur 2,5 Millionen DM! Und das, obwohl sie durch den damaligen von ihr gestellten Aufsichtsratsvorsitzenden Kleffel, der seiner Aufsichtspflicht dilettantisch nachgekommen ist, den wirtschaftlichen Niedergang der Girmes AG mit hauptzuverantworten hat.

Gegen diesen Plan hatte sich dann Hoffmann, der die Aktie aufgrund der vielen positiven Äußerungen Klimants mehrfach zum Kauf empfohlen hatte, gewandt und zu einer Stimmrechtssammlung aufgerufen. Mit dieser sollte eine sogenannte Sperrminorität von 25 Prozent des anwesenden Grundkapitals zusammengebracht werden, und damit den von Hoffmann als ungebührlich hoch bezeichneten Sanierungsbetrag der Kleinaktionäre zu verhindern. Ergänzend muß an dieser Stelle noch darauf hingewiesen werden, daß Hoffmann nicht für irgendwelche Großkapitalisten kämpfte, sondern für viele hundert Aktionäre, die jeweils wenige hundert bis wenige tausend Mark, oftmals ihre letzten Spargroschen, investiert in Girmes-Aktien hatten.

Da die Stimmrechtssammlung ein großer Erfolg war, was die Banken natürlich aufgrund der Stimmenübertragungen an Hoffmann mitbekamen, wandte sich dann der Vorstand in zwei stark emotionalen Aktionärsbriefen an die Aktionäre – bislang wohl einmalig in der deutschen Wirtschaftsgeschichte – und kündigte im Falle eines Scheiterns des ursprünglichen Sanierungsplans einen dann notwendig werdenden Anschlußkonkurs an.

Auf der Hauptversammlung selber erklärten dann Vorstandsvorsitzender Klimant und der Aufsichtsratsvorsitzende Bekkers, daß nur die Verwirklichung des von ihnen ausgehandelten Sanierungsplanes das Unternehmen vor einem im Ablehnungsfalle »nahezu sicheren« Anschlußkonkurs bewahre. Zur Rettung des Unternehmens sei nämlich die Beteiligung des PSV unbedingt vonnöten. Dieser sei aber gezwungen, bei der kleinsten Abweichung vom Ursprungsprogramm seine Zustimmung zurückzuziehen; was sich später dann aber, wie so vieles, als nicht wahr herausstellte. Auf der Hauptversammlung mußte Klimant dann auch zugeben, in der Vergangenheit nicht die Wahrheit gesagt zu haben, sondern aus »im Interesse des Unternehmens liegenden Gründen« die wahre Situation beschönigt zu haben.

Die Rechnung ohne die Banken gemacht

Nachdem Hoffmann – dem man seitens der Verwaltung kurz vorher noch versucht hatte, mit juristischen Spitzfindigkeiten die Stimmrechte abzunehmen, was aber nicht gelang – aber mit etwas mehr als 200 000 der auf der Hauptversammlung anwesenden knapp 540 000 Stimmrechte über die Sperrminorität verfügte

und auch in seiner Rede erklärt hatte, den Vorschlag 5:2 abzulehnen, kündigten die Banken plötzlich an, weitere zehn Millionen DM zur Sanierung aufzubringen.

Auch Hoffmann zeigte sich daraufhin kompromißbereit und änderte seinen Ursprungs-Alternativvorschlag einer Kapitalherabsetzung im Verhältnis 10:9 auf 5:3 um, so daß sich die Aktionäre dann mit 20 Millionen DM an der Sanierung beteiligt hätten. Unter dem Strich blieb durch die zusätzlichen zehn Millionen DM der Banken alles beim alten – doch hatte man die Rechnung ohne die Banken gemacht.

Nachdem die Abstimmung über den Kapitalabschnitt 5:2 durch die Sperrminorität Hoffmanns nicht über die nötige Mehrheit verfügte, mußte über seinen Vorschlag 5:3 abgestimmt werden. Und zur Überraschung aller forderten dann Aufsichtsrat und Vorstand ausdrücklich die Aktionäre auf, Hoffmanns Vorschlag abzulehnen, was dann aufgrund des Depotstimmrechts der Banken auch geschah. Konsequenz dessen war, daß Klimant einen Tag später beim Amtsgericht Krefeld den Vergleich anmeldete, der dann in den Anschlußkonkurs überging.

Man muß sich dies einmal vorstellen: Ein Unternehmen, das Schulden über Schulden hat, lehnt ohne eine Alternative zu haben, ein »Geschenk« von 20 Millionen DM ab. Und der eigentliche Skandal ist, daß das Vorstandsmitglied des PSV, Jürgen Paulsdorff, wenige Tage später in einem Interview erklärte, er sei sehr wohl gesprächsbereit über ein modifiziertes Sanierungsprogramm gewesen, sofern »unter dem Strich alles beim alten bleibe« und es lediglich zu Betragsumschichtungen in den nicht den PSV betreffenden Sanierungsbeiträgen komme; doch weder die Banken noch die Verwaltung hätten ihn darauf angesprochen.

»Anzeigendemütige« deutsche Presse

In einer Presseerklärung vom 6. Februar sprach Klimant interessanterweise davon, daß »die Girmes AG eine gesunde und erhaltenswerte Substanz hat. Darüber hinaus hat sich die Gesellschaft in 1988 zunehmend positiv entwickelt. Auf dieser Grundlage wird für 1989 mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.«

Um so unverständlicher ist dann, warum auf Basis des Kompromißangebots Hoffmann nicht nach einer Lösung gesucht wurde, den Anschlußkonkurs zu verhindern? Vielmehr wurde eine Auffanggesellschaft gegründet, die Girmes GmbH, die den Gläubigerbanken das Anlagevermögen der früheren Girmes AG abkaufte, und danach das Geschäft fortführte. Gründer der Girmes GmbH ist die Aris-Beteiligungs GmbH, Hamburg, an der unter anderem auch der Vorstandsvorsitzende der Hussel AG, Jörn Kreke, beteiligt ist, und die Tag-Ausrüstungsgesellschaft Schoers.

Während die Banken, die sich ihre Kredite vollständig absicherten, mit einem nur geringen Verlust aus der Sache herauskamen, sind die Kleinaktionäre und die ganze restliche Wirtschaft die Dummen. Denn der PSV mußte nun statt der ursprünglich vorgesehenen 44 Millionen DM 90 Millionen DM zahlen. Und die Beiträge, aus denen diese Summe aufgebracht wurde, werden nun einmal von der deutschen Wirtschaft, und dabei auch von vielen mittelständischen Unternehmen, bezahlt.

Nach der Hauptversammlung ging dann eine nahezu einmütige Hetzkampagne der etablierten Presse gegen Hoffmann los. Er wurde als derjenige bezeichnet, der den Anschlußkonkurs von Girmes und den Totalverlust der Aktionärsgelder zu verantworten habe. Mehrere sogenannte Aktionärsvereinigungen kündigten vollmundig Schadenersatzklagen gegen Hoffmann an, ohne daß bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe irgend etwas geschah.

»Der Spiegel«, »Das Wertpapier« (das Sprachrohr der »Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz«, dessen stellvertretender Präsident ein Rechtsanwalt ist, der ständig die Großbanken vertritt), »Börse online«, die »Rheinische Post« und wie sie alle heißen, machten eine reine Tendenzberichterstattung. Kaum einer fragte, warum denn die Verwaltung nicht das Angebot eines Sanierungsbeitrags von 20 Millionen DM annahmen und weiterverhandelte?

Heute besagen Gerüchte, daß die Verwaltung ihren Fehler mittlerweile selbst eingesehen hat – nur kann dies die Aktionäre, die, sofern sie nicht nach der Hauptversammlung noch bei Kursen bis zu 65 DM verkauften, einen Totalverlust erlitten, nicht trösten.

Die Kleinen müssen voll bluten

Hoffmann seinerseits wollte neben der Berichterstattung in seinem »Effecten-Spiegel« auch mit einer Zeitungsanzeige kontern, in der er unter anderem auch die Berichterstattung der »anzeigendemütigen Presse, die dem Großkapital in den H . . . kriecht« bemängelte. Bis auf »Die Welt« weigerten sich aber alle anderen Zeitungen, diese Anzeige zu veröffentlichen. Zwar begründeten sie das mit obigem Passus, doch angesichts des hohen Anzeigenvolumens der Banken darf man den Grund sicherlich hauptsächlich darin suchen.

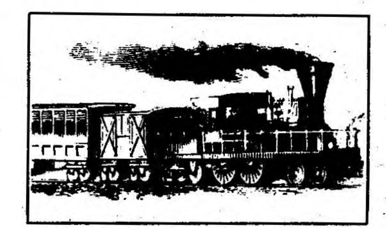
Doch Hoffmann, dessen »Effecten-Spiegel« mit einer Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren mittlerweile so stark geworden ist, daß er unabhängig und auf keine Anzeigen mehr angewiesen ist und auch vor den Banken nicht händchenfaltend in die Knie gehen muß, ging seinerseits in die Offensive und verklagte Anfang März das zentralverantwortliche Aufsichtsratsmitglied der Girmes AG, das Deutsche-Bank-Vorstandsmitglied Ulrich Cartellieri, auf Schadenersatz von »zunächst einer Million DM«. Dieser Klage schlossen sich inzwischen über tausend Aktionäre an, darunter sind zahlreiche Rechtsanwälte und, man kann es kaum glauben, auch Banken.

Hoffmann begründete dies damit, daß die Verwaltung angesichts der Überschuldung des Unternehmens der Hauptversammlung nicht die Ablehnung des von ihm vorgeschlagenen Kapitalschnitts 5:3 hätte ausdrücklich empfehlen dürfen, sondern diesen vielmehr hätte annehmen müssen.

Im übrigen zeigt dies aber auch, daß die Banken das Depotstimmrecht nur in ihrem Sinn ausnutzen, obwohl es im Aktiengesetz heißt »im Interesse des Aktionärs«. So schreibt dann auch Hoffmann, daß die »Kleinen voll bluten müssen«, während sich »das Großkapital selbst die dicken Brocken zuschanzt«.

Abschließend soll aus dem Kommentar von Claus Simon aus dem »Gießener Anzeiger« zitiert werden, der zu den wenigen gehörte, die nicht das schrieben, was die Banken gerne hören: »Der Niedergang der Girmes AG ist es allemal wert, aufgehellt zu werden. Da beantragt ein Vorstandsvorsitzender (Uwe Klimant) nach einer außerordentlichen Hauptversammlung einen Vergleich und spricht in der Öffentlichkeit bereits vom Anschlußkonkurs. Da tritt ein Aufsichtsratsmitglied (Martius) zurück und redet im Fernsehen bereits von einer Auffanggesellschaft. Kurzum: Verantwortliche Köpfe einer Aktiengesellschaft vermitteln den Eindruck, als sei das Unternehmen schon pleite, bevor überhaupt ein Vergleichsantrag seitens eines Gerichts geprüft werden konnte. Wenn sich die Verantwortlichen bei Girmes über die Pleite im klaren sind, wieso stellen sie überhaupt noch ein Sanierungskonzept zum Nachteil der Kleinaktionäre zur Debatte und beantragen nach dessen Ablehnung einen Vergleich? Wenn eh alles im Eimer ist, wieso rufen diese Köpfe dann nicht den Konkursrichter? . . .

Es ist an der Zeit, daß sich in der Bundesrepublik endlich einmal eine staatliche Börsenaufsicht nach amerikanischem Vorbild um Eigentümlichkeiten des deutschen Großkapitals kümmern würde. Nach der Devisenschieberei bei VW, der Totalenteignung der Klöckner-Genußträger, dem neuen Insider-Verdacht bei Klöckner und den Merkwürdigkeiten bei Girmes wird es ohnehin höchste Eisenbahn für die Errichtung einer neuen, schlagkräftigen Börsenpolizei.« □



Aktien

Vorsicht ist weiter angebracht

C. Gordon Tether

Werden wir in diesem Jahr eine Fortsetzung der Ereignisse der Jahre 1987 bis 1988 erleben, oder steht uns eine Veränderung bevor? Wichtige neue Fakten haben sich ins Bild geschlichen und sollten unsere Aufmerksamkeit bekommen.

Durch den internationalen Rutsch der Aktienwerte, ausgelöst durch den plötzlichen Zusammenbruch an der Wall Street im Oktober 1987, blieben die Preise in fast allen Ländern der Welt um ein Drittel oder darüber niedriger, als sie kurz vor dem Crash waren. Im allgemeinen wurde während der Abschlußmonate jenes Jahres etwa ein Drittel des verlorenen Bodens wieder zurückgewonnen, als sich das Vertrauen langsam wieder einstellte.

Nachfrage übersteigt Angebot

Die Aufwärtsbewegung setzte sich stoßweise durch das Jahr 1988 hindurch fort, wenn auch mit beträchtlich langsameren Schritten. Als Ausnahme davon waren Japan und einige Länder im Pazifischen Becken lebensmunter genug, um Ende 1988 Preise registrieren zu können, die über den Höchstwerten vor dem Zusammenbruch lagen.

Aber anderswo tendierte der Vorsprung vor dem Stand von Ende 1987 in der Größenordnung von zehn Prozent oder darunter. Im Falle Amerikas zum Beispiel stand der auf Dollar basierende Preisindex am Vorabend des Weihnachtsfeiertages etwa 11 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Er verzeichnete damit immer noch einen Sturz von etwa 18 Prozent im Vergleich zu den Höchständen vor dem Oktober-Crash.

Es scheint, daß die Nachfrage nach börsengängigen Wertpapieren zwar ständig dahingehend tendiert, dem Angebot im eigentlichen Sinne vorauszugehen, daß aber der Umsturz von 1987 dem Vertrauen in diese langfristige Anlageform Schaden zugefügt hat.

Daraus folgt, daß der geringste Hinweis darauf, daß noch eine derartige Heimsuchung in den Karten steht, einer und jeder Aufwärtsbewegung in den Preisen ein schnelles Ende bereiten kann.

Eineinhalb Jahre sind nun verstrichen, seitdem die Explosion von 1987 die größte »Preiskorrektur« auf den Börsenmärkten seit Beginn der Nachkriegszeit hervorgerufen hat. Es kann daher gesagt werden, daß die Befürchtungen, dies könne in kurzen Zeitabständen zu einer Reihe von Talfahrten wie nach dem Bankkrach der Wall Street von 1929 führen, nicht in dem Maß gerechtfertigt waren, wie viele Experten seinerzeit meinten.

Geldmenge hat sich schneller als je vergrößert

Natürlich könnte sich der Vorgang mit größeren Zeitabständen zwischen den einzelnen Eruptionen wiederholen. Aber es gibt einen guten Grund dafür, zu glauben, daß dies sehr unwahrscheinlich ist.

So ist zum Beispiel die Tatsache, daß uns eine Wiederholung des internationalen Finanz-Holocaust von 1929 bis 1931 erspart geblieben ist, fast mit Sicherheit auf eine Sache zurückzuführen. Es ist die Tatsache, daß es keine so plötzliche Verengung in der Kreditbeschaffung gab wie jene, die mit dem Tiefschlag des Börsenzusammenbruchs im Jahr 1929 an der Wall Street einherging.

Es ist im Gegenteil so, daß sich im vergangenen Jahr die im internationalen Währungsgebiet – und wir haben heute in jeder Hinsicht einen weltweiten Geldmarkt – umlaufende Geldmenge schneller als je zuvor vergrößert hat.

Nach den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlichten Zahlen stieg die Geldversorgung zwischen 1982 und 1985 auf rund zehn Prozent jedes Jahr und registrierte seitdem einen weiteren Sprung um 50 Prozent.

Da die Geldmenge es mit sich bringt, daß bezahlte Beschäftigung mit einer Geschwindigkeit wächst, die über das globale Wirtschaftswachstum hinausgeht, ist es kaum wahrscheinlich, daß der Effektenmarkt für längere Zeit einer gewichtigen Unterstützung beraubt sein wird. Daraus folgt, daß jede Aussicht dafür besteht, da andere Faktoren gleich bleiben, daß sich die Börsen-Marktgeschichte von 1989 nicht weniger glücklich anhören wird wie die von 1988.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß sich in jüngster Zeit neue Fakten von möglicher Bedeutung für den Effektenmarkt in die Berechnung eingeschlichen haben. Von besonderer Relevanz für den Wall-Street-Ausblick sind natürlich die Anzeichen dafür, daß der neue Bush-Besen im Weißen Haus anders fegen könnte als der von der Reagan-Regierung geschwungene Besen, auch wenn sich die Grundfarben in der Flagge des Weißen Hauses nicht geändert haben.

Die meisten Anlagepapierzeichner waren der Meinung, daß es für Anleger gut sein könnte, das Wort Vorsicht zu ihrer Parole zu machen, das heißt, die Betonung auf Liquidität zu legen, während man darauf wartet, was die neue amerikanische Regierung zu tun beabsichtigt. Und dies kann nur ein vernünftiger Rat sein.

Denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, wenn man sich ganz auf monetäre Waffen – kurz gesagt auf höhere Zinssätze – als vielmehr auf andere Korrekturmittel verlassen würde, um Inflationsdrücke im Zaume zu halten, dann könnte der amerikanische Effektenmarkt einen Rückschlag erleiden.

Die Vorteile der Dollar-Abwertung für die US-Zahlungsbilanz

Eine solche Änderung der Umgebung in den Vereinigten Staaten könnte sich in gewissem Grade direkt auf die Märkte anderer Länder übertragen, indem diese anderen Länder gezwungen werden, ihre Zinssätze wettbewerbsfähiger zu machen.

Es kommen jedoch noch andere Faktoren ins Bild, die im Sinne des Effektenmarktes sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der übrigen Welt eine freundlichere Note anschlagen lassen.

Es ist zunächst so, daß das amerikanische Haushaltsdefizit so geplant ist, daß es auf die eine oder andere Weise einschrumpft. Es ist auch der Fall, daß die Reaktion auf die Dollar-Abwertung langsam greifbare Vorteile für die amerikanische Zahlungsbilanz zeitigt.

Da ist auch noch der Punkt, daß der andere höchst beunruhigende Aspekt der internationalen Wirtschaftsszene der letzten Jahre – die Schulden der dritten Welt – auf dem Wege zu sein scheint, weit weniger beunruhigend zu werden.

Das ist nicht so sehr deswegen, weil es den Schuldnerländern jetzt etwa leichterfällt, mit ihrem Problem fertig zu werden. Es ist, weil die internationale Bankwelt größeren Erfolg damit hat, das durch Nichtzahlung entstehende Problem zurechtzustutzen.

In der nicht unvernünftigen Annahme, daß der Beginn der Gorbatschow-Ära in der Sowjetunion den Weg für eine Unzahl von Verbesserungen in der politisch-wirtschaftlichen Umgebung eröffnet hat, scheint es eine angemessene Hoffnung zu sein, daß das laufende Jahr für das Börsen-Marktgeschäft lohnender sein wird als 1988, das heißt, sobald gewisse Ungewißheiten in den USA gelöst sind. □

Metalle

Platin oder Gold?

C. Gordon Tether

Nach einem ständigen Abflauen über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg scheint das Interesse an der Hortung von kostbaren Metallen derzeit wieder aufzuleben. Eine Folge davon ist, daß eine Reihe von Ländern dazu ermuntert wurden, neue Wege zur Befriedigung der Nachfrage zu eröffnen.

Das Jahr 1988 sah in der ganzen entwickelten Welt im allgemeinen die Beendigung der Abwärtsbewegung in den Inflationsraten, die in den frühen achtziger Jahren durch die Wiederentdeckung des Monetarismus in Bewegung gesetzt worden war. Darüber hinaus beginnen die Preise seit Jahresende 1988 wieder mit ausreichender Geschwindigkeit zu steigen, so daß erneut mit der im Augenblick modernen Waffe zur Bekämpfung der Inflation gedroht wird: Anhebung der Zinssätze.

Wieder Interesse an der Hortung

Es scheint unter den Experten weitgehende Uneinigkeit darüber zu bestehen, wie weit der neue Trend durch diese Korrekturmaßnahmen in Schach gehalten werden kann. Aber man ist sich fast überall darin einig, daß 1989 ein inflations-reicheres Jahr zu werden verspricht als 1988, wobei wenig Hoffnung darauf besteht, daß die Lage vor den Abschlußmonaten des Jahres eine entscheidende Wende zum Besseren nehmen wird.

Es ist unter diesen Umständen kaum überraschend, daß es Anzeichen dafür gibt, daß die Öffentlichkeit wieder einmal für den Schutz gegen den Verfall des Papiergeldes, der traditionsgemäß mit dem Erwerb von Edelmetallen einhergeht, Interesse zu zeigen beginnt.

Darauf ist fast mit Sicherheit der festere Trend zurückzuführen, der sich seit Ende des Jahres 1988 in allen Hauptmärkten für Edelmetalle merkbar zu machen begann. Während des Jahres 1988 war eine allgemeine Abwärtstendenz vorhanden. Darüber hinaus schlugen die Vorhersager zumeist einen bärenhaften Ton an.

So zum Beispiel als Gold, das in den Abschlußwochen von 1987 in der Nähe des 500-Dollar-pro-Unze-Stands notiert worden war, im vergangenen Herbst bis unter die 400-Dollar-Grenze fiel, warnten Spekulanten davor, daß ein noch tieferer Abrutsch ohne weiteres bevorstehen könne. Sie sprachen von der Möglichkeit, daß die Erschließung neuer Produktionsquellen in einigen Teilen der Welt das Angebot noch weiter über die Nachfrage hinausdrücken könnte.

Gold- und Platinmünzen aus Australien

Innerhalb weniger Wochen ließ der Goldpreis den Stand von 400 Dollar um etwa 30 Dollar hinter sich zurück, während Platin den Wert von 600 Dollar pro Unze und damit seinen höchsten Stand seit sechs Monaten erreichte. Silber brachte relativ weniger Lebenskraft zutage, aber in seinem Falle war die Abwärtsbewegung, die sein Verhalten im Jahr 1988 charakterisiert hatte, zumindest zum Stehen gekommen, mit einem Preis von gut 6 Dollar pro Unze.

Eine Entwicklung, die man ebensogut als Ursache als auch als Auswirkung des wieder erwachten Interesses an der Hortung von Edelmetallen werten kann, ist die bemerkenswerte Erweiterung des Sortiments an geeigneten Hortungsstücken, hervorgerufen durch die Schwierigkeiten, die der Verwendung von Krüger-Rands für solche Zwecke durch Übernahme von Maßnahmen zur Bekämpfung der Apartheid in anderen Ländern auferlegt wurden.

Durch das Verbot der Einfuhr südafrikanischer Münzen haben sie sowohl dessen unmittelbare Vermarktung wesentlich verringert als auch seine Zukunft mit derart dunklen Wolken verhangen, daß Käufer sogar in solchen Ländern abgeschreckt wurden, in denen weiterhin Kauffreiheit bestand.

Australien bringt jetzt sowohl Geld- als auch Platinmünzen auf den Markt, während Kanada nicht weniger als neun Edelmetallmünzen mit einer Vielfalt von Nennwerten anbietet – vier in Gold, vier in Platin und vier in Silber. Sie werden alle zu Preisen angeboten, die bei den derzeitigen Verbrauchsgüterpreisen in einem angemessenen engen Verhältnis zu ihrem eigentlichen Wert stehen.

Außerdem besitzen sie in den Ländern, in denen sie geprägt werden, einen gesetzlichen Angebotsstatus. So kann man sagen, wie es die Werbung des kanadischen Münzamts formuliert, »daß ihnen in den großen Handelsstädten der Welt eine rege Abnahme und sofortige Liquidität sicher sind«.

Die Wahl, wie es in der kanadischen Anzeige weiter heißt, »liegt natürlich bei Ihnen«. Aber das bedeutet natürlich unvermeidlich, daß der angehende Horter mit einem größeren Problem fertig werden muß, als zu dem Zeitpunkt als es noch nicht wenig mehr als den Krüger-Rand gab, auf den man sich stürzen konnte. Denn obwohl man sagen kann, daß die Edelmetalle sich durch die ganzen achtziger Jahre hindurch auf breiter Ebene in gegenseitigem Einverständnis bewegt hatten, gab es doch hinsichtlich des jeweiligen Ausmaßes der Begegnungen, die sie verzeichneten, beträchtliche Unterschiede.

Mehr Spekulationen um Platin

Dies trifft insbesondere bei Gold und Platin zu. Wenn wir uns in die Zeit von 1982 bis 1983 – also kurz nachdem der große Edelmetall-Aufschwung von 1980 bis 1981 sich totgelaufen hatte – zurückversetzen, dann stellen wir fest, daß Platin mit 80 Dollar unter dem Goldpreis notiert wurde, das selbst damals bei 450 Dollar pro Unze lag. Die Kluft zwischen beiden schrumpfte jedoch während des anschließenden Rückzugs aller Edelmetallpreise allmählich zusammen. Mitte der achtziger Jahre begann Platin tatsächlich langsam am Gold vorbeizukriechen.

Später gewann dieser Vorgang eine derartige Schwungkraft, daß 1987 Platin so viel wie 130 Dollar pro Unze über dem Goldpreis notierte. Die Kluft schrumpfte in den ersten Monaten dieses Jahres wieder zusammen, einmal bis auf weniger als 50 Dollar. Aber in den Abschlußmonaten von 1988 weitete sie sich wieder einmal dramatisch aus und drohte tatsächlich den Stand von 200 Dollar zu übertreffen.

Es ergibt sich daraus, daß während man von beiden Metallen sagen kann, daß sie die Fähigkeit haben, als Hecken gegen die Inflation zu wirken, liegt bei Platin ein sehr viel spekulativeres Element vor als bei Silber. Jeder, der unmittelbar nachdem die Edelmetall-Explosion von 1980–81 abgeflaut war Gold erworben hatte, wird jetzt einen geringen Verlust aufweisen.

Hätte man dem Platin den Vorzug gegeben, dann wäre man in der Lage gewesen, es zu einem fast doppelt so hohen Preis zu liquidieren, als man dafür bezahlt hatte.

Daraus geht deutlich hervor, daß in den beiden Bereichen unterschiedliche Faktoren des Angebots und der Nachfrage im Spiele sind. Einer davon ist der, daß Platin auf eine politische Pleite in Südafrika wegen der Bedeutung des Landes als Lieferant dieses Handelsartikels viel schärfer reagieren könnte als Gold. Der angehende Horter muß diese Faktoren sorgfältig gegeneinander abwiegen, bevor er entscheidet, auf welches Pferd er oder sie das Geld setzt. □



USA

Schulden in Billionen-Höhe

Richard Scales

Nach amtlich bekannt gegebenen Zahlen haben die Gesamtschulden des Bundes der Vereinigten Staaten den niederschmetternden Stand von 2,5 Billionen Dollar erreicht. Dies zumindest ist die Zahl über die im amerikanischen Kongreß debattiert wird und die in den amtlichen Berichten steht. Die Wahrheit ist jedoch die, daß, wenn man Versprechen zur amerikanischen Zahlungsbilanz rechnet, die Regierung, daß heißt der Steuerzahler, eigentlich schon für die Summe von 14 Billionen Dollar haftbar ist.

Die amerikanische Bundesregierung, die bereits unter einem jährlichen Defizit von 150 Milliarden Dollar wirtschaftet, verliert Milliarden pro Jahr durch ihre Direktdarlehen- und Darlehensgarantie-Programme. Direktdarlehen-Garantien sind Programme, in denen die Regierung verspricht, Programme zu stützen und zu subventionieren, die sie als dessen würdig erachtet, die sie aber nicht durch einfache Bewilligungen finanzieren will. Indirekte Darlehensgarantien sind solche, die keine Subventionierung beinhalten, sondern einfach aus Schulden bestehen, die von Versprechen der US-Regierung gestützt werden, falls der Ausgeber seine Verpflichtungen nicht erfüllt.

Wieviel ist eine Billion?

In der Tat, wenn man alle Haftungen der amerikanischen Regierung in die Rechnung einbezieht, dann erreicht die Staatsschuld die niederschmetternde Höhe von 14 Billionen Dollar.

Wieviel ist eine Billion? Es dauert mehr als 30 000 Jahre, eine Billion – eine Million Millionen – Sekunden abzuklopfen.

Obwohl niemand weiß, welche Verluste bei den Darlehensprogrammen angefallen sind, hat die US-Regierung jetzt Außenstände an subventionierten Darlehen und Darlehensgarantien in einer Gesamthöhe von 745 Milliarden Dollar. Diese Summe beinhaltet nicht die Verluste, die die Regierung als Folge der Spar- und Darlehenskrise erleiden wird.

Es wird geschätzt, daß der Kongreß und die Bush-Regierung 50 bis 100 Milliarden Dollar ausgeben werden, um 500 insolvente Sparinstitute in diesem Jahr durch Bürgschaften aus ihren Schwierigkeiten herauszubekommen.

Nach einer Rechnungsprüfung des Bundes-Rechnungshofes hat die Farmers Home Administration, die Anleihen an Farmer zu Diskontsätzen gewährt, 3,6 Milliarden Dollar auf Darlehen im Werte von 90 Milliarden verloren. Derzeit verliert die Federal Housing Administration der Regierung Milliarden, vor allem in dem finanziellen Notstandsgebiet im Südwesten der USA.

Hinzu kommt noch, daß das Garantiedarlehen-Programm der Veterans Administration in Höhe von 147 Milliarden Dollar größere Verluste erleidet als erwartet, während man bei der Rural Electrification Administration mit Verlusten bis zu 8 Milliarden an Darlehen rechnet.

Das Risiko der Nichterfüllung steigt

»Es ist ein System, was darauf wartet, daß sich ein Unfall ereignet«, sagt M. Kathryn Eickhoff, ehemalige Haushalts-Beamtin der Reagan-Regierung und jetzige Präsidentin von Eickhoff Economics. »Die Qualität dieser Darlehensgarantien wird immer schlechter und das Risiko der Nichterfüllung steigt.«

Eine Reihe von weitreichenden Rechnungsprüfungen hat ergeben, daß das immer schlimmer werdende Elend der regierungsseitigen Darlehensprogramme auf regionale wirtschaftliche Schwierigkeiten, verbunden mit schlechter Geschäftsführung, zurückzuführen ist.

»Viele dieser Programme werden furchtbar schlecht geleitet«, sagte Rudolph G. Penner, ehemaliger Leiter des amerikanischen Kongreß-Rechnungshofes, der jetzt für das Urban Institute arbeitet.

»Es gab vor einigen Jahren einen Vorschlag, einige dieser Vermögenswerte auf dem privaten Markt zu verkaufen, aber man erkannte, daß diese sich in einem erbärmlichen Zustand befanden. Niemand konnte ihren wirklichen Wert schätzen. Die Aufzeichnungen waren in einer furchtbaren Verfassung. Es war nicht möglich, sie an private Anleger zu verkaufen.«

Der Zustand der Darlehensprogramme löste eine Diskussion darüber aus, wie die US-Regierung die Sache anpacken sollte. Obwohl Präsident Reagan vorschlug, das Haushalts-Rechnungsverfahren zu reorganisieren – ganz einfach um einen besseren Überblick darüber zu bekommen, wieviel geschuldet wird und in welchem finanziellen Zustand sich die Darlehensprogramme befinden – hat der Kongreß wenig getan, um es zu ändern.

Immerhin haben einige Mitglieder der Haushaltsausschüsse des Senats und des Repräsentantenhauses ihr Interesse daran bekundet, irgend etwas zu unternehmen, um die Haushaltsrechnungsführung in diesem Jahr zu ändern.

Unter einem Direktdarlehen-Programm vergibt die US-Regierung Darlehen zu Zinsfüßen, die unter dem Marktwert liegen. Die Farmers Home Administration zum Beispiel gewährt Darlehen an in Schwierigkeiten geratene Farmer zu Diskontsätzen, das heißt zu Sätzen, die unter dem Marktwert liegen.

Illusionen über das Defizit

Im Gegensatz dazu sichert das Darlehensgarantie-Programm die Verluste ab, die Banken und anderen privaten Geldverleihern gegenüber Darlehensnehmern entstehen. Diese Programme sind weit größer in der Anzahl und in ihrem Dollar-Wert als die Direktdarlehen-Programme und stellen nach Meinung von Haushaltsexperten für die Privatschatulle des Steuerzahlers eine weit größere Bedrohung dar.

Bis Ende September 1988 hatte die Regierung 530 Milliarden Dollar von diesen Anleihen garantiert, darunter 238 Milliarden für die Federal Housing Administration und 147 Milliarden an VA-Darlehen. Die Regierung hatte auch 41 Milliarden Dollar an Studenten-Darlehen und weitere 9,7 Milliarden Dollar für kleinere Geschäfte garantiert.

Wenn sie erstmals vergeben werden, haben Darlehensgarantien keine Auswirkungen auf den Haushalt. Sie werden im Haushaltsplan nur aufgeführt, wenn ein Verzug eintritt, der die Ausgabe von Steuergeldern erforderlich macht, um die Garantie gutzumachen. Bei einem Verzug oder Nichterfüllung wird das Geld des Steuerzahlers herangezogen, um an die Bank zurückzuzahlen, die das Darlehen gewährt hat.

Es ist nicht überraschend, daß Garantien immer populärer geworden sind, weil sie die Illusion erwecken, man habe das Defizit in der Gewalt.

»Man hat erlebt, daß Garantien platzen. Nun, irgendwann werden wir erleben, daß Nichterfüllungen auch platzen«, sagt Miß Eickhoff voraus.

In Wirklichkeit ist der einzige Grund warum die Regierung diese Darlehen garantiert darin zu sehen, daß immer mehr Darlehensnehmer in Verzug geraten und nirgendwo anders eine Finanzierung bekommen können, das heißt, ein kommerzieller Geldverleiher bereit ist, das Risiko zu übernehmen, daher schreitet die amerikanische Re-

gierung ein und beseitigt das Risiko für den Verleiher.

Keine Vorkehrungen für Verluste

»Von der Definition her erwartet man bei diesen Garantien Verluste, und ich sehe keinen Sinn darin, warum man keine Vorkehrungen für eine bestimmte Verlustsumme treffen sollte, wenn die Garantien gewährt werden«, sagte James C. Miller, ehemaliger Direktor des Office of Management and Budget und jetziger Leiter von Citizens for a Sound Economy (Bürger für eine gesunde Wirtschaft), einer Gruppe, die das öffentliche Interesse vertritt.

Wie andere Finanzfachleute will Miller, daß die Regierung die möglichen Verluste bei garantierten Darlehen einkalkuliert, wenn die Darlehen gewährt werden, und diese Summe dem Defizit hinzurechnet. Dann würden es sich die Gesetzesmacher zweimal überlegen, bevor sie irgendwelche neue Garantien bewilligen.

Die amerikanische Bundesregierung wird natürlich weitere Milliarden bei ihren Direktdarlehensprogrammen verlieren. In der Tat werden die Verluste wesentlich höher sein als derzeit geschätzt wird, meint Marvin Phaup, ein Beamter des Congressional Budget Office (Kongreß-Rechnungshof). Wie Phaup erläuterte: »Jedesmal wenn die Regierung mit von der Partie ist und verspricht, Zahlungen wieder gutzumachen, sind wir Verlusten sehr stark ausgesetzt«.

Die Farmers Home Administration ist das größte Direktdarlehensprogramm, mit einem Haushalt von 57,5 Milliarden, gefolgt von der Rural Electrification Administration (Ländliche Elektrizitäts-Verwaltung), die ein Budget von 33,2 Milliarden Dollar hat. Darlehen für ausländische Militärprogramme summieren sich auf 19,9 Milliarden und 11,2 Milliarden Dollar werden für die Export-Import-Bank beiseitegelegt.

Außerdem verschlingt die Small Business Administration 7,6 Milliarden Dollar im Jahr.

Um diese Direktdarlehensprogramme finanzieren zu können, gibt die Regierung Schatzbriefe heraus. Obwohl diese Beträge als Auslagen für das betreffende Jahr in den Büchern stehen und daher das Defizit erhöhen, werden in Wirklichkeit keine Steuergelder verwendet, wenn die Darlehen zurückgezahlt werden. Sind sie abgezahlt, dann verringert sich das Defizit um den gleichen Betrag.

Ein gesundes Wachstum bei den US-Schulden

Aber wenn jedoch ein Darlehensnehmer mit Darlehen in Verzug gerät, dann kann die Staatskasse nur weiter ausleihen, um die ursprüngliche Ausgabe zu decken, ohne den Verlust anzuerkennen. Und wenn das eintritt, dann wird das Geld des Steuerzahlers verwendet um den Unterschied wettzumachen, und das Defizit erhöht sich.

Die Dinge laufen ruhig weiter, bis das Defizit an Zinszahlungen eine akute Unterdeckung für das Programm das die Darlehen gewährt verursacht. Dann muß mehr Geld in Form von Bewilligungen durch den Kongreß oder durch Schuldenverschreibungen beschafft werden, um das Programm mit seinem Netzwerk von Darlehensnehmern über Wasser zu halten.

Letztendlich ist jedoch die Summe, die man im Gedächtnis behalten muß, jene 14 Billionen Dollar und mehr, für die die amerikanische Regierung in Wirklichkeit haftet. Der Anstieg der US-Bundesschuld war, gelinde gesagt, explosionsartig; er hat sich in den letzten acht Jahren verdreifacht. Das Wachstum der garantierten Darlehensprogramme war sogar noch schneller und ist möglicherweise verheerender.

Da diese Programme für Darlehensnehmer geschaffen werden, die sonst nirgendwo ein Darlehen bekommen können, sollte man daher nicht zu sehr überrascht sein, wenn einige Darlehen in die Hose gehen. Man kann nur hoffen, daß sie nicht alle auf einmal in die Hose gehen. Schließlich sind 14 Billionen Dollar kein Pappenstiel. Die Summe reicht in der Tat aus, um bei der augenblicklichen Ausgabenrate alle amerikanischen Regierungsunternehmen bis zum Jahr 2003 zu finanzieren. □

US-Dollar

Japaner kaufen die USA

Richard Scales

Die amerikanische Geldpolitik hat offensichtlich Japans Meteorartigen Aufstieg als Finanz-Supermacht beschleunigt und es der winzigen Inselnation ermöglicht, in einen massiven Aufkauf der Vereinigten Staaten einzusteigen.

Vor drei Jahren trafen die Vereinigten Staaten in ihrem Bemühen, das Handelsdefizit mit Japan zu verringern, Maßnahmen zur Aufpolsterung des japanischen Yen, indem sie den Wert des Dollar im Verhältnis zur japanischen Währung verringerten. Man glaubte seinerzeit, daß ein billigerer Dollar die Kosten für amerikanische Produkte in Japan verringern und diese dadurch für japanische Käufer attraktiver machen würde.

Endergebnis war ein wirtschaftliches Bonanza

Beamte der alten Reagan-Regierung meinten, dies würde Amerikas Handelsdefizit mit Japan verringern. Obwohl sie bei diesen Bemühungen einen minimalen Erfolg hatten, war das Endergebnis für die Japaner ein wirtschaftliches Bonanza.

»Die Geschichte begann mit amerikanischem Druck und japanischem Widerstand«, sagte Akio Kohno, Professor für Wirtschaft an der Sophie-Universität in Tokio. »Aber das Ergebnis war für Japan absolut günstig.«

Der Anstieg des Yen gestattete es Japan, das Wirtschaftswachstum im Inland anzufeuern. Der niedrigere Wert des Dollar verbilligte nicht nur die amerikanischen Einfuhren, sondern auch amerikanische Immobilien und Geschäfte in Yen.

Ausgestattet mit dieser erhöhten Kaufkraft, starteten die Japaner einen ehrgeizigen Feldzug, um amerikanische Immobilien und Gesellschaften, sowie amerikanische Aktien und Schuldverschreibungen aufzukaufen.

Ironischerweise sind dies durch das amerikanische Handelsdefizit verlorene amerikanische Dollar, die auf diese Weise nach Hause zurückkehren.

Im ersten Halbjahr des Jahres 1988 zum Beispiel kauften die Japaner 96 ausländische Gesellschaften zu einem Preis von insgesamt 9 Milliarden Dollar auf, wie die Bank von Japan berichtet. Gegen Ende des Jahres 1988 erreichten die japanischen Aufkäufe ausländischer Gesellschaften einen Gesamtwert von 16 Milliarden Dollar.

Ein Großteil dieser japanischen Neuerwerbungen kamen aus den Vereinigten Staaten. In vielen Fällen konnten japanische Firmen diese Gesellschaften aufkaufen, indem sie einfach ihre amerikanischen Rivalen überboten, oder indem sie zögernden Verkäufern soviel Geld boten, daß diese dies einfach nicht ausschlagen konnten.

Jeden Monat kommen die Japaner Wertpapiere kaufen

Ein Vorteil des Aufkaufs dieser amerikanischen Gesellschaften ist darin zu sehen, daß der japanische Käufer gleichzeitig Hochtechnologie erwirbt, ohne sich mit der beschwerlichen und zeitraubenden Forschung und Entwicklung den Kopf zu zerbrechen.

Die Japaner haben mit ihrer Bereitschaft, hohe Preise für den

US-Dollar

Japaner kaufen die USA

Aufkauf von Geschäfts- und Wohneigentum in den Vereinigten Staaten zu zahlen, auch die Kosten amerikanischer Immobilien in die Höhe getrieben.

»Die wichtigsten Dinge, die wir von Amerika kaufen können, sind Land, Gesellschaften und Gebäude«, sagte Kenichi Ohmae, Generaldirektor von McKinsey & Company.

Was aber vielleicht noch bedeutsamer ist: Den Japanern gehören 16,9 Milliarden an ausländischen Aktien und 73 Milliarden Dollar an ausländischen Schuldverschreibungen, von denen die meisten amerikanischer Natur sind. Sie verleihen in der Tat durch Aufkauf von Eigenbeständen an Wertpapieren soviel Geld an die Vereinigten Staaten, daß sie nun in der Lage sind, beträchtlichen wirtschaftlichen Druck auf die USA auszuüben.

Jeden Monat, wenn amerikanische Eigenbestände an Wertpapiere verhökert werden, zittern amerikanische Regierungsbeamte vor Furcht, daß die Japaner ganz einfach einmal nicht zum Kaufen kommen. Aber bislang haben sie das getan.

Die Japaner könnten jedoch die Finanzierung der Schulden zurückschrauben, wenn sie mit den amerikanischen Bemühungen, das Haushaltsdefizit zu verringern, ungeduldig werden.

Sie sind bereits bei der amerikanischen Regierung vorstellig geworden, um diese zu veranlassen, ihr Defizit zu verringern, und sie drängen auch bei der Regierung darauf, Amerikaner tatkräftig dazu zu ermuntern, weniger auszugeben und mehr zu produzieren und zu sparen.

Indessen waren die Japaner bestrebt, Befürchtungen, daß sie ihren Einfluß geltend machen werden, um die Vereinigten Staaten dazu zu zwingen, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern, herunterzuspielen.

»Japanische Finanzinstitute sind Gefangene des amerikanischen Marktes«, sagt Kazuo Nukazawa, Direktor der internationalen Abteilung von Keidanren, Japans größte Big-Business-Organisation. »Wenn man zuviel Geld verleiht, hat man ein lebenswichtiges Interesse daran, daß das betreffene Land gesund bleibt, und von daher gesehen muß man zur Zusammenarbeit bereit sein.«

Japan hat die USA endgültig überrundet

Es ist nicht überraschend, daß einige amerikanische Politiker und Wirtschaftler der Entscheidung der Reagan-Regierung vor drei Jahren den Yen zu festigen, und ihrer damaligen Wirtschaftspolitik im allgemeinen äußerst kritisch gegenüberstehen.

In der Tat liegt die schärfste Kritik an der Steuerpolitik dieser Regierung darin, daß 1981, am Beginn der Amtszeit Reagans, die Vereinigten Staaten noch die größte Gläubigernation der Welt waren, mit einem positiven Kontostand gegenüber anderen Nationen von über 200 Milliarden Dollar. Jetzt sind die Vereinigten Staaten die größte Schuldnernation.

Ende 1987 schuldeten die Vereinigten Staaten Ausländern bereits fast 400 Milliarden Dollar, und gegen Ende des Jahrzehnts wird die Auslandsverschuldung 800 bis 900 Milliarden Dollar erreichen – 4000 Dollar für jeden amerikanischen Bürger.

»Ich glaube, die Regierung sah darin (Senkung des Dollars gegenüber dem Yen) eine Schnellreparatur des Handelsproblems«, sagte der Republikaner Richard A. Gephardt, der lange über japanische Handelsbanken geschimpft hatte.

»Ich sage nicht, daß keine Anpassung notwendig war. Aber wir erlebten eine ungeheure Abwertung des Dollars und Aufwertung des Yen, und haben es immer noch mit einem Handelsdefizit von 52 Milliarden Dollar zu tun«.

In der Tat konnte man vor Jahren für 240 Yen einen Dollar kaufen, aber Ende 1988 nur 120 Yen für einen Dollar. Und jetzt versuchen die Vereinigten Staaten natürlich, den Dollar zu festigen.

Der erhöhte Wert des Yen hat auch Japans Fähigkeit, den internationalen Handel zu formen, gesteigert. Japan hat jetzt tatsächlich die Vereinigten Staaten als weltgrößter Geber von Auslandshilfe überflügelt, und dies verleiht dem Lande die Macht, die Volkswirtschaften der dritten Welt zu beeinflussen.

Der erfolglose amerikanische Präsidentschaftskandidat Richard Gephardt traf mit dem japanischen Premierminister Noboru Takeshita in Tokio zusammen. Er wollte die Japaner überzeugen, die Handelsbeschränkungen zu erleichtern.

Das Land formuliert derzeit seine unabhängige Politik, mit den Schulden der dritten Welt fertig zu werden, selbst und verlangt ein verstärktes Stimmrecht im Internationalen Währungs-Fonds (IWF).

Die Verschiebung der Wirtschafts-Schwerpunkte

Japans wirtschaftliche Hebelwirkung auf benachbarte asiatische Länder hat sich in den letzten drei Jahren deutlich verstärkt. Die Stärke des Yen hat die Kosten für die Herstellung vieler Produkte in Japan unerschwinglich gemacht, und deswegen hat Japan seine Investitionen in Asien, vor allem in Taiwan und Südkorea stufenweise erhöht.

Japanische Investitionen in Asien beliefen sich Ende März 1988 auf insgesamt 26,7 Milliarden Dollar, und liegen damit an zweiter Stelle nur noch hinter den Vereinigten Staaten, die bis Ende des gleichen Monats 50 Milliarden Dollar investiert hatten.

Japans Hervortreten als wirtschaftliche Supermacht ist zeitgleich mit der Industrialisierung Asiens. Vor noch nicht langer Zeit war die Region fast ausschließlich ein Markt für japanische Ausfuhren, doch jetzt herrscht ein lebhafter Handelsaustausch zwischen Japan und seinen Nachbarn.

Gegen Ende März 1988 hatte Japan Produkte aus Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur und Thailand im Werte von 22,5 Milliarden Dollar gekauft. Dies alles bedeutet, daß sich die Industriebasis der Welt von Osten nach Westen bewegt, wie viele Beobachter der Wirtschaft und der Politik bemerken.

»Eine weltgeschichtliche Veränderung, die weitgehend unbemerkt und ohne Stellungnahme blieb, ist die Verschiebung des Schwerpunkts der Wirtschaftsmacht vom Westen nach Osten«, schreibt der politische Kommentator Ivan Benson. »Es ist eine Verschiebung, die sich mit ständig steigendem Tempo fortsetzen kann. □

Drogen

Neue Wachstums-Industrie

Warren Hough

Der Multi-Milliarden-Drogenhandel floriert in der ganzen westlichen Welt einschließlich den Vereinigten Staaten allein schon aus der Zusammenarbeit höchster Regierungsspitzen, dem Banken-Establishment und den Medien. Der Drogenhandel ist zu einem weltweiten Verbrauchsgüter-Kartell angewachsen. Im vergangenen Jahr wühlte er auf weltweiter Ebene Rekordeinnahmen von schätzungsweise 500 Milliarden Dollar auf, wie aus einer von der Organization for Economic Cooperation and Development herausgegebenen neuen Übersicht hervorgeht.

Ein Beispiel für die neue Wachstums-Industrie ist Florida. Drogen sind die führende Industrie in diesem US-Bundesstaat, und sie pumpen allein sechs Milliarden Dollar pro Jahr in die Wirtschaft dieses amerikanischen Sonnen-Staates. Dies übertrifft sogar die Zitrusfrucht- und die Touristen-Industrie. Nach Meinung einer dortigen Staatsanwältin, Steve Schlessenger, »würde der Staat zu einem Brachland werden«, wenn das Drogenproblem über Nacht einer Lösung zugeführt werden würde. Damit wurde zum ersten Mal festgestellt, daß ein amerikanischer Bundesstaat abhängiger von Drogen-Dollar als von irgendeiner anderen Einnahmequelle ist.

Der Drogenmarkt blüht, wächst und gedeiht

»Drogen sind eine Sorge, die ständig wächst und gedeiht, weil sie von oben geschützt werden«, behauptet Captain Jacques Dutourd, ein französischer Spezialist des Nachrichtendienstes für das Drogenwesen, der in den Vereinigten Staaten an einem langjährigen gemeinsamen Gesetzesvollzugsprogramm arbeitet, das vom US-Justizministerium gefördert wird.

»In Südostasien und Lateinamerika genießt dieses illegale Geschäft die heimliche Unterstützung von Bank-Generaldirektoren und Militärbeamten. Sogar in Mexiko, in vieler Hinsicht eine große moderne Nation, sind der Verteidigungsminister und einige seiner Hauptmitarbeiter als Beschützer von ausgedehnten Drogenverteilernetzen erkannt worden.«

Der Kokain-, Heroin- und Marihuanamarkt blüht, ist die einhellige Meinung von Gesetzesvollzugsbeamten, weil er sich zu einer mächtigen Infrastruktur entwickelt habe.

»In den Massenmedien werden Dealer und Schieber als gewöhnliche Verbrecher dargestellt«, sagt Dr. Terrence Prescott, der in den Nixon- und Ford-Regierungen als Drogenberater diente. »In Wirklichkeit setzt sich das steinreiche Kartell aus drei ineinandergreifenden Netzen zusammen.«

Die Netzwerke eines steinreichen Kartells

Unredliche hohe Bürokraten, die mit internationalen Megabankern und milliardenschweren Drogenmagnaten Hand in Hand arbeiten, sind die inneren Kreise, die den Drogenhandel am Laufen halten, sagen Prescott und andere Beobachter.

Darüber hinaus wird dies alles möglich gemacht durch das Schweigen der Medien über dieses Thema und ihre Weigerung einmal in die inneren Verhältnisse dieser Kreise hineinzuschauen.

Mexiko ist jedoch nicht die einzige »große und moderne Nation«, wo hochstehende Bürokraten des nationalen Sicherheitsdienstes in diesen illegalen Handel verwickelt sind, heißt es aus Informationsquellen.

Wie berichtet wird, deckte der ehemalige US-Leutenant Col James »Bo« Gritz Beweismittel auf, die den stellvertretenden Verteidigungsminister der Reagan-Regierung, Richard Armitage, und andere Regierungsbeamte mit dem internationalen Drogenhandel in Verbindung brachten.

»Diese Beamten verschaffen sich Geld durch den Drogenhandel um damit heimliche Militäreinsätze und Waffenverkäufe zu finanzieren«, teilte Gritz Journalisten mit.

Im Laufe der Zeit machen viele US-Bürokraten persönliche Gewinne aus dem asiatischen Drogenhandel, klagte Gritz, der ein höchstausgezeichneter Offizier der Special Forces, einer Sondereinheit im Vietnamkrieg, an.

Gritz erfuhr von der angeblichen Verwicklung der Regierung in den asiatischen Drogenhandel im November 1986, als er sich in Burma aufhielt und mit dem burmesischen Drogen-Häuptling General Khun Sa Gespräche über amerikanische Kriegsgefangene führte.

Gritz zeichnete die von Khun Sa erhobenen Beschuldigungen auf drei Videobändern auf und verbreitete diese Bänder an führende Politiker des US-Kongresses und an die Dienststellen des Präsidenten Ronald Reagan sowie des Vizepräsidenten George Bush. Aber anstatt eine Untersuchung der von Khun Sa erhobenen Beschuldigungen einzuleiten, sagte Gritz, »hat die amerikanische Regierung versucht, mich zum Schweigen zu bringen«.

Die offensichtliche Frage lautet, warum die US-Regierung es ablehnt, die Anklagen auch nur zu prüfen.

Jüngste Ereignisse fördern offenbar eine Art Antwort darauf zutage. Es kam heraus, daß der ehemalige Staatssekretär, Fred Ikle, ein im Ausland geborener undurchsichtiger Bürokrat, der lange Zeit Armitages Chef im Verteidigungsministerium war, durch eine Verwandte und enge Vertraute, nämlich seine Cousine Elizabeth Kopp, geborene Ikle, mit der Drogenunterwelt in Verbindung stand.

Ein Beispiel wie im Bilderbuch

Der Fall Ikle, der sich in der Schweiz zu einem Riesenskandal ausgeweitet hat, ist ein »Bilderbuch-Beispiel« für die Verstrikkung von korrupten Beamten und Megabankern in die Unterwelt der Drogen.

Elizabeth Ikle-Kopp trat am 10. Januar 1989 als Schweizer Polizei- und Justizminister zurück, nachdem die Regierung einen Sonderstaatsanwalt damit beauftragt hatte, ihre Verbindungen mit einem ausgedehnten internationalen Drogenverteilerring zu untersuchen, zu dem wie es heißt, auch ihr Ehemann der Rechtsanwalt Hans W. Kopp gehörte.

Einige der größten Schweizer Großbanken, darunter Crédit Suisse und die Union Bank of Switzerland, sind angeblich ebenfalls in diese Affäre verwikkelt, die Schweizer Ermittlungsbeamte als den größten Drogenfall der Justizgeschichte bezeichneten.

Gegenstand der Ermittlungen sind riesige Ladungen von Heroin und Kokain, die wie es heißt, von einem Milliardärs-Syndikat italienischer und libanesischer Drogenmagnate in die Vereinigten Staaten geschmuggelt wurden. Die gemeinsam geführte, von Hans Kopp und Elizabeth Ikle in der Schweiz gegründete Anwaltspraxis diente angeblich als Fassade für kriminelle Tätigkeiten.

Der Fall Ikle-Kopp ist »eine Blaupause für die Art und Weise in der höchste Regierungsbeamte, führende Banken und Verbrechersyndikate gemeinsame Sache machen, um Milliarden-Dollar-Drogenmärkte einzurichten«, erklärte ein den Ermittlungsbehörden nahestehender Untersuchungs-Berichterstatter. □



Drogen

Der Name war ein Losungswort

Warren Hough und James Harrer

Die Entdeckung, daß ein hoher amerikanischer Staats-Sicherheitsbeamter und mächtiger Insider des Weißen Hauses in die Unterwelt der Drogen und des schmutzigen Geldes verstrickt war, hat hinter der politischen Kulisse der US-Regierung und unter amerikanischen Bundesfahndern eine Welle der Empörung ausgelöst.

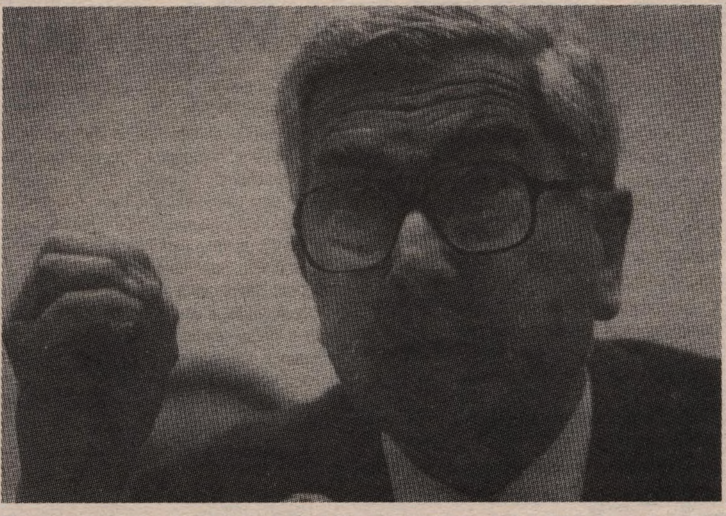
Prüfungsbeamte des amerikanischen Kongresses sind dabei, sich mit Fred Ikle, einen undurchsichtigen, im Ausland geborenen Bürokraten, der als eine der einflußreichsten Persönlichkeiten im amerikanischen Verteidigungsministerium hervorgetreten war, als er während der längsten Zeit der Reagan-Ära als Staatssekretär für Verteidigungspolitik diente, noch einmal eingehend zu befassen.

Die Probleme der Familie Ikle und Kopp

»Ikle gilt unter Insidern als der ausgesuchteste Washingtoner Machtspieler«, behauptet der Fernseh-Journalist Emile Fallaux. »Sein Name war ein Losungswort zum innersten Kreis des Weißen Hauses. Niemand konnte erwarten, daß er einmal mit düsteren Schlagzeilen über Verbrechen in Verbindung geraten würde.«

Laut Recherchen und Auskünften bei Nachrichtendiensten ist genau das in der Schweiz geschehen, wo Ikles Cousine Elizabeth Kopp in einen schweren Skandal verwickelt ist. Als erste Frau, die jemals in der Schweizer Bundesregierung in den Kabinettsrang erhoben wurde, diente sie seit 1985 als Polizei- und Justizminister.

Jetzt wurde Frau Kopp zum Rücktritt gezwungen und es wird über tiefgreifende Korruption berichtet. Insbesondere darüber, daß die private Anwaltskanzlei, die sie mit ihrem Ehemann, dem Rechtsanwalt Hans W. Kopp, betrieb, die Fassade für eine lasterhafte Drogen-Sippschaft war.



Fred Ikle, eine undurchsichtige einflußreiche Person in der amerikanischen Politik, ist mit der ehemaligen Schweizer Ministerin Elizabeth Kopp verwandt.

Widerliche Gerüchte über ihre beruflichen Ethik und ihre Privatgeschäfte haben die Kopps ein Jahrzehnt lang verfolgt. 1977 gründeten sie eine Spekulationswagnis-Kapitalgesellschaft, die als Trans-K.B. Ltd. bekannt war.

1979 brach das Unternehmen zusammen und hinterließ über 10 Millionen Dollar an Verlusten für zornige Kapitalanleger, und es blieben eine Reihe von bisher unbeantworteten Fragen, wo genau das Geld hinfloß.

Ermittlungsbeamte teilten mit, daß die Kopps Trans-K.B. und eine Anzahl weiterer Geschäftsunternehmen seit damals in Partnerschaft mit einem prominenten Anwalt aus Lausanne betrieben wurde, gegen den jetzt wegen seiner Rolle in dem Guinness-Aktien-Skandal, mit Verästelungen bis in die Bank Leu und in Gold- und Kunstwerk-Schmuggelgeschäfte hinein, ermittelt wird.

Die Vorgeschichte der Affäre

Dieser Anwalt wurde jetzt von Ermittlungsbeamten mit den illegalen Auszahlungen, angeblich in Zusammenhang mit der durch den unumstrittenen israelischen Unternehmer Bruce Rappaport und E. Robert Wallach, Freund des ehemaligen amerikanischen Generalstaatsanwalts Edwin Meese, organisierten Förderung einer irakischen Pipeline in Verbindung gebracht.

»Die Vorgeschichte der Affäre geht zurück auf das Jahr 1986, als das US-Justice Department ein Verfahren eröffnete, das sich zu einem der längsten und teuersten Drogen-Prozesse entwikkeln sollte, die sogenannte Pizza-Connection-Affäre«, erinnerte sich Emmet T. Ganvin, ein ehemaliger staatlicher US-Untersuchungsbeamter, der jetzt als privater halbamtlicher Berater tätig ist.

»Es hat 17 Monate gedauert und fast 50 Millionen gekostet, um die 22 Personen des organisierten Verbrechens auf der Anklagebank des illegalen Drogenhandels und der Geldwäsche in großem Ausmaß zu überführen«.

Darüber hinaus, während die meisten der Angeklagten ins Gefängnis wanderten, ging jede Spur ihrer gewaschenen Beute, die auf rund 1,7 Milliarden Dollar geschätzt wird, verloren. Sie wurde erst im vergangenen Juli wieder sichtbar, als zwei berüchtigte internationale Dealer aufgrund des Hinweises eines Informanten in der Schweiz verhaftet werden konnten.

Beide Tatverdächtige, Yasar Musullulu und Oliviero Tognoli, standen auf der Fahndungsliste des FBI. Obwohl sie seinerzeit flüchtig waren, standen ihre Namen an oberster Stelle unter den im Verlauf des Pizza-Connection-Prozesses bekanntgewordenen Drogenmagnaten.

Obwohl die Schweizer Behörden die Affäre mit außergewöhnlicher Geheimhaltung belegt haben, war zu erfahren, daß Musullulu sich entschlossen hatte, auszusagen, als ihm eine Ausweisung in die Vereinigten Staaten drohte.

Was er enthüllte, verursachte »bei der Schweizer Regierung beinahe einen kollektiven Herzanfall«. Eine ausgesuchte Mannschaft erfahrener Polizeibeamter wurde zusammengestellt, um nach Musullulus Enthüllungen die Spur weiter zu verfolgen.

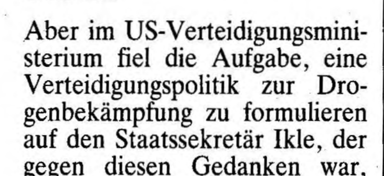
Ihre Fahndung führte zu der Shakarchi Trading Company, ein gedeihliches internationales Konglomerat, das eine Kette von Geldwechsel- und Goldhandels-Filialen in der Schweiz, in Frankreich, in der Türkei und im Libanon betrieb, wo die Firma inmitten eines Klans von internationalen Finanziers und Goldhändlern ihren Ursprung hatte.

»Die Polizei ermittelte, daß das weitreichende Shakarchi-Konsortium eine riesige Geldwäscherei für Hunderte von Millionen Dollar an Drogengewinnen war«, sagte ein Untersuchungsbeamter des US-Kongresses, der sich auf Einhaltung der Drogengesetze spezialisiert hat.

»Die Spur von Koffern gefüllt mit Bargeld führte zu der vornehmen Züricher Anwaltskanzlei, die von einem erfolgreichen aus Ehemann und Ehefrau be-

stehenden Anwalts-Team – Hans Kopp und seine Gattin Elizabeth Ikle-Kopp, eingerichtet worden war«.

Die Spur der Koffer mit Bargeld



lern abzudichten«, erinnerte sich Granvin.

Aber im US-Verteidigungsministerium fiel die Aufgabe, eine Verteidigungspolitik zur Drogenbekämpfung zu formulieren auf den Staatssekretär Ikle, der gegen diesen Gedanken war,



Der Schweizer Anwalt Hans Kopp und seine Frau Elisabeth, geborene Ikle.

Nachdem Frau Kopp bis zur Leiterin des Schweizer Bundes-Gesetzvollzugs aufgestiegen war, so verlautet aus diesen Informationsquellen, erhaschte ihr Ehemann eine lukrative Stellung: Er wurde zum leitenden Vizepräsidenten und Generaldirektor der Schweizer Filiale des Shakarchi-Konglomerats ernannt – angeblich die Schlüsseleinheit in einem riesig großen, weltweiten Geldwäsche-Netz.

Da der Name Kopp der Firma Shakarchi ein Fluidum der erhabenen Achtbarkeit verlieh, wurden die führenden Banken der Schweiz, darunter die hochangesehene Crédit Suisse und Union Bank of Switzerland, in deren Geldwäsche-Operationen mit hineingezogen.

»Mit einer Niederlassung wie die der Kopps an der Hand könnte man die gesamte Staatsschuld der Vereinigten Staaten waschen und damit davonkommen«, sagte Granvin. »Das Ende vom Lied war, daß die Vereinigten Staaten mit billigen, wirksam finanzierten Drogenvorräten überflutet wurden. Dies wiederum rief ärgerliche Reaktionen seitens des Kongresses hervor«.

Um die Flut von Heroin und Kokain einzudämmen, wies der Kongreß das amerikanische Verteidigungsministerium an, beim Drogenverbot mitzuwirken. »Man wollte, daß die Armee mithelfen sollte, die Grenzen gegen den Schwarm von Schmugg-

verlautet aus den Nachrichtenquellen.

Familienbande zur Drogen-Unterwelt

»Eine Mannschaft von Fachleuten, Zahlenzerquetschern und Unterweisungsbeamten wurde zusammengestellt, um Versuche seitens des Kongresses, die Dienststellen in irgendeinen Aspekt des Drogenbekämpfungsprogramms der Regierung hineinzuziehen, abzuwehren«, sagte Peter de Groot, ein ehemaliger Assistent des US-Senats, der gerade dabei ist, ein Buch über den Heroinhandel zu schreiben.

»Am Ende hatten Ikles Sprecher im Senat die Kongreßführung solange an der Nase herumgeführt, daß die Armee aus dem landesweiten Kampf gegen Drogen herausgehalten wurde«, sagte de Groot.

Nun wollen sich die widerstrebenden amerikanischen Gesetzesmacher einmal näher mit Ikle befassen. »Wir dachten über ihn als einen mächtigen Bürokraten«, sagte der Untersuchungsbeamte des US-Kongresses. »Wir hatten keine Ahnung davon, daß er Familienbande zur Drogen-Unterwelt unterhielt. Ich bin sicher, daß es eine Überprüfung der Rolle geben wird, die Ikle in der Drogen-Debatte gespielt hat und in einer Reihe von anderen strittigen Punkten.« □

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Nicole Franke-Gricksch (Medizin), Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats. Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verlag Diagnosen GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11.

ISSN 0932-3473

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 26. April 1989 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Devisenmärkte

Uneinigkeit über den Dollar

C. Gordon Tether

Uneinigkeit herrscht bei den schrittmachenden Länder auf dem Währungsgebiet über solch schwerwiegende Fragen, wie zum Beispiel sich die Zinssätze am günstigsten entwickeln sollen. Die Eingriffe der Zentralbanken auf miteinander abgestimmter Grundlage zur Eindämmung von Spekulationen sind in den vergangenen Monaten ein hervorstechendes Merkmal der internationalen Devisenmärkte geblieben. Das deutet zweifellos darauf hin, daß zwischen den führenden Industrienationen immer noch eine Vereinbarung darüber besteht, daß von übermäßigen Bewegungen bei den Wechselkursen abgeraten werden sollte. Dies kann aber nicht so verstanden werden, daß eine breite Einigung darüber besteht, wo jene Wechselkurse am besten zum Steigen kommen sollten.

Wie weit die Meinungen in dieser Angelegenheit auseinandergehen können, wird durch kürzlich erfolgte Ankündigungen auf beiden Seiten des Atlantiks darüber erhellt, welchen Kurs der Dollar am günstigsten einschlagen sollte, jetzt, wo er im Sinne der wichtigsten europäischen Währungen eine bedeutende Abwertung gegenüber seinem Stand in der Mitte der achtziger Jahre erlitten hat.

Amerikanische Güter sind konkurrenzfähiger

Der Gouverneur der Bank von England sprach zweifellos im Namen aller Länder der Europäischen Gemeinschaft, als er bei einem Zusammentreffen von Devisenhändlern erklärte, es gebe keinen Grund dafür, warum der Dollar nach unten gehen sollte, und es sei besser, wenn er nicht nach unten sich bewegen würde.

Die Bundesrepublik, Großbritannien und die anderen führenden europäischen Länder fühlen deutlich, daß der bereits eingetretene Dollar-Verfall dazu bestimmt ist, amerikanische Güter konkurrenzfähiger zum Wohl ihrer eigenen Erzeuger zu machen; was besagt, daß jede weitere Abwertung ernste Probleme für die europäischen Volkswirtschaften heraufbeschwören könnte.

Das Weiße Haus neigte seinerseits bis ziemlich spät in die Zeit der Reagan-Regierung hinein dazu, jede Tendenz des Dollar zum Abfall vom Wohlwollen im internationalen Sinne zu bedauern. Aber jetzt, wo dies eingetreten ist, scheinbar ohne das finanzielle Image der Vereinigten Staaten in einem merklichen Ausmaß zu beeinträchtigen, scheint Washington seine Ansicht hierüber radikal geändert zu haben.

Diese Ansicht besteht darin, daß, vorausgesetzt daß dies in würdiger Weise erreicht werden kann, jede Hilfe, die eine Wechselkursanpassung in der Angelegenheit der Beseitigung des erheblichen Defizits in der amerikanischen Zahlungsbilanz beisteuern kann, willkommen ist. Als Folge davon erlebten wir, daß ein führendes Mitglied der neuen Bush-Regierung dahingehend argumentierte, daß eine weitere Beschneidung des internationalen Wertes des Dollar bis zu 25 Prozent vonnöten sei.

Keine Rücksicht auf mögliche globale Folgen

Kurz gesagt: Es gibt keine internationale Übereinstimmung darüber, was amtlicherseits am besten getan werden sollte, um das Verhalten des wichtigsten Elements in der Struktur der Wechselkurse der Welt zu beeinflussen, nämlich das Verhältnis zwischen dem Dollar und den anderen führenden Währungen. Ebensowenig Einverständnis herrscht in der Frage der Beziehungen zwischen den Schlüsselzinssätzen.

Und da man sich jetzt so stark auf geldliche Waffen verläßt, um die Volkswirtschaften gleich schwer zu belasten, kann die Bedeutung dieses leeren Raumes für die wirtschaftliche Zukunft der Welt im allgemeinen und die einzelnen Länder im besonderen kaum übertrieben werden.

Jetzt, wo die Inflation in vielen Teilen der fortgeschrittenen Welt wieder ihr häßliches Haupt zu heben beginnt – im allgemeinen Ablauf in den Ländern der dritten Welt hat die Inflation ohnehin kaum eine Tendenz zum Abflauen gezeigt –, ist man plötzlich schnell mit einer Entschuldigung für das stufenweise Anheben der Zinssätze bei der Hand.

Bezeichnend daran ist die Tatsache, daß man sich dieses Mittels in einer Weise bedient hat, in der wenig oder keine Rücksicht auf die möglichen Folgen für das globale wirtschaftliche Klima oder die wirtschaftliche Zukunft einzelner Nationen genommen wurde.

Der massive Anstieg der britischen Zinssätze, der von der Thatcher-Regierung mit dem höchst fraglichen Argument in die Wege geleitet wurde, es gebe absolut keinen anderen Weg, um mit den aufkommenden Inflationsproblemen fertig zu werden, ist ein typisches Beispiel dafür.

Eine Verhärtung der Zinssätze auf der ganzen Welt herbeiführen

Angesichts der lebenswichtigen Rolle, die London in der Abwicklung des internationalen Geldgeschäfts spielt, muß eine Entwicklung dieser Art unweigerlich andere Länder unter Druck setzen, defensive Anpassungen ihrer eigenen Zinssätze vorzunehmen, und die ungeachtet dessen, ob es ihren eigenen heimischen Wirtschaftsinteressen dient oder nicht.

Mit anderen Worten, es ist beabsichtigt, eine Verhärtung der Zinssätze auf der ganzen Welt herbeizuführen, und zwar auf Kosten einer Druckausübung auf das Wirtschaftswachstum nach unten. Gleich bedeutsam ist der mögliche Einfluß des britischen Verhaltens auf die wirtschaftliche Erfahrung der Länder, die sich zufällig in einer besonders verwundbaren Lage befinden.

Indem man Großbritannien für das Geld, das auf dem Weltmarkt für flüssige Zahlungsmittel zirkuliert, zu einem außergewöhnlich kräftigen Magneten macht, laufen Londons hohe Zinssätze notgedrungen darauf hinaus, das amerikanische Problem, die zur Stopfung der Lükke in der Zahlungsbilanz erforderlichen Devisen anzulocken, zu erschweren.

Die Bühne für den Wirtschaftskrieg ist aufgebaut

Seitdem Mrs. Thatchers Schatzkanzler gesagt hat, daß die britischen Zinssätze wahrscheinlich das ganze Jahr 1989 hindurch hoch bleiben oder vielleicht sogar noch höher steigen werden, kann Washington daher sehr wohl dazu gezwungen werden, gleiche Maßnahmen zu treffen – und dabei alle Strafmaßnahmen für die heimische Wirtschaft in Kauf zu nehmen, die dieses Vorgehen mit sich bringen würde.

Man geht daher wohl nicht zu weit, wenn man sagt, daß die Bühne für den Ausbruch eines internationalen Wirtschaftskriegs aufgebaut wird, eines Krawalls von möglicherweise viel ernsthafterer Natur als der, der kürzlich durch den Bann auf gewisse amerikanische Nahrungsmittel-Ausfuhrgüter seitens der Europäischen Gemeinschaft ausgelöst wurde.

Die Bush-Regierung tut vielleicht gut daran, sich diese Situation genauer zu betrachten und gleichzeitig Amerikas Partner zu Rate zu ziehen, ob es nicht wünschenswert ist, zu verhindern, daß die Manipulation der Zinssätze bei der Gestaltung des wirtschaftlichen Schicksals der Welt eine noch größere Rolle spielt, als das jetzt schon der Fall ist. □

Banker

Die Ausbeutung Jugoslawiens

Martin Burns

Im Oktober vergangenen Jahres machte Jugoslawien Schlagzeilen. In der süd-jugoslawischen Provinz Kosovo, die an Albanien angrenzt, waren die sich dort in der Minderheit befindlichen Serben angeblich das Opfer von Brutalitäten seitens der albanischen Volksgruppe, die 90 Prozent der Bevölkerung dieser kleinen Provinz ausmachen. Aber anderswo wurden die Serben, rund 8,1 Millionen oder etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens von 24 Millionen, als Unterdrücker angesehen.

Kroaten und Slowenen, die vorwiegend im nördlichen Teil des Landes beheimatet sind und einen deutlich höheren Lebensstandard als das übrige Land genießen, sind dagegen, daß sie das ganze übrige Jugoslawien subventionieren müssen.

Rote unterdrücken die Nationalitäten

Sieben größere Volksgruppen werden gegen den Willen dieser Völker in einem kommunistischen Staat zusammengehalten. Das US-Nachrichtenmagazin »Newsweek« nennt dieses totalitäre Arrangement Jugoslawien »eher einen Kompromiß als ein Land«. Trotzdem ist es für die Establishment-Presse einfach unzulässig über die »Zerstückelung« Jugoslawiens in seine einzelnen Volksgruppen nachzusinnen. Das würde die »Dinge durcheinanderbringen«. Es könnte auch die Tschechen und Slowaken ermutigen, die Tschechoslowakei zu »zerlegen«, die Manschurianer und Tibetaner, sich von Rotchina loszumachen, die Esten, Letten, Litauer, Armenier und andere Volksgruppen von der »Union« der sowjet-sozialistischen »Republiken«.

Eine Folge davon wäre, daß dann Jugoslawien und andere aufgeteilten Ostblock-Staaten noch weniger in der Lage wären, ihren Schuldenverpflichtungen beim internationalen Banken-Establishment nachzukommen.

Jugoslawien schuldet ausländischen Kreditgebern 21 Milliarden Dollar. Wie sollte diese Schuldensumme unter den sieben Nachfolger-Ministaaten aufgeteilt werden?

Ein Grund weshalb Jugoslawien in Schwierigkeiten ist, muß darin gesehen werden, daß es versucht hat, ein »unabhängiger« kommunistischer Staat zu sein – unabhängig von der sowjetischen Planetenbahn. Es hielt sich vom Warschauer Pakt und Comocon fern und zog statt dessen eine eigene Außenpolitik vor und richtete seine Wirtschaft auf den Westen aus. Wie vorauszusehen war, scheiterte dies.

Jugoslawien war eines der ersten souveränen Schuldnerländer, das in ernsthafte Schwierigkeiten geriet. Seine Schwierigkeiten waren bereits im Jahr 1980 sichtbar, zwei volle Jahre bevor die »Schuldenblase« in der dritten Welt platzte. Damals, 1980, »überwachte« der Internationale Währungsfonds (IWF) Jugoslawien.

Die Banker beuten die Menschen aus

Im September 1985 begann die »International Currency Review« ihre große Diskussion über Jugoslawien wie folgt: »Fünf Jahre eines niedergedrückten Lebensstandards wurden dem langmütigen jugoslawischen Volk auferlegt, bislang ohne eine politische Umwälzung hervorzurufen – obwohl man sich auf höchster Ebene irgendwie dessen bewußt ist, daß die öffentliche Duldsamkeit langsam verschleißt.

Die einzige ›Errungenschaft‹, die in diesem Zeitraum des langfristigen Notstands zu verzeichnen ist – die Verbesserung der jugoslawischen Zahlungsbilanz – kann auch jetzt noch rückläufig sein, wo die Inflation sich munter in die Stratosphäre bewegt.

Die Vorschriften des Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Widerherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts waren nicht geeigneter, als bei den verschiedenen sich in der Depression befindlichen afrikanischen Staaten. Und die derzeit in Jugoslawien vorherrschenden Zustände hätten in Lateinamerika mit Sicherheit Bürgeraufstände hervorgerufen. Der völlig abgewertete jugoslawische Dinar wird natürlich für eine unbestimmte Zukunft weiterhin seinen Wert verlieren.

Abgehärtete politische Zyniker in Belgrad trösten sich mit dem Gedanken, daß der IWF, nicht aber die Kommunistische Partei, für den beklagenswerten Zustand verantwortlich gemacht werden kann.«

Die Dinge haben sich seit 1985 wesentlich verschlimmert. Im Oktober 1988 konnte man für einen amerikanischen Dollar 3700 Dinar kaufen, und die Inflation belief sich auf eine jährliche Rate von 217 Prozent. Eine wütende Inflation und der freie Fall des Dinar auf den Devisenmärkten bedeuten, daß Einfuhren, wenn überhaupt verfügbar, auf Dinar-Basis unerschwinglich teuer sind. Eine durchgegangene Inflation bedeutet auch, daß sogar heimische Güter für den Durchschnitts-Jugoslawen immer unerreichbarer werden, da die Löhne und Gehälter nicht damit Schritt halten. Und daß sie dies nicht tun, ist absichtlich.

Es geht nur um die Wünsche des IWF

Jugoslawien, ebenso wie andere überzogene Auslandsschuldner, tilgt seine Schulden zu Lasten seines Volkes. Die Abwertung verringert den »Markt«-Bedarf für Einfuhren, und die Inflation erleichtert es, heimische Güter auszuführen, da die Arbeiter, die sie herstellen, sie sich nicht mehr leisten können. Wenn weniger Devisen für Einfuhren aufgewendet werden und mehr Güter für die Ausfuhr bereitstehen, dann ergibt sich ein Handelsüberschuß. Dieser Überschuß wird natürlich als Zinsen an die Banker abgeführt.

Viele Jugoslawen arbeiten im Ausland, hauptsächlich in der Bundesrepublik und in Skandinavien. Diejenigen, die ihre Ersparnisse zurück nach Jugoslawien überwiesen haben, stellten fest, daß der Verwendung ihrer Guthaben in harter Währung neue Beschränkungen auferlegt worden sind. Jetzt dürfen sie nur noch monatlich 250 Dollar von ihrem Verdienst abheben und pro Auslandsreise nicht mehr als 250 Dollar verbrauchen.

Jugoslawische Unternehmen konnten früher 46 Prozent ihrer Deviseneinkünfte behalten; seit Januar müssen diese aber restlos an die Zentralbank abgeführt werden. Mit sogenannten »Unsichtbaren« – den Verkauf von Dienstleistungen, Lizenzgebühren und der gleichen – verdiente Devisen müssen ins Land zurückgebracht und abgeliefert werden.

Alle diese Einschränkungen geschahen auf Verlangen des IWF. In seinem Jahresbericht stellt der IWF fest, daß Jugoslawien eines der beiden Länder ist, das seine Auslandsschulden »umstrukturiert« hat und sich der »verbesserten Überwachungsverfahren bedient, die vom IWF in den Jahren 1984 und 1985 entwickelt wurden«.

Dann geht der IWF-Bericht zur Ausdrucksweise Orwells über und fährt fort: »Es ist jedoch von wesentlicher Bedeutung, daß Mitgliederstaaten, die sich der verbesserten Überwachung bedienen, eine starke Anpassung verzeichnen und daß die Gläubiger weiterhin einen angemessenen Einfluß ausüben. Die Rolle des IWF bestand darin, die Befugnisse der Mitgliederstaaten dahingehend zu beeinflussen, daß sie die angemessenen Verfahrensweisen übernehmen und beibehalten durch einen engen Prozeß der Konsultation und dadurch, daß sie den Gläubigern bei ihrem Revisions- und Entscheidungsprozeß durch ehrliche Veranlagungen behilflich sind.« □

Europa-Journal

Großbritannien macht sich im Sternen-Krieg selbständig

Experten des britischen Verteidigungsministeriums glauben, Großbritannien könnte sein Raketen-Abwehrsystem »Star Wars« (Sternen-Krieg) zum Schutz seiner Atomwaffenbasen gegen Angriffe selbst entwikkeln, berichtete die Londoner »Times«. Die Zeitschrift schrieb, daß Wissenschaftler des Ministeriums nach einer achtzehnmonatigen Studie zu der Schlußfolgerung gekommen seien, daß die vorhandenen Waffensysteme die Basis für einen Abwehrschirm bilden könnten, der geeignet sei, schließlich in breiter Front über ganz Europa eingesetzt zu werden.

Der Abwehrschirm würde die Strategic Defense Initiative (SDI) ergänzen und somit einen Gesamt-Verteidigungsschild schaffen, der Europa mit den Vereinigten Staaten verbindet.

Die »Times« zitierte eine hochstehende Persönlichkeit aus dem britischen Verteidigungsministerium wie folgt: »Wir haben in unserer Studie dargelegt, daß, wenn wir bereit sind, die Kosten zu tragen, wir unsere Anlagen der nuklearen Vergeltung gegen einen totalen Angriff mit Kernwaffen durch den Ostblock verteidigen können. Wenn die Systeme, die wir uns angesehen haben, in ganz Europa aufgestellt würden, dann könnten sie sich günstig für das ganze SDI-Konzept auswirken und die Abschreckung bedeutend verbessern.

Das System könnte aus Sea-Wolf-Luftabwehr- und Raketenabwehrwaffen, wie sie von der Royal Navy verwendet werden, und aus einer neuen laser-gelenkten Luftabwehrrakete mit dem Namen Starstreak entwikkelt werden, die noch nicht im Dienst ist. Diese würden dann an Überwachungs-Sensoren angeschlossen, die an Satelliten befestigt sind, die hereinkommende Raketen verfolgen. Im Raum stationierte Waffen würden ebenfalls in breiter Front aufgestellt.«

Der britische Verteidigungsminister George Younger bestätigte den »Times«-Bericht, daß ein System entwickelt werden könnte. »Aber was uns betrifft, so sind wir nicht dabei, antiballistische Raketen oder Systeme selbst zu entwickeln«, sagte Younger.

In einem Interview mit der BBC meinte Younger, daß die Studie »Teil des amerikanischen SDI-Programms ist. Es besteht in Großbritannien keine Absicht, Finanzierung oder Notwendigkeit für solch ein System.«

Andrew Duncan, Verteidigungs-Analytiker beim Internationalen Institut für strategische Studien, sagte, daß solch ein System nur einen Teil der untersten Ebene einer Raketenabwehr ausmachen könnte. »Die Raketen Sea Wolf und Starstreak könnten nur die Aufgabe des Abfangens in der oberen Atmosphäre erfüllen.« □

Kissinger befürchtet einen Weltkrieg

Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger glaubt, daß die Romanze des Westens mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow die Welt näher an Krieg als an Frieden heranbringt.

»Die meisten Massenmedien scheinen sich entschlossen zu haben: Gorbatschow ist eine neue Erscheinung, die die gesamte bisherige Sowjetgeschichte über den Haufen geworfen hat«, schrieb Kissinger in der »Washington Post«. »Seit über 400 Jahren hat sich das russische Reich – unter Zar und Kommissaren – ausgedehnt – teils weil Rußland nach vollkommener Sicherheit strebte, was vollkommene Unsicherheit für alle seine Nachbarn bedeutet.«

Kissinger schreibt weiter, daß »die allgemeine Auffassung, Gorbatschow habe einseitige Konzessionen vorgetragen, Unsinn ist«.

Wenn andererseits in Europa ernsthafte Abrüstungsverhandlungen unternommen werden, fährt Kissinger fort, dann muß sich der Westen die Fragen stellen: »Verbessert ein Gleichstand der Streitkräfte die Stabilität? Jeder europäische Krieg scheint das Gegenteil zu beweisen. Gorbatschow mag wetten, daß seine Politik die NATO schneller auflöst als die gleiche Politik plus Perestroika den Zusammenhalt Osteuropas zur Auflösung bringen wird. Aber wenn er recht hat, dann wird es zu einer Krise kommen, weil Amerika sich nicht ohne Reaktion aus Europa herausdrängen lassen wird. Und wenn er unrecht hat, dann wird es eine klassische osteuropäische Explosion geben von der Art, die den Ersten Weltkrieg verursacht hat.«

»Die Bush-Regierung«, so Kissinger, »darf sich nicht überrollen lassen, sondern muß ihre eigene Tagesordnung und Zeitplan festlegen.«

Aber Kissinger schlägt keine entschlossene wirtschaftliche, militärische und politische Reaktion des Westens vor, sondern greift auf seine üblichen metternichschen Formeln von »einem Konzept des Gleichgewichts« und geheimer Verhandlungen zurück. □

Zweite sowjetische Mars-Sonde in Schwierigkeiten

Die zweite sowjetische Sonde des Marsmondes, Phobos, befindet sich nach Pressemeldungen in Schwierigkeiten. Die sowjetischen Sonden wurden im vergangenen Juli gestartet und sollten im Januar die Umlaufbahn des Mars erreichen. Sie sollten dort eine Reihe von wissenschaftlichen Versuchen ausführen und dann im April in die Umlaufbahn des Marsmondes eintreten und auf diesem landen.

Die Sowjets räumten ein, den Kontakt mit Phobos I im September verloren zu haben, hofften jedoch, daß die zweite Sonde das eine halbe Milliarde Dollar teure internationale Projekt immer noch zum Erfolg führen würde.

Jetzt sagte Samuel Keller, stellvertretender außerordentlicher Direktor der NASA: »Wie ich gehört habe, sind einige der Instrumente von Phobos II bereits ausgefallen. Es ist keine Frage, daß sie Probleme haben.«

Aus anderer Quelle heißt es: »Es besteht keine Aussicht auf die Gewinnung irgendwelcher wissenschaftlicher Daten von Phobos II.«

Mehr als die Hälfte der von den Sowjets in den letzten 20 Jahren gestarteten Raumschiffe hat versagt. □

Gorbatschows strategische Täuschung des Westens

»Nightwatch«, ein Nachrichtenblatt der Security and Intelligence Foundation, die von dem ehemaligen amerikanischen Gegenspionage-Spezialisten der CIA James Jesus Angleton gegründet wurde, deckt die strategische Täuschung des Westens durch Gorbatschow und den Trust auf.

»Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat der sowjetische Parteistaat fraglos ein zwingendes Motiv, den Westen zu täuschen. Nach einer CIA-DIA-Studie war die durch Gorbatschows Politik der Umstrukturierung verursachte wirtschaftliche Verschiebung ernsthafter Natur«, wird in dem Nachrichtenblatt festgestellt.

Da es das sowjetische Militär nicht so leicht zulassen wird, daß ihm Gelder entzogen werden, muß Gorbatschow diese vom Westen bekommen. »Ein Täuschungsmanöver, das darauf abzielt, die falsche Auffassung zu fördern, Gorbatschow und seine reformistischen Bundesgenossen stünden westlichen Interessen weniger feindlich gegenüber als eine reaktionäre Opposition, hat einen tiefen Sinn.«

»Eine derartige Kampagne hat es nicht zum ersten Mal gegeben«, stellt das Blatt fest, denn unter der Politik der »Neuen

Ökonomie« der zwanziger Jahre wurden verzweifelt benötigte Kredite »teilweise aufgrund eines massiven strategischen Täuschungsmanövers, das als Trust bekannt war, beschafft, und die völlig fiktive Ansicht genährt, diese Politik sei ein Rückzug vom Kommunismus«.

»Daraus wäre die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Westmächte eine skeptische Haltung einnehmen und eine Politik der vorsichtigen Zurückhaltung« bei der Gewährung von Finanzhilfen verfolgen sollten, aber »traurigerweise ist dies nicht der Fall. Eine derartige Eile bei der Gewährung von Wirtschaftshilfe an den sowjetischen Parteistaat ist im besten Falle schlecht beraten. Wenn Gorbatschow das nicht ist, was er vorgibt zu sein, dann beschwört der Westen seine eigene Ausbeutung in einer Größenordnung heraus, die der des Trust nicht unähnlich ist.« □

Brüssel warnt vor wachsender Nitrat-verseuchung der Gewässer

Auch natürliche Stoffe können zur Gefahr für die Umwelt werden. So belastet der Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft zunehmend Flüsse, Seen und Grundwasser in der Europäischen Gemeinschaft. Dabei erweist sich insbesondere die wachsende Nitratkonzentration als Bedrohung für die Trinkwasserversorgung.

Abgesehen von seinen schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit führt Nitrat in Verbindung mit Phosphaten zu einer Übersättigung der Gewässer und ist damit verantwortlich für die bedrohliche Vermehrung von Algen. Hierdurch sinkt der Sauerstoffgehalt der Gewässer schließlich so weit, daß tierisches Leben nicht mehr möglich ist. Dieses Phänomen wurde bereits in erschreckendem Ausmaß in der Nord- und Ostsee sowie der Adria beobachtet.

Um ein Fortschreiten der Gewässerverschmutzung zu vermeiden, hat die EG-Kommission jetzt den Regierungen der zwölf Mitgliedstaaten einen Maßnahmekatalog vorgeschlagen. Er sieht insbesondere vor, den Einsatz von stickstoffhaltigen, das heißt nitrathaltigen Düngemitteln sowie von Gülle ab einem bestimmten Nitratgehalt in besonders gefährdeten Gebieten der Gemeinschaft zu beschränken oder ganz zu verbieten. Als besonders gefährdet ist eine Region anzusehen, sobald der Nitratgehalt im Trinkwasser über 50 Milligramm pro Liter steigt.

Bei Wasser aus Kläranlagen, die der Versorgung von mehr als 5000 Menschen dienen, soll der Grenzwert bei 10 Milligramm pro Liter liegen. Ferner fordert Brüssel schärfere Auflagen für die Landwirtschaft, um die durch intensive Tierhaltung verursachte Umweltbelastung zu begrenzen. So soll zum Beispiel der Einsatz von Gülle bei der Düngung der Böden eingeschränkt werden.

Außerdem sollen die landwirtschaftlichen Betriebe über ausreichende Lagermöglichkeiten für die anfallende Gülle verfügen, um zu verhindern, daß diese mit dem Regenwasser in Flüsse und ins Grundwasser geschwemmt wird. □

Sowjets kritisieren England wegen Nordirland

Die Sowjetunion hat eine scharfe Attacke gegen das, was sie als Britanniens »massive Verletzungen des Menschenrechts« in Nordirland bezeichneten, geritten. Moskau verlangt die schnelle Entlassung »politischer Gefangener« und »dringende Maßnahmen« zur Wiederherstellung der »verfassungsmäßigen Legalität« im Lande. Angesichts des zunehmenden IRA-Terrorismus hob Britanniens Thatcher-Regierung einige Verfassungsrechte auf, um den Terrorismus zu bekämpfen.

Gesetzt den Fall, daß, wie Informationen aus Kreisen des britischen Nachrichtendienstes bestätigen, die Sowjetunion habe die IRA schon seit mindestens 1976 als Instrument der irregulären Kriegführung beherrscht, fragt man sich, ob die sowjetische Erklärung nicht darauf hindeutet, daß die von Thatcher ergriffenen Maßnahmen Wirkung zeigen.

In der sowjetischen Erklärung zu Nordirland, verlesen durch den Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerasimow, heißt es, daß die Sowjets nicht die Absicht hätten, sich in die inneren Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs einzumischen, sondern sich lediglich »von der Hoffnung leiten lassen, daß Britanniens Politik in Ulster mit den hochtrabenden Erklärungen, die in London im Sinne der grundlegenden Menschenrechte und der Freiheit in anderen Ländern abgegeben werden, übereinstimmt«.

Seit britische Truppen vor fast 20 Jahren nach Ulster verlegt wurden, sagte Gerasimow, sind 3000 Menschen getötet, weitere 30 000 »verwundet oder verkrüppelt« und etwa 7000 unter dem Anti-Terrorismus Act, dem Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus, eingesperrt worden. »Die sowjetische Öffentlichkeit«, sagte Gerasimow, hege »ernsthafte Zweifel« hinsichtlich der Fairneß der Urteile in Nordirland und der Art und Weise, in der Häftlinge behandelt werden. □

Gorbatschow warnt vor Panik

Michail Gorbatschow warnte zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage vor »Panik« in der Sowjetunion über die zusammenbrechende Wirtschaft. »Es gibt keine Basis für Pessimismus, Verzweiflung oder gar Panik«, meinte Gorbatschow vor einer Gruppe russischer Intellektueller.

Gorbatschow griff sowohl die linke als auch die rechte Opposition gegen Perestroika an, nachdem er zugeben mußte, daß die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Reiches zusammenbrechen.

»In der letzten Zeit«, sagte er, »sahen wir eine sehr kritische Bewertung der Situation, die aus der Bevölkerung, von der Presse und von einigen Experten kam. Die Leute verurteilten den Mangel an Lebensmitteln in den Geschäften, den Mangel an Handelsgütern im allgemeinen, die Schlangen vor den Einkaufszentren und den Wohnungsmangel. Sie neigen dazu, die Probleme mit Perestroika zu identifizieren, aber die hat keine Schuld. Das schwere Erbe der Vergangenheit ist schuld daran.«

Indessen sind Gorbatschows Reformen angegriffen worden, und der KGB wurde in einer Reihe von »Leserbriefen« an sowjetische Zeitungen aufgerufen, der Bürgerunruhe ein Ende zu bereiten. Wortführer der Rufe nach einer stalinistischen Lösung ist anscheinend »Sotsialistichеskaya Industria«, deren Redakteure berichten, daß »viele solche Briefe« angekommen seien.

»Ich glaube«, schrieb ein Leser, »daß zu Stalins Zeiten der Kampf gegen derartige Erscheinungen wirksamer geführt wurde.« □

Satanisten senden Delegation nach Moskau

Der Lucis Trust, die mit den Vereinten Nationen zusammenhängende Schirmorganisation für die satanische Bewegung »New Age«, sendet 1989 ihre erste »Ermittlungs-Mission« in die Sowjetunion.

Der Lucis Trust – zu seinen Vorstandsmitgliedern gehört der ehemalige amerikanische Verteidigungsminister McNamara – nannte sich früher Luzifer Trust und ist eine zentrale Institution in dem, was ein Insider des britischen Nachrichtendienstes das »Freimaurernetz Jack the Ripper« nennt. Aus damit zusammenhängenden Gründen ist die Organisation von der russischen »Kultur« entzückt.

Mitglieder des Lucis Trust zeigen große Begeisterung für Michail Gorbatschows Rede vor den Vereinten Nationen vom 7. Dezember 1988. Ihrer Meinung nach hat »Gorbatschow das Unmögliche möglich gemacht«, indem er an die »ökologischen Belange« appellierte. □

Revisionismus

Englands falsches Spiel mit den Falklands

Peter Blackwood

Vor achtundvierzig Jahren gab die britische Regierung die Falkland-Inseln ab. Mit dem Federstrich eines Füllfederhalters aus Whitehall überschrieb sie die Inseln Argentinien. In einer dunklen Stunde des Krieges gegen Adolf Hitler, als es in Buenos Aires nur so von Abwehr-Agenten wimmelte und der La Plata ein sicherer Hafen für deutsche Kriegsschiffe war, wurden Argentinien auf Churchills Befehl seine geliebten Malvinas zugesprochen.

Nun, zumindest beinahe. Was nun folgt sind Tatsachen basierend auf der Recherche zweier amerikanischer Historiker, John Bratzel und Leslie Rout jun., veröffentlicht in einem Artikel mit der Überschrift »FDR and the Secret Map«. Allerdings ist noch ein Element der Spekulation in diesem Bericht. Es betrifft die nachrichtendienstliche Arbeit, die trotz aller Memoiren und Forschungen seit dem Zweiten Weltkrieg immer noch nur zur Hälfte bekannt ist. Es paßt der Regierung und ihren Spionen in den Kram, das Puzzlespiel unvollständig zu halten.

Ziel war, Freude zu manipulieren

Denn die Geschichte handelt von Betrug. Eine Paßkontrolldienststelle in New York, die keine war; eine Fabrik für Fälschungen bei Toronto und ein Schuppen voller MI-6-Angestellter auf den Bermudas, die Postsäcke neutraler Länder öffnen, um Briefe zu fälschen.

Und nicht nur um die Deutschen zu täuschen. Das Ziel war auch Freunde zu manipulieren. Diese Geschichte über Britanniens Vergabe der Falkland an Argentinien auf dem Papier ist eine Fußnote zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges, aber sie hat noch Folgen.

Als Mrs. Thatcher vor dem amerikanischen Kongreß sprach – wobei der Applaus der Kongreßmänner ihr in den Ohren dröhnte – beehrte sie die amerikanischen Senatoren und Abgeordneten mit einer kleinen Statue von Winston Churchill. 1941 machte Churchill es sich zur Aufgabe, dem amerikanischen Kongreß Sand in die Augen zu streuen, seine Mitglieder zu betrügen, um die amerikanische politische Meinung dahin zu drängen, die Neutralität der Vereinigten Staaten, aufzugeben. Argentinien und die Falkland-Inseln gehörten mit zu seinen Ränkespielen.

Am 27. Oktober 1941, als Techniker der Rundfunkgesellschaften schnell ihre Kabel hinter dem Rednerpult abspulten, half man dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt vor die Mikrophone, die seine Ansprache zum jährlichen Navy-Day-Dinner übertragen sollten.

Der britische Geheimdienst nahm auf einer deutschen Karte territoriale Veränderungen vor, die dann dem US-Präsidenten Roosevelt vorgelegt wurde.

Gegen Ende seiner Rede machte er eine dramatische Mitteilung: »Mir liegt eine Geheimkarte vor, hergestellt in Deutschland durch Hitlers Regierung – von Planern einer neuen Weltordnung«.

Das schlug wie eine Bombe ein

Mitte August 1941 befanden sich die Vereinigten Staaten im Frieden. Trotz Roosevelts persönlicher Zuneigung sowohl zu Britannien als auch zu Churchill war die öffentliche Meinung in Amerika entschieden gegen einen Eingriff in einen europäischen Krieg. Es gab sentimentale Gefühle für die Briten und Roosevelt gelang es, den Briten materielle Unterstützung zu leisten, aber die Neutrality Acts (Neutralitätsgesetze) standen fest.

Als es darum ging, Amerika zu schützen, lagen die Dinge anders – und Amerika bedeutete nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch der Panama-Kanal sowie das ganze Lateinamerika.

Eine vorhergegangene Abstimmung im Jahre 1941 hatte gezeigt, daß 86 Prozent der Amerikaner Krieg wollten, wenn »irgendeine europäische Macht« ein lateinamerikanisches Land angreift. Und wenn die Briten dazu beitrugen, die Panzer daran zu hindern, an der Copacabana zu landen, dann war auch die ihnen gewährte Hilfe gerechtfertigt.

»Eine Geheimkarte . . .«, erzählte Roosevelt seinen Zuhörern. »Es ist eine Karte von Südamerika und eines Teils von Mittelamerika, wie Hitler es neuordnen will. Die geographischen Experten von Berlin haben erbarmungslos alle vorhandenen Grenzlinien beseitigt und den ganzen Kontinent unter ihre Herrschaft gebracht . . . Diese Karte verdeutlicht die Absichten der Nazis nicht nur gegen Südamerika, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten«.

Das schlug wie eine Bombe ein. Auf der Pressekonferenz am darauffolgenden Tage verbreitete Roosevelt sich noch mehr über sein Thema und hielt ein Faksimile des Dokuments in die Höhe. Und da war es: Anstelle 14 lateinamerikanischer Repu-

bliken war die ganze Karte neu gezeichnet worden und stellte nur ein ausgedehntes Argentinien, ein neues Brasilien, ein Chile das sich über das ganze Gebiet von Tierra del Fuego (Feuerland) bis zur Hauptstadt von Ecuador erstreckte dar.

Panama war verschwunden: der kostbare Kanal fiel unter ein neues Land, Neuspanien, das Venezuela und Kolumbien umfaßte. Vichy-Frankreich wurde dadurch entschädigt, daß seine Kolonie Guyana die benachbarten niederländischen und britischen Gebiete verschlang.

Und die Malvinen waren natürlich eng in das neue Argentinien eingegliedert – ein weites Gebiet, zu dem Uruguay, Paraguay, Teile von Bolivien und ein neuer Korridor zum Pazifik bei Antofagasta gehörten.

Die gefälschte Karte erfüllte ihren Zweck in der Weltöffentlichkeit

Die öffentliche Meinung in Amerika reagierte wütend. Der Plan würde deutsche Flugzeuge in Reichweite von Florida bringen. Der weiche Unterleib der Vereinigten Staaten würde durchstoßen. »Hitler hat oft beteuert, daß seine Eroberungspläne sich nicht über den Atlantischen Ozean erstrecken«, sagte Roosevelt. Aber hier lag klares Beweismaterial über Nazipläne für die Neue Welt vor.

Eine Woche später hob der US-Senat die Neutralitätsgesetze auf und das Abgeordnetenhaus, das bis dahin ein noch stärkerer Brennpunkt amerikanischer isolationistischer Gefühle gewesen war, folgte diesem Schritt. Roosevelt hatte nun freie Hand, einen heimlichen Krieg gegen deutsche U-Boote im Nordatlantik zu führen, um britische Geleitzüge zu unterstützen. Die Karte hatte ihren Zweck erfüllt.

Das heißt: Die gefälschte Karte hatte ihren Zweck erfüllt. Heute ist unbestreitbar, daß Berlins verärgertes Dementi nach Roosevelts Pressekonferenz den Tatsachen entsprach. Die Karte war eine britische Fälschung.

Auf der Pressekonferenz war Roosevelt gebeten worden, eine Kopie der Karte rundgehen zu lassen, so daß sie in den Zeitungen veröffentlicht werden könne.

Er bedauerte, daß »sich auf ihr einige handschriftliche Notizen befinden, die, würden sie vervielfältigt, in aller Wahrscheinlichkeit aufdecken würden . . . wo die Karte herkommt«.

Hier beginnt der Kriminalroman. 1941 gab es jene, die sofort den Verdacht hatten, daß es sich hier um einen britischen Vertrauensbruch handelt. Zu ihnen gehörte Senator Burton K. Wheeler, ein hartgesottener Isolationist und ein Verfechter der Auffassung »Zuerst kommt Amerika«. Im Senat sagte er mit großer Voraussicht, daß die Karte ihren Ursprung in New York in den Gehirnen einiger Herren habe, die enge Beziehungen zur britischen Regierung unterhielten. Aber Roosevelt behauptete schlicht, die Karte stamme aus einer »zweifellos zuverlässigen« Quelle, und dabei blieb es.

Die Fälschung entstand im Labor von MI-6

Der halbamtliche Bericht über die Karte tauchte britischerseits Anfang der sechziger Jahre auf, als Informationen und Desinformationen über die Tätigkeit des britischen Geheimdienstes in Amerika durchsickerten. Eine Schlüsselfigur und Zielscheibe einer umfangreichen Hagiographie war Sir William Stephenson, mit dem Decknamen Intrepid der »Unerschrockene«, Leiter von MI-6 in New York.

Offiziell als Paßkontrollbeamter fungierend, war Stephenson British Security Coordinator in den Vereinigten Staaten, Kopf einer Mannschaft, zu der Freddie (Sir Alfred) Ayer und der Komponist Eric Maschwitz zählten und die verantwortlich waren für das Abfangen von transatlantischer Post, für nachrichtendienstliche Ausbildungstätigkeiten in Kanada und für ein umfangreiches Agentennetz, das sich über ganz Lateinamerika erstreckte.

Wie verlautet – durch den ehemaligen Agenten Montgomery Hyde –, wurde die Karte, ein echtes Stück, einem deutschen Kurier gestohlen, der später wegen seiner stümperhaften Arbeit von der Gestapo umgelegt worden sei. Der britische Geheimdienst habe die Karte an »Wild Bill« (den bösen Willi) Donovan, den amerikanischen Koordinator für nachrichtendienstliche Informationen weitergeleitet, und von dort sei sie zu Roosevelt gelangt.

Aber die Historiker Bratzel und Rout fanden heraus, daß der in den britischen Akten genannte »Kurier« in Wirklichkeit ein erfahrener Diplomat, ein gewisser Gottfried Sandstede, Chef der Deutschen Auslandsorganisation in Argentinien war, und daß er erst Jahre danach einen ehrenhaften Tod im Kampf an der Ostfront fand.

Außerdem ist es beinahe unerheblich, ob es eine echte Karte gab, weil die British Security Coordination in New York die umstrittenen Grenzen in der von Roosevelt hochgehaltenen Karte bestimmt hatte: Der britische Geheimdienst nahm auf einer »Nazi«-Karte territoriale Veränderungen in Lateinamerika vor, unter anderem die gewaltige Ausdehnung Argentiniens und die Eingliederung der Falkland-Inseln.

Es gab tatsächlich eine »echte« Karte. 1940 hing an den Wänden der Hauptdienststelle der Nazi-Partei in Buenos Aires eine Karte, auf der die Belohnungen für lateinamerikanische Länder dargestellt waren, wenn die Deutschen den Krieg gewinnen. Der britische Geheimdienst könnte durchaus später in den Besitz dieser Karte gelangt sein. Aber bedeutsamer war die kartographische Arbeit auf Station M, ein Labor des MI-6 in der Nähe von Toronto, wo die falsche Karte, komplett mit handschriftlichen Anmerkungen in deutscher Sprache, hergestellt wurde.

Unwahrheiten und Täuschungen gehörten zum Spiel

Sir William Stephenson übergab das fertige Produkt an Donovan als weiteres aus einer Reihe von Betrugsmanövern, die zu seinem Betriebsbestand gehörten.

Die Fälschung einer Karte rief einiges Stirnrunzeln hervor in einem Nachrichtendienst, der heimlich dafür zahlte, daß gewisse amerikanische Rundfunk-Journalisten eine englandfreundliche Richtung vertreten sollten, die einen umstrittenen Brief von der bolivianischen Delegation in Berlin fälschte und mehrere weibliche Agenten beschäftigte zu dem Zweck, ausländisches Botschaftspersonal in Washington zu verführen.

Ahnten die Amerikaner nicht was vor sich ging? Das US-Außenministerium war sicherlich argwöhnisch. »Ich glaube, wir müssen etwas auf der Hut sein vor falscher Panik«, sagte der stellvertretende Außenminister im September 1941 in einer Denkschrift.

Die faszinierende Frage, die Historiker vielleicht niemals beantworten werden, ist, ob Roosevelt selbst von dem britischen Betrug wußte. James Murphy, der 1941 Donovans erster geschäftsführender Beamter war und jetzt als erfahrener Anwalt in Washington lebt, sagt, wenn Donovan geahnt hätte, daß die Karte nicht echt war, dann hätte er sie niemals an den amerikanischen Präsidenten weitergereicht.

Aber kümmerte sich Roosevelt überhaupt um die Echtheit dieses Dokuments? Aus Roosevelts Privatpapieren geht hervor, daß er Unwahrheiten und absichtliche Täuschung als Teil des Spiels um Leben oder Tod im Kriege akzeptierte. Er wußte von Ultra, dem britischen Entschlüsselungsdienst in Bletchley, und mag angenommen haben, daß dieser die Karte mit irgendwelchen supergeheimen Mitteln erworben hatte.

Am 21. Oktober 1941, als Donovan ihm von der Karte berichtete, war offensichtlich, daß so ein wie gerufen gekommenes Dokument als wertvolle Waffe im Kampf gegen die isolationistische Meinung im amerikanischen Kongreß dienen könnte. Wenn sich die Amerikaner aus dem Krieg herausgehalten hätten, dann wäre die Echtheit der Karte in Frage gestellt und Roosevelt schwer in Verlegenheit gebracht worden.

Aber so wie sich die Dinge entwickelten, griffen japanische Bomber etwa 40 Tage nach seinem Navy-Day-Dinner die amerikanische Pazifik-Flotte in Pearl Harbor an. Alle Diskussionen wurden beendet, als die amerikanische Kriegsmaschine in Aktion trat. □

Falkland-Inseln

Londons Öl-Beute

Alec de Montmorency

Am 1. April 1982 fielen argentinische Streitkräfte über die Malvinischen Inseln – von den Briten Falkland-Inseln genannt – her. Kurz darauf holten sich die Briten die Inselgruppe mit Unterstützung der Vereinigten Staaten zurück. Nun sind jene riesigen Öl- und Gasvorkommen bestätigt worden, und große Energiegesellschaften schicken sich an, die unterirdischen Reichtümer anzuzapfen.

Burdwood Bank, ein sandiger, seichter Meeresboden direkt südlich der Insel West-Falkland gelegen, stellt sich als ein Ölvorkommen von weltweiter Bedeutung heraus, vergleichbar mit Kuwait und Süd-Arabien. Das ist der Inhalt eines Berichts, der in »Siete Dias« (»Sieben Tage«), einer führenden Wochenzeitung von Buenos Aires, erschien, und der der Entdeckung von reichen Öl- und Gasvorkommen etwa 200 Seemeilen weiter südlich und westlich folgte.

Aufheizen der internationalen Lage

Diese Vorkommen liegen gegenüber der Mündung des Rio Grande von Tierra del Fuego, in dem vom Krieg heimgesuchten Gebiet des Südatlantiks, wo Argentinien und Großbritannien im Frühjahr 1982 einen kurzen, aber blutigen Krieg führten.

Dem Bericht der »Siete Dias« zufolge wurden 1986 und 1987 über dem Gebiet geheime Erkundigungen mit ultramodernem Gerät unter Einsatz von Flugzeugen und Satelliten durchgeführt, mit »positiven Ergebnissen«, mit denen Vermutungen über das Vorhandensein massiver Kohlenwasserstoff-Ablagerungen in dicken, hochgesättigten Strukturen unterhalb der Burdwood Bank und weiter nördlich bestätigt wurden.

Der Bericht, der mitten in einer Ölpreiskrise kam, in der Rohöl aus West-Texas – das Barometer der Ölpreise um den Erdball herum – von seinem vorherigen, lange gehaltenen Stand von 20 Dollar pro Barrel auf 15 Dollar pro Barrel hinunterstürzte –, wird mit Sicherheit die internationale politische Atmosphäre, die oft vom Öl bewegt wird, aufheizen.

In diesem Fall könnte die schwere wirtschaftliche und politische Krise – die derzeit Argentinien heimsucht mit einer zweistelligen Inflation, verbunden mit einem wachsenden Verwaltungschaos und nie dagewesenem Elend unter den ärmeren Schichten, die zwischen hohen Lebensmittelpreisen und sinkender Kaufkraft in der Falle sitzen – zu weiterem Blutvergießen führen.

Außer der Bestätigung, daß es vor der Insel West-Falkland sehr reiche Kohlenwasserstoff-Vorkommen gibt, war in »Siete Dias« noch zu lesen, das Shell Oil und andere multinationale Ölgesellschaften irgendwann in diesem Jahr Ausschreibungen für das ölreiche Gebiet vor der Falkland-Küste, auch insbesondere an der Falkland-Seite der Zentrallinie, die zwischen der britischen Kolonie und Argentinen verläuft, erstellen werden.

Die eventuelle Ausbeutung des schwarzen Goldschatzes unter und vor den Falklands wird schon seit mehr als zehn Jahren ins Auge gefaßt, und lediglich politische Realitäten haben das Vorhaben verzögert.

Briten kämpften für die Ölmultis

1981 vergab die staatseigene argentinische Ölgesellschaft »Yacimientos Petroliferos Argentinos« oder YPF, Öl-Pachtverträge vor den Falklands an größere Ölkonzerne, die von der Familie Rockefeller beherrscht werden, mit dem Ergebnis, daß die britische Regierung im Londoner »Petroleum Economist« – einem Magazin, das als die »Bibel« der internationalen Ölindustrie bezeichnet wird – und in der »New York Herald Tribune« Anzeigen aufgab. Aus den Anzeigen ging hervor, daß die in Argentinien vergebenen Pachtverträge von der britischen Regierung als illegal betrachtet werden.

Es folgte die Invasion der Falklands-Malvinas durch die Regierung des argentinischen Präsidenten Leopoldo Galtieri, nur um durch eine britische Einsatzgruppe erwidert zu werden, die die Inselgruppe innerhalb von 75 Tagen zurückeroberte. Aber die Streitfrage bleibt offen. Argentinien besteht darauf, daß Großbritannien die Souveränität über die umstrittenen Inseln – die Falklands, South Georgia und die South Sandwich Islands – an Buenos Aires überträgt.

So ist derzeit die politische und diplomatische Lage. Jedoch statt einer Streitmacht von 40 bis 80 auf der Inselgruppe stationierten Marinesoldaten befindet sich dort jetzt britisches Militärpersonal in der Stärke von etwa 1500 Mann sowie ein großer Flughafen, der die größten Flugzeuge der Welt bei jedem Wetter aufnehmen kann.

Außerdem hielten die Briten im vergangenen Frühjahr militärische Übungen ab, die beweisen sollten, daß der abseits gelegene Außenposten innerhalb von 18 Stunden nach einem weiteren Invasionsversuch Argentiniens verstärkt werden kann.

Die großen internationalen Ölgesellschaften hatten sich bisher zurückgehalten, sich wünschenswerte Öl-Pachtverträge zu sichern, bis die britische Regierung sich verpflichten würde, ihre Investitionen durch die Garantie einer weiteren britischen Souveränität über das Gebiet abzusichern. Nun jedoch haben sie anscheinend Mrs. Thatchers Versprechen gegenüber den »Kelpers« – wie die Einwohner der Falklands genannt werden – bezüglich einer Fortsetzung des britischen Schutzes als endgültig akzeptiert.

Im Hintergrund hierzu stehen die Berichte, die die Ölindustrie aus dem Gebiet erhält. Ein Bericht besagt, daß die Ausbeutung des Kohlenwasserstoffschatzes unter der Burdwood Bank billiger und sicherer sein wird, als die laufenden Operationen in der Nordsee.

Argentiniens Sorgen werden größer

Das sich unter dem Meer befindliche Ölgebiet ist seichter, nur 200 Fuß unterhalb des Meeresspiegels. Die Winde, wenn auch stark, sind beständig und haben nicht jene Hurricane-Geschwindigkeit, die sich häufig in der Nordsee entwickelt. Und was das Wichtigste ist: Die Verteidigungsanlagen am Luftstützpunkt Mount Pleasant sind ausgerüstet, um mit jeder militärischen Aktion seitens Argentiniens fertig zu werden.

Die moderne Ausrüstung umfaßt eine neue Radaranlage, die bis zu den Anden und zum Amazonas-Becken sowie zu der Ozeanfläche zwischen den Falkland-Inseln und Argentinien »sehen« kann. Dazu kommen noch Sea-Wolf-Raketen, die alle feindlichen Flugzeuge oder Schiffe oder sogar von Land abgeschossene Raketen abfangen können. Vielleicht das Allerwichtigste sind jedoch britische Garantien gegen finanzielle Verluste durch Feindeinwirkung.

Indessen vervielfältigen sich die politischen und wirtschaftlichen Sorgen in Argentinien, wo die Bauern große Reichtümer zwar in Sichtweite, jedoch nicht in ihrem Zugriffbereich haben. Damals im April 1982, als die Invasion im Gange war, sagte man den Bauern, daß dank des neuen Ölreichtums im Bereich der Falkland-Inseln jeder Argentinier ein Millionär werden würde.

Die Voraussage traf ein, aber nicht so, wie es die Regierung beabsichtigt hatte. Der argentinische Peso wurde nach der in die Hose gegangenen militärischen Expedition um 10 000 Prozent abgewertet, so daß der Bevölkerung fast wertloses Papiergeld in Höhe von Millionen verbleibt. Die Lage ist für die sich in Buenos Aires an der Macht befindlichen Regierung unerträglich, da sie hilflos zusehen muß, wie die Briten den Ölreichtum ausbeuten, der so nahe und doch so fern ist. □

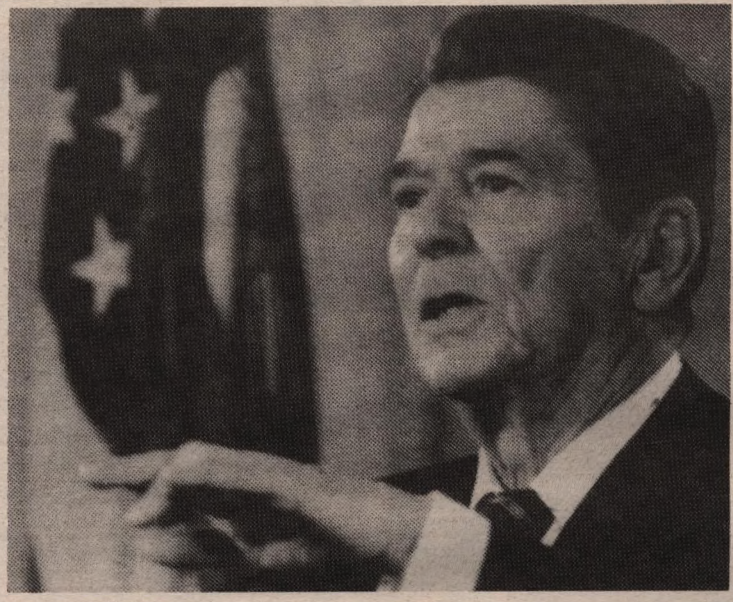
Ronald Reagan

Was bleibt sind Schulden

Folger Addison

Die Ära des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ist vorüber. Und seine Hinterlassenschaft für die Vereinigten Staaten ist nicht nur eine Wirtschaftsschuld, ein verringerter Lebensstandard für alle Amerikaner und Verkleinerung der amerikanischen Souveränität, sondern seine Regierung hat auch noch die Tendenz geschaffen, daß diese Katastrophen sich fortsetzen und noch schlimmer werden.

Dies mögen herbe Worte sein, aber man führe sich nur einige simple Tatsachen vor Augen. Als Ronald Reagan als Präsident vereidigt wurde, waren die USA noch die größte Gläubigernation der Welt. Die übrige Welt schuldete den Vereinigten Staaten 200 Milliarden Dollar mehr als die USA dem Ausland schuldeten. Jetzt, wo Reagan aus dem Amt scheidet, schulden die Vereinigten Staaten der übrigen Welt 400 Milliarden Dollar netto, und bis zum nächsten Jahr wird dieser Betrag mit Leichtigkeit 800 bis 900 Milliarden Dollar erreichen – eine Netto-Veränderung auf über eine Billion Dollar.



US-Präsident Reagan ergriff die Partei der Briten im Falkland-Konflikt und verletzte damit die Monroe-Doktrin.

Mehr Geld drucken, mehr Zinsen zahlen

Man denke darüber nach, was das bedeutet. Erstens bedeutet dies, daß dieses Geld das Land verlassen hat, wodurch es notwendig wird, daß die sich im Privatbesitz befindliche Federal Reserve Bank mehr Geld drukken und den Bankern mehr Zinsen auf dieses Geld zahlen muß, das sie aus dem Nichts schafft.

Das meiste davon wird jedoch zurückkommen. Sollten wir darüber beruhigt sein? Nun, eigentlich nicht, weil Ausländer es verwenden, um amerikanische Haus-, Landwirtschaft- und Handelsimmobilien und andere Wertpapiere zu kaufen.

Während die amerikanische Wirtschaft schwächer wird, eine unvermeidliche Entwicklung aufgrund der durch steigende Zinszahlungen sehr stark in Anspruch genommenen Geldmittel, werden diese Ausländer im Besitz von amerikanischen Dollar immer weniger dazu bereit sein, amerikanische Bundeshaushaltsdefizite durch den Kauf von US-Schatzpapieren zu finanzieren. Sie wollen lieber reales Eigentum besitzen als Versprechen für die sie zahlen müssen. Auf diese Weise steigt der Trend zu einer amerikanischen Dritte-Welt-Pächterwirtschaft.

Gegen Ende des Jahres 1981, kurz bevor Reagan sein Amt übernahm, stand die amerikanische Bundesschuld bei etwa 743 Milliarden Dollar – 26 Cents auf jeden Dollar Volkseinkommen. Heute, wo er aus dem Amt geschieden ist, beläuft sich diese Schuld auf 2,5 Billionen Dollar – 44 Cents auf jeden verdienten Dollar.

Reagans Rekord – Haushaltsdefizite

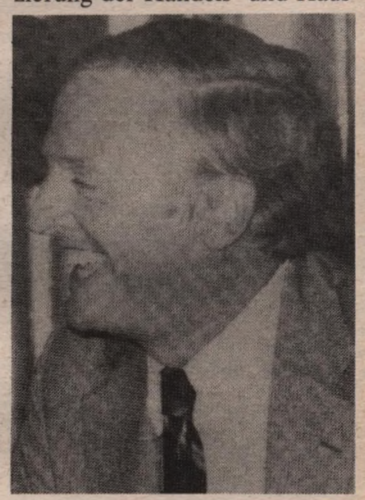
Ironischerweise wurde dieser höchst verschwenderische Präsident von den Wählern als einer erachtet, der durch seine konservative Wirtschaftspolitik den Wohlstand der amerikanischen Nation am ehesten bewahren würde. Dabei erlebte die Nation unter Reagan die ersten Billionen-plus-Haushalte in ihrer Geschichte. Sie erlebte auch in jedem der acht Jahre seiner Amtszeit Rekord-Haushaltsdefizite.

Wie kann die Kluft zwischen dem wahrgenommenen Image des Präsidenten als einer, der gegen ins Kraut schießenden Staatsausgaben die Zügel in der Hand behalten würde, und der Wirklichkeit des Präsidenten, der die Nation in das wildeste Ausgaben-Abenteuer geführt hat, auf das sie sich jemals eingelassen hat, vernunftgemäß erklärt werden?

Diese Imagelücke war den amerikanischen Wählern in keiner der beiden Wahlen bewußt, die Reagan ins Amt gebracht und darin gehalten hatte. Das ist so weil die Situation, die in den vergangenen acht Jahren vorherrschte, auf ein relativ obskures Instrument der Macht ausübenden Gewalt zurückzuführen ist: der Durchführung der Steuerpolitik. Diese Tatsachen wurden einem neuen Buch von Benjamin Friedman mit dem Titel »The Consequences of American Economic Policy Under Reagan and After« (»Die Folgen der amerikanischen Wirtschaftspolitik unter Reagan und danach«) entnommen.

Friedman, seines Zeichens Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard Universität, bringt eine verhältnismäßig einfache, doch sehr tiefgründige Beobachtung über die Reagan-Regierung zum Ausdruck. Es ist die Beobachtung, daß unter Reagan die Nation ihr altehrwürdiges Engagement zum Aufbau einer besseren Zukunft aufgegeben und sich statt dessen auf eine Pump- und Spendier-Bierreise begeben hat, die das Erbe der Kinder und der Kindeskinder der Amerikaner aufgefressen hat.

Die von der US-Regierung und der Privatindustrie geliehene ungeheure Geldsumme zur Finanzierung der Handels- und Haushaltsdefizite wird bald fällig; in der Tat gehen bereits Ausländer dazu über, amerikanische Immobilien, Geschäfts- und andere Wertpapiere in Besitz zu nehmen, als weiterhin enorme Bargeldreserven anzuhäufen.



William Buckley jr. plädierte für eine Beseitigung Gaddafis, weil die familieneigene Ölgesellschaft ihre Konzessionen in Libyen verlor.

Dies wiederum bringt grundlegende Veränderungen in den amerikanischen Verhaltenswei-

Ronald Reagan

Was bleibt sind Schulden

sen mit sich. Friedman schreibt: »Eine Nation von Pächtern statt Eigentümer zu werden, steht in schreiendem Gegensatz zu unseren traditionellen Selbstauffassungen. Amerika wird aufhören, ein Eigentümer zu sein, der Industrie- und Handelsangelegenheiten im Ausland direkt beeinflussen kann.

Eine Nation von Pächtern

Gleichzeitig werden wir den hier durch ausländische Eigentümer ausgeübten Einfluß und deren Beherrschung akzeptieren müssen. Der Übergang wird mit Sicherheit demoralisierend und möglicherweise schlimmer sein, wenn sich auch potentiell gefährliche Reibungen entwickeln, da die üblichen Abneigungen von Pächtern gegenüber Grundbesitzern und Arbeitern gegenüber Eigentümer mehr und mehr nativistische Dimensionen annehmen.«

Die Wirtschaftspolitik, die im Laufe der Zeit mit »Reaganomics« bezeichnet wurde, ist nach Friedman die Ursache der amerikanischen Sorgen. Die dieser Politik innewohnenden Trugschlüsse erforderten eine »willige Auseinandersetzung des Zweifels« unter denen, die ihn förderten und denen, die unter ihm lebten.

»Keine Regierung kann ihre Schulden im Verhältnis zu dem Einkommen, das ihre Bürger verdienen, ins Unermeßliche steigen lassen. Keine Nation kann ihre Schulden im Verhältnis zu den Gütern, die ihre Geschäftswelt erzeugt, ins Unermeßliche steigen lassen.

Zwischen 1980 und 1987 vernichtete Amerika die bis dahin größte internationale Reinvestment-Position der Welt und machte die größten Schulden der Welt.«

Ironischerweise fand diese entschieden nicht-konservative »Bierreise« des Ausgebens und Verzehrens während der Amtszeit eines Präsidenten statt, der für jene Werte eintrat, die Amerikaner am meisten schätzen: Sparsamkeit, Fleiß, Sparen für die Zukunft, traditionelle Familienwerte und die Hervorhebung der Initiative des Einzelnen.



Der ehemalige US-Außenminister George Shultz wurde als der beste Freund bezeichnet, den Israel jemals in diesem Amt hatte.

Der wirtschaftliche und soziale Zustand Amerikas nach acht Jahren Reagan-Ära spiegelt jedoch alles andere als diese Werte wider. Statt dessen erlebten die Amerikaner Rekordhöhen an Schulden, die von der Regierung, von der Geschäftswelt und von Einzelpersonen gemacht wurden. Fleiß, weitreichende Planung und Forschung sowie Entwicklung wurden vom Big-Business praktisch aufgegeben zugunsten von Plänen, mit denen schnell Geld zu verdienen ist wie zum Beispiel durch Leihkapital finanzierte Aufkäufe von Gesellschaften und übermäßige Spekulationen.

Eine spekulative Bierreise als Ergebnis

Reinvestitionen in Neuanlagen und Ausrüstungen hörten 1981 auf. Die US-Regierung hat die Planung und die Unterhaltung der Infrastruktur des Landes – das System der Straßen, Brükken, Abwasserkanäle – praktisch eingestellt. Es ist daher nicht überraschend, daß diese langsam verfallen, da kein Geld zur Instandhaltung zur Verfügung steht.

Die im Sinne von laissez-faire denkende, nach der Lehre der Willensfreiheit orientierte Reagan-Regierung setzte auch ein fanatisches Vertrauen in das sogenannte Genie Markt, was durch den praktischen Rückzug der Regierung von der aktiven Regulierung des Marktes bestätigt wird.

Das Ergebnis war eine spekulative »Bierreise«, von der sich die Amerikaner erst in Jahrzehnten finanziell erholen werden. Die Regierung unterließ es sogar, das bestehende Antitrust-Gesetz durchzusetzen um Fusionen und durch Leihkapital finanzierten Käufen entgegenzuwirken.

Die Reagan-Regierung beseitigte die Regulierung ganzer Industrien, so wie der Fluggesellschaften mit dem Ergebnis höherer Flugtarife und weniger Luftfahrtlinien. Die kleinen Gesellschaften, die im Zuge der Entregulierung wie Pilze aus dem Boden schossen, gingen ein oder wurden von den großen aufgekauft, ein klassisches Beispiel für die Tatsache, daß sich Monopole bilden, wenn die Regierung kein ebenes Spielfeld für alle Wettbewerber schafft.

Selbst in der Fernsehindustrie ließ die Reagan-Regierung ihre offen bekannte Besorgnis um die amerikanische Familie und die traditionellen Werte durch ihr Vertrauen in den Markt verdrängen. Die Federal Communications Commission gab es auf, Richtlinien gegen Unzüchtigkeit und anstößiges Material durchzusetzen.

Die Fernsehnetze reagierten mit Entlassung ihrer Zensoren und die Folge davon ist ein Niveau von Schmutz und Geschmacklosigkeit in den Programmen der am Rundfunk- und Fernsehnetz angeschlossenen und der unabhängigen Sender, das vor acht Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Familienfarmer, das Rückgrat der amerikanischen Landwirtschaft, wurden praktisch vernichtet durch eine Kombination von niedrigen Verbraucherpreisen, hohen Zinssätzen und der erbarmungslosen Entschlossenheit der Regierung, den Markt seinen Weg machen zu lassen.



Als amerikanischer Präsident verfrachtete Ronald Reagan die USA auf eine spekulative Bierreise, die mit einer Rekordsumme an Schulden endete.

Bauernhöfe sind während der Reagan-Jahre in Rekordanzahl untergegangen, und Zwangsversteigerungen von Ackerland und Gerät wurde zu einem alltäglichen Anblick, so wie man es seit der großen Depression nicht mehr erlebt hatte.

Ergebenheit gegenüber einer Nation

Während die Bauernhöfe dem Untergang preisgegeben wurden, sprang die Regierung jedoch mit Bürgschaften für die am meisten in Schwierigkeiten geratenen Kredite, Bürgschaften, Ersparnissen und Anleihen ein, zu einem Preis von Milliar-

den von Dollar. Die gesamte Spar- und Darlehensbranche steht auf wackligen Beinen, wobei sich die Kosten für ihre Gesundung für den amerikanischen Steuerzahler auf 100 Milliarden Dollar belaufen.

Die Reagan-Regierung ließ diese Branche weit von ihrer ursprünglichen Mission abschwenken, die darin bestand, Sparanlagen einzunehmen und Gelder für Grundschulden auszuleihen. Diejenigen Spar- und Darlehens-Unternehmen, die diesem ursprünglichem Zweck treu geblieben sind, befinden sich heute in guter finanzieller Verfassung.

Die Voreiligkeit des spekulativen Ausleihens seitens der Spar- und Darlehens-Institutionen führte prompt zu einer schweren Krise. Die Regierung gab zwar ihre Versicherungen ab, daß dabei nichts schiefgehen würde, obwohl gut die Hälfte der den Spar- und Darlehens-Unternehmen entstandenen Verluste auf das kriminelle Fehlverhalten seitens der Spar- und Darlehensinstitutionen zurückzuführen war.

Doch nicht nur an der Wirtschaftsfront schlug die Reagan-Regierung den falschen Weg ein. Die von der Reagan-Regierung gemachte Außenpolitik zeichnete sich durch eine unerschütterliche Ergebenheit gegenüber einer Nation, Israel, und eine nie dagewesene Stärkung der Bindung zu diesem Staat aus, die für zukünftige Präsidenten fast unmöglich zu entwirren sein wird. Dies war in der Tat durch den amerikanischen Außenminister George Shultz – oft als der beste Freund bezeichnet, den Israel jemals in diesem Amt hatte – artikuliert, mit dem Zweck einer ganzen Reihe von schriftlichen Abmachungen zur Herbeiführung engerer strategischer, nachrichtendienstlicher und militärischer Bindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Israel.

Dies führte letztendlich zur internationalen Demütigung der Reagan-Regierung und Amerikas, da sie sich gegen alle anderen Staaten der Welt, so wie sie von den Vereinten Nationen vertreten werden, auf die Seite Israels stellten, als diese Körperschaft abstimmte, um die Vereinigten Staaten wegen ihrer Weigerung zu verurteilen, den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) Yassir Arafat ins Land zu lassen, um vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu sprechen.

Einbuße des internationalen Ansehens

Dies geschah jedoch keineswegs unerwartet. Die Reagan-Regierung gestattete Israel im Jahr 1982, in den Libanon einzufallen, den es praktisch zerstörte,



Oliver North wurde von Reagan nicht begnadigt. Sein Prozeß wird den alten und neuen US-Präsidenten als Zeugen vor Gericht bringen.

ein Vorgang, der zu einem der größten Schrecken des späten 20. Jahrhunderts führte – dem Massenmord an Palästinensern in Sabra und Shatila.

Während der Nachwirkungen der Invasion und des teilweisen Abzugs israelischer Streitkräfte aus dem Libanon schickte Reagan die Marines dorthin, »um die Ordnung wieder herzustellen«. Sie durften nicht kämpfen und wurden in eine nicht zu verteidigende Lage gebracht, was zum Tod von 248 jungen Amerikanern führte.

Keines der erklärten Ziele des Einsatzes wurde erreicht, das Land verfiel weiter, und die Vereinigten Staaten erlitten eine weitere schmerzende Einbuße ihres internationalen Ansehens.

Die engen Bindungen an Israel führten zu einem weiteren Debakel für die Vereinigten Staaten, zu dem Skandal, der als die Iran-Contra-Affäre bekannt wurde. Israelische Agenten überredeten amerikanische Sicherheitsbeamte zu einem schlecht beratenen Waffen-für-Geiseln-Tausch, der genau zwei amerikanischen Geiseln die Freiheit brachte. Kurz darauf wurden zwei weitere Geiseln genommen.

Vor zwei Jahren bombardierte Reagan Libyen, tötete Zivilpersonen und vernichtete Eigentum, als »Vergeltung« für Bomben in einer Berliner Bar. Später wurde bekannt, daß Libyen nichts mit diesem Bombenanschlag zu tun hatte.

Am 4. Januar 1989 wurden von der US-Navy zwei libyische Flugzeuge abgeschossen und bis heute weiß niemand, warum dies geschah.

Während sich die Vereinigten Staaten im Krieg am Persischen Golf offiziell dem Irak zuneigten, verschiffte die Reagan-Regierung Waffen und Ersatzteile für die iranische Militärmaschine. Ironischerweise waren die einzigen Interessen, denen man während dieser bizarren Episode gerecht wurde, abgesehen von denen der Iraner, die der Israelis. Israel hatte insgeheim die Iraner mit Ersatzteilen für deren amerikanische Militärausrüstung beliefert.

Der Zweck war sonnenklar: Solange sie dafür sorgen konnten, daß sich die islamischen Nationen weiterhin gegenseitig an der Kehle hatten, verringerte dies deren Chancen für eine Konfrontation mit Israel.

Als Gipfel seiner Fehler erlaubte sich Reagan, dem ehemaligen Oberstleutnant der US-Marine, Oliver North, keine Gnade zu gewähren, und dieser steht nun vor einem Prozeß wegen angeblicher im Zusammenhang mit der Iran-Contra-Affäre begangenen Verbrechen. North glaubte offensichtlich an die Makellosigkeit seiner Sache, in der er eine Gelegenheit sah, den nicaraguanischen Contras in ihrem Kampf gegen das dortige kommunistische Sandinista-Regime Hilfestellung zu leisten.

Drogengeschäfte für CIA und Banker

North überzeugte das amerikanische Volk während der vom Fernsehen übertragenen Verhandlung vor dem US-Kongreß in dieser Angelegenheit, daß er gegen keine Gesetze verstoßen und nur das erfüllt hatte, was er als seine nationale Pflicht und Schuldigkeit erachtete. Er überzeugte auch die Mehrheit der Amerikaner davon, daß man ihn zu einem Sündenbock gemacht hatte, um ihn wegen der auf Betreiben Israels von der Regierung begangenen Fehler zu Fall zu bringen.

Reagans Weigerung, North zu begnadigen, und das zu einem Zeitpunkt wo er, wie berichtet wird, in Erwägung zog, dem Milliardär Armand Hammer für seine Übertretungen des Wahlgesetzes während der Nixon-Regierung Gnade zu gewähren, hat nun zu etwas geführt, was zu einem absurden Alptraum zu werden verspricht. Sowohl Ronald Reagan als auch der neue amerikanische Präsident George Bush erhielten eine Vorladung zur Aussage im North-Prozeß.

Auf vielen anderen Gebieten außer dem wirtschaftlichen und außenpolitischen Bereich sollte man die Reagan-Regierung als totalen Fehlschlag beurteilen. Der viel gerühmte Krieg gegen die Drogen war eine wilde Flucht; die Drogendealer beherrschen jetzt die Stadtkerne, während die von den Drogenhändlern in den Drogen herstellenden Ländern angeheuerten Privatarmeen den nationalen Armeen an Waffen und Personal überlegen sind.

Indessen vermehren sich die Anschuldigungen der Beteiligung von Großbanken als auch des CIA an dem lukrativen Drogengeschäft.

Von all diesen Fehlschlägen sind es jedoch die an der Wirtschaftsfront, die die größte Zerstörung mit sich zu bringen drohen. Denn diese sind besonders heimtückisch, da sie nicht so offen in Erscheinung treten wie andere.

Man kann in der Tat dahingehend argumentieren, daß das Beste, worauf man an dieser Stelle hoffen kann, eine plötzlich eintretende Wirtschaftskrise ist, denn es scheint, daß nur eine solche die amerikanische Regierung und das Volk dazu anspornen kann, eine populistische Lösung zur Rettung des Landes zu akzeptieren. □

Alte Gesichter mit neuen Titeln

Richard Scales

Der neue amerikanische Präsident George Bush hat seine Führungsmannschaft zusammengestellt. Eine Tatsache wird dabei immer klarer: Bush füllt sein Kabinett mit übernommenen Beamten aus der alten Reagan-Regierung und mit solchen, die unter dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Gerald Ford dienten, auf. Obwohl Bush behauptete, in seinem Kabinett gebe es eine Anzahl von »neuen Gesichtern«, haben die meisten der von ihm ins Kabinett Berufenen entweder in der Ford- oder in der Reagan-Regierung gedient.

George Bushs neuer Außenminister James Baker diente zum Beispiel als Ronald Reagans Stabschef und Finanzminister, bevor er im vergangenen Jahr die Reagan-Regierung verließ, um Bushs Präsidentschaftswahlkampf zu leiten.

Ein schwerer Schlag für die Farmer

Darüber hinaus wählte Bush Reagans ehemalige Transportministerin Elizabeth Hanford Dole zu seinem Arbeitsminister und bestimmte Thomas Pickering, ehemaliger Botschafter der Reagan-Regierung für Israel, zum Botschafter bei den Vereinten Nationen.

Bush wählte auch den »Arms Control Negotiator« (Vermittler für Waffenkontrolle) der Reagan-Regierung, Brent Scowcroft zu seinem Berater für nationale Sicherheit und erhob Bakers Hauptstellvertreter im Weißen Haus und Finanzministerium, Richard Darman, in das Amt eines »Director of Management and Budget« (etwa: Direktor für Geschäfts- und Rechnungsführung).

Außerdem ernannte George Bush den US-Handelsbeauftragten Clayton Yeutter zum Landwirtschaftsminister und ersetzte ihn durch die Anwältin Carla Hills, die unter dem ehemaligen amerikanischen Präsidenten Ford »Secretary of Housing and Urban Development« also Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung war.

Bushs Wahl von Yeutter wird als schwerer Schlag für die amerikanischen Farmer erachtet, und zwar wegen seines unerschütterlichen Festhaltens an der Freihandelspolitik des Establishment, die amerikanische Farmer- und Industriegemeinden verwüstet hat.

Ein scharfes Messer in Haushaltsdingen

Als erfahrener Handelsberater der Reagan-Regierung unterstützte Yeutter, 58, der frühere Vorstandsvorsitzender von Chicago Mercantile Exchange war, ein Farm-Gesetz im Jahr 1985 mit dem die Preise zur Unterstützung der Farmen geradezu zerfetzt wurden. Bush charakterisierte ihn mit den Worten: »Yeutter weiß wie man ein scharfes Messer an viele Haushaltsdinge ansetzt«.

Die hauptsächlichen Probleme die Yeutter zerfetzt hat, waren die finanziellen Grundlagen von Tausenden von amerikanischen Farmer- und Arbeiterfamilien.

Indessen hat sich Bush dazu entschlossen, den Attorney General (Generalstaatsanwalt) Richard Thornburgh, den Erziehungsminister Lauro Cavazos und den Finanzminister Nicholas F. Brady zu übernehmen. Er gab auch bekannt, daß er William Webster als Leiter des CIA (Central Intelligence Agency) beibehalten will; und inzwischen hat er den stellvertretenden Direktor der CIA, Robert M. Gates, 45, auf den Posten des stellvertretenden nationalen Sicherheitsberaters berufen.

1987 wurde Gates zum Leiter der CIA ernannt, aber seine Ernennung wurde zurückgezogen als Fragen über seine Rolle in der Iran-»Contra«-Affäre erhoben wurden.

Bush wählte allerdings einen Washingtoner Außenseiter, den Gouverneur von New Hampshire John Sununu, zu seinem Stabschef und erhob den »Mass Transit Official« (Beamter für Massengüter-Durchgangsverkehr) Samuel Skinner aus Chicago auf den Posten des Transportministers.

Er wandte sich an zwei von Reagans treuesten Kongreß-Verbündeten, als er den ehemaligen Senator von Texas, John Tower, zum Verteidigungsminister und den ehemaligen Abgeordneten Jack Kemp zum Minister für Wohnungsbau und Stadtentwicklung ernannte.

Und in einer Geste gegenüber Minderheiten wählte Bush Dr. Louis Sullivan, einen Schwarzen, zum Secretary of Health and Human Services (Minister für Gesundheit und humane Dienstleistungen).

Nach Meinung von politischen Beobachtern spiegeln Bushs Ernennungen die persönlichen gemäßigten Ansichten des gewählten Präsidenten wider. Bushs engster Vertrauter, der US-Außenminister James Baker, wird tatsächlich von politischen Insidern als der »äußerste Pragmatiker« bezeichnet, der die Fähigkeit habe, Abkommen durchzusetzen.

»Viele Leute sagen, er trifft ein Abkommen mit dem er, wenn er es haben kann, sagen wir mal 75 Prozent seines Ziels erreicht«, behauptet ein ehemaliger Beamter, der in der Reagan-Regierung eng mit ihm zusammengearbeitet hat. »Er wird dies hinnehmen und die 25 Prozent opfern, die er nicht bekommen kann.«

Baker muß viel über Außenpolitik lernen

Baker diente als Stabschef während der ersten Amtszeit Reagans und als Finanzminister während dessen zweiten Amtsperiode. Als Stabschef legte Baker den Schwerpunkt auf Angelegenheiten der amerikanischen Außenpolitik, obwohl er nicht als »Experte« für Außenpolitik betrachtet wird, und als Finanzminister arbeitet er an Handelproblemen, den Schulden und Steuern.

Und jetzt wo sich Baker darauf vorbereitet, den Posten des Stabschef zu übernehmen, sind seine Ansichten über größere außenpolitische Angelegenheiten – der Nahe Osten, Mittelamerika und die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen – immer noch nicht bekannt. »Baker muß noch viel über Außenpolitik lernen, aber ich glaube er wird ein echter Stratege sein im Sinne der Festlegung von Prioritäten und Ziele«, meinte ein ehemaliger Mitarbeiter Bakers.

Baker wurde in Houston geboren und besuchte die exklusive Vorschule Hill, bevor er die Princeton University absolvierte. Als ehemaliger Angehöriger der Marines hat Baker auch die Rechtsfakultät der University of Texas durchlaufen.

Er ist mit Bush seit 1970 befreundet, als er in dessen erfolglosem Senatswahlkampf mitwirkte. 1975 wurde Baker in der Ford-Regierung zum Staatssekretär für Außenhandel ernannt und anschließend wurde er Präsident Gerald Fords Wahlmanager in dessen erfolglosem Rennen gegen Jimmy Carter.

Bakers internationalistische Ansichten werden vielleicht durch Bushs Stabschef John Sununu, einem Konservativen des Establishment, ausgeglichen. Im Gegensatz zu Baker gilt Sununu als entschiedener Gegner irgendwelcher neuer Steuererhöhungen, und es wird erwartet, daß er sich jedem Versuch, die Steuern zu erhöhen, widersetzen wird.

Sununu war es nämlich, der dazu beitrug, Bushs stockenden Präsi-

dentschaftswahlkampf umzudrehen, indem er Bush zu einem steuerfeindlichen politischen Standpunkt drängte, und er könnte zum Sammelpunkt steuerfeindlicher Kräfte in der neuen US-Regierung werden.

Sununu ist Ingenieur und ehemaliger Professor an der Tufts University, und seine Unterstützung der Kernkraft brachte ihn auf Kollisionskurs mit militanten Kernkraftgegnern. Als Gouverneur von New Hampshire zog er für die Fertigstellung des Kernkraftwerkes Seabrook zu Felde, einer Anlage die der Gouverneur von Massachusetts, Michael Dukakis, als unsicher bezeichnete.

Sununu wurde 1982 dadurch Gouverneur von New Hampshire, daß er den demokratischen Amtsinhaber Hugh Gallen aus dem Sattel hob, und er wurde 1984 wiedergewählt. Als er bekanntgab, daß er die Aktion »Bush for President« im Frühjahr 1987 unterstütze, war Sununu einer der ersten Gouverneure in den USA, der sich für diesen Präsidentschaftskandidaten verbürgte.

Besänftigung durch Erklärungen

Und während des Präsidentschaftswahlkampfes im Herbst 1988 zog er mit seinen giftigen Angriffen auf Michael Dukakis landesweite Aufmerksamkeit auf sich.

Seine Ernennung zum Stabschef wurde von israelischen Gruppen, die darüber verärgert waren, daß er eine Entschließung der National Governors Association mit der ein Beschluß der Vereinten Nationen, Israel mit Rassismus gleichzusetzen, verurteilt wurde, nicht unterzeichnen wollte.

Aber Sununu war bestrebt, die israel-freundlichen Gruppen dadurch zu besänftigen, daß er ausführte, er habe die Sache der Juden oft unterstützt. Als Gouverneur gab er Erklärungen zum Gedächtnis an »Nazi Holocaustopfer«, zum B'nai B'rith Monet, zum 75. Jubiläum der Anti-Defamation League (ADL) und zum Gedächtnis an die Reichskristallnacht ab. Jüdische Führer erklärten darauf, sie stünden der Ernennung Sununus nicht entgegen.

»Ich weiß, daß wen auch immer der gewählte Präsident in seine Regierung beruft, dessen Politik und Leitlinie verfolgen wird«, sagt Morris B. Abram, Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations.

Sununus konservativer Gesinnungsfreund in der Regierung wird wahrscheinlich der Abgeordnete Jack Kemp, neuer Leiter des Ministeriums für Wohnungsbau und Stadtentwicklung sein, der einer der Hauptarchitekten der Zulieferer-Wirtschaft war. Wie Sununu hat sich Kemp dazu verpflichtet, Steuererhöhungen zu bekämpfen.

Der 53jährige aus Kalifornien stammende ehemalige »Quarterback« (Verteidiger direkt hinter den Stürmern im amerikanischen Fußball) aus Buffalo Bills hatte lange versucht »Minderheiten« für die Republikanische Partei hineinzubekommen, indem er für die Stadtentwicklung eintrat. Vor allem ist Kemp ein Befürworter von städtischen Industriegebieten; er ist bestrebt die innerstädtische Entwicklung durch die Beschaffung von Anreizen für Betriebe, sich in Notstandsgebieten niederzulassen, zu fördern. Er setzt sich auch für die Übertragung des öffentlichen Wohnungsbaus auf private Grundbesitzer ein.

»Eines der Dinge die Kemp in dieser Position erledigen wird, was die Reagan-Regierung nicht getan hat, wird darin bestehen, die politische Dynamik im Wohnungsbau und in der städtischen Entwicklung irgendwie zu ändern«, sagt Stuart Butler, der mit Kemp an der konservativen Heritage Foundation gearbeitet hatte.

Aber nach der Ernennung Kemps sagte Bush, er solle sich nicht nach »einem gewaltigen Wohnungsbauprogramm umsehen. Sie werden nicht ihre Entschlossenheit zutage treten lassen, ein Problem dadurch lösen, daß Sie ganz einfach die Regierungsausgaben in die Höhe schrauben. Es gibt andere Wege, einer Katze das Fell über die Ohren zu ziehen.«

Bei weitem die umstrittendste Ernennung durch Bush ist John Tower, der Gegenstand von hartnäckigen Gerüchten bezüglich seines Umgangs mit Frauen und seines Trinkens war. Sein Name tauchte auch in Zusammenhang mit der »Ill Wind«-(Böser Wind)-Untersuchung des US-Justizministeriums über Korruption bei Verteidigungs-Aufträgen auf.

Gegenstand hartnäckiger Gerüchte

Anschließende Untersuchungen dieser Behauptungen durch das FBI ergaben, daß Tower nichts Unrechtes getan hatte. Nichtsdestoweniger ging es bei den Sitzungen über Powers Bestätigung im Amt hoch her, weil die meisten Demokraten und viele Republikaner in Tower nichts anderes sehen als einen Händler für die Kriegswaffen-Industrie.

Tower ist ehemaliger Professor an der Midwestern University in Texas und wurde erstmals 1961 in den amerikanischen Senat gewählt. Im Senat war Tower Vorsitzender des Armed Services Committee (Ausschuß für die bewaffneten Streitkräfte), wo er enge Bande zu Lieferanten für die Verteidigung unterhielt.

Tower setzte sich sehr stark für Reagans Aufbau der Landesverteidigung ein, aber man rechnet damit, daß er als Verteidigungsminister Kürzungen in Höhe von 300 Milliarden Dollar im Verteidigungshaushalt vornehmen wird.

Die Lobby der Feministinnen beglückt

Anders als Towers Ernennung wird Bushs Wahl von Elizabeth Dole für den Posten des Arbeitsministers sowohl von den Demokraten als auch von den Republikanern wärmstens begrüßt. Durch Vergabe eines Kabinettpostens an Mrs. Dole hat Bush nicht nur Senator Robert Dole, der gegen ihn um die Ernennung zum Präsidenten gekämpft hatte, besänftigt, sondern auch die Lobby der Feministen beglückt. Senator Dole ist der Ehemann von Elizabeth Dole.

Senator Edward Kennedy nannte Mrs. Doles Ernennung »eine ausgezeichnete Wahl«, ebenso der Präsident der AFL-CIO (American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations, eine 1955 durch Fusion gegründete Arbeitervereinigung), Lane Kirkland; er meinte, daß Mrs. Dole »dem Arbeitsministerium in Angelegenheiten die für arbeitende Amerikaner von Interesse sind eine gewichtige Stimme verleihen wird«.

Mrs. Dole diente als außerordentlicher Direktor für gesetzgeberische Angelegenheiten für den ehemaligen Präsidenten Lyndon Johnson, als außerordentlicher Direktor in Richard Nixons Commission on Consumer Interests (Kommission für die Interessen des Verbrauchers) und war Mitglied der Federal Trade Comission unter den Präsidenten Nixon, Ford und Jimmy Carter.

Und natürlich war die 52jährige Absolventin der Harvard Law School Transportminister der Reagan-Regierung.

Schließlich rief Bushs Ernennung von Dr. Louis Sullivan für den Posten des Secretary of Health and Human Services sowohl Tadel als auch Lob hervor. Schwarze und andere Minderheiten lobten die Ernennung Sullivans, der Präsident der Morehouse School of Medicine in Atlanta ist. Aber lebensbejahende Gruppen sind besorgt darüber, daß Sullivan, 55, in seinem Widerstand gegen Abtreibung vielleicht nicht unerschütterlich genug sein wird.

Obwohl Sullivan sagt, er unterstütze eine Finanzierung der Abtreibung durch öffentliche Mittel nicht, teilte er der »Constitution« von Atlanta mit, er mißbillige nicht das Recht einer Frau, eine Abtreibung vorzunehmen. Als Verfechter der Lebensbejahung über seine Bemerkungen erzürnt waren, versuchte Sullivan diese rückgängig zu machen, indem er versicherte: »Ich bin gegen Abtreibung.« □



Libyen

Europa amüsiert sich über die USA

Oscar Boline

Die »schießwütige« amerikanische Reagan-Regierung ist überstanden. Man hofft, daß in Washington endlich Schluß ist mit den »Knall-sie-ab«-Szenen der US-Außenpolitik, die ständig an Reagans Zeit als Hollywood-Schauspieler erinnerten. Niemand nahm im Europäischen Parlament dem ausgeschiedenen amerikanischen Präsidenten Reagan seine Ansicht ab, daß Oberst Muammar al Gaddafi und die übrigen 3,2 Millionen Libyer böse Halunken seien, die es verdienten, abgeschossen zu werden. Vielmehr fürchteten viele Europa-Abgeordneten, daß Reagan die Amerikaner zu unüberlegten, folgenschweren Handlungen verführe.

Militärexperten wiesen zu Hunderten in Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehinterviews darauf hin, daß der amerikanische Angriff auf die beiden libyschen Düsenjäger innerhalb von drei Tagen nach der zeitweiligen Verdoppelung der amerikanischen Seestreitmacht vor der libyschen Küste erfolgte.

Ein idealer Zeitpunkt für einen Angriff

Die amerikanischen Jäger, die die libyschen MiGs abschossen, starteten von einer von dem Flugzeugträger »John F. Kennedy« geführten Kampfgruppe, die als Teil eines Rotationsplans im sechsmonatigen Rhythmus innerhalb weniger Tage von einer Kampfgruppe unter Führung des Flugzeugträgers »Theodore Roosevelt« abgelöst werden sollte.

Diese Rotationsperiode wäre ein idealer Zeitpunkt, um einen Angriff auf Libyen zu starten. Ein derartiger Angriff oder sogar eine Invasion könnte ohne Einsatz der auf dem europäischen Festland stationierten amerikanischen Streitkräfte durchgeführt werden. Europäische Militärexperten sind der festen Ansicht, daß der Abschuß der Libyen-Jäger von den Herren im amerikanischen militärpolitischen Establishment vorsätzlich so geplant wurde, und daß er zeitgleich mit der Ankunft der zweiten Kampfgruppe erfolgen sollte; daß diese beiden libyschen Jäger der ideale Zufall waren, auf den die US-Navy gewartet hatte.



Sir Peter Vanneck, ehemaliger Oberbürgermeister von London, glaubt, daß der Abschuß der beiden libyschen Flugzeuge als Vorwand für eine Invasion dienen sollte.

Eine solche Situation kann nur in einem Land entstehen, das eine »berufsmäßige« Verteidigungsstreitmacht unterhält, behaupten die Experten.

In Gesprächen mit Angehörigen des Stabs der Westeuropäischen Union, des vor der NATO gegründeten und 1984 reaktivierten europäischen Verteidigungsbündnisses, wird zugegeben, daß sie dem amerikanischen Militär-Establishment wegen dessen Einfluß auf die Regierung mehr als kritisch gegenüberstehen. Sie weisen alle darauf hin, daß europäische Länder schon vor langer Zeit die Gefahr erkannt haben, die ein Berufsheer mit sich bringt. Berufsheere, meinen sie, sind zu weit weg von der Öffentlichkeit und üben einen zu großen Einfluß auf die Regierung und die Regierungspolitik aus. Deshalb verlassen sich europäische Länder auf die Wehrpflicht.

Sind die USA »chemisch dumm«

Die Theorie dabei ist, daß solch eine Verteidigungsstreitmacht den Kontakt mit dem Volk nicht verliert und keinen großen Einfluß auf die öffentliche Politik ausübt.

Was das Thema der libyschen Chemieanlage betrifft, das in den letzten Wochen in den Schlagzeilen stand, so überschlägt sich indessen ein Heer von europäischen Chemikern, Chemoingenieuren, Planern von Chemieanlagen, chemischer Firmen, Lehrern und Politikern, um ihre prolibyschen antiamerikanischen Ansichten in die Zeitungen oder in den Äther zu bekommen. Fast jeder nennt die Amerikaner »chemisch dumm«.

Alle »chemisch Denkenden« unterstützen Libyen bei seinen ersten Schritten als petrochemisches Produktionsland.

Nach Berichten in den europäischen Medien sind die libyschen petrochemischen Bemühungen schon seit einigen Jahren in der Planung. Darüber hinaus ist es ein logischer Schritt für ein dünnbesiedeltes ölproduzierendes Land in diesen Jahren der niedrigen Ölpreise, denken die Europäer.

Vielleicht ist kein Politiker stärker beunruhigt als Reagans langjähriger Freund, Bundeskanzler Helmut Kohl, und keine Nation stärker als die Bundesrepublik Deutschland, Amerikas bester Verbündeter – nach Meinung der Bundesdeutschen.



Die Londoner Abgeordnete Carole Tongue kritisiert offen die alte amerikanische Kanonenboot-Politik.

Alle bezeichnen die offiziellen Behauptungen aus Washington, Satellitenfotos der Chemieanlage bei Rabta, Libyen, etwa 40 Meilen südlich von Tripolis, hätten ergeben, daß diese zur Herstellung chemischer Waffen ausgelegt ist, als »reinen Unsinn«. Es ist nicht möglich, sagen sie, weil fast alle Anlagen gleich aussehen.

Was für chemische Waffen gebraucht wird, sind außerdem ganz alltägliche Chemikalien, die, wenn man sie auf besondere Weise zusammenbringt, tödlich werden.

Ein Zwischenfall sollte provoziert werden

Sir Peter Vanneck, Vorsitzender des Unterausschusses für Verteidigung für die Demokratische Gruppe des Europäischen Parlaments (EP), war wie viele andere Mitglieder des EP keineswegs zurückhaltend damit, seine An-

sicht über die libysch-amerikanische Krise zu äußern:

»Ich glaube, die amerikanische Reaktion, als zwei libysche Jäger sich ihrer Flugzeugträger-Gruppe vor der Küste Libyens näherten, war äußerst ungewöhnlich«, sagte er. »Ich möchte gerne wissen, ob das Ganze nicht eine abgekartete Sache war, um einen Zwischenfall zu provozieren.«

»Seit vielen Jahren fliegen schon sowjetische, in Murmansk im Norden der UdSSR stationierte Flugzeuge vor der Küste von Schottland, den Shetland-Inseln und den Zugängen zum Atlantik zwischen Island und Großbritannien herum. Ihr Ziel ist es, unsere britischen Funk- und Radarfrequenzen und unsere Fähigkeit zur Abfangung zu kontrollieren.

Wir raffen sofort unsere Jäger zusammen, um die sowjetischen Flugzeuge abzufangen. Unsere Flugzeuge fliegen nur längsseits der sowjetischen, was genug ist, um diese davon zu überzeugen, daß wir auf der Hut sind; dann wackeln wir zum Abschied freundschaftlich mit den Flügeln und fliegen davon.

Man muß halt mit diesen Dingen leben. Das müssen wir auch mit der sowjetischen Fischereiflotte vor unserer Küstenlinie. Diese Schiffe scheinen mehr Antennen in der Luft als Fischfanggeräte in der See zu haben. Nachrichten zu sammeln ist ebenso wichtig für sie wie Fische fangen.

Mir scheint es daher, daß die amerikanische Reaktion höchst ungewöhnlich war. Es ist nicht so, daß wir in England uns mehr im Zaum haben, aber mir scheint es, daß libysche Flugzeuge schon oft nahe an amerikanische Flugzeuge herangeflogen sind, nur um die Informationen über Amerika zu sammeln, die jede Nation gerne haben möchte.«

Als Mitglied des Forschungs- und Technologie-Ausschusses des EP hat Vanneck das Wachsen der petrochemischen Industrie in Libyen genau beobachtet. In einer Stellungnahme zu dieser neuen Industrie sagte er:

»Es ist nur normal für ein ölproduzierendes Land wie Libyen, eine petrochemische Industrie aufzubauen, besonders in Zeiten wie diesen, wenn der Ölpreis sehr niedrig ist. Einer der besten möglichen Märkte ist der Düngemittelmarkt.

Durch Hinzugabe von algerischem und marokkanischem Kali zu Ammoniak, das in Libyen hergestellt wird, wäre Libyen in der Lage, einen stark gefragten Dünger zu einem niedrigen Preis herzustellen. Wenn jedoch Gaddafi eine Fabrik für chemische Waffen baut, dann ist das eine ganz andere Sache.



Bryan Cassidy vergleicht die Story über die libysche Giftgasfabrik mit der Geschichte über die Bombenlegung in der Berliner Diskothek, die den Luftangriff auf zivile Ziele in Libyen herausforderte.

Die Medien haben von Gaddafi ein Image geschaffen, als habe er in vielen Teilen der Welt den Terrorismus unterstützt, einschließlich der Lieferung von Waffen an die Irisch-Republikanische Armee. Daher glaube ich, wir sollten eine Untersuchung darüber, was die libysche Chemieanlage herstellen wird befürworten.«

Peter Beazley kritisiert die amerikanischen Bombardierungen, da so die Probleme des Terrorismus nicht gelöst werden.

Die Wahrheit über die Bombe in der Disko

Bryan Cassidy, englischer Europa-Abgeordneter aus Dorset, verglich die offizielle Washingtoner Behauptung, die amerikanischen Jäger hätten in Notwehr gehandelt, als sie die beiden libyschen Maschinen abschossen, mit der Bombenlegung in der Berliner Disko »La Belle« im April 1986.

Die Bombenlegung in dieser Disko war von US-Präsident Ronald Reagan als Akt von Gaddafi angesehen worden und war Anlaß zu der Bombardierung von Tripolis und Benghazi weniger als zwei Wochen später.

»Jetzt höre ich, daß es über die Verbindung zwischen Gaddafi und der Berliner Disko etliche Zweifel gibt«, kommentierte Cassidy. »Das Interessante daran ist, daß man hierüber nichts in den Zeitungen liest, weil es keine Geschichte von gestern, sondern eine des vorletzten Jahres ist.

Deshalb sind die Medien, die Nachrichten-Spürhunde, nicht an den Tatsachen interessiert. Deswegen glaube ich nicht an die Verschwörungstheorie der Geschichte, höchstens an Verschwörung durch die Medien, um uns alle an der Nase herumzuführen. Ich meine insbesondere das Fernsehen.«

»Ich bin nicht für eine Bombardierung der libyschen Chemieanlage«, kommentierte Peter Beazley, MEP aus Sussex, England, und ehemaliger Manager bei Imperial Chemical Industries (ICI) in seinem Heimatland. »Die Amerikaner haben Gaddafi schon einmal bombardiert, und ich glaube nicht, daß dies unser Problem, die Terroristen loszuwerden, gelöst hat. Ich glaube auch nicht, daß irgendeine Bombardierung in der Zukunft den Terrorismus beseitigen wird. Ich glaube, wir müssen diplomatische Mittel anwenden.«

Die alte amerikanische Kanonenboot-Politik

Es ist Kanonenboot-Diplomatie, meinte Carole Tongue, MEP aus Ostlondon. »So packt man keine Probleme zwischen Ländern an. Man muß die Dinge diplomatisch angehen, nicht durch Angriffe.«

Die europäischen Politiker wissen ganz genau, daß die junge Dame, die durch den Berliner Staatsanwalt in »Untersuchungshaft« genommen wurde, wieder entlassen werden mußte, befreit von jeder Schuld an der Bombenlegung in der Berliner Diskothek, eine Tatsache, die in den Vereinigten Staaten weitgehend verschwiegen wurde. □

Israelis erforschten Pan Ams Sicherheitssysteme

Eine israelische Firma kopierte Sicherheitsverfahren der Pan American Airways in London und Frankfurt, schrieb die »Washington Post«. Die private Sicherheitsfirma, geleitet von einem ehemaligen Militär-Attaché bei der israelischen Botschaft in Washington, stellte im Mai 1986 einen detaillierten Querschnitt der Verwundbarkeiten in der Sicherheit bei Pan Am her.

Diese Enthüllung könnte Spekulationen darüber Auftrieb geben, daß ein israelisches privates Nachrichtennetz, das dem Dialog zwischen den USA und der PLO feindlich gegenübersteht, an dem terroristischen Bombenanschlag auf den Pan-Am-Flug 103 über Lockerbie in Schottland am 21. Dezember 1988 beteiligt gewesen sein könnte.

Yossi Langotsky, ein leitender Angestellter der Firma KPI Ltd., sagte zu Glenn Frankel von der »Washington Post«: »Wir waren über die Tragödie erschüttert, aber es tut mir leid zuzugeben, daß wir nicht überrascht waren. Wenn nicht irgend etwas geändert wird, befürchte ich, daß es wieder geschehen wird.«

In einer Reaktion auf Langotskys Bemerkungen sagte der Vizepräsident der Pan Am, Jeff Kriendler, er finde Langotskys »üble Redensarten über uns zum Kotzen«.

Im Mai 1986 fertigte eine israelische Mannschaft, zu der Langotsky wie auch ein ehemaliger Leiter für Schutz und Sicherheit für den Shin Beth, Israels heimischer Nachrichtendienst, sowie der ehemalige Sicherheitschef von Israels El-Al-Airline gehörten, einen umfangreichen Querschnitt der Sicherheitsverfahren der Pan Am auf 25 internationalen Flughäfen, darunter Frankfurt und London-Heathrow, an und fanden in den meisten Fällen etwas heraus, was sie als wesentliche Verfahrensfehler bezeichneten. □

Israels Finanzkrise verschärft sich

Israel hat seit der Abwertung des Schekel, Israels Landeswährung, eine größere Kapitalflucht erlitten. Eine Summe im Gegenwert von etwa 300 Millionen Dollar verließ das Land. Finanzminister Shimon Peres sah sich schließlich gezwungen, alle Devisen-Transaktionen durch das israelische Bankensystem zu stoppen. Darauf wurde ein Not-Sparpaket verkündet. Es enthielt eine weitere Abwertung des Schekel und harte Kürzungen des Haushaltes.

Da die meisten Verbindlichkeiten Israels auf Dollar lauten, dank der Geldhilfe aus den Vereinigten Staaten, bedeutet dies: Je mehr der Schekel abgewertet wird, desto schlimmer werden die Dinge in der Zukunft sein. □

Kanada ändert seine Meinung zum Israel-Problem

Die gleichen Fragen, die von einer wachsenden Anzahl von Amerikanern über den unangemessen hohen Einfluß der jüdischen pro-israelischen Gemeinde auf die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten gestellt werden, werden nun auch in Kanada immer häufiger ausgesprochen. Und die Antworten sind die gleichen.

Eine kürzliche Umfrage bei derzeitigen und ehemaligen hohen Beamten des Department of External Affairs, das kanadische Außenministerium, ergab, daß die Mehrheit der Regierungsbeamten der Ansicht sind, die kanadische Politik gegenüber dem Nahen Osten werde stärker von der kanadischen jüdischen Gemeinde als von dem Premierminister, dem Kabinett, der öffentlichen Meinung oder von den Medien beeinflußt.

Außerdem, so kam bei der Erhebung heraus, sei die kanadische Außenpolitik voreingenommen zugunsten Israels und hindere Kanada daran, einen bedeutsamen Beitrag zu einer friedlichen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts zu leisten.

Mit der Erhebung, die in Kürze als Teil eines Buches über die kanadische Nahost-Politik veröffentlicht wird, wurden die Ansichten Dutzender ehemaliger kanadischer Botschafter, stellvertretender Minister und Beamter des Außendienstes, die in der Region tätig oder in Ottawa sowie bei den Vereinten Nationen dafür verantwortlich waren, ermittelt. Neunundzwanzig Beamte füllten einen Fragebogen aus, während mit weiteren vierzig von ihnen Gespräche geführt wurden.

Die meisten der von der Umfrage erfaßten oder interviewten Personen »waren schwankend, alle zugunsten Israels«, geht aus der Übersicht hervor. »Die stärkste Empfindung eines Ungleichgewichts wurde durch ehemalige Botschafter und höhere Staatsbeamte zum Ausdruck gebracht, die in Israel gedient hatten.«

Leztere Feststellung ist etwas überraschend, da die Empfindung eines pro-israelischen Ungleichgewichts in der Einstellung unter amerikanischen Beamten des Außendienstes bei denjenigen stärker ist als bei jenen, die in arabischen Ländern Dienst tun.

Die Gesprächspartner waren beinahe einstimmig in ihrer Zustimmung zu der Feststellung, daß es keine »wirksame Regelung des arabisch-israelischen Konflikts geben kann, wenn den Palästinensern nicht ein Heimatgebiet mit voller Selbstregierung zugestanden wird«.

Die Stärke der Emotionen hinter den Antworten der Gesprächspartner war auch irgendwie überraschend, und die Ausdrucksweise, die sie benutzten um ihre Meinung zu äußern, war alles andere als diplomatisch.

Ein Beamter meinte, die Aktionen der kanadischen jüdischen Gemeinde, Druck auf die Regierung auszuüben, um dem schon lange bestehenden arabischen Boykott Israels entgegenzuwirken, grenzten an »Verrat«.

Ein anderer kanadischer Staatsbeamter sagte über das Canada-Israel-Commitee – einem Gegenstück der kanadischen jüdischen Gemeinde zur amerikanischen AIPAC –, es übe bei der Durchsetzung seiner Ziele »Erpressung« aus.

Bei der Umfrage wurden die Teilnehmer auch aufgefordert, den Einfluß von Kräften auf die Ausübung der kanadischen Außenpolitik im Nahen Osten einzustufen. An der Spitze der Liste stand die kanadische jüdische Gemeinde. An zweiter und dritter Stelle kamen der Premierminister und das Außenministerium. Israel selbst stand an dritter Stelle vor den Vereinigten Staaten, den Medien und der öffentlichen Meinung. Kanadas arabische Gemeinde und die PLO rangierten an 16. beziehungsweise 17. Stelle.

Peyton Lyon, ein ehemaliger Staatsbeamter für auswärtige Angelegenheiten und einer der Verfasser der Studie, äußerte sich mit den Worten: »Kanadische Diplomaten empfinden, daß die kanadischen Interessen im Nahen Osten unter einem pro-jüdischen Vorurteil gelitten haben, das auf das Vorhandensein einer einflußreichen und tüchtigen jüdischen Lobby zurückzuführen ist. Ich kann mich an keine einzige Person im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten erinnern, die eine andere Meinung vertritt.«

Interessanterweise lief Lyon, der viele ähnliche Umfragen durchgeführt und in der Vergangenheit stets die Unterstützung des Außenministeriums erhalten hatte, diesmal gegen eine sogenannte Sperre: Spitzenbeamte des kanadischen Außenministeriums verlangten von Mitarbeitern des Ministeriums, den Fragebogen nicht auszufüllen.

»Sie taten alles, um ihn zu blokkieren«, sagte Lyon. »Sie sandten jedem im Ministerium ein Telegramm mit der Aufforderung die Fragen unbeachtet zu lassen.«

Lyon äußerte auch, man habe dahingehend argumentiert, daß eine derartige Umfrage »die Beziehungen zu der jüdischen Gemeinde schwierig gestalten würde«.

Es ist nicht sehr überraschend, daß eine Situation ähnlich wie in den USA auch die Kanadier beschäftigt. Überraschend ist dagegen, die Offenheit mit der kanadische Staatsbeamte nachweisbar auf diese sehr heiklen Fragen reagierten und die Vehemenz, mit der sie ihrer Unzufriedenheit Ausdruck verliehen. □

Israels historisches Schicksal

Für jene Optimisten, die hoffen, es gebe eine Chance, daß es Israel einmal wieder besser gehen wird, daß die zionistische Führung schließlich mit den Palästinensern Frieden schließen wird, muß die allerjüngste Verlautbarung des Premierministers Shamir, daß »dies alles auch vorübergehen wird«, eine weitere bittere Enttäuschung sein.

»Es ist vielleicht unser historisches Schicksal gegen den Strom zu schwimmen. Wir sind noch nicht ertrunken«, sagte der neugewählte Premierminister in einem Interview mit der »Jerusalem Post«.

In einer persönlichen Anmerkung sprach Shamir von seiner Hingabe zu dem Konzept von Eretz Yisrael und seinen daraus folgenden Widerstand gegen Frieden mit den Palästinensern.

»Das ist unmöglich«, meinte er. »Sie kennen die Geschichte ›Partial Consolation‹ (›Halber Trost‹) von Ahad Ha'am. Er sagt, daß viele Juden gefragt werden, wie es möglich sei, daß die Juden Recht haben und daß die ganze Welt uns haßt. Das ist ein klarer Fall – die Blutverleumdung. Wir alle wissen, daß dies eine böse Verleumdung ist; wir verwenden nicht das Blut christlicher Kinder dazu, um Matze zu backen. Aber wir werden beschuldigt. So dies ist der Beweis, dies ist der halbe Trost, daß man gegen den Strom schwimmen kann aber immer noch Recht hat, immer noch überzeugt sein kann, daß unsere Wahrheit ans Tageslicht kommen wird. Ich sehe keine Möglichkeit aufzugeben.

In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg war ganz Europa nazifreundlich und dies war der Trend, der sich ausbreitete und anschwoll, von Staat zu Staat, schnell und beharrlich. Obwohl uns dies sehr weh tat, sind wir nicht gesunken. Wir blieben am Leben.

Ich erinnere mich persönlich daran. Ich weiß noch, wie ich als Student in Warschau spazieren ging und ich fühlte es tatsächlich kommen. Jetzt kommt es, jetzt überrollt es uns. Ich erinnere mich daran, wie sich die polnischen Studenten nach jüdischer Beute umsahen und am Ende ging alles vorbei.

Diejenigen, die vor dem Weltkrieg durch die Erfahrung gingen, für sie ist es leichter zu glauben, daß dies auch vorübergehen wird. Die PLO kann nicht mit den Nazis verglichen werden in dem Sinne, daß sie keine internationale Macht ist. Sie ist eine Mode – aber keine Macht. Wir werden sie überwinden.«

Dies sind die Worte eines wahren Gläubigen, eines Eiferers. Sie decken die fanatische Bindung und Hingabe eines Mannes auf, der einst ein Terrorist war, der Bomben legte und mordete, um seinen Traum der Neuerrichtung von Eretz Yisrael zu verwirklichen. Damals wie heute gab es keinen Platz in dem Traum oder in Israel für Frieden mit den Palästinensern.

Die Optimisten neigen dazu zu vergessen, daß Shamir ein hartnäckiger Politiker ist, der erfolgreich die Friedensinitiativen des ehemaligen US-Außenministers Georg Shultz wie auch die seines israelischen Hauptrivalen Shimon Peres im ersten Jahr des palästinensischen Aufstandes blokkiert hat. In gewisser Weise kann man sagen, die sind auch vorübergegangen.

Was die amerikanischen Bemühungen betrifft, einen Dialog mit der PLO zustande zu bringen, sagt Shamir: »Ich muß sagen, daß ihr jüngster Schritt gegenüber der PLO dem Frieden schweren Schaden zugefügt hat, uns schweren Schaden zugefügt hat. Ich glaube, er hat die Intifada (Aufstand) verlängert. Ich weiß nicht für wie lange, aber er gab Leuten, die vielleicht einen Punkt erreicht hatten, wo sie in Erwägung zogen vom Wege abzugehen, einen mächtigen Schub nach vorne und eine große Ermunterung. Hier sahen sie, daß es sich lohnt, daß es für ihre Opfer eine Vergütung gibt.

Ich bin überrascht, daß die Amerikaner nicht schon vorher darüber nachgedacht haben. Ihr Schritt verstieß doch gegen alle Prinzipien, für die wir im Kampf gegen den Terror standen, an denen die Amerikaner teil hatten.«

Er fügte hinzu: »Das große Amerika kann uns seinen Willen nicht aufzwingen.«

Bezüglich der zentralen Frage der palästinensischen Unabhängigkeit bleibt Shamir entschlossen: »Wir brauchen nicht zu akzeptieren, was sie wollen. Aber die PLO hat ein politisches Engagement; sie kann nicht mit Geringerem einverstanden sein. Andererseits sind diejenigen Palästinenser, die ihr Leben frei verbringen wollen, in der Lage sich klarzumachen, daß sie nicht alles erreichen können, was sie wollen. Und ich bin sicher, daß es jene gibt, die verstehen, daß Israel kein Vertrauen in das setzen kann, was die PLO sagt. Wir kennen sie nur zu gut.«

Shamir fügte hinzu: »Ein palästinensischer Staat negiert unsere Existenz als Staat.« □

Eine neue jüdische Lobby

Das Committee for Judaism and Social Justive (CJSJ), Tikkuns alternative amerikanisch-jüdische Lobby, ist eine Erscheinung von einzigartiger Bedeutung. Zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel versucht eine amerikanische jüdische Gruppe, sich mit dem Traum des Zionismus und der Mystik des Judenstaats auf rationale, sogar ethische Weise zu befassen.

Nach Meinung von Michael Lerner, dem Herausgeber von »Tikkun« und Gründer des CJSJ, »wird die neue Lobby eine Quelle zur Analyse hergeben, die in israelischen Angelegenheiten eine Alternative zur Conference of Presidents of Major Jewish Organizations darstellt.

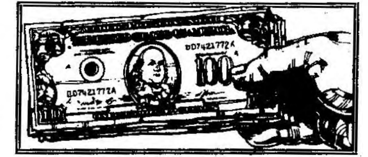
Lerner sagt voraus: »Während diese Leute Shamir mit blinder Loyalität gegenüberstehen und jedem Schritt der USA zur Eröffnung eines Dialogs mit den Palästinensern entgegenstehen, wird der CJSJ den Kongreß, die Regierung, die Medien und die Welt der Politik davon unterrichten, daß es noch einen anderen Sektor des amerikanischen Judentums gibt, der sowohl die Sicherheit Israels als auch die dringende Notwendigkeit eines eigenen Staates für die Palästinenser respektiert.

Zur Frage, wer Jude ist, schreibt Lerner: »Als es zu Israels Besetzung der West Bank und der blutigen Niederschlagung des Aufruhrs durch Israel kam, beharrte das Judentum des Establishments darauf, daß die in den USA lebenden Juden nicht das moralische Recht dazu hätten, Israel zu kritisieren. So furchtbar und dumm die ›Wer-ist-Jude-Gesetzgebung‹ auch sein würde, so verblaßt sie doch an Bedeutung angesichts des Schadens, der dem moralischen Rückgrat des jüdischen Volkes durch seine fortgesetzte Mittäterschaft bei der Besetzung von anderthalb Millionen Palästinensern zugefügt wird.«

Itzhak Galnoor, Professor für Politwissenschaften an der Hebrew Universität von Jerusalem, schreibt in »Tikkun« über Israels derzeitige politische Lähmung: »Die politische Sackgasse ist ein Produkt unserer Unfähigkeit, die Normalisierung unserer Existenz und die Aufgabe unserer veralteten Träume zu bewältigen.«

In gleicher Weise bemerkt Josh Henkein, stellvertretender Chefredakteur von »Tikkun«: »Die gleichen statistischen Argumente zum Nachweis von Erfolgen und Überlegenheit von jüdischen Männern können herangezogen werden – und sind herangezogen worden –, um darzulegen, daß jüdische Männer gierige Diebe sind.«

Und er stellt fest: »Angefangen von Boesky lesen sich die Namen der Angeklagten im Insider Trading der Wall Street wie das Mitgliederverzeichnis einer Synagoge.« □



Israel

Ein Terrorist als Premierminister

James Harer

Am 10. Januar 1989 verkündete der britische Staatsminister im auswärtigen Amt William Waldegrave auf einer überfüllten Pressekonferenz: »Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir ist ein Terrorist.«

Die Journalisten wußten diese Tatsache; aber ein schweres Atmen ging durch die Menge. Es war das erste Mal, daß eine führende politische Persönlichkeit des Westens den Mut gefunden hatte, diese lange bekannte Tatsache in der Öffentlichkeit auszusprechen.

Die israelische Regierung schlug wütend zurück. Shamirs Pressesprecher, Avi Posner, verurteilte die Worte des britischen Staatsministers als »Verleumdung«, »Einmischung« und als »antisemitisch«.

Aber Waldegraves Erklärung war mehr als eine impulsive Bemerkung, die auf allgemeiner Kenntnis beruht. Sie entsprang einer Reihe von kürzlich zusammengestellten nachrichtendienstlichen Berichten und Erhebungen, die unter jenen westeuropäischen Regierungen herumgereicht werden, die das Rückgrat des NATO-Bündnisses bilden.

Jan-Marten van Craanen, der im Dienst ergraute Rundfunkjournalist aus den Niederlanden, der nach einem Jahrzehnt der Berichterstattung über die NATO jetzt über dieses Thema ein Buch schreibt, berichtet:

»Als man damit begann, die Vorgeschichte von Attentaten, Bombenlegungen und anderer Gewalttaten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg summiert hatten, zu überprüfen, trat Shamir als einer der Hauptorganisatoren politischer Gewalttaten der Welt hervor.

Er ist nicht nur ein Terrorist, sondern wahrscheinlich der gefährlichste, gerissenste und mächtigste Terrorist in der heutigen Welt.«



Der israelische Premierminister Yitzhak Shamir wird international wegen seiner terroristischen Vergangenheit kritisiert.

Beobachter aus Westeuropa und aus dem Nahen Osten im Hauptquartier der Vereinten Nationen stimmten privat dieser Einschätzung zu.

»Die Wahrheit über den israelischen Terrorismus lag stets offen zutage. Aus irgendeinem Grund wollten wir ihm nicht ins Angesicht schauen, bis Waldegrave es offen aussprach«, sagte einer von ihnen zum Verfasser dieses Artikels.

Bei der Durchsicht von UN-Aufzeichnungen die bis zu 40 Jahren zurückgehen, fanden wir heraus, daß im Frühjahr 1948, als Palästina mitten in einem blutigen Hader zwischen Arabern und Juden vor der Teilung stand, die Weltorganisation ihren schwedischen stellvertretenden Generalsekretär, Graf Folke Bernadotte, zum Hauptvermittler für das Unruhegebiet ernannte.

Bernadotte hielt sich im Sommer 1948 in Palästina auf, stellte die Einzelheiten des Teilungsplans zusammen und versuchte, einen Waffenstillstand durchzusetzen. Am 15. September flog er nach New York zurück und legte am darauffolgenden Tag der Generalversammlung die Blaupause einer endgültigen Besiedelung für Palästina vor. Man applaudierte ihm und stimmte seiner Initiative zu.

In Palästina gefiel Yitzhak Shamir weder der Gedanke an Teilung noch an Frieden mit den Arabern. Der zukünftige israelische Regierungschef war zu der Zeit als Führer einer terroristischen Einsatzgruppe, der Stern-Bande, bekannt.

Als Fanatiker hinsichtlich des Aufbaus eines »Großisraels«, das den Nahen Osten und das Küstenland des Mittelmeers beherrschen würde, freute sich Shamir auf Krieg, Eroberung und imperialistische Expansion für seine Nation.

Bernadotte kehrte sofort nach seiner Rede vor den UN nach Palästina zurück. Am nächsten Abend wurde er im jüdischen Viertel von Jerusalem durch eine Mordmannschaft unter Shamirs Kommando erschossen. Oberst Henry Serot starb ebenfalls unter dem Kugelhagel.

»Es war keineswegs Shamirs erster Mord mit Weltklasse«, erinnerte sich ein erfahrener Miltärbeamter aus einem Lande am Persischen Golf. »Vier Jahre vorher erschoß Shamir Lord Alexander Moyne, der als Großbritanniens Chefminister für den Nahen Osten diente«.

Das Töten geht immer weiter

Auch war es nicht des israelischen Premiers letzte Tötung eines Friedensstifters. Kurz nachdem Israel 1948 ein Staat wurde, trat Shamir seinem gerade flügge gewordenen Geheimdienst, dem Mossad, bei. Von 1951 bis 1969 diente Shamir als Haupteinsatzleiter des Mossad, eines Kommandos das beauftragt war, Israels mutmaßliche Opponenten und Gegner zu erledigen, wo immer sie angetroffen wurden.

1971 wurde Wafdi Tal, Jordaniens Premierminister erschossen, als er sich auf einer Friedensmission nach Jerusalem befand. Neueres Beweismaterial deutet darauf hin, daß der Mord von Shamirs Mossad-Kommando in Szene gesetzt wurde.

1968 reiste Shamir nach New York – wie es heißt unter einem Pseudonym –, um terroristische Schläge gegen Israels Kritiker in den Vereinigten Staaten zu organisieren. Unter seiner Leitung beschaffte der Mossad Geld, Mordwaffen und Ausbildungsmöglichkeiten für jene terroristische Bande, die unter den Namen Jewish Defense League (JDL), Jüdische Verteidigungs-Liga, bekannt wurde.

Neues Beweismaterial deutet darauf hin, daß zu dem Zeitpunkt als er Morde, Bombenlegungen und andere Gewalttaten in den USA organisierte, der Gründer der JDL, Meir Kahane, als Shamirs Geheimagent fungierte.

In jüngerer Zeit sind die beiden Führer aus der Reihe getanzt, heißt es aus Informationsquellen, nachdem Kahane nach Israel gegangen war mit dem Ehrgeiz, zu einem bedeutenden Politiker aus eigenem Recht zu werden.

Im Juni 1987 wurde der stellvertretende Kommandeur der Palästinensischen Befreiungs-Organisation in Tunis ermordet. Die israelische Regierung machte sich kaum die Mühe abzuleugnen, daß der Terroranschlag von Shamir, der von einem gewöhnlichen Killer und mordlustigen Geheimdienstler zum Premierminister seines Landes aufgestiegen war, angeordnet wurde.

»Wie viele Morde und Bombenanschläge lasten auf Shamirs Gewissen? Wir sind sicher, daß deren Zahl in die Hunderte geht«, sagt van Craanen.

»Fest steht, daß Israel in der heutigen Welt das einzige Land ist das von einem Premierminister regiert wird dessen Staatskunst sich auf eine Politik des Mordes beschränkt«.

Diplomaten des Nahen Osten stimmen dieser Ansicht zu. »Will Präsident Georges Bush den Weltterrorismus in die Zügel nehmen? Der Hauptschritt, den er tun muß, ist einfach: Die Vereinigten Staaten müssen Shamir und seine terroristische Regierung abschießen«, schlußfolgerte einer von ihnen. □

Abschrekkung mit den »Heimlichen«

Mike Blair

Der sowjetische Diktator Michail Gorbatschow hat ein Problem: Die Vereinigten Staaten haben soeben sein militärisches Verteidigungssystem veralten lassen. Vorgeschlagene Lösung: Die Amerikaner mit einem neuen Friedensvorschlag überraschen, irgend etwas zum Hinhalten bis die UdSSR ein Gegenmittel für die »heimliche« Technologie hat.

Es gibt ein einzelnes Wort, das den Grund beschreibt für die unglaubliche Bereitwilligkeit des sowjetischen Generalsekretärs Michail Gorbatschow, immer mehr Abrüstungsvereinbarungen mit den Vereinigten Staaten abzuschließen. Das Wort heißt »Stealth« (Heimlichkeit, Verstohlenheit).

Für 200 Milliarden Dollar »altes Eisen«

Im November 1988 gaben die amerikanischen Militärbehörden der ganzen Welt zum ersten Mal zwei unglaubliche, beinahe Science Fiction ähnliche Flugzeuge der Öffentlichkeit bekannt: einen Stealth-Jäger und den Stealth-Bomber B-2. Die beides Waffen sind, die den militärischen Führern des Kreml Schauer den Rücken rauf und runter laufen lassen.

Konstruiert um der feindlichen Radar- und Flakverteidigung zu entgehen, lassen die neuen amerikanischen »heimlichen« Flugzeuge die gesamten sowjetischen Verteidigungssysteme veraltet erscheinen. Amerikanische Militärexperten glauben, daß die neuen »heimlichen« Luftfahrzeuge die derzeitige sowjetische militärische Strategie völlig wertlos machen.

Der ehemalige US-Verteidigungsminister James Schlesinger äußerte sich kürzlich dahingehend, daß die Flugzeuge »sowjetische Luftverteidigung im Werte von 200 Milliarden Dollar veralten lassen«.

»Die Stealth-Flugzeuge verwandeln einen Großteil der sowjetischen Luftverteidigung in ebensoviel ausgedienten Schrott«, sagte ein pensionierter hochrangiger amerikanischer Offizier.

»Was zählt ist, was die Sowjets davon (Stealth-Flugzeuge) halten«, stellte der ehemalige amerikanische Luftwaffenminister Edward Aldridge fest. »Sie werden durch ihre Schlußfolgerungen wie am Boden zerstört sein.«

Die Sowjets wird es 300 bis 500 Milliarden Dollar kosten, eine Verteidigung gegen diese Flugzeuge aufzubauen, und es wird Jahre dauern, bis sie wirklich steht.

»Seien Sie nicht überrascht, wenn Gorbatschow irgendwann in naher Zukunft den USA ein Abkommen vorschlägt wie die Abschaffung aller nuklearen Angriffswaffen im Austausch für die Abschaffung aller ›heimlichen‹ Flugzeuge und Einstellung der ›heimlichen‹ Forschung«, sagt er. »Hoffentlich läßt George Bush die USA nicht in eine derartige Vereinbarung hineinziehen.«

Den Sowjets fehlen Super-Rechner

Die meisten westlichen Militärexperten sind sich darüber einig, daß die Sowjets in der Entwicklung der »heimlichen« Technologie gegenüber den USA um Jahre zurückliegen. Sie besitzen nicht die Super-Rechner, die notwendig sind, um Flugzeuge zu fliegen, die mit den komplizierten »heimlichen« aerodynamischen Konstruktionen, den fortschrittlichen Compositwerkstoffen ausgestattet sind, aus denen die Flugzeuge gebaut sind, um keine feindlichen Radarstrahlen zu reflektieren; der Hochleistungs-Elektronik, die notwendig ist, um ein Verteidigungssystem zu entwickeln, und die ultra-ausgeklügelte Elektronik an Bord der »heimlichen« Flugzeuge, die es diesen ermöglichen, das feindliche Radarsystem zu verwirren.

Die Fachleute glauben, daß die Sowjets auch mindestens fünfmal so lange Zeit für eine Verteidigung gegen diese Flugzeuge benötigen würden, wie die USA brauchen werden, um die Flugzeuge zu bauen. Einige Experten gehen so weit, festzustellen, daß die »heimlichen« Flugzeuge die »größte Errungenschaft in militärischer Technologie seit der Atombombe sind«. Sie glauben, daß die Flugzeuge die Vereinigten Staaten »auf den Weg bringen werden, ihre militärische Überlegenheit bis in das nächste Jahrhundert beizubehalten«.

Die US-Luftwaffe möchte bis zu 70 Milliarden Dollar ausgeben, um 132 B-2-Stealth-Bomber zu bauen und hat bereits schätzungsweise sieben Milliarden Dollar ausgegeben, um 52 F-117-A-Stealth-Jäger zu bauen, die derzeit schon im Einsatz und auf dem streng geheimen Luftwaffen-Stützpunkt in Nevada stationiert sind, wo sie zur 4450th Tactical air Group gehören.

Verteidigung für Sowjets unmöglich

Die »heimlichen« Projekte finden nichtsdestoweniger Unterstützung von beiden Seiten der Durchgänge im US-Kongreß, auch die unerschütterliche Rükkendeckung durch den mächtigen US-Senator Sam Nunn, Vorsitzender des Senate Armed Services Committee, der kürzlich feststellte, daß allein der B-2-Bomber sowjetische Investitionen in ihre derzeitige Luftverteidigung in Höhe von mehreren Milliarden Dollar nutzlos machen und sie veranlassen wird, weitere Milliarden aufzubringen für den Versuch, es mit den USA aufzunehmen.

Schon hat der US-Kongreß mit sehr geringer Opposition Milliarden Dollar in die B-2- und F-



Der ehemalige US-Luftwaffenminister Edward Aldridge vor einem Stealth-Bomber.

Abschreckung mit den ›Heimlichen‹

117-A-Projekte hineingepumpt. Obwohl Bush in steigendem Maße unter heftigem Druck seitens des Kongresses stehen wird, die Militär-Ausgaben einzuschränken, glauben viele Kongreß-Beobachter, daß die »heimlichen« Programme nicht sehr darunter leiden werden. Die »heimlichen« Programme finden die entschlossene Unterstützung durch Bush wie auch durch seinen Berater für Nationale Sicherheit, Brent Scowcroft.

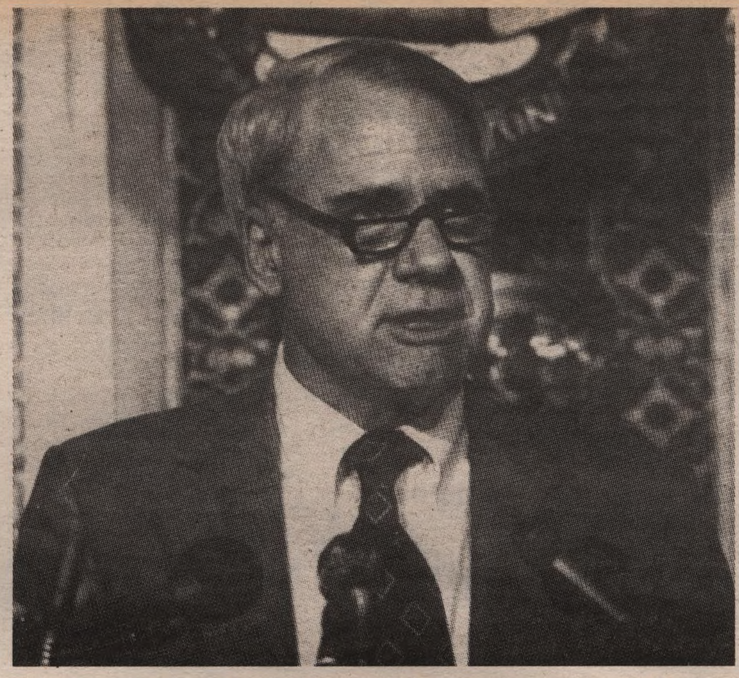
Dem Air Force Chief of Staff General Larry D. Welch zufolge werden das Hauptziel der Stealth-Bomber die stark geschützten Befehlstellen sein, die zur Unterbringung der sowjetischen zivilen und militärischen Führer entworfen wurden.

Welch sagte, die »am stärksten befestigten Ziele in der Sowjetunion« würden aufs Korn genommen, und er bezog sich dabei auf ein sich immer stärker ausdehnendes Netzwerk von tief unter der Erde liegender Bunker und geheimen Untergrundbahnen in und um Moskau herum sowie auf große militärische Kommandozentren außerhalb der sowjetischen Hauptstadt.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht wies das US-Verteidigungsministerium darauf hin, daß das unterirdische Netzwerk »einzig und allein dazu entworfen wurde, die höhere sowjetische Führerschaft gegen die Auswirkungen eines nuklearen Krieges zu schützen«.

Der US-Stabschef sagte, die Sowjets wären nicht in der Lage, die UdSSR gegen eine Kombination zwischen B-2-Stealth-Bomber, dem derzeit herauskommenden tief fliegenden B-1-Bomber und den älteren mit Raketen bewaffneten B-52-Bombern zu verteidigen.

Nach Welch macht die Kombination zwischen den drei Flugzeugen es »praktisch unmöglich« für die Sowjets, sich ein Verteidigungssystem auszudenken, das einen solchen Angriff abschrekken könnte. Er erläuterte, daß



Der ehemalige US-Verteidigungsminister James Schlesinger meint, die neuen Stealth-Flugzeuge lassen sowjetische Rüstung im Wert von 200 Milliarden Dollar veralten.

die Air Force über ein »sehr robustes Rotes Team« verfügt, das stets die Nachrichten über sowjetische Verteidigungsmaßnahmen untersucht, um festzustellen, ob sie eine solche amerikanische Waffe abschrecken können.

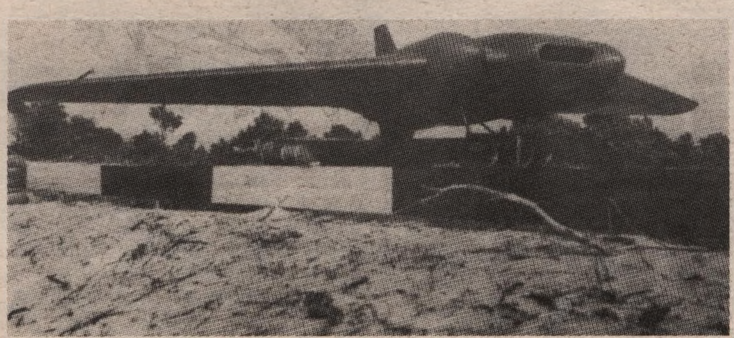
»Wir (das ›Rote Team‹) können uns wirklich nichts ausdenken, was sie tun können, um sich Vertrauen einzuflößen, daß sie diese Kombination stoppen können«, sagte Welch. »Das Wesen der Abschreckung liegt darin, dafür zu sorgen, daß sie niemals daran glauben können, einer vernichtenden Vergeltung – wenn die Sowjets einen nuklearen Krieg vom Zaune brechen – zu entkommen.«

Wie aus Geheimdienstquellen zu erfahren ist, setzte das Raumschiff »Atlantis« am 2. Dezember 1988 einen Spionage-Satelliten, Lacrosse genannt, in die Erdumlaufbahn, der dazu konstruiert ist, Ziele für die B-2-Stealth-Bomber ausfindig zu machen.

Spionage-Satellit soll Ziele ausmachen

In einem totalen Krieg mit der Sowjetunion hätten die B-2-Bomber auch die Aufgabe, bewegliche sowjetische SS-24- und SS-25-Atomraketen mit Mehrfach-Sprengköpfen, die für sie durch den neuen Satelliten ausfindig gemacht werden, zu zerstören.

Die B-2 und die F-117 A würden auch ins Feindgebiet hineinfliegen und die feindlichen Radar-Anlagen ausradieren, wodurch lebenswichtige militärische Ziele den mehr radar-sichtbaren B-1- und B-52-Bombern zum Opfer fallen würden.



Dies ist die JB-1, eine Versuchsmaschine, die bereits 1944 getestet wurde.

Die F-117 A sind bereits im Einsatz und wurden an Bord von riesigen C-5A-Transportmaschinen nach Großbritannien und Deutschland geflogen. Wie bekannt wurde, ist mindestens in einem Fall eine F-117 A von einem abgelegenen Luftstützpunkt aus, wahrscheinlich in Deutschland gelegen, Einsätze entlang der sowjetischen Grenze geflogen, um die sowjetischen Boden- und Flugzeug-Radaranlagen zu testen. Das »heimliche« Flugzeug wurde nicht entdeckt.

Die F-117 A sind bei Tage in unterirdischen Hangars in einem abgelegenen Teil des Nellis Air Force Base Komplexes in der Nähe von Goldfield, US-Bundesstaat Nevada, stationiert, um einer Entdeckung durch sowjetische Spionage-Satelliten zu entgehen.

Gebaut von der Lockheed Corporation in ihren berühmten »Stinktier-Werken in Burbank California, und mit den riesigen C-5A-Transportmaschinen nach Nellis geflogen, waren die F-117 A von den US-Joint Chiefs of Staff für die Bombardierung Libyens im Jahr 1986 vorgesehen. Die hohen Militärs des US-Verteidigungsministeriums kamen jedoch zu der Ansicht, wenn eine der Maschinen über libyschem Gebiet abgeschossen werden würde, dann sei der streng geheime Status der Flugzeuge gefährdet.

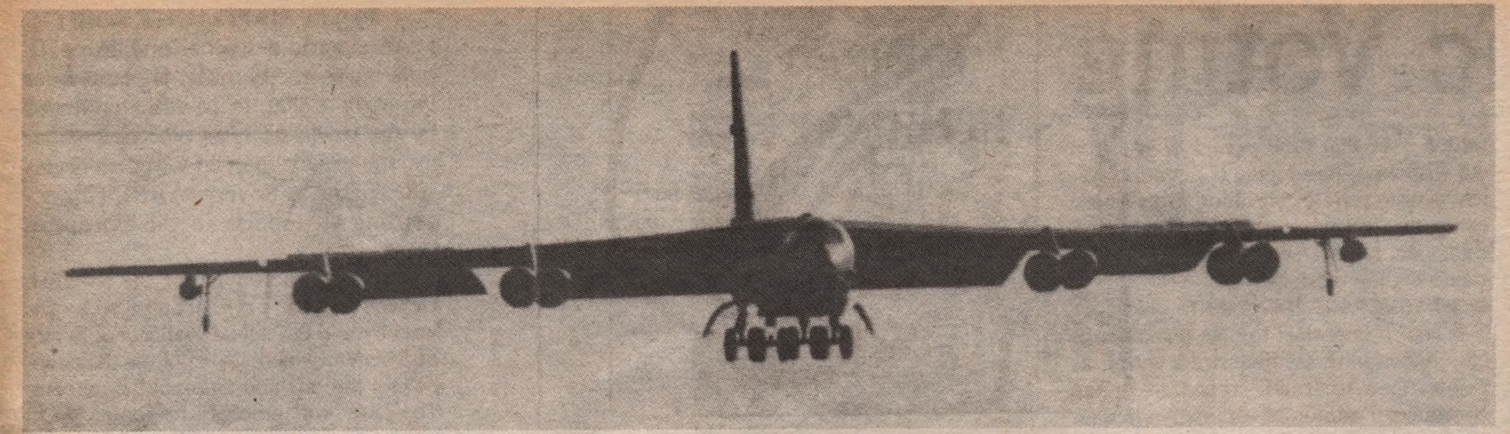
Nur langgediente Piloten fliegen diese Maschine, einen Einsitzer, der von zwei von der United Technology Corporation gebauten Pratt & Whitney-Düsenmotoren angetrieben wird.

Die F-116 A wurde 1981 zum ersten Mal geflogen und 1983 für einsatzfähig erklärt. Bis zum November 1988 wollte die US-Air Force nicht einmal ihr Vorhandensein bestätigen.

Die B-2, die von der Northrop Corporation konstruiert und nun gebaut wird, hatte im November 1988 ihr erstes öffentliches Auftreten in den Northrop-Werken in Palmdale, California.

Stets mit Atombomben beladen

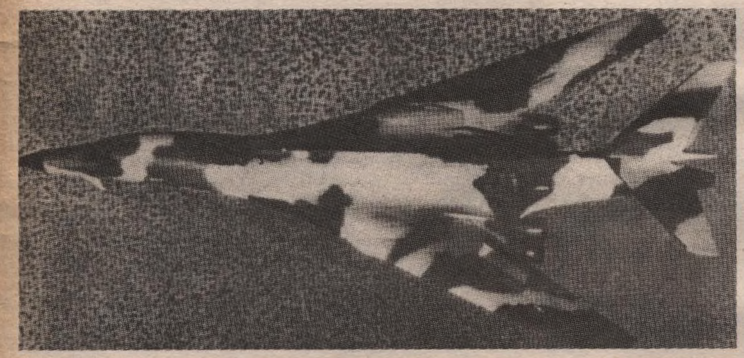
Der Stealth-Bomber mißt 52,42 Meter von Flügelspitze zu Flügelspitze, ist 21 Meter lang und



Diese modernsten Flugzeuge haben ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg und beruhen auf deutschen Konstruktionsunterlagen.

hat Platz für eine zwei- bis vierköpfige Mannschaft. Er wird von vier General Electric F-118-GE-100-Düsentriebwerken, ähnlich wie der konventionellen F-16-Düsenjäger, angetrieben. Das Cockpit ist gelb, anscheinend aus einem Werkstoff hergestellt, der geeignet ist, Radarstrahlen von der Entdeckung von Gegenständen innerhalb des Cockpits abzulenken.

Die US-Air Force bereitet zur Zeit die Whiteman Air Base bei Kansas City im US-Bundesstaat Missouri zum ersten B-2-Stützpunkt vor. Whiteman wurde während des Zweiten Weltkrieges gebaut und war der Heimat-Flughafen der ersten Strategic Air Command (SAC) Bomber der US-Air Force, der B-47, bis diese Mitte der sechziger Jahre aus dem Dienst genommen wurden. Derzeit ist Whiteman der Heimat-Standort von 150 Atomraketen vom Typ Minutemen, die dort mit den B-2 verbleiben.

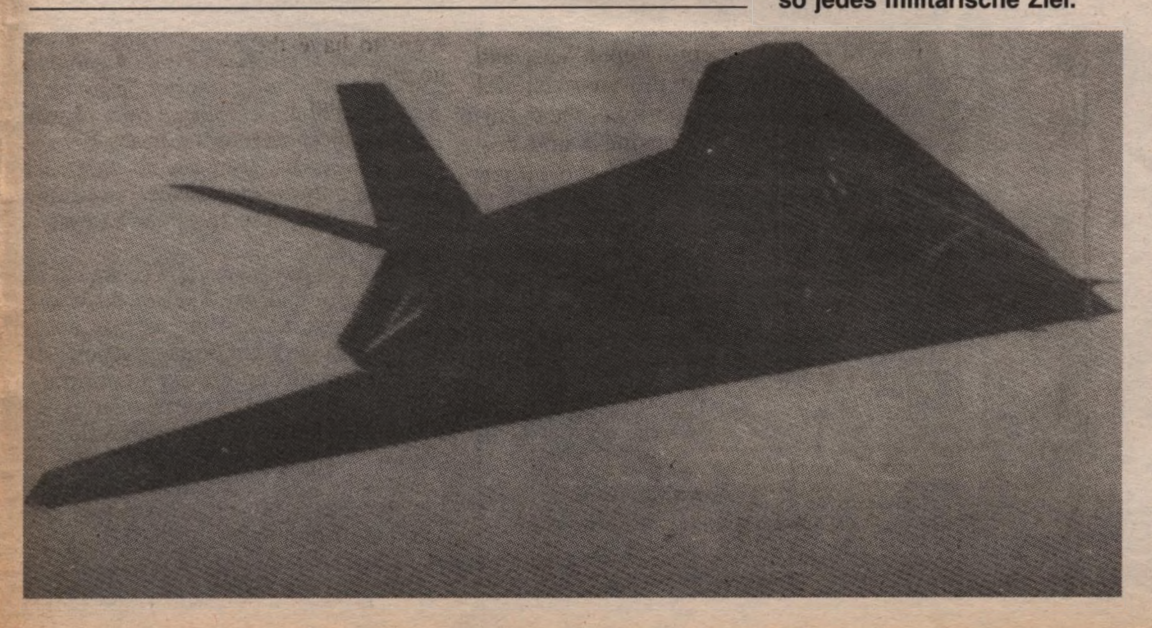


Eine B-1B im Flug. Mit diesen Flugzeugen können die USA heimlich zu den sowjetischen Standorten unbemerkt von Radar durchdringen.

Dreißig B-2 werden in Whiteman stationiert und bei Tage in Hangars untergebracht, sogar fünf von ihnen, die sich am Ende der Piste befinden, sind stets mit Atombomben beladen. Die US-Air Force gibt im laufenden Steuerjahr 60 Millionen Dollar aus, um den Stützpunkt für die B-2 auf den neuesten Stand zu bringen.

Um Spionage oder Sabotage zu verhindern, werden die B-2, außer daß sie stets im Hangar stehen, von der aus 900 Mann bestehenden Air-Force-Polizei bewacht.

Die Form des Nurflügels der »heimlichen Flugzeuge« hat ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg, als die Deutschen mit solchen Konstruktionen experimentierten.



Der Stealth-Jäger F-117A kann das feindliche Radar völlig ausschalten und erreicht so jedes militärische Ziel.

Northrop wurde zur Konstruktion und zum Bau der B-2 ausgewählt, weil dort nach dem Zweiten Weltkrieg Nurflügel-Maschinen nach den erbeuteten deutschen Unterlagen konstruiert und gebaut wurden. 1948 löste einer der YB-49-Versuchs-Nurflügelbomber von Northrop in militärischen Kreisen eine Sensation aus, als bei seiner Rückkehr von einem Testflug über den Pazifik Radar-Bedienungsmannschaften die Maschine erst orteten, als sie praktisch über ihren Köpfen auftauchte.

Die YB-49 wurde 1948 von der US-Air Force als einsatzfähiger Bomber verworfen, als sie nach einer Bruchlandung bei einem Testflug über Mojave Desert als zu unstabil im Flug erachtet wurde.

Die radar-absorbierende Spezialfarbe, mit der die »heimlichen« Flugzeuge angestrichen sind, hat ebenfalls ihren Ursprung im Zweiten Weltkrieg, als die Deutschen mit solchen Farben experimentierten, um ihre Flugzeuge für das feindliche Radarsystem unsichtbar zu machen. Deutsche U-Boote hatten ihre Atmungs-Schnorchel mit dieser Farbe angestrichen, um sie für die Radaranlagen feindlicher Schiffe unortbar zu machen.

Die Entwicklung unortbarer Flugzeuge geht eigentlich auf das Jahr 1912 zurück, als die US-Army mit einem stark schall-gedämpften Flugzeugmotor in einem mit Tarnfarbe angestrichenen Doppeldecker experimentierten. □

Geheimnisse um die Aufhebung der Schwerkraft

Walter W. Wavruska

Sowjetische Gelehrte erklärten, daß die Anziehungskraft der Erde mit anderen Mitteln als mit Raketen überwunden werden könne. Man glaubt, daß für die Probleme der Erdgravitation demnächst eine Lösung gefunden werde. Diese sehr bedeutungsvolle Erklärung läßt erkennen, daß man in der Sowjetunion auf diesem Gebiet, das wohl die rätselhaftesten irdischen Erscheinungen umfaßt, arbeitet und vielleicht schon eine Möglichkeit gefunden hat, der Erdenschwere erfolgreich entgegenzutreten.

Die Schwerkraft (Gravitation) ist zwar eine Erscheinung, die uns zeitlebens begleitet, von der wir aber wissen, daß Dinge – mit Ausnahme der künstlichen Erdsatelliten –, die sich aufwärts bewegen, gewöhnlich auch wieder herunterfallen müssen. Damit sind wir schon am Ende unserer Weisheit angelangt, denn selbst die größten Wissenschaftler und Gelehrten sind nicht in der Lage, eine hundertprozentig richtige Erklärung dafür abzugeben.

Die rätselhaften »Erhebungen«

Der Engländer Newton hat zwar die Ursache des fallenden Apfels etwas klarer ausgedrückt, aber auch er hat kein Licht auf das Wesen dieser erdmagnetischen Kraft werfen können. Da wir so herzlich wenig über den Magnetismus im allgemeinen und magnetische Ströme im besonderen wissen, können wir annehmen, daß es Bedingungen geben kann, unter denen die Regeln, die wir mit unserem begrenzten Wissen aufgestellt haben, nicht gelten.

1951 wurden in der Wochenschrift »Illustrated« Fotografien veröffentlicht, die Tische, Stühle und andere Gegenstände zeigten, die in einem hell erleuchteten Zimmer durch die Luft wirbelten. Die Insassen der Wohnung versuchten, sich in Sicherheit zu bringen, damit ihnen nicht ein fliegender Sessel den Kopf einschlüge. Über die Echtheit der Bilder besteht kein Zweifel; es gibt mehrere Berichte über solche Phänomene.

Vor vier Jahren passierte ein ähnlicher Fall bei Graz, der von drei Gendarmeriebeamten als Augenzeugen protokolliert wurde. Dort waren es Kupferpfannen und Eisentöpfe, die schwerelos im Zimmer umhersegelten, aber nur dann, wenn eine bestimmte Frau den Raum betrat. Verließ sie das Zimmer, polterten die fliegenden Gegenstände schlagartig zu Boden.

Auch hier war eine zweite Kraft am Werk, die der Schwerkraft entgegenwirkt und deren Gesetze zeitweise außer Kraft setzt.

Was bringt aber diese andere Kraft zur Wirksamkeit? Höchstwahrscheinlich wird sie von jener kleinen, bekannten Kraft ausgelöst, die wir den menschlichen Willen nennen. Experimente mit hochempfindlichen Apparaten haben bewiesen, was die Schriftsteller aus dem Sanskrit und dem Sensar schon damals wußten: daß vom menschlichen Gehirn elektrische Ströme ausgehen und daß der Gedanke – wenn nicht selbst ein elektrischer Impuls – ihn zumindest auslösen kann.

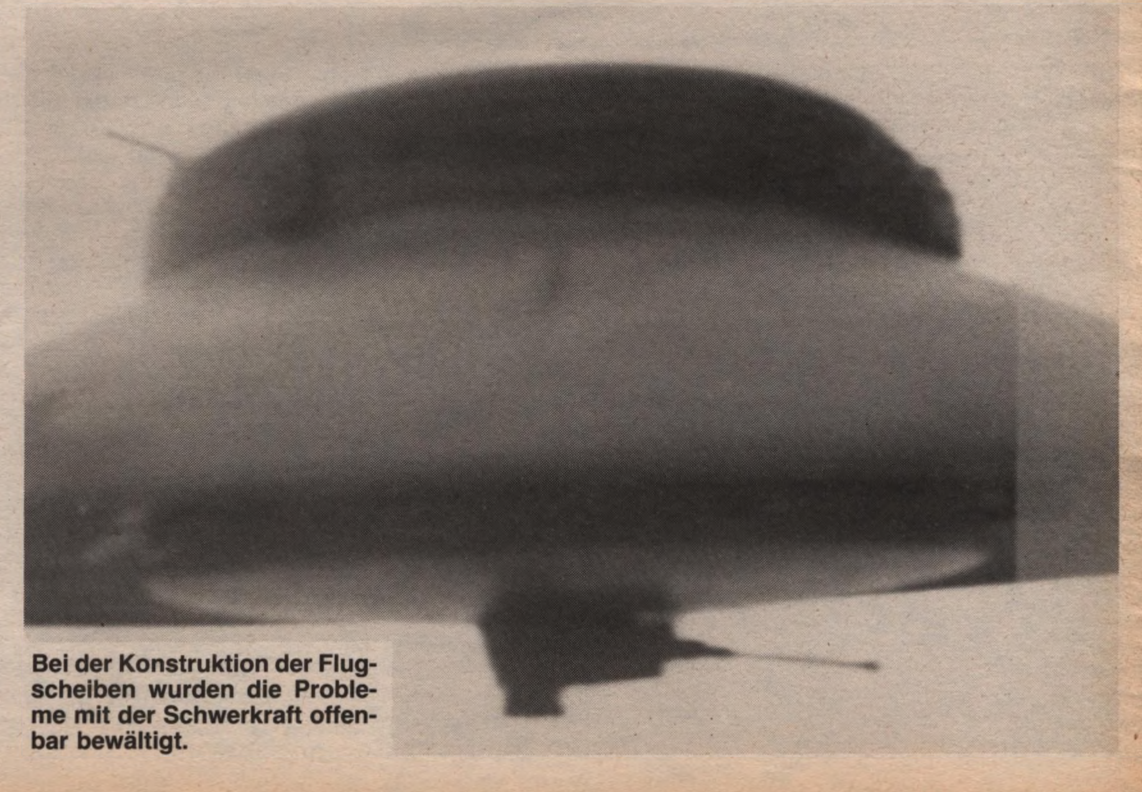
Die alten Schriftsteller glauben offensichtlich, daß dieser Strom aus dem Gehirn sehr stark ist, und wenn er auf naheliegende Gegenstände übertragen wird, imstande sein kann, einen großen Felsbrocken in die Luft zu schleudern.

Die Quadern der mittleren Kammer der großen Pyramide wiegen 70 Tonnen und wurden Hunderte Kilometer weit herangeschafft. Man denke an Stonehenge in Südengland, an die Steinkolosse der südamerikanischen Ruinen, an das gewaltige Sonnentor von Tiahuanaco und an die Steingesichter der Osterinsel, deren Körper tief im Boden versenkt sind und von Thor Heyerdahl teilweise ausgegraben worden sind.

Warum haben die Menschen damals solche riesige Felsbrocken verwendet? Wie wurden die 15 Tonnen schweren, polierten Steine der großen Pyramide auf drei Millimeter genau zusammengepaßt, wenn es die heutigen Maurer mit den modernsten technischen Hilfsmitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, nur auf eine Genauigkeit von 2,5 Millimeter bringen?

Es hat also zu den verschiedensten Zeiten Menschen gegeben, die in der Lage waren, durch die irregeleitete Kraft ihres eigenen starken Intellekts das Phänomen der Schwerelosigkeit hervorzurufen.

Professor W. J. Crawford (»The Reality of Psychic Phenomene«) veröffentlichte die Ergebnisse und Erfahrungen von über 70 Experimenten über »Erhebungen«, die in Laboratorien überprüft wurden. Stühle, Tische, Bücherschränke und auch Men-



Bei der Konstruktion der Flugscheiben wurden die Probleme mit der Schwerkraft offenbar bewältigt.

schen wurden in die Luft gehoben und bewegten sich geräuschlos im Zimmer, und zwar so, als kreisten sie um ein unsichtbares Zentrum. Es war eine Art Wirbel, der die schwerelosen Stücke zwang, in eine kreisförmige Bewegung überzugehen und die im normalen Zustand leichten Gegenstände, wie Schemel, Bilder oder Hocker, am schnellsten zur Umkreisung brachte. Erklärungen wurden zwar gegeben, aber selbst Professoren mußten zugeben, daß bei diesen Phänomenen ihre Weisheit am Ende angelangt sei.

John Worell Keely aus Philadelphia, der in den neunziger Jahren ein einsames Erfinderleben führte, gab dieser geheimnisvollen Kraft den Namen »Dynasphärische Kraft«. Keely behauptete, er habe entdeckt, daß »Körperchen der Materie« durch Schwingungen geteilt werden könnten – heutzutage ist es möglich, Atome durch ultrahohe Frequenzen zu zerschlagen – und er imstande sei, nach diesem Prinzip einen Motor in Bewegung zu setzen.

Die »Sternkraft« der Atlantiden

Bei der Vorführung des Experiments stand er an dem einen Ende seines New Yorker Labors; der Motor aber war am anderen Ende aufgestellt. Keely nahm eine Violine, schlug einen bestimmten Ton an und der 25-PS-Motor sprang an. Die Drehungen des Motors nahmen immer mehr zu, bis das ganze Gestell, auf das er montiert war, wackelte. Lange Zeit blieb er auf Touren, ohne daß Keely etwas getan hätte.

Um die Maschine schließlich zum Halten zu bringen, nahm der Entdecker von neuem die Violine und entlockte ihr einen Mißton. Es schien, als sei die Energie weggezogen, der Motor kam zum Stillstand. Den Zuschauern gelang dies mit Hilfe der gleichen Violine nicht. Erst als Keely sie berührte, war es möglich, den Motor anzulassen, beziehungsweise ihn zum Stillstand zu bringen.

Es war also die persönliche Vibration Keelys notwendig, um die gewünschte Schwingung zu erzielen. Aber auch Keely konnte keine Maschine herstellen, die von der rein persönlichen Vibration oder von der Willenskraft des Meisters unabhängig war.

Alte indische Schriften berichteten, daß die »Atlantischen Menschen« die ihnen bekannte, fürchterliche Sternenkraft – auf die Keely gestoßen war – Mash-Mak nannten. Auch die arische Rhishis führten in ihrem Astra Vidya diese vibrierende Kraft an, die in der Lage ist, Hunderttausende Menschen und Dinge in Staub und Asche zu verwandeln. Diese Kraft wird allegorisch im Vishnu Purana, im Ramayana und in anderen Werken erwähnt.

Keely verfertigte auch ein kleines, metallenes Luftschiff, das ungefähr acht Pfund wog, und befestigte es an einem dünnen Platindraht. Das andere Ende des Drahtes wurde mit dem »Sympathischen Umformer« verbunden. Und nun wandte er dasselbe Tonprinzip an. Das Luftschiff stieg auf, schwebte, stieg wieder ab, je nach dem Willen seines Erbauers.

Und was sagen die alten Schriften dazu? Nach einer Tradition der alten ägyptischen Priester war das Kennzeichen eines wahren Priesters die Fähigkeit, in der Luft zu fliegen oder sich auf eigenes Geheiß in die Luft zu erheben. Nur, wenn er diese Fähigkeit besaß, wurde ihm die Würde eines echten Weisen im Sinne der Weisheiten der Alten zuerkannt.

Ähnliches hört man aus Südamerika. In diesen Sagen heißt es: »In alten Tagen konnte jeder fliegen. Alles war so leicht, große Steine konnten befördert werden.« Oder: »In alten Tagen konnten Menschen durch den Gesang eines Liedes oder durch Anschlagen von Tellern zum Fliegen gebracht werden.«

Die Menschen der alten Zeit konnten fliegen

Geben diese beiden Verse nicht eine Antwort auf die Frage der Enthebung und Entrückung? Kann man aus ihnen nicht entnehmen, daß eine vergessene Menschenrasse die Schwerkraft bezwungen hatte? Das Wort oder der Klang haben sich in eine andere Energie umgewandelt. Was ist jenes »Wort der Kraft«, dem wir in alten Schriften oft begegnen? Was ist jener mächtige »Klang«, den nur die Eingeweihten kennen und vor dem alle Welt sich neigte?

Auch die Bibel beschreibt es mit folgenden Worten: »Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott.« Dieses erhabene und uns Heutigen verlorengegangene Wissen um die Bedeutung des »Wortes« – das Tau der Ägypter, das Aum der Inder und das Ihuh der Kabbalisten – ist für uns Geheimnis geworden. Wir haben heute viel gewonnen, aber noch mehr verloren, denn dieses »mystische Wort« kann nur in völliger Ruhe und Abgeschiedenheit des Geistes wirksam werden.

Wenn es jedoch in völliger Beherrschung und beschaulicher Ruhe von einem starken Geistmenschen gesprochen wird, kann es große und wundersame Dinge verrichten. Es kann Tische, aber auch 15 Tonnen schwere Blöcke haargenau an die vorher bezeichnete Stelle in einer Pyramide versetzen.

Die karibischen Legenden sagen zum Beispiel: »In weit zurückliegender Zeit stiegen Menschen die Treppen nicht hinauf und hinab. Sie berührten einen Teller und sangen ein Lied, und das Lied sagte ihnen, wohin sie gehen wollten – also gingen sie. Ein jeder konnte in der Luft tanzen wie Blätter im Wind. Alles war so leicht.«

Von der anderen Atlantikseite kommen ähnliche Überlieferungen. So berichtet die Volkskunde aus Galway in Irland folgendes: »In alten Tagen tanzte jedermann in der Luft wie Blätter im Herbstwind; die Menschen schlugen an einen Teller und sangen ein Lied.«

Auf den St.-Vincent-Inseln in Westindien geht folgende Sage: »Die weißen Menschen der alten Zeit konnten mit Leichtigkeit fliegen. Sie hatten keine Flügel. Sie schlugen goldene Teller an, erzeugten auf diesen Musik und flogen.«

Auch die Azteken kannten das Geheimnis der »Levitation« – das heißt Erhebung und Entrückung – und hüteten es als königliches Privileg bis ins 16. Jahrhundert. Sie sollen Scheiben oder goldene Teller besessen haben, die für den, der sie tragen sollte, genau nach Maß zugeschnitten waren.

James Churchward, der das Buch »The Children of Mu« veröffentlichte, berichtete, daß er mit einem alten indischen Rashi über das Thema Schwerkraft sprach. »Der Mensch hat die Möglichkeit, das, was sie Schwerkraft nennen, zu überwinden«, sagte Rashi. »Er kann seine Schwingungen über die kalte magnetische Erdkraft hinaus steigern und auf diese Weise die Folgen der Schwerkraft ausschalten. Nur diese Kraft drückt ihn nieder und hält ihn am Boden fest. Wenn die magnetische Kraft ausgeschaltet wird, kann der Mensch seinen Körper erheben und durch die Luft schweben.

Die Luftboote der Weltenraum-Menschen

Auch Jesus, der größte Meister, der je auf Erde lebte, legt davon Zeugnis ab, als er auf dem Wasser wandelte, wie dies in der Bibel steht. Er handhabte lediglich ein Stück des unseren Vorvätern bekannten und von ihnen gehüteten Wissens aus der Zeit der Urkultur der Erde. Mein Sohn, diese uralten kosmischen Kräfte müssen sämtlich wieder gewonnen und uns zurückgebracht werden, bevor die Welt ihrem Ende zugeführt werden kann: denn ohne sie kann der Mensch nicht vollendet sein, und es ist bestimmt, daß der Mensch vor dem Ende vollendet sein wird.«

Von den Hindus selbst erhalten wir, besonders aus dem Hindu-Puranas, sehr aufschlußreiche Mitteilungen. Sie enthalten Aufzeichnungen und Angaben über die unstete Wissenschaft des Universalmenschen im Weltraum. Sie berichten, daß außer den Sintfluten und dem Versinken der Kontinente – von denen sie übrigens behaupten, sie seien zyklisch und rhythmisch und vorausrechenbar wie eine Sonnenfinsternis – die Götter mit den leuchtenden Gesichtern mit Hilfe der Vimanas in die Sonnenregion (Suryamandala) und von dort aus sogar in die Region der Sterne (Naksatramandala) aufsteigen konnten.

Vimana, ein Wort aus dem Sanskrit und Pali, heißt wörtlich: eine Fahrtstrecke ausrechnen oder sie zurücklegen; also ein himmlischer Wagen oder ein fliegender Palast.

In alten Hindu-Manuskripten entdeckte Churchward eine An-

Wissenschaft

Geheimnisse um die Aufhebung der Schwerkraft

leitung für den Bau eines Luftschiffes und seiner Energiequellen, die aus der Atmosphäre gewonnen wird. Die Maschine ähnelt unserer Turbine insofern, als sich die Energie von der einen Kammer zur anderen hindurcharbeitet, bis sie verbraucht ist. Ist die Maschine im Gang, geht sie nicht aus, bis sie gestoppt wird.

Die Fahrzeuge könnten unablässig um die Welt kreisen, bis der totale Verschleiß ihren Absturz herbeiführen würde. Die Energie ist unbegrenzt oder höchstens begrenzt durch die Lebensdauer der Maschine selbst. Es ist von Flügen die Rede, die nach unseren Landkarten über Strekken von 1000 bis 3000 Meilen – ungefähr 1600 bis 4800 Kilometern – gingen.

Diese Luftboote, die zuerst aus dünnen Holzbrettern hergestellt wurden, verfertigte man später aus einer Legierung aus einem weißglänzenden und einem rötlichen Metall – wahrscheinlich Magnesium-Aluminium-Kupfer. Das Ergebnis war ein Metall von weißer Farbe, ähnlich dem Aluminium, aber um vieles leichter als dieses. Der Form nach waren sie bootähnlich und überdacht.

Kenntnis von gewaltigen kosmischen Kräften

Antrieb und Steuerung konnten von beiden Enden bedient werden. Die Geschwindigkeitsgrenze lag bei etwa 15 Stundenkilometern.

Merkwürdig ist, daß die Flugstrecke nie eine Gerade war, sondern in der Form einer langgestreckten Wellenlinie ähnelte, die sich bald der Erde näherte und sich bald wieder von ihr entfernte. Der gleiche Fall liegt bei den kreisenden Satelliten vor, wahrscheinlich sind verschiedene Kraftsphären oder Raumströmungen die Ursache.

Diese sonderbaren Fahrzeuge werden in vielen Überlieferungen erwähnt und das Volk der Atlantier wird als »die Menschen vom Fremdboottyp« bezeichnet. Auch in den vedischen Brahmanas wird ein ähnliches Fahrzeug beschrieben, das von zwei Antriebsfeuern, das Ahavaniya und das Garhapatya, angetrieben wird. Ebenso wie vor 3000 Jahren verfaßten Mahalhareta weisen Stellen auf, aus denen hervorgeht, daß es in früheren Zeiten Menschen gab, denen gewaltige kosmische Kräfte und ihre Wirkungen nicht unbekannt waren.

Was sind wir eingebildetes Menschengeschlecht stolz etwa auf die stinkenden, ratternden, pfauchenden Maschinen? Was ist das gegen die großen Weisen der vorangegangenen Zeitalter, die eine solche Beherrschung der Natur erlangt hatten, daß die chemischen Bedürfnisse des physischen Körpers für sie nur von geringer Bedeutung waren.

Die von der alten Weisheit vorgeschriebenen Schulungen hatten vor allem das Ziel, den Menschen zur vollen Aktivierung seiner geistigen Fähigkeiten zu bringen, in diesem Stadium kann er, wenn er will, in einem langen tranceähnlichen Zustand verharren, in dem die Funktionen vom Körperlichen völlig losgelöst sind. Diese Fähigkeiten besitzen heute noch einzelne Jogis in Indien.

Ein wahrhaft frommer Mensch hat Energie und Ausdauer, die um ein Vielfaches stärker sind als bei gewöhnlichen Sterblichen; er ißt und schläft wenig und scheint überhaupt seine Lebenskraft aus einer geheimnisvollen inneren Quelle zu schöpfen. Priester in den Klöstern am Himalaja können zum Beispiel bei strengster Kälte stundenlang nur mit einem Lendenschurz bekleidet im Freien sitzen, ohne die geringsten Erfrierungen davonzutragen.

Diese Energie sind als Kundalini bekannt, gleichbedeutend mit großer positiver Elektrizität, eine Teilerscheinung von Fohat, der kosmischen Ur-Energie.

Zum Abschluß dieser Betrachtungen will ich Mahatma Dhut Khul – bekannt als der »Tibeter« – zu Worte kommen lassen. Er schreibt in seinem 1920 veröffentlichten Buch »A Treatise on Cosmic Fire«: »Die Konstruktion gewaltiger Gebäude und der Beförderung schwerer Lasten zugrunde liegenden Prinzipien werden eines Tages auf dem Wege über den Klang verständlich werden. Der Zyklus kehrt wieder auf uns zu, in kommender Zeit wird die Fähigkeit der Lemurier und der frühen Atlantier wieder erstehen. Man wird wieder schwere Lasten heben können. Eine geistige Durchdringung des Verfahrens wird entwickelt werden. Die Lasten wurden seinerzeit dadurch gehoben, daß die frühen Baumeister die Fähigkeit besaßen, ein Vakuum mit Hilfe des Klanges herbeizuführen.«

Wer löst das Rätsel des physikalischen Unbekannten?

Der Klang, Ton oder die Schwingung, die Keely für das Anlassen seiner Maschine benutzte und die die Ägypter, Chaldäer, Druiden und die Priester von Atlantis verwendeten, tritt heute wieder in mannigfacher Weise in Erscheinung.

In der amerikanischen Zeitschrift »Interavia« erschien ein Artikel zum Thema der Aufhebung der Schwerkraft. Der Verfasser, ein Mr. Intel, geht von einer »wechselseitigen Verknüpfung von Elektromagnetismus und allgemeiner Massenanziehung« aus. Um einen schwerelosen Zustand zu erreichen, gibt es nach Ansicht der heutigen Wissenschaftler verschiedene Möglichkeiten. Man kann mit Hilfe der Quantentheorie, Relativitätstheorie beziehungsweise Gravitations-Isotopen und Statistik der »Massenkräfte« oder auch mittels Tiefkühlung und Messung elektromagnetischer Sonderphänomene experimentieren, aber vorerst leider nur in der Theorie.

Andere Forscher zielen auf die abstoßende Wirkung der hypothetischen negativen Schwerkraft. Dabei sei durch Energiezufuhr eine Gewichtsverminderung von 30 Prozent experimentell zu erreichen gewesen.

Wieder andere versuchen es mit »lokalisierten Elektrogravitationsfeldern«, die unter anderen von Towsend T. Brown, einem amerikanischen Forscher, mit Hilfe von Spezialkondensatoren aufgebaut werden. Die Flugkörper sind tellerartige Aluminiumscheiben bis zu ein Meter Durchmesser, die zu einer Art Zwei-Platten-Kondensator ausgestaltet werden.

Bei entsprechend hoher Elektrodenspannung – 50 000 bis 150 000 Volt – unter Stromzufuhr – 50 Watt – kreisen diesse Kondensatorscheiben in der Luft, wobei Geschwindigkeiten von 20 Stundenkilometer und mehr erreicht wurden. Der Flug erfolgt in Richtung der positiven Elektrode. Es sieht so aus, als wirke das elektrische Feld dem Gravitationsfeld entgegen und erzeuge zugleich Antrieb und Auftrieb.

T. T. Brown kommt durch seine Versuche zu dem Schluß, daß zwischen Elektrizität und Gravitation ähnliche Beziehungen bestehen wie zwischen Elektrizität und Magnetismus.

Ähnliche Versuche, nur in einem bescheideneren Ausmaß, führte in Göttingen der erblindete und gehörlose Diplomphysiker Burckhardt Helm durch. Sein Ziel ist es, ebenfalls die Schwerkraft durch ein entsprechendes Gegenkraftfeld auszuschalten und damit einem birnenförmigen Flugkörper die Möglichkeit zu geben, die Erde zu verlassen und die Fahrt in den Weltraum anzutreten.

Wir stehen kurz vor dem Entweder-Oder

Welcher Weg von den hier aufgezeigten ist der richtige? Wer wird als erster das Rätsel der großen physikalischen Unbekannten lösen?

Derzeit leben wir im Zeitalter der rohen Gewalt. Sie ist es, die die Menschheit zu Tode hetzt, die Skrupellosigkeit ins Überdimensionale steigert und den Größenwahn einzelner derart überhand nehmen läßt, daß sie glauben, mit ihren Atomraketen den unendlichen Weltraum erobern zu können, während buchstäblich ein Wort Wunder vollbringen kann.

Ob das »Fiat Lux« – »Es werde Licht, und es ward Licht« – für den menschlichen Geist noch einmal gesprochen wird, liegt in den Händen der gesamten Menschheit. □

Zitate

Staatsraison

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Die Bundeswehr stellt in unserer staatlichen Sicherheitsvorsorge den entscheidenden Faktor dar. Mit ihrem im Grundgesetz verankerten Verteidigungsauftrag gegenüber Gefahren, die von außen drohen, ist sie ein ebenso selbstverständlicher wie unverzichtbarer Bestandteil unseres Gemeinwesens. Wir haben als Deutsche ein elementares Interesse, jeden bewaffneten Konflikt in Europa, ob nuklear oder konventionell zu verhindern. Wir haben deshalb ein genauso grundlegendes Interesse, die bestehenden Gegensätze zwischen Ost und West friedlich zu überwinden. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Wanderer zwischen den Welten. Die Westbindung ist Teil unserer Staatsraison.«

Perestrojka

Helmut Schmidt, früherer Bundeskanzler: »Natürlich liegt ein Erfolg der ökonomischen Perestrojka nicht nur im Interesse Gorbatschows und aller sowjetischen Bürger. Sicherlich liegt er auch im Interesse der Polen, der Ungarn, der Tschechen, der Slowaken, der Ostdeutschen und auch in unserem Interesse in Westeuropa. Aber lassen Sie uns nicht vergessen, daß da vielleicht eine Möglichkeit von 50 Prozent besteht, daß Gorbatschow 1995 scheitert und dann wie Malenkow oder Chruschtschow abgelöst wird. Eine neue Führung könnte dann in der Lage sein, das wirtschaftliche Los zu verbessern und könnte für innenpolitisches Scheitern auf anderen Gebieten Kompensation suchen, was sich durchaus auf die außenpolitische und militärische Strategie beziehen und einen Rückfall in eine umfassende expansionistische Strategie bedeuten könnte.«

Nationalstolz

George Bush, US-Präsident: »Ich werde mich niemals für Amerika entschuldigen, was immer auch die Fakten sind.«

Abrüstung

General John R. Galvin, Oberster Alliierter Befehlshaber der NATO in Europa: »Ich kann weder eine Veränderung bei sowjetischen Stationierungen noch bei Übungen und Beständen feststellen. Es heißt ›gebt den Sowjets Zeit‹, aber Generalsekretär Gorbatschow hat in seiner mehr als dreijährigen Amtszeit keinen Vorschlag zum Abbau der Rüstungsproduktion unterbreitet.«

Zionismus

Dr. Jacob J. Petuchowski, Rabbiner und Professor für Theologie: »Die erste Reaktion des traditionellen Judentums auf den modernen Zionismus war negativ, weil der Zionismus als eine sündhafte Einmischung des Menschen in die weitreichenden Pläne Gottes empfunden wurde.«

Gorbatschow

Alexander Haig, früherer NATO-Oberbefehlshaber und US-Außenminister: »Ich denke, Westdeutschland leidet unter Euphorie. Die Bundesrepublik ist ein besonderer Fall wegen der Teilung des Volkes. Es fühlt sich angezogen von Gorbatschows Äußerungen über ein Europa vom Atlantik bis zum Ural, von seinem Wort über das gemeinsame europäische Haus. Das führt zu einem Mangel an analytischem Klarblick, worum es beim Vorgehen der Sowjetunion eigentlich geht. Es dreht sich um die Abkoppelung der Vereinigten Staaten von Europa und um die Trennung der USA von Asien. Wenn wir erlauben, daß das geschieht, durch Fehlbeurteilungen in Europa – insbesondere in der Bundesrepublik – mehr noch in Washington, dann gefährden wir all die Errungenschaften, die zu Glasnost und Perestrojka geführt haben: Den Gegensatz zwischen den erfolgreichen, freien Systemen und den totalitären, repressiven Staaten. Das betrachte ich als die größte Gefahr für die Zukunft.«

Israel

Elmer Berger, Rabbiner und führender Antizionist: »Ich bin der festen Überzeugung, daß die prophetischen Visionen nichts, aber auch gar nichts gemein haben mit dem Zionismus, der vor einem halbem Jahrhundert nach Palästina kam, und der mit mehr Hilfe von Großbritannien und den USA als von Gott einen zionistischen Staat namens Israel errichtet hat. Im Gegenteil bin ich davon überzeugt, daß dieser Zionismus, der heute eine der Hauptursachen des Nahost-Konfliktes ist, in jeder Beziehung eine Verneinung der prophetischen Vision bedeutet.«

Perspektive

Helmut Kohl, Bundeskanzler: »Ich gehe nicht jeden Morgen auf die Veranda des Kanzleramtes und mache den Finger naß, halte ihn in den Wind und finde heraus, woher der Wind kommt. Meine Politik richtet sich nach meiner Pflicht, nach bestem Wissen und Gewissen für die Bundesrepublik Deutschland und die Menschen, die hier leben, das Beste zu erreichen. In diesem Sinne muß ich natürlich auch Dinge tun, die zunächst unpopulär sind, sich dann aber als richtig erweisen. Nehmen wir ein Beispiel, 1972 und 1974, als die Amerikaner und Japaner das Katalysatorauto einführten, wäre es sehr vernünftig gewesen, in der Bundesrepublik Deutschland das gleiche zu tun. Meine Vorgänger haben es nicht getan. Wir mußten es 1985 nachholen, mit einigem Ärger, wie Sie sich erinnern. Diese Politik – nämlich unabhängig von Stimmungen das Notwendige zu tun – bringt mich gelegentlich in die Situation des Wellenbrechers. In der Geschichte der Bundesrepublik ist kaum ein Bundeskanzler so angefeindet worden wie ich. Für mich ist es viel wichtiger, daß die Anhängerschaft der Union die ganze Zeit über der Meinung war und ist: Dieser Kanzler Kohl macht es trotz aller Fehler, die natürlich auch er hat, ganz gut. Das ist die Basis für einen guten Wahlerfolg 1990.«

Erkenntnis

Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank: »Die Leistungsfähigkeit des Hirns nimmt zu, je mehr man es in Anspruch nimmt.«

Lehren

Valentin Falin, Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen im sowjetischen Zentralkomitee: »Was wir aus der Geschichte gelernt haben? Die These wurde bestätigt. Heute gibt es keine Gewaltlösungen für nationale und politische Fragen. Von Anfang an war es klar, vielen. Heute ist es, glaube ich, allen klar. Die zweite Lehre: Man soll sehr vorsichtigt sein mit Versuchen, die Gesellschaft, die im Grunde genommen in Afghanistan ihre Wurzeln noch im 16. Jahrhundert hat, mit einem Schlag zu überfordern. Das war in diesem Fall ein Wunschdenken. Die Entwicklung braucht ihre Zeit. Und nun zum dritten: Man kann ein Volk nicht gegen seinen Willen beglücken. Wenn das Volk etwas nicht akzeptiert, dann sollten wir dieses Volk seinem eigenen Schicksal überlassen.«

Wirtschaft

Erich Riedl, parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium: »Ein Spielautomat gehört in jedes richtige Wirtshaus.«

Dollar

Maurice Allais, französischer Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften: »Vieles wird von der Entwicklung des Dollar-Kurses abhängen. Wir befinden uns in folgender Situation: Die ärmeren Länder leihen den USA, dem reichsten Land der Welt, Geld, damit es besser leben kann. Das ist so, als wenn die Ärmsten unter den Deutschen den Reichsten Geld liehen, damit diese einen höheren Lebensstandard haben. Das kann nicht gutgehen. Um zum Ausgleich zu kommen, müssen die Amerikaner das große Problem lösen, den Lebensstandard zu senken. Das ist wahrlich nicht angenehm. Ich hatte ein Gespräch mit einem ehemaligen Schüler, der in einer Bank tätig ist. Seine Aufgabe besteht darin, kurzfristige Voraussagen zu machen. Er sagte mir: Meine Ansicht ist, daß der Dollar-Kurs – obwohl richtig mit 2,10 bis 2,20 Mark bewertet – sinken wird. Keine unvernünftige Ansicht. Ich sage: Wenn der Dollar-Kurs nicht sinkt, wird die Lage der USA immer schwieriger. Ich sage nicht: Der Dollar-Kurs wird sinken. Wenn der Dollar-Kurs sinkt, dann würden auch die Börsenkurse sinken. Wenn die amerikanischen Börsenkurse sinken, dann könnte es zu einer Wiederholung dessen kommen, was sich im Oktober 1987 ereignet hat.« □

Medizin

Reflex-Zonen – der Schlüssel zur Gesundheit

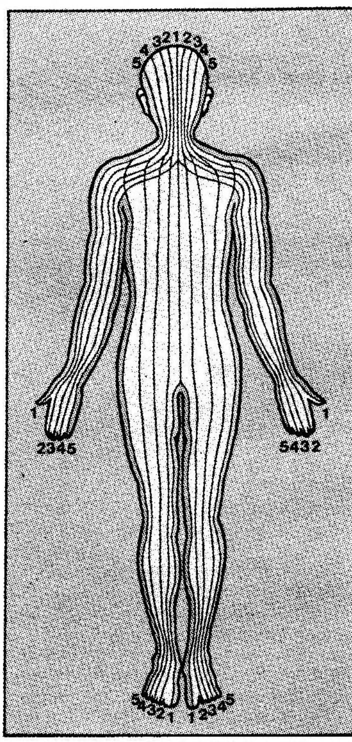
Kay Vogel

Manuelle Heilbehandlungen sind so alt wie die Menschheit. Die alten Ägypter und Griechen kannten sie, ebenso die Chinesen. Sie wollten, daß der menschliche Körper aus einer Symphonie von Schwingungen besteht, indem die einzelnen Organe aufeinander einwirken und somit ein kompliziertes Fließgleichgewicht aufrechterhalten. Diese dynamische Auffassung des Organismus kann auch heute noch zu den wichtigsten Prinzipien der modernen Systemlehre gezählt werden. Somit sind alle Stoffwechselvorgänge in unserem Körper dynamisch, nicht ruhend, sondern in sich bewegt.

Der lebende Organismus ist nicht ein nach außen abgeschlossenes System, sondern ein offenes, das fortwährend Energie nach außen abgibt und solche von außen aufnimmt. Dank dieses ununterbrochenen Austauschens ist der Körper imstande seine Stabilität zu behaupten. Was sich als äußere Form beharrend darstellt, erhält sich nur in einem ständigen physikalisch-chemischen Fließgleichgewicht. Der körpereigene Stoffwechsel bringt nicht nur Bestandteile nach außen, zum Beispiel die Reste absterbender Zellen und Gewebe, er hilft dem Organismus auch, neue Substanzen aufzunehmen, zu Energie zu verarbeiten, vor allem durch die Nahrungsaufnahme und durch die Atmung.

Göttliche Naturheilkraft wirkt seit Urzeiten

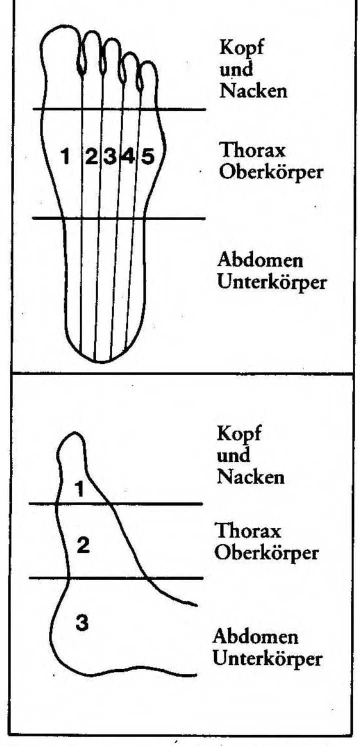
Auf diesem Wege kann sich der Organismus zu noch größerer Vollkommenheit entfalten, indem er wächst und seine Stabilität behauptet. Zusätzliche Energie, die er hierfür braucht, liefert ihm eben jenes Fließgleichgewicht, dessen Zu- und Abflüsse so verlaufen, daß dabei Energie nicht etwa verloren geht, sondern im Gegenteil hinzugewonnen wird. Dieser Energiegewinn ist praktisch eine ständige Neuschöpfung und für die Aufrechterhaltung der Gesundheit von großer Wichtigkeit.



Körperzonen-Einteilung. Jede Zone beginnt und endet in einem Finger und einer Zehe.

Uns fehlt wohl die Vorstellung, wie komplex diese energetischen Abläufe in unserem Organismus sind. Aber man weiß, daß mit einem äußerst geringen Energieaufwand unsere Sinnesorgane, wie das Gehör und die Augen ihre Funktion erfüllen. Daher gibt es keine Gesundheit und keine Krankheit ohne Mitbeteiligung dieser »Lebensenergie«, als der stärksten Energiequelle unseres Organismus.

Treten nun Störungen in diesem hochkomplizierten System auf, führen sie auswegslos zur Krankheit, wenn nicht die Natur durch ihr Selbstheilbestreben regulierend dafür sorgt, daß wieder Ordnung, das heißt Ganzheit, im Körper zustandekommt. Diese göttliche Naturheilkraft wirkt seit Urzeiten im menschlichen Körper und heilt alles, was heilbar ist.



Die Hauptreflexzonen-Einteilung am Fuß mit Hinweis auf den korrespondierenden Körperteil.

Das Wesen des guten Arztes besteht folglich darin, diese Voraussetzung für das »Selbst-Werde-Geschehen« des Organismus zu schaffen, damit sich die Gesundheit wieder herstellen kann. Und in der Tat ist es auch das Anliegen der Reflex-Heilmassage, durch gezielte manuelle Reize am Fuß, diesen natürlichen Heilprozeß des Organismus zu fördern.

Schon Ende des vorigen Jahrhunderts erkannte man die reflektorischen Zusammenhänge zwischen den inneren Organen und der Peripherie, den sogenannten segmentalen Zonen, die sich schichtweise schon im Mutterleib entwickeln. Ein dem Hologrammprinzip ähnlicher »Bauplan« sorgt dafür, daß sich der Mensch in der richtigen Weise verkörpert.

Segment- und Heilbehandlung

So bilden sich vom Hirn und Rückenmark aus ziemlich gleichförmige organische Nerven, die dazu dienen, die Innen- und Außenorgane des Körpers gleichmäßig mit Nerven zu versorgen. Später trennen sich die Innenorgane durch die natürliche Größenentwicklung von ihrem Rückenmark-Heimatbezirk. Die Nerven wachsen in die Länge mit. Dadurch bleiben die Organe mit dem Abschnitt des Rückenmarks in Zusammenhang, der gleichsam als »Provinzialregierung« dafür sorgt, daß ein Fließgleichgewichtszustand der polaren Kräfte in ihnen herrscht.

So gehören zum Beispiel die Arme in den Provinzialabschnitt der Hals- und oberen Brustwirbelsäule und die unteren Extremitäten, die Beine, in den der Lendenwirbelsäule. Störungen in diesen Segmenten, die sich durch eine abnorme Schmerzempfindlichkeit bemerkbar machen, deuten in der Regel auf eine Organstörung hin oder auf eine »Nervenblockade der kutiviszeralen Nerven, die mit den entsprechenden Organen korrespondieren. Beides ist denkbar und viele Organerkrankungen und Leiden sind die Folge von außen kommender und über Gefäßwand und Nervenbahn zum Organ hin weitergeleiteter störender Reize.

Professor Dr. med. Kreidmann sagte als Entdecker des Nervenkreislaufs in seiner Schrift mit gleichnamigen Titel 1893: »Der ganze Körper ist von einem Nervensystem überzogen und durchdrungen. Wenn an irgendeiner Stelle diese Nervenbahnen durch einen Krankheitsherd unterbrochen sind, dann ist der Funktionsablauf psychisch und physisch gestört.«

Bei den meisten Krankheitserscheinungen sind lebenswichtige Leitungsfunktionen durch Harn-

säureablagerungen und hierdurch entstandene Entzündungen blockiert. Durch falsche Ernährung mit zuviel säurehaltiger und zu wenig basenhaltiger Nahrung, Umweltverschmutzung, Chemisierung der Nahrung, Streß werden diese Krankheitssymptome noch verstärkt. Gelingt es dem geschädigten Organismus nicht, diese Schadstoffe von gefährdeten Organen oder Nervenleitungen abzutransportieren und auszuscheiden, so können sie alle möglichen Krankheitsbilder erzeugen.

Sanfte und drastische Methoden ohne Nebenwirkung

Die Naturheilkunde hat von jeher die kutiviszeralen Beziehungen zu den einzelnen Segmenten zu Heilzwecken ausgenützt. Sie hat hierzu viele Heilmethoden entwickelt, wie die Bindegewebsmassage, das Schröpfen, das Baunscheidtieren, die Akupressur, die Akupunktur, bis hin zu den heroischen Methoden der über die Haut wirksamen Drastika. Alle diese Methoden, die »sanften« ebenso wie die »drastischen«, haben ihre Berechtigung im therapeutischen Rahmen. Stets sollte man versuchen, auch wenn mehrere Methoden miteinander kombiniert werden, mit der geringsten körperlichen Belastung des Patienten und ohne schädliche Nebenwirkungen den größtmöglichen Heilerfolg zu erzielen.

Zunächst einmal wird durch solche Anwendungen die Durchblutung im Dermatom selbst verbessert. Sie hat reflektorisch gleichzeitig eine ebenfalls verbesserte Durchblutung im korrespondierenden Organ zur Folge. Dies ist ja eine der bekannten kutiviszeralen (Kutis heißt Haut und Viscera bedeutet Eingeweide) Beziehungen.

Als Reaktion darauf ergeben sich im Organ bessere Stoffwechselbedingungen und damit die Möglichkeit zur Ausheilung krankhafter Zustände. Zum anderen werden durch segmentale Einwirkungen auf die Haut nervale und biochemische Reize ausgelöst. Hierdurch kommt der erkrankte Organismus, zum Beispiel bei der Freisetzung von Hormonen, wie Serotonin und Nor-Adrenalin, durch die Veränderung der Neurotransmitter und Endorphine, in eine andere Lage, die das Selbstheilbestreben fördert.

Außerdem ist vorstellbar, daß die fluktuierenden Wellenfelder der Zelle, die der interzellularen Information dienen, durch entsprechend gezielte Reize beeinflußt werden, was wiederum zu einer Regulierung und Normalisierung der verschiedenen Stoffwechselprozesse der Organzellverbände führen kann.

So wird der Behandler an den Fuß-Reflexzonen auch Akupunkturpunkte behandeln, ohne deshalb Akupunktur zu betreiben. Er wird lymphatischen Staugebieten begegnen, ohne deshalb zur Lymphdrainage überzuwechseln. Er wird am Fuß in den Ausläufern der Sakral- und Lumbalsegmente arbeiten, ohne daß er deshalb eine Bindegewebsmassage macht. Es gibt hier zwar eine ganze Reihe von Überschneidungen und Bezugspunkten mit den anderen erwähnten Heilmethoden, wie zum Beispiel der chinesischen Akupressur, aber jede Methode wirkt auf ihre eigene spezifische Art und Weise.

Jede Fuß-Reflexzone steht mit dem Gehirn in Verbindung

Dr. W. H. Fitzgerald und Edwin F. Bowers veröffentlichten 1917 in Amerika ihre Erkenntnisse der Reflexzonenbehandlung unter dem Titel »Zone Therapy«. Heute weiß man es aufgrund eingehender Studien: Am Fuß lassen sich reflektorische Zonen nachweisen und therapeutisch beeinflussen. Da diesen Fuß-Reflexzonen eine Ordnung zugrunde liegt, teilten Fitzgerald und Bowers den menschlichen Körper in zehn vertikal verlaufende Zonen auf, die eine Ähnlichkeit mit den bekannten Energiebahnen, den »Meridianen« der chinesischen Akupunktur aufweisen.

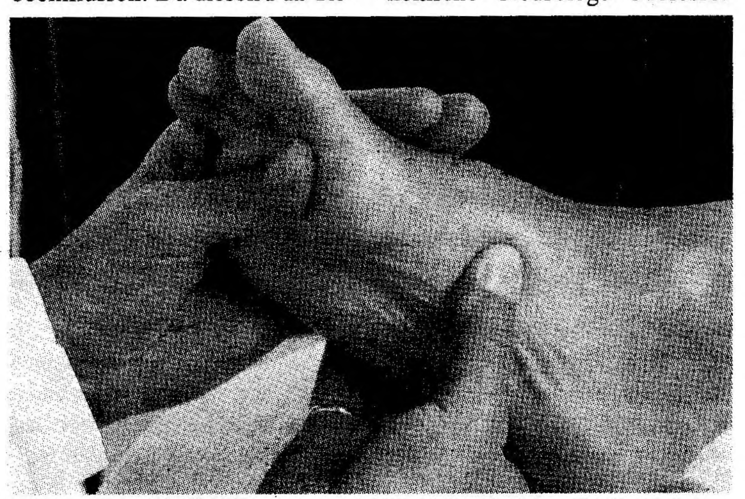
Jede Körperzone korrespondiert dabei mit einer Gruppe Fuß-Reflexzonen auf der gleichen Körperseite. Das heißt, daß zwischen Gehirn, Organen, Zähnen, Augen, Ohren, Händen, Füßen eine komplexe bio-energetische Wechselwirkung besteht, die durch den Fließgleichgewichtszustand gewährleistet wird. Reflexzonenverbindungen sorgen für einen ständigen Austausch von Informationen, die in sogenannten Projektionsfeldern im Gehirn gespeichert werden.

Als wichtigste Tatsache hat Dr. Amassian von der Universität Baltimor im Jahr 1976 nachgewiesen, daß diese Projektionsfelder sehr oft übereinandergreifen und sich gegenseitig überlappen.

Dieses Phänomen ist von erstrangiger Bedeutung, denn man begreift sehr rasch, wie dieses Phänomen die Wirkungsweise der Reflex-Heilmassage am Fuß erklären kann. Jede Fuß-Reflexzone steht also mit einem Projektionsfeld im Gehirn in Beziehung und das wiederum mit einem Organ. Die Reflex-Heilmassage am Fuß wird demnach eine Reaktion im Projektionsfeld dieser Zone im Gehirn auslösen.

Zu ganz ähnlichen Untersuchungsergebnissen kam der italienische Neurologe Professor Dr. G. Calligaris in einem ähnlichen Zusammenhang. Er erkannte, daß sogar zwischen entsprechenden Körperzonen und Projektionsfeldern im Gehirn signifikante Zusammenhänge mit dem Unterbewußtsein bestehen.

Zusammenfassend ergibt sich hieraus die wichtige Erkenntnis, daß durch Reflexeinwirkung bei einem im Feld gelegenen erkrankten Organ eine Heilung herbeigeführt werden kann.



So wird durch die Reflex-Heilmassage am Fuß die Brustwirbel-Reflexzone beeinflußt.

Das Wohlbefinden liegt in den Füßen

Die Reflex-Heilmassage am Fuß ist eine Form der Meridiantherapie, ähnlich wie die chinesische Akupressur. Ursprünglich stammt auch die aus China. Nur wird sie dort anders gehandhabt als in Europa. Durch gut überlegte, planmäßige Reflexmassagen schmerzender Zonen am Fuß kann man die körperliche und geistige Konstitution verbessern und wirkungsvoll auf die einzelnen Organzustände Einfluß ausüben.

In Deutschland bietet der Vital-Versand, Stadtring 36–38, D-4460 Nordhorn, ein Gerät zur Reflex-Heilmassage am Fuß, den Vibro-Vital, an. Man kann dieses Gerät ohne Vorauszahlung vier Wochen testen, erst nach dieser Frist braucht man sich entscheiden, ob man das Gerät behalten will. Ebenso gibt es ein sehr gründliches Buch von Holger Hannemann über die »Reflex-Heilmassage am Fuß« ebenfalls über den Vital-Versand.

Naturheiler erkannten schon viel früher diese biodynamischen Zusammenhänge und die Möglichkeit einer organfremden Beeinflussung von den Füßen aus. Mit Waldläufen, Tautreten, Wechselfußbädern förderten sie die Fußpflege. Denn Fußwärme und Fußgesundheit war und ist die erste Voraussetzung für eine normale gesunde Existenz des Menschen.

In der Reflex-Heilmassage am Fuß stecken ungeahnte Möglichkeiten, die schlummernde Lebenskräfte zu wecken. Viele Menschen haben dies erkannt und auf diesem natürlichen Wege ihre Gesundheit wiedererlangt. □

Bausteine einer Therapie

Günter Carl Stahlkopf

Mit der Regena-Therapie wird ein therapeutischer Weg vorgestellt, der seit 20 Jahren von einem gewissen Ärztekreis erfolgreich beschritten worden ist, und mit dem ein sehr umfangreiches Erfahrungsgut gesammelt wurde. Folgende Ideen der »kausalen Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie nach Stahlkopf« liegen der Erkenntnis zu Grunde, die vom Ärztekreis in die Praxis umgesetzt werden.

Nach dem Biologen Peter Sitte ist die kleinste Lebenseinheit eines Organismus die Zelle. In der belebten Natur kann nur das, was den biologischen Wert einer Zelle besitzt, alle Grundfunktionen lebender Systeme ausführen. Die meisten Leistungen großer Organe sind Multiplikationen dessen, was im Grunde jede Zelle kann. Die Grundphänomene des Lebens spielen sowohl auf der zellulären Ebene – dem Niveau der kleinsten Systemeinheit – und auf der molekularen, dem Niveau des Metabolismus im weitesten Sinne. Leben ist immer an Struktur und gleichzeitig an Wandel der Struktur gebunden.

Mit synthetischen Mitteln keine Zellregeneration

Leben heißt Anpassung und Regulation. Die Lebensenergie bei allen Lebensvorgängen bei Pflanzen, Tier und Mensch, entwickelt sich aus einem Spaltungsvorgang im Zellkern, durch den ein biologisch, molekularer bis atomarer Umwandlungsprozeß in der Zelle angefacht wird.

Von dort aus werden im gesunden Zustand der Zelle im Organismus verlustlos die gesamten Lebensprozesse gesteuert und aufrechterhalten. Alle sogenannten Erkrankungen sind mit Veränderungen bestimmter lebendiger Struktursysteme verbunden.



Isis gilt als das Leitbild der Naturforscher bei ihrem Bemühen, die Lebensvorgänge zu erforschen.

Wird ein Teil der Zelle oder in einem Drüsenorgan krank, dann wird der gesamte Organismus krank. Der pathogene veränderte Zustand der Zelle ist letztlich die tiefste Ursache aller Krankheiten.

Hier liegt der Ansatzpunkt, um kausal mit der Behandlung einsetzen zu können, mit der kausalen Zellregeneration. Es gilt gestörte oder latente Regulationen regenerativ zu enthemmen, anzuregen, oder erst wieder möglich zu machen über die Regeneration des Zellularsystems.

Heilungsvorgänge sehen wir dann ablaufen, wenn die Therapie in der Lage ist, den gestörten Eigenstoffwechsel wieder zu normalisieren. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch Mittel, die in die Zelle eingeschleust werden können, um die Ausscheidung der in der chemischen Struktur des Zellstoffwechsels fest verankerten Pathogene zu erreichen.

Mit synthetischen Mitteln ist eine Zellregeneration nicht möglich, da sie ein künstlich hergestelltes Substrat sind, die aus dem biologischen Kollektiv bei Vernichtung aller biologischen Umwandlungsprozesse herausgebrochen sind.

Ein derartiges Mittel ist damit zum Fremdkörper geworden, das wiederum den Stoffwechsel des Einzelorganismus pathogen beeinflußt und damit niemals regenerativ wirken kann.

Heilmittel müssen dem Stoffwechsel dienen

Heilmittel müssen dem Stoffwechsel im eumetabolischen Sinne dienen. Da kausale Regeneration nicht mit organspezifischen Einzelmitteln erreicht werden kann, stehen die Regenaplex-Mittel zur Verfügung. Diese enthalten die gleichen Kräuterauszüge oder Mineralstoffe wie sie in der Homöopathie verwendet werden.

Jedoch sind die Zusammensetzungen nicht ausgewählt nach dem Simile-Prinzip, sondern ausschließlich nach ihren ursächlichen Wirkungen. Der Mischungsvorgang ist einem spezifischen Prinzip unterworfen, das dem Lebensprozeß der Natur mit seinen Gesetzmäßigkeiten am nächsten kommt.

Der Kernpunkt unseres therapeutischen Vorgehens liegt nicht allein in der besonderen Mittelwahl, sondern gleichermaßen in der Richtung des Behandlungseinsatzes, der bestimmt wird von der allgemeinen Krankheitslehre bei aller auch naturwissenschaftlicher Auswertung der Lebensvorgänge.

Gesundheit ist ein umfassend geregeltes Gleichgewicht des Gesamtstoffwechsels zwischen aufgenommener Nahrung, deren Aufschließung und Umsetzung wie Ausscheidung der Abfallprodukte, der laufend innerzellulär gesteuert wird durch die DNS über die Arbeit des Zellkerns und aller Funktionen innerhalb des Cytoplasmas, im Wechselspiel des Stoffmilieus zur extrazellulären Seite über die Zellmembranen, der Transitstrecke bis zur Kapillare (Eumetabolismus).

Krankheit ist die Ausdrucksform des Antimetabolismus. Jede Störung des geregelten Gleichgewichts beginnt in den kleinsten funktionellen Einheiten der Zelle.

Eine Krankheit wird also nicht erst manifest, wenn sie sich durch einen massiven Struktur-

schaden bemerkbar macht, sondern schon, wenn sich die Qualität der Gesundheit im Sinne einer Störung des Gleichgewichtes auch nur geringfügig verändert hat.

Krankheiten sind das Ende eines Geschehens

Gesundheit als Folge eines Eumetabolismus, wie Krankheit im fließenden Übergang zum Antimetabolismus, sind also im tiefsten ursächlichen Sinne vorbestimmt durch genetische Faktoren.

Nur durch absolut schadenfreie Behandlung im echt regenerativen Sinne kann der Weg zu kausaler Regenerativheilung gefunden werden. Auch frei von iatrogenen Schäden.

Zusätzliche Schadensfaktoren seien hier nur kurz erwähnt: Falsche Ernährung und Genußmittelschäden, toxisch geschädigte Nahrung, alle Schäden der Umwelttoxikologie.

Krankheiten kommen nicht wie der Blitz aus heiterem Himmel, sondern sind das Ende eines plurikausalen Geschehens. Im Einzellebewesen ist der biologische Energie- und Substanzhaushalt ständig bemüht, dem Gesamterhaltungsprinzip zu dienen.

Deshalb baut die Natur zur Überwindung der kausalen Ursachen jedes pathogenen Prozesses einen Abwehrvorgang zur Selbsterhaltung auf. Wenn der Arzt eine Krankheit diagnostiziert, glaubt er ein Versagen der Natur zur erkennen.

Aber in der Natur gibt es kein Versagen, sondern der Organismus ist immer auf Abwehr und Regeneration eingestellt. Spinoza umschrieb das mit den Worten: »In der Natur geschieht nichts, was ihr zum Schaden gereichen würde.«

Nach meiner Theorie ist die Krankheit zunächst Ausdruck des Heilbestrebens im Sinne der Lebenserhaltung und nicht der Selbstzerstörung. Alle physiologischen und immunologischen Vorgänge im Organismus sind gesetzesmäßig sinnvoll geplant für die Erhaltung des Lebens nicht nur im gesunden, sondern erst recht im kranken Zustand.

In jeder Sekunde eines Lebens ist der Organismus in seiner Gesamtheit ständig bestrebt, sich gesund funktionsfähig zu erhalten und sich gemeinsam mit allen Organen – dem gesamten Zellularsystem – gegen Schäden zu wehren.

Unter diesen Voraussetzungen ist der Einsatz der Regenaplex-Mittel zu verstehen. Da eine echte zelluläre Regeneration mit ineinander greifenden biologischen Mittelwirkungen angestrebt wird in einer Art Baukastenfunktionssystem, wird zwischen den einzelnen Arzneimittelwirkungen kein klarer Trennungsstrich gezogen.

Nicht ausgeheilte Prozesse führen zu chronischen Leiden

Der Einsatz der Regenaplexe erfolgt nicht allein nach dem Namen der Diagnose, sondern unter dem Gesichtspunkt der gründlichen Beeinflussung des Gesamtstoffwechsels. Dieses Ziel wird erreicht durch umfassende Blut- und Lymphentgiftung, durch Öffnung der Ausscheidungswege der Niere, Darm, Leber, Haut und Schleimhäute.

Auf diese Weise wird jegliche symptomatische Behandlung vermieden. Einer echten Zellregeneration stehen entgegen die Substitutionstherapie und ihre Erregerbekämpfung.

Durch Substitution kann bestenfalls eine symptomatische Besserung vorgetäuscht werden. Durch sie wird der von der Natur vorgesehene Heilverlauf unterdrückt, die Krankheit wird nicht ausgeheilt, sondern unterdrückt und eingeheilt.

Eine derartige Behandlung, die Einheilung, hinterläßt zwangsweise Nachschäden, die sich nicht nur auf das betreffende Organ, sondern auf den ganzen Organismus bis in das Zellularsystem erstrecken.

Nicht echt ausgeheilte Prozesse führen auf tiefen Wegen zu den verschiedensten chronischen Leiden.

Durch Substitution wird das Krankheitsbild des Grundleidens verwischt und eine kausale Ausheilung verhindert.

Zur Erregertherapie macht meine Regena-Therapie eine klare, eindeutige Aussage. Die Forschungsrichtung der modernen Medizin lag und liegt in der Annahme, daß durch die Bekämpfung der Erreger die Ursache der Krankheit beseitigt wäre. Da aber mit der Abtötung des Erregers die Wirkzelle mitgeschädigt und verändert wird, gerät das Gesamtleben des Organismus in direkte Gefahr.

Nicht der Erreger ist die Ursache der Erkrankungen, sondern der Nährboden, auf dem er lebt. Deshalb kennt die Regena-Therapie kein spezielles Antidot gegen Erreger, sondern sie sorgt für Gesundung des Nährbodens, indem dem Erreger die Substanzen entzogen werden, von denen er lebt.

Gesunder Stoffwechsel – gesunde Keime, pathogener Stoffwechsel – pathogene Keime. Durch die schädigungsfreie kausale Zell-Regenerations-Heilung werden Nachschäden oder auch »Resistenzerscheinungen« vermieden. Keine Verwechslung von Ursache und Wirkung.

Selbsthilfe über Selbstentgiftung

Noch eine Anmerkung zu dem Begriff »körpereigene Abwehr« (Immunität), der ein angebliches Versagen nachgesagt wird, vorwiegend unter dem Sammelbegriff »Herdgeschehen« zusammengefaßter Krankheitsbilder. Auch hier werden Ursache und Wirkung verwechselt.

Dieses »Versagen« ist echte Abwehr. Es gilt die tiefen Ursachenzusammenhänge, zum Beispiel bei den genannten Krankheitsbildern, zu erkennen. Kausal verantwortlich ist immer ein pathogen unterschiedlich erkrankter Organ- und Gesamtstoffwechsel mit Folgen von Intoxikationssubstanzen.

Der Organismus führt selbstheilerische, entgiftende Maßnahmen durch, indem er »Eiterungssammelprozesse« aufbaut, um sie schließlich zur Ausscheidung zu bringen. Durch Symptombehandlung wird dieses Ventil verschlossen.

Selbsthilfe über Selbstentgiftung, durch Selbstausscheidung: Dies ist echte körpereigene Abwehr.

Aus dem Regena-Ärzte-Kreis liegen von vielen Ärzten, die diesen Weg der »kausalen Regena-Ganzheits-Zell-Regenerations-Therapie« gegangen sind, in großer Zahl Erfahrungsberichte vor, die die Richtigkeit dieses Weges eindrucksvoll bestätigen.

Wenn Sie an dieser Therapieform, die absolut atoxisch ist und auf ganzheitliche ursächliche Behandlung hinzielt, interessiert sind, bin ich gerne bereit, Ihnen weitere Informationen zu geben.

Zum Schluß noch ein Wort: Es hieße das Kind mit dem Bade ausgießen, würden die heutigen Schulmediziner auf alle Erfahrungen früherer Ärzte verzichten. Daß von einer generell ablehnenden Haltung der Schulmedizin gegenüber der Ganzheitsmedizin, der Naturheilkunde beziehungsweise Phytotherapie heute keine Rede mehr sein kann, beweisen namhafte Forscher an deutschen Universitätskliniken, die sich streng wissenschaftlich mit den Themenkreisen dieser Therapieform beschäftigen und gut besuchte Vorlesungen zu diesem Thema abhalten.

Die Ärzte sollten daher diese mit der Schulmedizin absolut verträgliche Therapieanwendung ebenfalls prüfen und gegebenenfalls einsetzen. Selbstverständlich muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Unterlassung eindeutig notwendiger allopathischer Anwendungen oder Operationen größten Schaden für den Patienten bringen kann und meine hier vorgestellte Therapie überfordert wäre und in Mißkredit gebracht würde, so daß sich bei Anwendung dieser Präparate keinerlei Verschiebung bisheriger eindeutiger ärztlicher Tätigkeiten ergibt. Vielmehr sollten wir wissen, für diesen oder jenen Fall an diese Therapieform zu denken, die aufgrund der Erfahrungen des Regena-Ärzte-Kreises vielen Patienten Hilfe bringt. □

Weitere Informationen und Anschriften des Regena-Ärzte-Kreises erhalten Sie von Günter Carl Stahlkopf, Hof Bommerten, CH-9220 Bischofszell.

Medizin

Grundsubstanz, was ist das?

Nikolaus Bergmüller

Im Zeichen der zunehmenden chronischen Erkrankungen und Tumoren reicht die Orientierung an der Virchowschen Cellularpathologie nicht mehr aus. Sie ist zwar nach wie vor Basis der Schulmedizin und leistet immer noch Außerordentliches bei der Bekämpfung von Akuterkrankungen und durch Mikro-Organismen verursachte Störungen. Die zunehmende Kenntnis der Struktur des Extrazellulärraums macht jedoch deutlich, daß eine Erweiterung des Zellbegriffs um die Dimension der Grundsubstanz (extrazelluläre Matrix) notwendig ist, um die anstehenden Probleme des Gesundheitswesens in den Griff zu bekommen.

Zu dieser Feststellung kommt die Gesellschaft für Matrixforschung, in der Wissenschaftler aus fast allen europäischen Ländern zusammenarbeiten. Die Matrixforschung hat ihren Schwerpunkt in der Erforschung der Grundsubstanz, von der die Zellfunktionen abhängig sind. Die Grundsubstanz (Matrix) besteht aus Zucker-Biopolymeren, die zur Wasserbindung und zum Ionenaustausch befähigt sind, was wiederum die Grundlage der Homöostase darstellt. Störungen der Grundsubstanz, wie von den Forschern an verschiedenen Krankheitsbildern festgestellt, bedingen unphysiologische Zellreaktionen, denen schließlich die Organzellen und die Grundsubstanz zum Opfer fallen.

Ursache für viele chronische Krankheiten

Da in der Grundsubstanz die vegetativen Nerven enden und die immun-kompetenten Zellen lokalisiert sind, wird verständlich, daß das Immunsystem über die Grundsubstanz das Zentralnervensystem – und umgekehrt – beeinflussen kann. Diese psycho-neuro-immunogenen Effekte würden als wichtigste Ursache für die Entwicklung chronischer Erkrankungen und Tumoren bezeichnet.

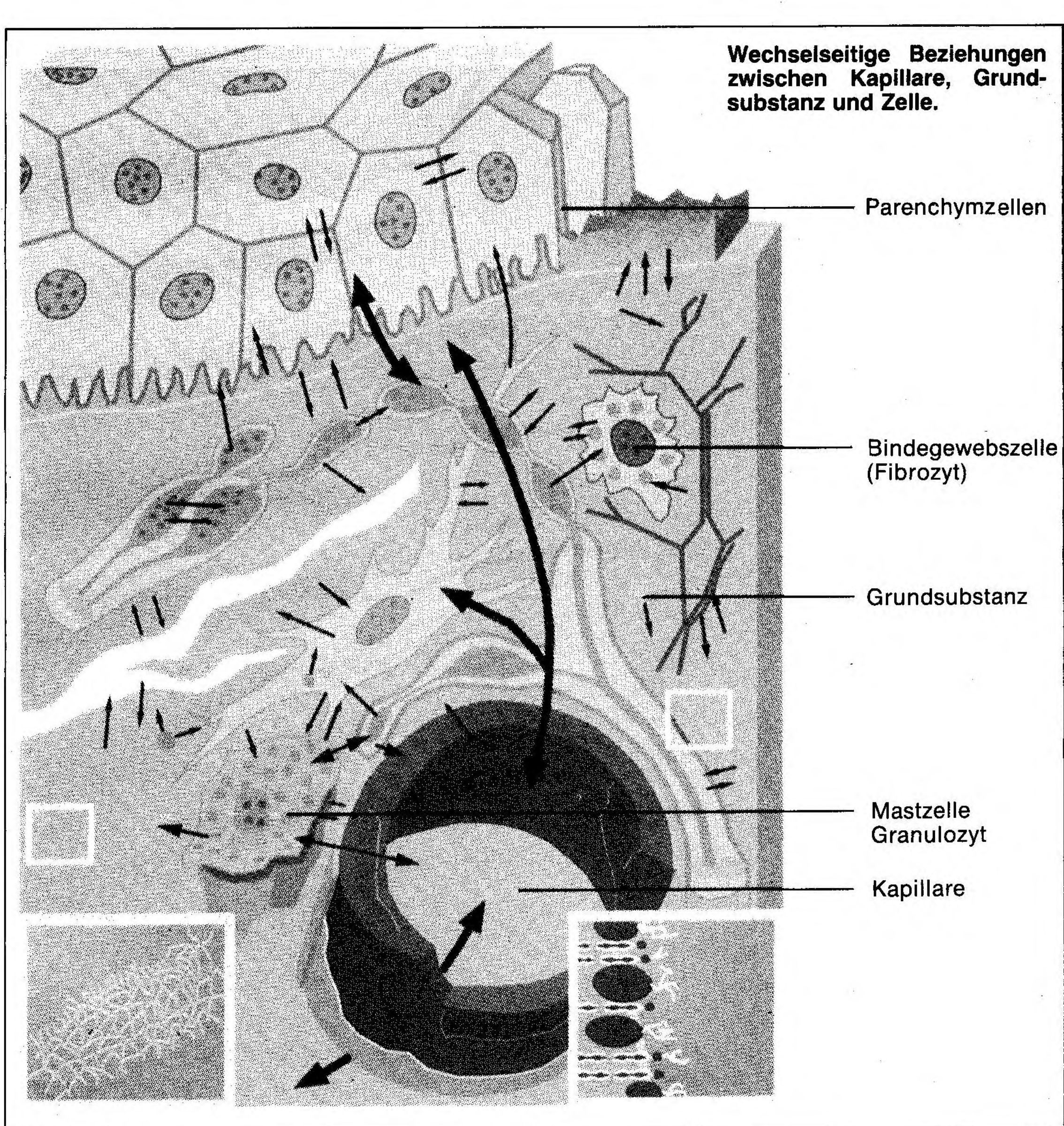
Professor Hartmut Heine von der Universität Witten-Herdecke hat in verschiedenen Arbeiten die therapeutischen Möglichkeiten über eine Beeinflussung der Grundsubstanz an Tumorpatienten untersucht. Seine Befunde zeigen eindrucksvoll, daß zum Beispiel mit biologischen Kombinationspräparaten wie Regazell-energen das Abwehrsystem aktiviert werden kann sowie Abwehrzellen und Regelkreise im gesamten Körper angestoßen werden können.

Heine stellt fest, daß die biologische Wirkstoffkombination Regazell-energen geeignet ist, vor allem bei älteren Menschen das Abwehrsystem zu aktivieren. Er beobachtete innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Therapie eine Zunahme physiologisch lytischer neutrophiler Granulozyten, sie sind besonders geeignet, regulierend auf die Homöostase zu wirken.

Die Selbstmedikation mit biologischen Wirkstoffkombinationen gehört heute bereits zum festen Bestandteil der Gesundheitserhaltung und Vorsorge der Bevölkerung in der Bundesrepublik. Bezweckt wird damit eine rasche, nebenwirkungsfreie und komplikationslose Wiederherstellung oder Erhalt des körperlichen Wohlbefindens, Beseitigung und Linderung krankheitsverursachter Beschwerden sowie Vorbeugung krankhafter Zustände beziehungsweise Befindensstörungen.

Erhalt des körperlichen Wohlbefindens

Alle Maßnahmen bei chronischen Krankheiten, Tumoren sowie bei multimorbiden Patienten gewinnen angesichts rascher Überalterung der bundesdeut-



Wechselseitige Beziehungen zwischen Kapillare, Grundsubstanz und Zelle.

schen Bevölkerung zunehmend an Bedeutung. Die bei chronischen Krankheiten, Tumoren oder mit dem Alter zunehmende Einschränkung der Reparaturmechanismen der DNS, mit allgemeiner Verminderung organspezifischer Leistungen, verlangt, begleitend zu besonderen Therapien, Maßnahmen, die auf eine allgemeine Stärkung der Homöostase ausgerichtet sind.

Das bei allen chronischen Erkrankungen zellaktivste Organ bleibt bis zum Tod das blutbildende Knochenmark. Es stellt unter übergeordneten nervösen und hormonellen Einflüssen das Zentrum homöostatischer Regelung, leider aber auch Dysregulation dar. Alle auf den Erhalt oder Verbesserung der Homöostase gerichteten Arzneimittel müssen sich daher in ihrer Wirkung in quantativer Veränderung des Differntialblutbildes zu erkennen geben.

Die Wirksamkeit biologischer Heilmittel wird überwiegend in einer Stimulation des allgemeinen Immunsystems gesehen. Das Zusammenspiel zwischen Fibrozyten, Makrophagen, Lymphozyten und Granulozyten dient der Regulation der Grundsubstanz, die als metabolische Transitstrecke zwischen Kapillaren und zu versorgenden Zellen eingeschaltet ist; das Blutplasma ist eine besonders flüssige Grundsubstanz. Sie stellt einen genauen Spiegel der homöostatischen Verhältnisse dar.

Nach Heine bilden die Wasser-Zuckerbiopolymere der Grundsubstanz nicht nur das älteste Informations-, sondern auch Abwehrsystem aller sauerstoff-atmenden Lebewesen. Das entwicklungsgeschichtlich jüngere, sekundäre Immunsystem (B- und T-Lymphozyten) ist spezialisierter.

Immunvorgänge und Grundsubstanz

Die Grundsubstanz ist wesentlicher Bestandteil des primären Abwehrsystems der körperlichen Abwehr. Die Grundsubstanz ihrerseits wird kontrolliert von dem primären, älteren Immunsystem, das zellulär aus Fibrozyten, Makrophagen und Granulozyten besteht. Diese sehr ursprünglichen Zelltypen sind funktionell untereinander verbunden und gewährleisten eine regelhafte Synthese der Grundsubstanz, wobei der Fibrozyt die eigentliche grundsubstanz-syntheseaktive Zelle darstellt. Er erhält seine Informationen im wesentlichen über neutrophile Granulozyten und Makrophagen.

Aus der klinischen Biochemie ist bekannt, daß das Immunsystem in direkter Beziehung zur körperlichen Belastung steht. So reagiert zum Beispiel der beanspruchte Organismus mit einer meßbaren Verringerung der immunologischen Akutreaktion.

Auch andere schädigende Einflüsse – Umweltgifte, Streß, Wirkstoffdefizite aufgrund einer vitalstoffarmen Zivilisationskost – können im Laufe der Zeit zu einer Überbelastung der körpereigenen Abwehrsysteme führen. Jede Beeinträchtigung beziehungsweise Störung im funktionellen Steuerungsbereich des Organismus oder bestimmter Organe führt letztlich zu einer Störung der Homöostase, das heißt zu einer unphysiologischen Grundsubstanzsynthese.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, daß das Immunsystem eine adäquat strukturierte Grundsubstanz braucht, ist das Tumorgewebe. Anders als normale Grundsubstanz wird sie im Tumor nicht nur von den Fibrozyten synthetisiert, sondern durch Abschnürung membran-umschlossener Vesikel von der Oberfläche aller im Tumor befindlichen Zellen gebildet. Diese Tumormatrixvesikel zerfallen im Extrazellulärraum und es entsteht dabei eine fehlstrukturierte Grundsubstanz, in der sich Abwehrzellen nicht mehr orientieren können.

Einflußnahme auf die Grundsubstanz

Aus der Rolle der Grundsubstanz als übergeordnetes Regelprinzip eines hoch vernetzten biologischen Systems leitet sich die Möglichkeit ab, durch gezielte Einflußnahme auf ihre Struktur und Funktion therapeutisch im Sinne der Ganzheitsmedizin eingreifen zu können. Dies ist prinzipiell am ehesten möglich durch Medikamente mit einem möglichst breitgefächerten Wirkstoffangebot. Vor allem natürliche Arzneimittel wie Regazell-energen (in der Apotheke erhältlich), die eine Vielzahl harmonisch aufeinander abgestimmter Substanzen enthalten, können die gesamte Funktionsbreite der Grundsubstanz auf vielen Ebenen gleichzeitig anstoßen.

Der ausschlaggebende Unterschied zwischen dem Einsatz chemisch definierter Monosubstanzen und der therapeutischen Aktivierung des Regelprinzips der Grundsubstanz mit geeigneten Naturheilmitteln ist darin zu sehen, daß letzteres immer eine vom gesunden Gewebe ausgehende ganzheitliche Behandlungsweise darstellt.

Die therapeutische Beeinflussung des Regelprinzips Grundsubstanz mit natürlichen Arzneistoffen eröffnet aussichtsreiche neue Perspektiven für den Arzt und Heilpraktiker. Im Sinne einer Ganzheitsmedizin lassen sich neue Wege in der Behandlung von chronischen, multifaktoriellen und vegetativ überlagerten Krankheitserscheinungen einschlagen.

Darüber hinaus eröffnen diese Erkenntnisse neue Möglichkeiten der präventiven Medizin. Sie beruhen auf der Einsicht, daß Gesundheit eine individuelle Norm ist und daher individuell erhalten, gestärkt oder wieder hergestellt werden muß.

Patentrezept für die Gesundheit

Neueste Forschungsergebnisse von Professor Heine zeigen, daß das herausragende Wirkprinzip von Regazell-energen darin besteht, die physiologische Lysefunktion der neutrophilen Granulozyten zu unterstützen, die ihrerseits das übergeordnete, ganzheitliche Regelsystem der Grundsubstanz kontrollieren und steuern.

Gerade bei Tumorpatienten könnte eine erhöhte Lysebereitschaft der Neutrophilen, die frühzeitig neben der spezifischen Therapie erzielt wird, eine Regulierung der Homöostase und eine Verbesserung der Lebensqualität bedeuten.

Auch bei der Nachsorgebehandlung von Tumorpatienten stellten die Matrix-Wissenschaftler mit Regazell-energen eine subjektive und objektive Besserung des Zustandes fest. Alle Patienten gaben eine Steigerung des Wohlbefindens an, das sich hauptsächlich auf eine Verbesserung der psychischen Grundstimmung, eine Steigerung des Wertgefühls und eine Minderung des Krankheitsgefühls zurückführen läßt.

Auch objektiv ist eine Besserung des Allgemeinzustandes zu verzeichnen; vereinzelt ist sogar eine Wiederaufnahme der normalen körperlichen Aktivität möglich.

Die neue Denkweise der Matrix-Forscher geht in der Tumor-Therapie davon aus, das Krebsgeschehen vom gesunden Gewebe her zu bekämpfen. Dazu ist eine Stärkung der Grundsubstanz von zentraler Bedeutung.

Mit Regazell-energen kann man nicht die Grundkrankheit heilen, darin sind sich die Mediziner einig, aber die Nebenwirkungen werden günstig beeinflußt beziehungsweise behoben. Bei gleichzeitiger Behandlung mit Zytostatika kann diese Therapie länger durchgehalten beziehungsweise in kürzeren Abständen wiederholt werden.

Verstärkte Zusammenarbeit

Die Wissenschaftler der Matrix-Forschung sind in einer Resolution übereingekommen, auf europäischer Ebene verstärkt zusammenzuarbeiten, um mit diesem wichtigen Forschungszweig neue Impulse für die Prophylaxe und die Therapie chronischer Erkrankungen und Tumoren zu geben.

Die Matrixforschung ist in ihrer praktischen Anwendung besonders geeignet, die Selbstheilungskräfte wieder in den Vordergrund zu rücken und hierdurch Auswirkungen der um sich greifenden Immunschwäche zu begegnen. Es wird von allen Wissenschaftlern immer wieder betont, daß über die Matrix neue Wege in der Prävention, Therapie und Rehabilitation beschritten werden können. Zeichnet sich daneben doch auch eine Lösung ab, mit dem Problem der Kostendämpfung im Gesundheitswesen fertig zu werden. □

Vertrauliches

China

Schlimme Dürre bedroht Weizenernte

Eine der bisher schlimmsten Dürren auf dem chinesischen Festland bedroht die Weizenernte von 1989, berichtete die »China Daily«. Die nördlichen weizen-anbauenden Provinzen, das Yangtse-Tal und der Südosten Chinas, hatten 1988 nur halb soviele Niederschläge wie gewöhnlich.

Seit Oktober des letzten Jahres sind die Temperaturen hoch und die Niederschläge niedrig. Die Provinz Zhejiang in Ostchina hatte in den letzten Monaten weniger als 20 Millimeter Niederschläge, nur ein Fünftel der normalen Menge, und in der Provinz Shandong herrscht die schlimmste Dürre seit 70 Jahren. In den Provinzen Hubei und Jiangsu im Yangtse-Tal sind 80 Prozent des Ackerlandes davon betroffen.

Chinas Landwirtschaftsminister He Kang meinte dazu: »Wir stehen einer bösen Situation gegenüber. In den letzten Jahren stagnierte der Getreideausstoß, während die Schweinefleisch-Produktion schwankte. Auf Grund der stetig wachsenden Bevölkerung, des allmählich geringer werdenden Ackerlandes und des schnell ansteigenden Verbrauchs sind die einst gemilderten Getreide-Engpässe wieder aktuell geworden.« □

Nordkorea

Studenten aus Südkorea eingeladen

Das nordkoreanische Regime Kim Il Sungs hat alle südkoreanischen Studenten, die für die Wiedervereinigung der beiden Koreas aufgerufen hatten, offiziell für 1989 zum Jugend-Festival in Pyongyang eingeladen. Die Einladung wurde über das Grenzdorf Panemun an Vertreter der südkoreanischen Studenten geschickt.

Inzwischen hat Radio Moskau berichtet, aus dem gemeinsamen Kommuniqué über den letzten Kurzbesuch des sowjetischen Außenministers Schewardnadse in Pyongyang gehe hervor, daß die Sowjets der eventuellen Gründung einer sogenannten vereinigten demokratischen föderalistischen Republik Korea mit Wohlwollen gegenüberstünden. □

Sowjetunion

Vorsprung vor den USA in der Nahrungsmittelbestrahlung

Wissen die Russen, deren Landwirtschaftssektor eine Dauerkatastrophe ist, mehr über die Behandlung von Weizen als die Amerikaner? Ein kaum bekanntes Vereinbarungsprotokoll ist in Kraft zwischen dem US-Wheat Associates und dem Ministerium für Getreideerzeugung der UdSSR, »Getreideinformationen auszutauschen« und über den »Gebrauch und die Behandlung von Weizen« zu reden.

Es ist bekannt geworden, daß eine Gruppe von sowjetischen Technikern, angeführt von A. E. Yukisch vom Getreideministerium, den US-Bundesstaat Kansas im Sommer 1988 besucht hat, und daß die Russen den Amerikanern in der Weizenbehandlung überlegen sind.

In der Tat prahlen die Russen damit, wie weit sie den Amerikanern in der Verwendung von Bestrahlungen zur Insektenbekämpfung voraus seien. Die Sowjets haben eine Bestrahlungsanlage im Hafen von Odessa, wo sie das von den Vereinigten Staaten gekaufte Getreide bestrahlen.

Die Sowjets beklagen sich darüber, daß die Anwendung von chemischen Insekten-Vertilgungsmitteln in den USA, wo die Anwendung der Strahlungstechnik blockiert worden sei, »gewaltige giftige Substanzen erzeugt hat und die Nachteile der Umweltverschmutzung sowie die Ansammlung von Restbeständen von Chemikalien im Getreide aufweist und damit Schwierigkeiten bei der Gewährleistung einer einheitlichen Behandlung des gesamten Getreide-Schüttguts mit sich bringt«.

Im Gegensatz dazu führe die sowjetische Methode »nicht zur Umweltverschmutzung und hinterläßt keine Restbestände von Produkten im Getreide; die Bestrahlung von Getreide kann sofort vorgenommen werden«. □

China

Hoffnung auf Rückkehr der Barfuß-Ärzte

Der chinesische Kontinent, das historische Zentrum von Epidemien einschließlich Pest, ist jetzt so knapp an ärztlichem Personal, daß Rufe ertönen, die die Rückkehr der »Barfuß-Ärzte« fordern. Die in der Zeit der »großen Kulturrevolution« Mao Tse-tungs der sechziger Jahre aufgekommenen Barfuß-Ärzte waren Studenten und Kleinbauern mit kaum sechsmonatiger ärztlicher Ausbildung, die auf das Land geschickt wurden. Sie verschwanden Anfang der achtziger Jahre wieder, als Maos Nachfolger die Landwirtschaftsgemeinden auflösten.

Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua hat jetzt berichtet, daß die Barfuß-Ärzte wieder gebraucht werden und bezog sich dabei auf eine Knappheit an ärztlichem Personal, auf Todesfälle unter schwangeren Frauen, besonders in entfernt gelegenen Gebieten, und auf das Wiederauftreten von epidemischen Krankheiten. In China gibt es nur acht Ärzte auf je 10 000 Menschen auf dem flachen Land. □

Panama

Verhandlung mit den USA sind möglich

Panamas Präsident Manuel Solis Palma erklärte, der nächste Schritt zur Lösung der Krise in den Beziehungen zwischen den USA und Panama müsse von den Vereinigten Staaten getan werden. Die Krise wurde im Februar 1988 heraufbeschworen, als das US-Justizministerium gegen General Manuel Noriega, Chef der panamesischen Streitkräfte, aufgrund von dürftigen Beschuldigungen, er sei »im illegalen Drogenhandel verwikkelt«, öffentliche Anklage erhob, in dem Bestreben, ihn aus seinem Amt zu entfernen, die nationalen bewaffneten Streitkräfte sowie die Regierung Panamas zu unterminieren.

Unter amerikanischem Druck »feuerte« der seinerzeitige Präsident Eric Delvalle Noriega, nur um selbst durch Panamas gesetzgebende Körperschaft aus dem Amt gejagt und durch Solis Palma ersetzt zu werden. Noriega blieb und bleibt im Amt.

In einem Interview im panamesischen Fernsehen sagte Solis Palma, seine Regierung sei immer zu Gesprächen mit Washington bereit gewesen, vorausgesetzt, daß die USA Panamas Souveränität anerkennen.

»Jeder Schritt auf die amerikanische Regierung zu oder von ihr weg, hängt ganz von der von ihrer eingenommenen Haltung ab. Es würde uns nicht schwerfallen, uns zu einem Dialog mit ihr an einen Tisch zu setzen, um einen Weg zu einem Abkommen und zur Freundschaft zu suchen, solange dies innerhalb der Parameter der Achtung für unsere Verfassung als freier und unabhängiger Staat geschieht. □

Lateinamerika

USA müssen sich um das Wachstum kümmern

»Es ist notwendig, daß sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten mit dem Wachstum in Lateinamerika und nicht mit einer Ansammlung von Schuldenzinsen identifiziert«, meint der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger. Wie jedoch eine solche Identifizierung nach Kissingers Politik erreicht werden soll, ist nicht klar, da er

Schuldenerlasse verabscheut und für »Schuld-für-Billigkeit«-Abkommen plädiert, die die Nationen der westlichen Hemisphäre ihrer Souveränität, ihrer Industrie und ihrer Naturschätze berauben werden.

»Während ich meine Zweifel hege über das Argument in bezug auf die Sowjetunion, daß eine Wirtschaftshilfe alle außenpolitischen Probleme lösen wird, müssen sich die Vereinigten Staaten in der westlichen Hemisphäre mit den Bestrebungen des Volkes identifizieren«, meinte Kissinger.

Kissinger lobte Mexikos neuen Präsidenten, Carlos Salinas de Gortari, weil er »bestrebt ist, die Wirtschaft zu reformieren« und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das was Salinas tut – er hat sich verpflichtet, den Forderungen des Internationalen Währungsfonds nach Sparsamkeit nachzukommen – »dann ein Modell dafür sein könnte, was wir in Argentinien und Brasilien der Reihe nach anwenden könnten«.

Kissinger fügt hinzu, es gebe ein »Fenster von Sonderangeboten von etwa 18 Monaten in Lateinamerika«, beginnend mit dem 1. Dezember 1988, dem Tag der Amtsübernahme Salinas. □

Pakistan

Nachtrag zu den Gesprächen zwischen Bhutto und Gandhi

Über die Gespräche zwischen der pakistanischen Premierministerin Benazir Bhutto und dem indischen Premierminister Rajiv Gandhi stellten beide Seiten fest, die offiziellen Gespräche seien die Morgendämmerung eines neuen Zeitalters.

»Ich glaube, Sie werden feststellen, daß wir in diesen beiden Tagen der Gespräche mehr Dinge nach vorne bewegen konnten, als wir das in den letzten elf Jahren getan haben«, behauptete ein indischer Beamter in Gandhis Begleitung.

Pakistanische Regierungsbeamte stellten fest, Mrs. Bhutto müsse in bezug auf Indien behutsam vorgehen, weil sie noch neu im Amt sei und wegen wirtschaftlicher Sachzwänge.

Nichtsdestoweniger kamen die beiden Politiker zu einem Abkommen, ihre Atomanlagen nicht gegenseitig anzugreifen. Die beiden Staatsführer haben auch eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet und zur Vermeidung von Doppelbesteuerung zwischen den beiden Ländern getroffen.

Aus anderen Berichten geht hervor, die beiden hätten sich im Prinzip darüber geeinigt, darauf hinzuarbeiten, den illegalen Handel mit Waffen und anderen Gütern über die Grenzen hinweg zu unterbinden. Premierministerin Bhutto stellte kategorisch fest, sie sei gegen den Einsatz extremer Sikh-Terroristen in Punjab gegen Indien. □

Peru

Die »formlose Wirtschaft«

Der peruanische sozialdemokratische Politiker Hernando de Soto, Leiter des Liberty and Democracy Institute, wurde nach Washington eingeladen, um zu der neuen Bush-Mannschaft zu sprechen. De Soto ist bekannt für seine Förderung dessen, was er die »formlose Wirtschaft« zu nennen pflegt. Die »formlose Wirtschaft« besteht hauptsächlich aus Drogenhandel und in zweiter Linie aus dem, was man »Kakerlaken-Unternehmen«, das heißt Straßenhändler und dergleichen nennt.

Der ehemalige US-Präsident Ronald Reagan bezog sich in einer Rede vor den Vereinten Nationen im vergangenen Jahr ausdrücklich auf De Soto und lobte ihn als Beispiel für »freies Unternehmertum«.

Indessen hat der peruanische Staat ein weitgehendes »Freihandelszonen-Gesetz« gebilligt, das ein Dutzend Städte für die Produktion, den Handel und bald zur Ausbeutung von Touristen frei von Steuern, normalen Zollgebühren und Arbeitsgesetzen öffnet.

Das Gesetz wurde mit ungewöhnlicher Hast gebilligt, es gab kaum Debatten darüber, und wird als Allheil- und Universalmittel für Perus am Boden liegende Wirtschaft gepriesen. Eine der Freihandelszonen ist Puerto Maldonado am Amazonas, im Dschungel in der Nähe von Kokain produzierenden Gebieten gelegen. □

Philippinen

Vorbereitungen für den Abzug der USA

Der Außenminister der Philippinen, Raul Manglapus, sagte einen Rückzug der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte aus Südostasien voraus und teilte mit, daß die Philippinen sich auf die Umwandlung amerikanischer Hauptstützpunkte zur Benutzung für zivile Zwecke vorbereiten.

»Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion könnten sogar jetzt ihre separaten Zeitpläne für einen Rückzug militärischer Anlagen aus dieser Region selbst aufstellen«, meinte Manglapus. »Unser eigenes Verteidigungsministerium sowie verschiedene amerikanische Regierungsbeamte haben angesichts dieser Möglichkeit Alarmrufe ausgestoßen.«

Manglapus kündigte an, er werde demnächst in die Sowjetunion reisen, um den Besuch der Präsidentin Corazon Aquino in Moskau vorzubereiten. Er sagte auch, Manila untersuche zur Zeit die Möglichkeit zur Eröffnung diplomatischer Bindungen mit Nordkorea.

Indessen teilte Präsident Aquino einer Besuchsgruppe sowjetischer Abgeordneter mit, daß die Philippinen bereit seien den Handel mit Moskau zu erweitern, und bemerkte, daß Manglapus sowie ihr Minister für Handel und Wirtschaft bald die sowjetische Hauptstadt besuchen werden. »Ich möchte, daß mehr solcher Besuche stattfinden«, sagte sie hinterher zu Journalisten.

Bereits im Januar trafen sich der philippinische Verteidigungsminister Fidel Ramos mit Generalmajor Wladimir Lobow, dem ersten stellvertretenden Chef des sowjetischen Generalstabs. Man nimmt an, daß dieses Treffen die erste militärische Kontaktaufnahme auf hoher Ebene zwischen den beiden Ländern seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahr 1976 war. □

Argentinien

Regierung verschuldet wegen IWF Energiekrise

Argentiniens verheerende Energiekrise, die Folge des Herausziehens von investierten Geldern aufgrund der Abhängigkeit des Landes von der Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF), fällt jetzt mit einer Knappheit an Trinkwaser in vielen Teilen der Metropole Buenos Aires zusammen. Mitten im Sommer bringt dies eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung mit sich.

Das tägliche Leben ist von totalem Chaos gekennzeichnet: Die Bürger können keine Schecks einlösen, weil die Stromeinsparung bedeutet, daß die Bank-Computer nicht in Betrieb sind. Nicht funktionierende Verkehrsampeln verusachen größere Verkehrsstauungen. Mangel an Kühlung zwingt Läden und Restaurants dazu, Nahrungsmittel wegzuwerfen oder sie so schnell wie möglich zu verkaufen.

Viele Betriebe bereiten Telegramme an ihre Mitarbeiter vor, um diese zu beurlauben bis die Krise »vorüber« ist. Wie ein Bürger sich ausdrückte: »Wir haben kein Land mehr!«

Während der argentinische Präsident, Raul Alfonsin, und seine Regierung behaupten nicht der Übeltäter zu sein, erläuterte der ehemalige Leiter der staatlichen Atomenergie-Kommission, Alberto Costantini, das Problem wie folgt: »Wir liegen in Investitionen zurück und diese Regierung hat nichts getan, um diese Lage zu verbessern, weil sie bei einer monetaristischen Politik geblieben ist.« □

Briefe

Betr.: Parteien »Freys Komplott zur Schwächung der Nationalen«, Nr. 11/88

Angesichts des Erfolges der »Republikaner« Schönhubers, den Dr. Frey als »Chamäleon« apostrophiert, muß sich bei Nationalorientierten die Frage erheben, warum denn Dr. Frey mit der DVU nicht in Berlin angetreten ist und das Feld den Republikanern überließ?! Zumal seine Parole heißt: »Zuerst Deutschland und dann Europa.«
Wenn er bei den Europa-Wahlen antritt, müßte seine Parole lauten: »Zuerst Europa, dann Deutschland«, während die Schlacht um Deutschland in Deutschland ausgetragen wird und nicht in Europa, das sowieso gegen die Wiederherstellung Deutschlands ist (Andreotti: »Die Westmächte wollen die Wiedervereinigung Deutschlands nicht!«).
Jedenfalls hat nicht Dr. Frey, sondern Schönhuber einen »Paukenschlag« getan und sitzt zudem mit elf Abgeordneten im Berliner Parlament und damit auch mit zwei Abgeordneten im Bundestag!
Schönhuber hat Dr. Frey die Schau gestohlen und seine Prognose für die Wahlen in Bayern für 10 bis 15 Prozent der Republikaner dürfte nach dem Ergebnis der Berlin-Wahl zutreffen und unabsehbare Folgen für die Etablierten in Bayern, besonders nachdem die Leitfigur Franz Josef Strauß nicht mehr da ist, zeitigen.
Außerdem werden sich nun nationalorientierte Deutsche fragen, wer nun eigentlich täuscht: Schönhuber oder Dr. Frey? Schönhuber tritt in Deutschland an, Dr. Frey in Europa! Was stimmt nun wirklich: Zuerst Deutschland, dann Europa, oder zuerst Europa, dann Deutschland?!

Helmuth Golz, Köln

Betr.: Richard von Weizsäcker »Rückblick auf die ›Befreiungsrede‹«, Nr. 12/88

Herr Weinmann schreibt in einem Leserbrief in Nr. 2/89 darüber, »was man hört«. Man hörte auch zum Beispiel, Herr Galinski habe schon 1987 erklärt: »Wir geben den Weg zu einer schrankenlosen Geschichtsdiskussion nicht frei!«
Deshalb kann ich dem Leserbriefschreiber nur raten zu dem Buch »Am Pranger der Nation«. Da kann er nachlesen, welches Verräterpotential dem größten Feldherrn aller Zeiten zur Verfügung stand unter Anweisung der Internationalen: Hitler darf den Krieg nicht gewinnen.
Für Herrn Weinmann ist Fahnenflucht nichts Besonderes. Ich gehöre zu den »Idiotischen«, die bis zur letzten Stunde durchgehalten haben, damit die Bevölkerung der Ostprovinzen, evakuierte Frauen und Kinder und das Ostheer einigermaßen geordnet sich vor der Barbarei der von Ilja Ehrenburg aufgehetzten Roten Armee nach Westen absetzen konnten. Wer seine Kameraden im Stich läßt und sich selber in Sicherheit bringt, ist und bleibt ein Lump.
Bei der Sache von Weizsäcker geht es allein darum, wer seine Helfershelfer waren. Eine Flucht aus dem eingeschlossenen Kurland mitten durch Deutschland an den Bodensee setzte zu dieser Zeit jedenfalls Hintermänner aus der eingeweihten Verräterszene voraus.
Herr Weinmann meint, Hitler war wahnsinnig. Man hört dazu auch, sein körperlicher Verfall sei eine Folge der »Aufbauspritzen« seines Leibarztes Dr. Morell gewesen, der sein Amt lediglich durch Fürsprecher ohne Prüfung der Reichsärztekammer bekam. Er verordnete Hitler strichninhaltige Pillen gegen Magenbeschwerden und Traubenzuckerspritzen, die eine Vergreisung und Verödung der Hirnkapillare bewirken.
Nach Gefangennahme durch die Amerikaner kam Dr. Morell wundersamerweise ohne Anklage frei. Dagegen Dr. Brandt, ebenfalls Leibarzt und Gegner Dr. Morells, wurde verurteilt und gehenkt. Bekanntlich darf in der Bundesrepublik nicht mehr alles gesagt werden. Daher sollte der mündige Bürger aufpassen, ob das, »was man hört«, nicht nur das uns von den Siegern verordnete Geschichtsbild ist, die für Hitlers Machtergreifung und den Aufbau der Wehrmacht 128 Millionen Reichsmark stifteten, um zu ihrem Krieg und der Zerstörung Deutschlands zu kommen. Hier müßte die bereits aufgeflogene Katyn-Lüge jeden warnen.

Frank Spiegel, Stuttgart

Betr.: Religion »Gerechtigkeit für Pilatus«, Nr. 2/89

Die größten Feinde Jesu waren die Angehörigen der sadduzäischen Priesterdynastie, den Klan der Leviten mit einbegriffen. Die Sadduzäer (hebr. Zaddukim) wünschten – nicht zuletzt im eigenen Interesse – ein gutes Einvernehmen mit der römischen Besatzungsmacht. In Jesu Wirken sahen sie eine Gefahr für die Einheit des Volkes und für die »Reinheit« des Glaubens. Nach einem neuen Propheten hatten sie keinen Bedarf. Die Pharisäer (hebr. Peruschim) waren über Jesus geteilter Meinung. Sie verfochten einen puritanischen Formalismus, waren im übrigen gute Patrioten und wollten ihre Landsleute vor den Einflüssen der griechischen Philosophie und vor jedem hellenistischen Synkretismus (Religionsklitterei) bewahren. An dem Prozeß gegen Jesus waren nach den ersten drei (synoptischen) Evangelien keine Pharisäer beteiligt.
Wenn der Prokurator Pontius Pilatus von Caesarea nach Jerusalem kam, residierte er gewöhnlich im Prätorium, welches im westlichen Teil der Stadt, vielleicht aber auch in der Burg Antonia nördlich des Tempels lag. Es besteht kein Grund für die Annahme, daß Pilatus während des Prozesses keine Legionäre zur Verfügung gehabt hätte. Auf der Burg Antonia waren auf jeden Fall ständig mehrere römische Kohorten stationiert. In dieser Festung saßen damals drei Bandenkämpfer gegen Rom.
Der wichtigste, Barabbas, gehörte als Widerstandskämpfer der Partei der Zeloten an, die den Guerillakampf übte. Gewiß gab es unter dem Volk vor dem Prätorium auch Menschen, die Jesus als vermeintlichem politischem Messias vor kurzem noch zugejubelt hatten. Da er aber augenscheinlich völlig machtlos war, mußte es sich um einen falschen Messias handeln. Auch damals gab es schon ein sogenanntes Lumpenproletariat, welches all das, was es gestern noch gepriesen hat, heute schon verdammt.
Jedenfalls ließ man Jesus fallen und stimmte für Barabbas, der als »Freiheitskämpfer« allgemeine Sympathie genoß. Die Sadduzäer hatten es in diesem Fall leicht, die Vox populi (Stimme des Volkes) zu beeinflussen. Da auch dem Prokurator aus politischen Gründen an einem guten Einvernehmen mit der herrschenden Priesterkaste sehr viel gelegen war, ließ er sich gegen besseres Wissen und mit innerem Widerstreben zu einem Justizmord drängen.
Ein zur Kreuzigung Verurteilter mußte selbst den Querbalken, das »Patibulum« (lat.), zum Richtplatz tragen, wo immer mehrere senkrechte Pfähle (lat. stipes), nur wenig mehr als mannshoch, eingerammt waren. Jesus' Hinrichtungspfahl dürfte etwas höher gewesen sein, sonst hätte der Legionär den Essigschwamm nicht auf ein Rohr zu stekken brauchen. Aus bekannten Gründen wurde Jesus die Last bald abgenommen.
Der von Pilatus bestimmte »titulus crucis«, die Kurzform des Grundes der Verurteilung (bei Jesus die Worte: Rex Judaeorum) wurde auf einer Tafel dem Verurteilten umgehängt oder vorangetragen. Vor der Kreuzigung wurde jeder Delinquent zur Entehrung ausgezogen und gegeißelt, was indes bei Jesus schon durch Pilatus vorweggenommen war. Der Hinrichtungspfahl hatte die Form eines großen lat. »T«. Da die über dem Kopf des Gekreuzigten angebrachte Schuldtafel (s. o.) über den Querbalken hinausragte, zeichnete sich die Form eines Kreuzes ab. Infolge seiner Herkunft aus Galiläa (Galil ha-gojim bedeutet »Land der Heiden«) verstand Jesus mindestens drei Sprachen. Die aramäische Muttersprache aller Galiläer war dadurch charakterisiert, daß die Kehllaute nicht deutlich ausgesprochen wurden. Jedermann verstand in diesem gemischten Land außerdem die griechische Umgangs- und Gemeinsprache, die sogen. »Koinè diálektos« (diálektos, vgl. »Dialekt«, ist ein Feminimum). Außerdem konnte Jesus die heiligen Schriftrollen in der hebräischen Ursprache lesen und kommentieren. Nach der wortgetreuen Wiedergabe des Johannes (19,30) rief der Heiland, ehe er das Haupt neigte und seinen Geist aufgab, nur dieses (griechische) Wort: »Tetélestai!« (es ist vollbracht) – weiter nichts.

Karl Schäfer, Konstanz

Betr.: Rüstung »Supermacht mit deutschem Know-how«, Nr. 2/89

Zur Ergänzung des Artikels darf ich vielleicht ergänzen: 1965 erschien in Frankreich ein Buch von Bor-Zohar »Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler« (deutscher Titel). In Deutschland brachte es der Propyläen-Verlag heraus, später erschien eine Taschenbuch-Ausgabe im Ullstein-Verlag.
Unter dem gleichen Titel schrieb der Deutsche Kurowski ein Buch. Das Buch des Israeli Bor-Zohar ist nicht mehr auf dem Markt. Das Buch von Kurowski ist vielleicht noch über Antiquariate zu bekommen.
Zu diesem Thema gibt es außerdem das Buch von Tom Bower »Verschwörung Paperclip« im List-Verlag; es ist 1987 erschienen.

Marianne Staude, Mainz

Betr.: Medizin »Vom Schnupfen bis zum Krebs«, Nr. 2/89

Zu dem Artikel muß ich als Fachmann einiges richtigstellen:
Ein vitaler Zahn weist niemals ein sog. Granulom an seiner Wurzelspitze auf, sondern nur ein Zahn, dessen Mark durch Karies oder Kronenbrüche zerstört worden ist.
Wenn ein vitaler Zahn Granulationsgewebe aufweist, dann steht der Patient in einem fortgeschrittenen Alter, d. h. er leidet unter Kieferkamm-Schrumpfung und unter chronisch-granulierender Parodontose und der vitale Zahn ist meistens mehrwurzelig; das Granulationsgewebe findet sich in diesem Fall nicht an der Wurzelspitze, sondern zwischen den Wurzeln.
Granulome, sei es durch devitales Zahnmark an der Wurzelspitze oder durch Parodontose zwischen den Wurzeln mehrwurzeliger Zähne, stellen auch nach meiner Auffassung kein Versagen der Abwehrkraft (Immunität) dar, sondern eine lebenserhaltende Antwort des Körpers auf bakterielle und toxische Reize aus dem Wurzelkanal oder über ein chronisch erkranktes Parodontalgewebe über die Mundhöhle. Im ersten Fall kann der Zahnarzt durch eine optimale Wurzelbehandlung mit Wurzelfüllung den – streng genommen »halbtoten« Zahn – noch jahrelang retten; im zweiten Fall kann eventuell noch eine parodontalchirurgische Operation helfen oder aber die Zahnentfernung ist angezeigt.
Da jede Zahnwurzel mehrere 1000 Seitenkanäle an ihrer Wurzelspitze aufweist – die kein Zahnarzt alle füllen kann –, können sich auch nach einer optimalen Wurzelfüllung noch Granulome bilden, so daß wurzelgefüllte Zähne alle paar Jahre röntgenologisch überprüft werden sollten.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn